

Teil E

Vorbemerkung der Redaktion des AWR zur Berichterstattung der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“:

Weder „Fakten-Darstellung“ noch Sprache von Putin (über die Regierung der Ukraine: „Drogenbande“, „Nazis“) und von Lawrow gefallen uns in der Zeitschrift „Unser Mitteleuropa“. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist darüber hinaus durch nichts zu rechtfertigen.

Dieser Überfall ist ein Verbrechen!!!

Überdies ist die Berichterstattung von „Unser Mitteleuropa“ zu diesem Komplex in seiner Putin-Hörigkeit sehr zu bedauern! Auch in der Tonart der Sprache und in der Wortwahl hat sich die Zeitschrift leider anstecken lassen! Einfach widerlich!!!

Und ist der Versuch der Politik Putins schon vergessen, Europa durch „Flüchtlingsströme“ über Weißrussland zu destabilisieren? Der polnischen Regierung sei dankgesagt, dass sie die Grenzen zu Weißrussland geschlossen hat!

Wer kann uns etwas über die Zusammensetzung der Redaktion von „Unser Mitteleuropa“ sagen, wer lüftet uns das Geheimnis zum Eigentümer, für den lediglich ein Postfach in London genannt wird.

Schade! Schade! „Unser Mitteleuropa“ vertut Chancen, eine kritische, auch selbstkritische Publikation zu sein.

Wir sehen eine Gratwanderung zwischen „historischem Dokument“ und „Propaganda“ – letztere ist zuweilen auch ein „historisches Dokument“.

Unsere Meinung ist klar, möge der Leser für sich entscheiden und viele unterschiedliche Quellen benutzen!

Die Redaktion

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E II – E VII)

E. a) Themen global, die uns auch bewegen	Seiten E 1 – E 60
--	--------------------------

- 01) World Economic Forum fordert nun das Ende von „schädlichem“ privaten Autobesitz
- 02) Über die Unterschiede der nationalen Identitäten Russlands und der USA
- 03) „Klima“, Putin und Corona: Die hysterischen Katastrophenprognosen bringen uns um
- 04) Die Welt in zwei Hälften?
- 05) Das Geheimnis des Kommunismus oder die Rote Symphonie.
Von JÖRG WOLLSCHLÄGER
- 06) Geistreiche „Prinzessin“ Eva Vlaardingerbroek: Wiederauferstehung Europas durch Rückkehr zu Gott. Von JÖRG WOLLSCHLÄGER
- 07) Erzbischof Viganò über die alte Messe: „man nimmt das Heilige mit den Sinnen wahr“. Von JÖRG WOLLSCHLÄGER
- 08) Der Great Reset wird umgesetzt: Wohnraum-Enteignungen, Flüchtlings-Zwangsunterbringung, Öko-Kommunismus. Von ELMAR FORSTER
- 09) Holländischer Anti-Globalist Thierry Baudet: „die größte Zivilisation der Welt“. Von JÖRG WOLLSCHLÄGER
- 10) Afrika in „Abkehr“ von USA und „Zuwendung“ in Richtung Russland

E. b) 2 Sonderthema Corona-Pandemie	Seiten E 61 – E 62
--	---------------------------

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

E. c) Wanderungen und Einwanderungen	Seiten E 63 – E 65
---	---------------------------

- 01) Frontex warnt die EU vor kommenden Migrantenwellen aufgrund der Nahrungsmittelkrise

E. d) Länder weltweit - im Überblick	Seiten E 66 – E 100
---	----------------------------

- 01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.07.2022
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 22.07.2022
- 03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 19.07.2022
- 04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.07.2022

E. e) Europa, Europa und die Welt

Seite E 101 – E 109

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft N A T O

(Seiten E 101– E 105)

- 01)** Erneute Niederlage: Auch ein „totaler Wirtschaftskrieg“ gegen Russland wird scheitern

Europäische Union (EU) (Seiten E 106 – E 109)

Keine Berichte

E. f) Mitteleuropa

Seite E 110

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 111 – E 155

BENELUX-LÄNDER (Seite E 111 – Seite E 117)

N i e d e r l a n d e (Seite E 111 – Seite E 117)

- 01)** Ex US-General, Präsidentenberater: „Globalisten-Elite raubt Freiheit“ & „Wir sind alle holländische Bauern“. Von JÖRG WOLLSCHLÄGER
02) Holländischer Anti-Globalist Thierry Baudet über Bauernproteste: Sie könnten gewinnen!_Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 119 – E 143)

- 03)** Hoffnungslos – Ukraine, Demokratie in der Welt
04) Abgehoben einmal anders – Scholz entsorgt Regierungspapiere im Hausmüll
05) Zu viele Probleme ...
06) Baerbock und Faeser – die Angst vor „Volksaufständen“
07) Diktatoren leben länger – Worte zum 20. Juli 1944 / 2022
08) AfD prangert Missbrauch des Verfassungsschutzes durch „Ampel“ an
09) Zu heiß, um sich Sorgen zu machen
10) Wann frieren wir?
11) Deutsche Innenministerin Faeser warnt vor „demokratiefeindlichen Energiepreisdemonstranten“
12) CDU-Vorsitzender Merz beklagt „deutsche Kriegsmüdigkeit“ und „Verrat an der Ukraine“
13) Hamburg: Ukraine-Flüchtlinge werde in Luxus-Appartements mit exorbitanten Mieten untergebracht (Video)

- 14) DDR 2.0: CDU-Parteiausschlussverfahren gegen Bürgerrechtlerin Angelika Barbe
- 15) Die Stimmung im Lande
- 16) Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff – die BR Deutschland ist keine Bananenrepublik (BR)

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 118 - E xxx)

- 17) Berlin: Polizisten (m,w,d?) singen auf CSD-Bühne „We are queer“ (Video)
- 18) Berlin: „Mann“ stößt Frau gegen einfahrende S-Bahn, nach Einvernahme wieder frei!
- 19) Unbegreiflich Naivität der Regierenden Bürgermeisterin
- 20) Baden unter Polizeischutz
- 21) Mobilitätswende in Berlin
- 22) Das ist Irrsinn – aus Berlin-Pankow geliefert vom ZDF-Länderspiegel
- 23) Jetzt kommt Heinz (ein Elektro-Auto!)

Österreich (Seiten E 144 – E 155)

- 24) Migrationsdruck an Österreichs Grenzen eskaliert - Österreich nähert sich Ungarn an. Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 25) Dr. Norbert van Handel – Heulen und Zähneknirschen

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 156 - E 171

Nördliches Ostpreußen / Kaliningrad (Seiten E 156 – E 159)

- 01) Kaliningrad: Das [ehemalige] Königsberg als Brücke zwischen Ost und West

Litauen (Seite E 156 – Seite E 159)

- 02) Die Invasion der Migranten blockieren: das Beispiel Litauen.
VON Francis GRUZELLE

Polen (Seiten E xxx – E xxx)

- 03) Euro-Einführung in Polen – Deutschland macht massiven Druck

Ungarn (Seiten E 160 – E 171)

- 04) Orbán-Rede auf der Sommeruniversität: „Die Strategie des Westens ist gescheitert“. Geschrieben von Rainer Ackermann
- 05) Österreich nähert sich Ungarn an.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

- 06) Ungarischer Parlamentspräsident: „Im Westen breitet sich die Kultur des Todes aus. Europa begeht Selbstmord.“
Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER
- 07) Links-Grüne-EU-Parlamentarierin bereitet offenbar Putsch gegen Ungarn vor. Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

S l o w e n i e n (Seiten E xxx – E xxx)

- 08) Neue Linksregierung in Slowenien baut Grenzzaun ab – Revival des Soros-Plans.
Von unserem Osteuropa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

E. i) Osteuropa

Seiten E 172 – E 197

U k r a i n e (Seiten E 172 – E 190)

- 01) Patrick Poppel über die Lage in den russisch-sprachigen Gebieten der Ostukraine
- 02) „Kollaborateure“ entlassen: Wird es eng für Selenskyj?
- 03) Selenskijs „unsichtbare Millionenarmee“ – Hintergründe einer angeblichen „Südoftensive“
- 04) Kiew lehnt Überwachung von Waffenlieferungen durch US-Kongress ab
- 05) **Krieg der Religionen in der Ukraine. Staat, Orthodoxe Kirche und Klima.** Von Gerd Klöwer

W e i ß r u s s l a n d (Seiten E 191 – E 193)

Keine Berichte

R u s s l a n d (Seite E 194 – E 197)

- 06) In Russland könnte Totalverbot für LGBTQ-Werbung kommen

E. j) Kaukasusgebiet

Seite E 198

Keine Berichte

E. j) Südosteuropa

Seite E 199

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seite E 200 - E 206

Griechenland (Seiten E xxx – E xxx)

01) Jedes Jahr wieder: „Flüchtlinge“ legen Waldbrände in Griechenland

Italien (Seiten E 200 – E 201)

01) Draghi: der Untergang. VON Daniele Scalea

Frankreich (Seiten E 202 – E 203)

02) Fast tägliche Messerattacken: Frankreich auf dem Weg zum Staatsbankrott?

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 207

Keine Berichte

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	Seite E 208
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	Seite E 209
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	Seite E 210
„Freie Stadt Danzig“, Wappen und Karte	Seite E 211
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	Seite E 212
Impressum / Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	Seite E 213

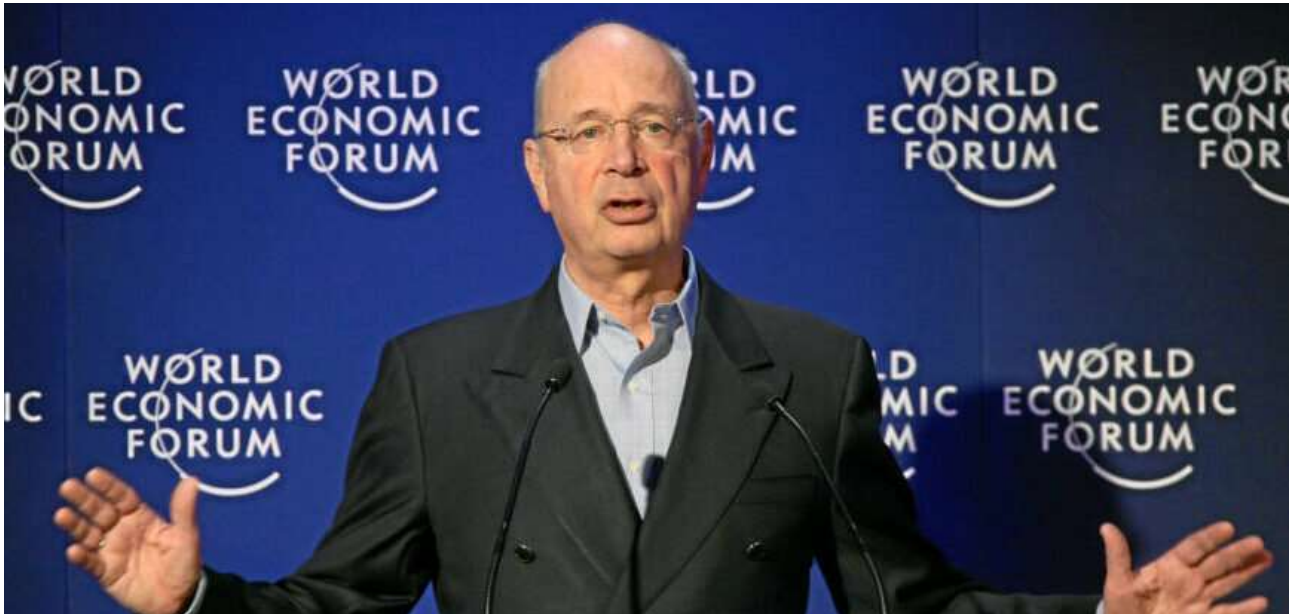
Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 1 – E 60

01) World Economic Forum fordert nun das Ende von „schädlichem“ privaten Autobesitz

25. 07. 2022



Klaus Schwab, der Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums · Foto: World Economic Forum / Remy Steinegger

Klaus Schwab und sein World Economic Forum (WEF) haben ein neues Elaborat herausgegeben, in dem ein weiteres Szenario des Great Reset und der „besitzlosen, aber glücklichen Zukunft“ skizziert wird. [In einer neuen Veröffentlichung](#) wird gefordert, den privaten Besitz von Automobilen zu verbieten, da diese zu schädlich für den Planeten seien.

Zu Fuß gehen oder teilen

Anfang dieses Monats hat das Weltwirtschaftsforum willfähige Regierungen in aller Welt aufgefordert, die ohnehin schon horrenden Benzinpreise zu erhöhen. Jetzt behauptet das WEF (ganz in der Tradition seiner kommunistischen Grundgesinnung), die Menschen hätten kein Recht auf ein eigenes Auto und müssten stattdessen „zu Fuß gehen oder teilen“.

In einem am Freitag vom WEF veröffentlichten Papier behaupten die globalistischen Eliten, dass das gemeinschaftliche Teilen von Autos Teil eines „zirkulären Ansatzes“ sei, der notwendig sei, um die weltweite Nachfrage nach Edelmetallen und fossilen Brennstoffen zu verringern. Tausende von Privatjets fliegen jedes Jahr zum WEF-Gipfel nach Davos, aber laut Klaus Schwab sollten einfache Bürger kein eigenes Auto besitzen.

Das Ende der Pkw naht

Im Westen bereits absehbar, dürfte das WEF damit das Ende der Pkw, zumindest im privaten Besitz, einläuten. Linke Regierungen in Europa kämpfen bekanntlich seit Jahren gegen Autofahrer und allem, was damit zusammenhängt.

Nun werden eben die Young Global Leaders, die in Regierungen auf der ganzen Welt sitzen, angewiesen, dass viel zu viele Menschen ein privates Fahrzeug besitzen und dass diese Situation geändert werden muss, indem man die Menschen aus dem Markt drängt. Essenziell dafür weiter steigende Rohstoffpreise und weitere Teuerungen.

Umfassendes Ende des Privatbesitzes

Unter Berufung auf die Tatsache, dass „das durchschnittliche Auto oder der Van in England nur 4 % der Zeit gefahren wird“, behauptet das WEF, dass dies bedeutet, dass die Menschen in den entwickelten Ländern, einschließlich der Vereinigten Staaten, nicht das Recht haben sollten, ihr eigenes Auto zu besitzen. Die Menschen sollten ihr Auto verkaufen und zu Fuß gehen oder es teilen, denn „Carsharing-Plattformen wie Getaround und BlueSG haben diese Gelegenheit bereits ergriffen und bieten Fahrzeuge an, bei denen man pro genutzter Stunde bezahlt.“

Das Ende des Privatbesitzes ist laut WEF von grundlegender Bedeutung und kann auf alles angewandt werden, von Autos über Privathäuser bis hin zu stadtweiten Gestaltungsprinzipien:

„Ein Designprozess, der sich auf die Erfüllung der zugrundeliegenden Bedürfnisse konzentriert, statt auf den Kauf von Produkten, ist für diesen Übergang von grundlegender Bedeutung. Dies ist die Denkweise, die für die Neugestaltung von Städten erforderlich ist, um die Nutzung von Privatfahrzeugen und anderen Dingen zu reduzieren.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Über die Unterschiede der nationalen Identitäten Russlands und der USA

24. 07. 2022



Ritters durchaus kritische Analyse der nationalen "US-Identität"

Wir hatten bereits eine [Analyse Scott Ritters](#) veröffentlicht, hier nun sein Kommentar über die nationale Identität Russlands und der USA – „Hitlers Invasion und Pearl Harbor“.

„Erstaunlicher Weise“ versucht der ehemalige US-Militär seine Analysen, im Gegensatz zur allgemeinen zensurierten West-Linie, möglichst neutral und durchaus US-kritisch zu halten.

Scott Ritter ist ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps, diente in der Sowjetunion als Inspektor bei der Umsetzung des INF-Vertrags, im Stab von General Schwarzkopf während des Golfkriegs und von 1991 bis 1998 sowie als UN-Waffeninspektor.

Nationale Gedenktage als „Aussage“ über die nationale Identität

Russland und die USA begehen die Gedenktage zum „Beginn von Hitlers Invasion der Sowjetunion“ und Pearl Harbor, sehr unterschiedlich.

Das sagt viel über die jeweilige nationale Identität aus. Über Generationen hinweg wird die Geschichte durch Wahrnehmung wie auch leider durch Geschichtsschreibung, verzerrt. Aber die Erinnerung an sie am Leben zu erhalten, ist wichtig für jede nationale Identität.

Kommentar von Scott Ritter

Im vergangenen Monat beging Russland den Gedenktag zum 22. Juni, dem Datum, an dem die Operation Barbarossa, oder Hitlers Invasion der Sowjetunion, im Jahr 1941 begann. Als ehemaliger amerikanischer Offizier aus einer Militärfamilie, dessen Familienmitglieder im Zweiten Weltkrieg gekämpft hatten, musste ich darüber nachdenken, warum in den USA der 7. Dezember, der Tag, an dem der Krieg mit dem Angriff der Japaner auf Pearl Harbor für uns begann, nicht so feierlich begangen wird wie der 22. Juni in Russland.

Mein Vater war Berufsoffizier bei der Air Force, was bedeutete, dass ich als Kind mit meiner Familie von Standort zu Standort umsiedelte, je nach Bedarf des Dienstes meines Vaters. In den frühen 1970er Jahren hatten wir das Glück, auf der Hickam Air Force Base auf der Insel Oahu im Bundesstaat Hawaii stationiert zu sein, nachdem mein Vater dem Hauptquartier der US-Luftwaffe für den Pazifikraum zugeteilt worden war.

Das Gebäude, in dem er arbeitete, wies noch Einschusslöcher auf, die entstanden waren, als japanische Flugzeuge es während des Angriffs beschossen. Diese Kriegsnarben wurden – zusammen mit ähnlichen Einschusslöchern im hölzernen Geländer der Innentreppe des Gebäudes mit der Absicht erhalten, jedem, der sie sah, das Mantra des „nie wieder“ in Erinnerung zu rufen.

Eine weitere Erinnerung an den japanischen Angriff findet sich gegenüber der Bucht von Pearl Harbor, bei der Ford-Insel, wo am 7. Dezember 1941 die US-Pazifikflotte vor Anker lag. Dort kann man heute noch die rostenden Rumpfe der USS Arizona und der USS Utah sehen, die an der Stelle zurückgelassen wurden, wo sie gesunken waren, und die als ewiger Friedhof für Tausende von Seeleuten dienen, die beim japanischen Überraschungsangriff ihr Leben verloren.

Über den Überresten der USS Arizona wurde ein weißes Bauwerk errichtet, ein Denkmal für die an diesem Tag gefallenen Soldaten. Man kann dieses Denkmal mit einer Fähre erreichen. Ich besuchte es damals oft und starrte immer wieder auf die Löcher auf dem Deck des Wracks der USS Arizona, wo einst die massiven Geschützaufbauten mit ihren mächtigen 355-Millimeter-Kanonen montiert waren.

Ich fand Trost bei dem Gedanken, dass einer dieser Türme geborgen und auf der USS Nevada wieder aufmontiert worden war und verwendet wurde, um japanische Stellungen während der Kämpfe um Iwojima und Okinawa zu bombardieren. Schon als Kind kann man hassen lernen, besonders wenn man auf die Grabstätten so vieler Menschen blickt.

Meine Großmutter väterlicherseits kam uns einmal besuchen, als wir auf Hawaii lebten. Ihr Ehemann, Irving Ritter, hatte während des Ersten Weltkriegs im US Air Corps, dem Vorgänger der US Air Force, gedient und flog Kampfflugzeuge vom Typ Curtiss „Jenny“. Der Erste Weltkrieg endete allerdings, bevor er an die Front geschickt werden sollte.

Irving und meine Großmutter hatten drei Kinder, Helen, Shirley und meinen Vater. Helen heiratete einen Veteranen des Marine Corps, der an der Schlacht um Iwojima teilgenommen hatte, und Shirley heiratete einen Meteorologen der US-Armee, der bei einem Trainingsunfall verkrüppelt wurde, noch bevor er an einer verdeckten Mission hinter den feindlichen Linien in Burma hätte teilnehmen sollen, um Klimadaten zu sammeln, die zur Lenkung von US-Bombenangriffen auf die Japaner gebraucht wurden.

Mein Vater war zu jung, um am Zweiten Weltkrieg teilzunehmen, aber er diente ein Jahr in Vietnam und fand sich dann auf Hawaii wieder.

Meine Großmutter bestand darauf, dass wir das Pearl-Harbor-Denkmal besuchen. Sie hatte keine Zuneigung für die Japaner übrig, was deutlich wurde, als sie uns Geschichten darüber erzählte, wie sie die Nachrichten über den japanischen Angriff auf Pearl Harbor und später die Ansprache von Präsident Roosevelt an die Nation im Radio hörte, bei der er den Kriegszustand zwischen den USA und Japan erklärte.

Meine Großmutter, wie immer die elegante Dame, putzte sich für den Besuch des Denkmals heraus, trug ein bescheidenes Kleid und hatte ihr Haar hochgesteckt, so wie es dem Anlass angemessen war.

Um mit der Fähre zur Gedenkstätte zu gelangen, musste man Tickets kaufen. Als wir in der Warteschlange standen, bemerkte meine Großmutter Busladungen mit japanischen Touristen, die mit Tickets in der Hand am Fähranleger ankamen und darauf warteten, die Fähre zur Gedenkstätte zu besteigen.

Es war 1972, etwa 31 Jahre, seit die Japaner die vor sich hin dümpelnde US-Flotte angriffen. Und angesichts des Alters vieler der japanischen Touristen, Männer und Frauen in den Fünfzigern und Sechzigern waren sie nicht nur am Leben, als dieser Angriff stattfand, sondern wahrscheinlich auch aktive Teilnehmer der japanischen Kriegsmaschinerie.

Meine Großmutter war eine wohlerzogene Dame aus einer gut situierten Schicht der Gesellschaft, die nicht dazu neigte, Aufruhr zu veranstalten oder Schimpfwörter zu verwenden. Aber als sie die japanischen Touristen sah, wandte sie sich mit der empörtesten Stimme, die man sich vorstellen kann, an meinen Vater und fragte laut: „Warum sind hier so verdammt viele Japsen?“

Die Amerikaner in unserer Warteschlange blickten sich um und sahen meine Großmutter zustimmend an. Man konnte allein am Alter meiner Großmutter und aufgrund der Örtlichkeit, an der wir uns befanden, erkennen, dass ihr emotionaler Ausbruch authentischen Motiven entsprang. Alle Augen waren auf die Japaner gerichtet, von denen viele ihre Worte auch gehört hatten und nun beschämt und verlegen zu Boden blickten. Es war für alle Anwesenden kein angenehmer Moment.

Mein Vater erklärte uns dann, dass viele Japaner das Pearl-Harbour-Denkmal als Akt der Sühne besuchen, um Respekt vor den Toten zu zeigen. Er erklärte uns, dass sich die Zeiten geändert hätten und dass wir jetzt mit den Japanern befreundet seien und wir keine Wörter wie „Japsen“ mehr verwenden würden, wenn wir uns auf Japaner bezogen.

Meine Großmutter hörte schweigend zu und kochte innerlich. Aber sie behielt ihre Fassung, und wir beendeten unseren Besuch am Denkmal ohne weitere Zwischenfälle. Danach, als wir nach Hause fuhren, weinte sie leise. „Sie haben kein Recht“, sagte sie und bezog sich auf die Japaner. „Dieser Ort ist nicht für sie bestimmt.“ Ihr Schmerz war echt, und es konnte keine Zeit der Welt vergehen, die diese Wunde heilen würde, die sie in ihrem Herzen trug. Sie starb später im selben Jahr, und ihre Erinnerungen an den Krieg gingen mit ihr.

An jedem 7. Dezember halte ich kurz inne und denke über die Bedeutung dieses Tages nach. Ich lese noch mal die Ansprache von Präsident Roosevelt und achte besonders auf seine Bemerkung, dass „man sich an dieses Datum als ein Datum der Schande erinnern wird“. Schande. Laut dem Merriam-Webster-Lexikon bedeutet das Wort einen „schlechten Ruf, der durch etwas grob Kriminelles, Schockierendes oder Brutales verursacht wird“.

Meine Großmutter glaubte sicherlich, dass dies der Fall war und nachdem ich Pearl Harbor durch ihre Augen erlebt hatte, glaubte ich das auch. Ich konnte jedoch den Japanern für das, was sie uns an diesem Tag angetan haben, vergeben und habe es auch getan. Aber ich werde es nie vergessen können.

Keine nationale Erinnerung der USA

Leider kann ich dasselbe nicht über meine amerikanischen Mitbürger sagen. Wann haben wir als Nation das letzte Mal offiziell den Gedenktag für Pearl Harbor begangen? Ja, jedes Jahr hält das US-Militär eine feierliche Zeremonie am Denkmal bei der USS Arizona ab, an der lokale Politiker und hochrangige Militäroffiziere teilnehmen. Aber wird in Poughkeepsie, New York, innegehalten und des Ereignisses gedacht? In Mobil, Alabama? In Bangor, Maine? In Kalamazoo, Michigan?

Nein. **Als Nation haben wir keine kollektive Erinnerung** an den Angriff auf Pearl Harbor und die zugrunde liegende Schande, die mit denen verbunden ist, die ihn begangen haben. Die Geschichte hat keine Bedeutung, wenn man sie nicht in sein Wesen einbettet. Für mich hat die Erinnerung an die Empörung meiner Großmutter am Ort der Schande einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen. Aber wenn man nicht einen ähnlichen Moment der Klarheit erlebt hat, ist Geschichte nur eine Sammlung von Geschichten aus einer vergangenen Ära, meist die Erfahrung von Fremden, und wird daher selten gelernt, nie geschätzt und leicht vergessen.

Russland – Inspektionstätigkeit

Im Juni 1988 war ich Teil einer fünfköpfigen Vorhut von US-Inspektoren, die nach Wotkinsk entsandt wurde, einer Stadt in der damaligen Sowjetunion, die etwa 750 Meilen östlich von Moskau, in der Provinz des heutigen Russlands liegt. Die Sowjets unterhielten dort eine Fabrik, die ballistische Raketen herstellte. Ich arbeitete für die Inspektionsbehörde, deren Aufgabe es war, vor Ort die Erfüllung der Bestimmungen des INF-Vertrages über die Vernichtung aller boden- und landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kurzer Reichweite zu überwachen.

Eine der Aufgaben bestand darin, eine Überwachungsanlage vor den Toren dieser Raketenfabrik zu errichten. Wir kamen am 18. Juni in Wotkinsk an. Der Rest des Teams von US-Inspektoren sollte am 1. Juli eintreffen. Wir hatten also etwas weniger als zwei Wochen Zeit, um alles für ihre Ankunft vorzubereiten.

Die Sowjets brachten uns in einer gehobenen Datscha, einem Landhaus, am Rande der Stadt unter, die gebaut worden war, um den ehemaligen Verteidigungsminister Dmitri Ustinow während seiner häufigen Besuche in Wotkinsk zu beherbergen. Jetzt war das Haus die Herberge für fünf Amerikaner.

Ein paar Tage nach meiner Ankunft wachte ich auf und ging morgens joggen, begleitet von einem Beamten des russischen Außenministeriums, dessen Aufgabe es war, dafür zu sorgen, dass ich mich nicht „verirre“. Nach dem Frühstück fuhren uns die Sowjets zur Fabrik, die wir zum ersten Mal sahen. Ich ging um die Fabrik herum und leitete damit das ein, was für alle zukünftigen Inspektionsteams zur Routine werden sollte, da die Inspektionsvorschriften vorsahen, dass zweimal täglich eine Perimeter Patrouille durchgeführt werden muss. Dann besichtigten wir die Gleisschuppen vor den Fabrikatoren, nahmen Messungen an Standorten vor, an denen die Überwachungs-ausrüstung installiert werden sollte, und kehrten zum Mittagessen in die Datscha zurück.

Russischer „Jahrestag“

Im Fernsehen sah ich, dass Aufnahmen aus dem Zweiten Weltkrieg ausgestrahlt wurden. Ich erkannte schnell, welches Datum dieser Tag hatte, und wandte mich an meine sowjetischen Gastgeber.

„Heute ist der Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion“, sagte ich. „Finden zu diesem Anlass irgendwelche Zeremonien statt? Wenn ja, würde ich gerne teilnehmen und meinen Respekt zollen“. Meine Gastgeber waren hocherfreut über mein Geschichtsverständnis, sagten mir aber, dass es keine offiziellen Zeremonien gebe.

„Die Veteranen und ihre Familien könnten eine Gedenkstätte besuchen“, sagten sie. „Aber der offizielle Feiertag für den Großen Vaterländischen Krieg ist der 9. Mai, der Tag des Sieges.“

An diesem Abend, als wir am Seeufer in Wotkinsk entlangspazierten, brachten mich meine Gastgeber zu einer Gedenkstätte in der Innenstadt. Davor waren Blumensträuße ausgelegt. Während wir dastanden, kamen Familien vorbei und legten weitere Blumen nieder.

„In Amerika“, sagte ich meinen Gastgebern, „haben wir einen offiziellen Feiertag, um unseres Eintrittes in den Zweiten Weltkrieg zu gedenken, den Pearl-Harbor-Tag. Ich bin überrascht, dass ihr hier nichts Ähnliches habt, um an den deutschen Angriff zu erinnern.“ Der Beamte des Außenministeriums dachte einen Moment über das nach, was ich gesagt hatte, und antwortete dann, „vielleicht haben wir uns entschieden, des Sieges zu gedenken. Der heutige Tag war ein dunkler Tag. Vielleicht ist es besser, sich privat an diesen Tag zu erinnern.“

Am 22. Juni 2022, der in Russland der „Tag des Gedenkens und der Trauer“ heißt, sah ich zu, wie der russische Präsident Blumen am Grab des Unbekannten Soldaten und an den Denkmälern der Heldenstädte niederlegte.

Vor 81 Jahren, an diesem Tag, begannen die Streitkräfte Nazideutschlands mit ihrem Angriff auf die Sowjetunion und begannen einen fast vierjährigen Krieg, der praktisch jede Familie im Land betraf. Mindestens 27 Millionen Sowjetbürger verloren dabei ihr Leben.

Während ich die feierliche Zeremonie im Fernsehen verfolgte, war ich beeindruckt vom Kontrast zwischen dem Gespräch, das ich vor etwa 34 Jahren in Wotkinsk geführt hatte, und diesem Ereignis in der Gegenwart.

Was war in der Zwischenzeit geschehen? Kurz gesagt, Geschichte. Oder zumindest, wie sich eine Nation kollektiv dafür entschieden hat, sich an ihre Geschichte zu erinnern.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 brachte einen grundlegenden Wandel in der Sicht der Russen auf ihre Geschichte mit sich. Die Sowjetunion wurde weitgehend verunglimpft, und das, was im Namen des sowjetischen Ruhms gefeiert worden war, wurde in einer Atmosphäre der Frustration und gegenseitiger Beschuldigungen dem Dahinsiechen überlassen. Russland als Nation geriet ins Wanken, ihre Identität war ebenso vernebelt wie ihre Zukunft.

Um eine Grundlage historischer Fakten zu schaffen, die zur Neudefinition des Charakters des modernen Russlands verwendet werden könnten, führte der erste Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, 1996 den 22. Juni als nationalen Gedenktag ein. Entsprechend dem Anlass der Feierlichkeit ordnete das Gesetz an, dass keine Unterhaltungsprogramme im Fernsehen oder Radio ausgestrahlt werden dürfen.

Im Laufe der Jahre ist der 22. Juni bei vielen Russen zu einem Resonanzboden geworden. Geschichte, so scheint es, wird gelernt. Mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Großen

Vaterländischen Krieges wurde das Volk Russlands veranlasst, einen Aspekt seiner kollektiven Geschichte neu zu lernen, der von früheren Generationen vernachlässigt worden war.

Die Feierlichkeiten zum 9. Mai blieben natürlich bestehen, jeder möchte einen Sieg feiern, besonders einen so großen wie den Anlass der Niederlage Nazideutschlands.

Ein „Tag des Gedenkens und der Trauer“ ist jedoch schwieriger zu „erfassen“, insbesondere für Diejenigen, die von den Ereignissen nicht direkt berührt wurden. Es stimmt zwar, dass praktisch jede Familie in Russland in irgendeiner Weise, Form oder Gestalt von der Invasion der Nazis in die Sowjetunion am 22. Juni 1941 betroffen war.

Aber während die Großeltern, die im Krieg gekämpft haben, langsam wegsterben, die Kinder dieser Veteranen selbst altern und sich mit den Realitäten der Gegenwart auseinandersetzen, müssen die Enkelkinder über eine Nation nachdenken, deren Identität sehr wohl von den Herausforderungen der Zukunft dominiert werden könnte.

Indem Russland den 22. Juni zu einem Feiertag des Gedenkens und der Trauer gemacht hat, an dem keine überflüssige Spaßkultur im Rundfunk geduldet wird, damit die Erinnerungen an das, was passiert ist, nicht irgendwie beschmutzt werden, schreibt Russland Geschichte.

Diese Wiederherstellung des Gedenkens erfolgte nicht durch Fälschung oder Verzerrung, sondern indem man einfach die Bausteine der Geschichte nahm, die durch die Vernachlässigung der Vergangenheit in sich zusammengebrochen waren, und sie zu etwas Neuem geformt hat, mit dem sich die heutige Generation identifizieren und absorbieren kann und sie damit real und gegenwärtig zu einem Teil der Identität als Bürger Russlands macht.

In den Vereinigten Staaten haben wir zugelassen, dass die Erinnerung an das, was passiert ist, aus unserer kollektiven Geschichte gelöscht und auf die unzähligen Fälle von Überlieferungen innerhalb der Familie beschränkt wurde, bis sie irgendwann so weit geschwunden ist, dass sie für die Nation als Ganzes bedeutungslos wird.

Nicht so in Russland. Die Russen beendeten das „Flüsterspiel“ und stellten stattdessen sicher, dass allen gleichzeitig dasselbe über ein schreckliches Ereignis in ihrer kollektiven Vergangenheit erzählt wird, das niemals vergessen werden sollte, damit sich solche Ereignisse nicht wiederholen. Das ist auch der Grund, **weshalb der Begriff „Entnazifizierung der Ukraine“ bei den Russen mehr Anklang findet als irgendwo sonst auf der Welt.**

Russland hat durch sein Handeln dafür gesorgt, dass der 22. Juni nicht den Weg des 7. Dezember geht und ich denke, meine Großmutter hätte dem zugestimmt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) „Klima“, Putin und Corona: Die hysterischen Katastrophenprognosen bringen uns um

23. 07. 2022



Bild: Shutterstock

Von PETER HAISENKO | Es ist Sommer und man könnte meinen, wir hätten noch nie einen Sommer erlebt. Andauernd werden Hitzerekorde vorhergesagt und die Prognosen wollen einfach nicht eintreffen. In München hatten wir noch keine einzige „tropische Nacht“ (1) und trotzdem wird behauptet, es wäre der wärmste Juni gewesen. Wie soll man da unterscheiden können, ob eine Warnung ausgerechnet diesmal ernst zu nehmen ist?

Es geht nicht nur ums Wetter. Hat uns nicht schon 2020 der Bankkaufmann Spahn ein Massensterben wegen Corona vorhergesagt, das nicht ansatzweise eingetroffen ist? Müssten nicht 20 Prozent der Bevölkerung, alle nicht „geimpften“, schon zweimal verstorben sein, wenn man Lauterbach Glauben schenken wollte? Und nein, nicht die Nicht-Geimpften sterben weg. Es sind diejenigen, die der Impfnötigung nachgegeben haben wegen der hysterischen Prognosen, die plötzlich und unerwartet mitten aus dem Leben gerissen worden sind; die eine Übersterblichkeit hergestellt haben, die es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs so nicht mehr gegeben hat. Es ist also nicht Corona, das die Menschen umbringt, sondern die hysterischen Prognosen dazu.

Das Klima ändert sich andauernd

Einen menschengemachten Klimawandel gibt es nicht. Seit Jahrmillionen erlebt unsere Erde ständigen Klimawandel und daran hatte der Mensch keinen Anteil. Das ging von globalen Eiszeiten bis zu Warmzeiten. Betrachtet man die Geschichte der letzten Jahrtausende, die dokumentiert ist, so ist festzustellen, dass es immer Klimaschwankungen

gab, für die der Menschheit keinerlei Verantwortung aufgebürdet werden kann. Große Reiche sind untergegangen, weil sich das Klima verändert hat. Interessant daran ist, dass es den Menschen und Machtbereichen immer gut, besser, gegangen ist, während der Warmzeiten. Zumindest in Europa. So kennt man zum Beispiel das „römische Klimaoptimum“ um die Zeit 100 Jahre nach Christi Geburt. Es war eine Warmzeit, deren Temperaturen etwa drei Grad über dem lagen, was wir heute haben.



Man beachte auch den „Sport“ rechts oben: „Negerin“

Auch die Blütezeit der Gotik vom Jahr 1.000 bis etwa 1.500 war geprägt von einer Warmzeit, die in etwa dem römischen Klimaoptimum entsprach. Dann ging es bergab mit der Temperatur und es folgten 500 Jahre der Kriege und Verwüstungen. Man sprach auch von einer kleinen Eiszeit und die niedrigen Temperaturen, die Missernten brachten, haben Europäer massenweise nach Nordamerika auswandern lassen. Jetzt sieht es so aus, als ob wir endlich wieder aus der Kaltzeit herauskämen und wider jegliches Geschichtswissen werden hysterische Katastrophenprognosen in die Welt gesetzt. Und ja, wärmeres Klima bringt mehr Niederschläge und so auch Flüsse, die zu Fluten anschwellen, die in ihrer Höhe aber noch nicht das Niveau vor 500 Jahren erreicht haben. Das kann man sehen an uralten Dämmen am Rhein zum Beispiel, die höher sind als alle der letzten 200 Jahre und sicher nicht gebaut worden sind, aus Lust und Tollerei.

Warnungen können nicht mehr ernst genommen werden

Während der Kaltzeit der letzten 500 Jahre haben sich die Menschen in ehemaligen Überflutungsgebieten angesiedelt und damit bin ich bei der Flut im Ahrtal des letzten Jahres. Es hat da Warnungen gegeben und hätte man die ernst genommen, könnten noch hunderte Menschen leben. Warum aber wurde diesen Warnungen nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die in diesem Fall angemessen gewesen wäre? Man ist übersättigt von hysterischen Prognosen, die sich immer wieder als übertrieben herausgestellt haben. Dafür gibt es mindestens zwei Gründe. Da gibt es die übertriebene Haftungsfrage und das Bestreben, den Menschen einzuhämmern, dass der angeblich menschengemachte Klimawandel real und sehr gefährlich ist.



Heutzutage ist Eigenverantwortung verpönt. Gibt es mal ein außergewöhnlich starkes Gewitter mit Überschwemmungen, dann wird sofort auf die Meteorologen eingeschlagen, sie hätten nicht ausreichend davor gewarnt. Sie werden dann dafür verantwortlich gemacht, dass es Schäden gegeben hat. Diesen Vorwürfen entziehen sie sich, indem sie jedes mögliche normale Gewitter mit einer Katastrophenprognose überzeichnen. Es könnte ja tatsächlich so eintreffen und damit ist man aus der Haftung raus. Daraus ergibt sich aber ein anderes Problem. Wie sollen die Menschen wissen, wann eine Katastrophenprognose wirklich ernst zu nehmen ist? Zu oft hat man seine Keller geräumt und es war nicht notwendig. Warum sollte ausgerechnet heute die apokalyptische Vorhersage zutreffend sein? Genau da sehe ich die Ursache, warum man trotz massiver Warnungen für das Ahrtal nicht angemessen gehandelt hat und so behaupte ich, dass die übertriebenen Katastrophenprognosen der Vergangenheit die Ursache für die vielen Toten waren und in Zukunft sein werden.

Katastrophenhysterie und die Übersterblichkeit

Zum Anderen soll den Menschen eingehämmert werden, dass wir tatsächlich einen dramatischen Klimawandel erleben. So werden wir seit Wochen mit Wettervorhersagen konfrontiert, die immer neue Hitzerekorde ankündigen. Bis jetzt jedenfalls hatten wir auch in diesem Jahr noch keinen einzigen Tag, der wirklich ein Maximum war. Oder hat man schon gehört, dass es in diesem Jahr ein Wettermaximum gegeben hat, das nicht von einem solchen der letzten Jahrzehnte übertroffen worden wäre? Und das ist der nächste Punkt. Vor einiger Zeit wurde noch angesagt, es war der extremste Tag seit so und so vielen Jahren. Das wird nicht mehr gemeldet, denn da könnte ja mancher aufwachen und sich fragen, wie das denn damals zustande gekommen ist, als der Mensch dafür einfach nicht verantwortlich zu machen war. So gibt es heutzutage kaum noch eine Meldung über irgendein negatives Ereignis, dem nicht angefügt wird, es wäre dem Klimawandel geschuldet, obwohl es derartige Ereignisse früher auch schon gab.

Natürlich kommt den Lauterbächen diese Katastrophenhysterie sehr gelegen. Sie sehen sich konfrontiert mit der deutlich sichtbaren Übersterblichkeit und suchen verzweifelt nach Erklärungen, die die Genspritzen außen vor lassen. So warnt jetzt Lauterbach vor vielen Hitzetoten und sieht diese erfundene Gefahr schon bei Temperaturen knapp über 30 Grad. Wird es dann genauso sein wie bei den „Corona Toten“? Dass fortan jeder, der an einem heißen Sommertag stirbt, ein Hitzetoter ist?

Wenn nötig, wird die Temperatur auch herunter gelogen

Da frage zumindest ich mich, wie es möglich ist, dass es in Griechenland, ganz Südeuropa, den Subtropen, Arabien oder der Sahelzone überhaupt lebende Menschen geben kann. Ich selbst habe in Kuwait Tage erlebt mit 54 Grad Celsius und das war bereits im Jahr 1984. Allerdings wurde diese Temperatur offiziell herunter gelogen auf 49 Grad. Hätte man die echten 54 Grad angegeben, hätte der Flugverkehr eingestellt werden müssen, denn es gibt kein Verkehrsflugzeug, das für Temperaturen über 49 Grad zugelassen ist.

Die westlichen Gesellschaften werden mit Angstszenarien regiert. Vierzig Jahre lang wurde das Bewusstsein gefesselt mit der Angst vor dem Sowjetkommunismus. Damit wurden den Menschen irrsinnige Aufrüstungen als unumgänglich dargestellt und schon damals andauernde Sanktionen und Embargos gegen die Sowjetunion begründet. Umso leichter war es jetzt, gegen das neue Russland die alten Ressentiments zu reaktivieren. Mit der unbegründeten Angst vor Corona werden elementare Menschenrechte einfach beiseitegelegt. Die sogenannte menschengemachte Klimaerwärmung hat religiösen Status und ist unterlegt mit Horrorszenarien, die uns alle umbringen werden. Wer dem widerspricht wird ähnlich behandelt, wie die Ketzer nach der Reformation Luthers. Man muss also auch Angst haben, wenn man der befohlenen „Lehre“ widersprechen wollte.

Corona und Putin sind an unserem Versagen schuld

Diese bewusst inszenierten Angstszenarien sind so mächtig, dass zu viele bereit sind, sogar auf Wohlstand zu verzichten. Allerdings geht das im Fall der propagierten Angst vor Russland so weit, dass bei uns Menschen sterben werden. Nicht wegen Russland, sondern wegen der Sanktionen gegen Russland. Der Kinderbuchautor Habeck erklärte dazu, dass er bereit ist, 100.000 Tote zu akzeptieren und deswegen keinen Anlass sieht, auch nur eine Sanktion zurückzunehmen. Wieviele Selbstmorde haben die geschürten Ängste vor Corona oder Russland verursacht? Aber auch hier gilt, dass man damit das eigene Versagen abwälzen kann.



Die Wirtschaft bricht nicht zusammen, weil wir irgendetwas falsch gemacht haben. Nein, Corona ist schuld und natürlich Putin und der Klimawandel. Wir haben alles richtig gemacht und mit der irrsinnigen Corona-Politik Millionen Menschen gerettet und mit dem Kampf für unsere Demokratie und gegen Putin unsere Freiheit. Mit unserem Kampf für die Klimarettung retten wir die ganze Menschheit. All das wäre nicht möglich, ohne die hysterischen Katastrophenprognosen aller Art, die die Gehirne der Menschen vernebeln. So komme ich zu dem Schluß, dass diese Katastrophenprognosen und ihre Erfinder ein Vielfaches an Menschenleben fordern werden, als es „normale“ Katastrophen jemals könnten. Eben wie im Ahrtal.

(1) Die Definition für eine tropische Nacht ist, wenn die Nachttemperatur nicht unter 20 Grad sinkt. Gestern, am 19./20. Juli betrug die Nachttemperatur in München 14 Grad.



Zum Autor:

Peter Haisenko ist Schriftsteller, Inhaber des Anderwelt-Verlages und Herausgeber von AnderweltOnline.com

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Die Welt in zwei Hälften?

22. 07. 2022



USA und EU-Europa stellen nur 10% der heutigen Weltbevölkerung: Was nun?

Quelle: Zaho Lijian

Kann die USA die halbe Welt kontrollieren?

Von YURI TAVROVSKY | Der Aufstieg Chinas und die Rückkehr Russlands zwingen US-Eliten ihr vormaliges Modell der Weltordnung neu zu überdenken und nach einem Ersatz ihrer „unipolaren Globalisierung“ der letzten drei Jahrzehnte zu suchen. Die entscheidende Schlacht um US-Hegemonie hatte Präsident Donald Trump zuletzt gefochten: Unter seiner Führung ließ er gegen China einen Wirtschaftskrieg eröffnen, fortschrittlichen chinesischen Technologien den Marktzugang verwehren und den US-Konkurrenten in einen Informationskrieg rund um Covid-19 verwickeln.

Trump erhob sich wie ein Wild-West-Held zu voller Größe und ging im Alleingang erst auf die Chinesen und dann auf die Russen los. Er entschied auf die „Glorreichen Sieben“ der sogenannten G-7 Staatengruppe zu verzichten, doch zugleich alte NATO-Verbündete als nur „Trittbrettfahrer“ zu beschimpfen. Er ließ die USA aus Organisationen, wie WHO, UNICEF und der *Pazifischen Partnerschaft* austreten, die zuvor loyal zur USA standen. Er kündigte den Vertrag mit Russland zur Begrenzung von Raketen mittlerer und geringer Reichweite und ging daran noch weiteren Schaden anzurichten. Seine Politik löste die alte Weltordnung ab und kann zu Recht als „De-Globalisierung“ bezeichnet werden.

Verrat an den amerikanischen Werten

Seinem Nachfolger Joe Biden war die Rolle des Krisen-Managers zugefallen. Denn Donald Trumps „Kalter Krieg“ an gleich zwei Fronten gegen Russland und China hatte keine Siege gebracht. Dazu zeigten sich Schwächen des Landes im Kampf gegen die Pandemie, die eine Million Opfer und eine angeschlagene Wirtschaft zurückließen. Die USA zogen sich schmachvoll aus dem zerbombten Afghanistan zurück. Doch darüber hat Amerika den

„amerikanischen Traum“ und den „American Way of Life“ verraten, indem es randalierenden Mob auf die Strassen ließ und dazu noch US-Werte wie WASP – **W**eiße, **A**nglo-**S**ächsische **P**rotestanten – der Cancel-Culture preisgab.

Wie es sich für einen Krisen-Manager gehört, begann Biden den Kurs seines Vorgängers umzudrehen und „regelte“ die Verluste: Er veranlasste eine \$ 2.2 Billionen „*Rekapitalisierung der America Incorporated*“ als sogenanntes *Build-Back-Better* Programm. Dem folgte eine Konsolidierung unter den verbliebenen US-Verbündeten und eine Suche nach neuen Partnern. Diese haben in der Konfrontation mit Russland und China taktische Aufgaben zu übernehmen, die im Mittelpunkt des Kampfes um die Vorherrschaft der „*leuchtenden Stadt auf dem Hügel*“ (= Washington D.C.) stehen. Denn das Weiße Haus bevorzugt von der Spitze des „Hügels“, ihre strategischen und globalen Fragen anzugehen.

Nach Beurteilung der Entwicklung seit Bidens Amtsantritt, besteht die Hauptstrategie darin, die Welt in zwei Teile zu spalten und den einen Teil der Ressourcen unter der Kontrolle Washingtons zu konzentrieren. Die Verteilung der Kräfte unter Präsident Obama zeigte deutlich, dass die USA China mit Hilfe Hillary Clintons Strategie der „Hinwendung zu Asien“ (*pivot to Asia*) nicht einzudämmen vermochte. Die Situation verschlechterte sich, nachdem die US-Administration der chinesischen Front noch die russische hinzufügte. Die US-Kriegspartei wiederholte den alten Fehler von Napoleon, Hitler oder des Tenno, deren Pläne allesamt in Zweifrontenkriegen endeten.

Die Guten und die Bösen

Strategen der Biden-Administration, zu denen auch Veteranen der Obama-Clinton-Administration zählen, schlugen vor, die „*Frontlinien zu begradigen*“, doch mindestens die Hälfte der Welt unter US-Kontrolle zu halten. So kam es im Dezember 2021 zu einer einzigartigen Demonstration der Treue zu den „*Stars and Stripes*“ – besser unter *Demokratie Gipfel* bekannt. Über 100 Staaten und Regionen, darunter Konstrukte wie Taiwan oder Kosovo, bekannten sich zum Lager der „*Demokratie*“ und gegen das Lager der „*Autokratie*“. Es versteht sich von selbst, dass die Liste der „*Autokratien*“ bzw. „*autoritären Regime*“ China und Russland anführt: Doch dazu zählen auch NATO-Mitgliedsstaaten, wie Türkei, Ungarn oder Saudi-Arabien und noch zahlreiche andere Länder dieser Welt.

Entscheidend jedoch ist nicht die Liste der Teilnehmer, sondern das Prinzip der Einteilung in „*rein*“ und „*unrein*“. Der „*reinen*“ Hälfte der Welt wurden monetäre Vorteile zugesprochen: Biden verkündete eine mit 424,4 Millionen Dollar dotierte „*Präsidenteninitiative zur Erneuerung der Demokratie*“ zugunsten von Medien, Korruptionsbekämpfung oder Minderheitenrechten. Ähnlich gelagerte Veranstaltungen anderer Politikbereiche sollen künftig regelmäßig folgen.

Eine Asien-NATO im Entstehen

Die neue Strategie verfolgt das Ziel bestehende politische und militärische Strukturen zu verstärken und neue aufzubauen: Man plant die G7 Staatengruppe um Australien, Indien und Südkorea zu erweitern. Über eine Anpassung der Zusammensetzung der G20 Staaten ggf. ohne Russland wie auch die Aufnahmen von Schweden und Finnland in die NATO wird und wurde nachgedacht. Für die „Nordatlantik-Vertrags-Organisation“, wie der Name dieses „Veteranenblocks“ wörtlich lautet, soll jetzt ein Zwillingsbruder im indo-pazifischen Raum geschaffen werden. Die politisch-militärische Gruppe QUAD (Australien, Indien, Japan und die Vereinigten Staaten) und der militärische Block AUKUS (Australien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten) wurden dort schon eingerichtet. Eine Stärkung der noch

schwachen QUAD-Gruppierung und mögliche Erweiterung von AUKUS um Japan, Südkorea, Philippinen und Vietnam würde es erlauben von einer defacto „Asien-NATO“ zu sprechen. Das Pentagon plant, zusätzlich zur Siebten Flotte für den westlichen Pazifik und ihrer Fünften Flotte für den Indischen Ozean, die neue Struktur durch eine weitere Flotte zu verstärken. Das Indo-Pazifik-Kommando als Kontroll- bzw. Angriffszentrum der USA und ihrer verbündeten Streitkräfte, wurde schon eingerichtet. Die Geschwindigkeit, mit der die Strategie der „Halb-Globalisierung“ umgesetzt zu werden scheint, ist wahrlich beeindruckend!

Die neuen Konturen der „anderen“ Welthälfte

Neue Konturen der anderen „Welthälfte“ zeichnen sich auch ab: Das Tandem mit Russland und China im Kampf ums Überleben bildet das Rückgrat. Beide haben gewaltige militärische Macht, die zusammen die der Vereinigten Staaten mit ihren Verbündeten übertrifft. Das Wirtschaftspotenzial Russland ist noch immer geringer als das des Westens, aber China wird bis 2030 die USA überholt haben. Das wissenschaftliche und technologische Niveau des Tandems wird durch Hyperschallraketen, über die nicht einmal die USA verfügen oder z.B. durch 5G-Technologie demonstriert. Die Synergie der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen zwischen Moskau und Peking kann existierende Lücken schliessen und die Basis des Vorsprungs verbreitern.

Moskau und Peking haben eigene Visionen zur neuen Weltordnung und entwickeln in Übereinstimmung mit ihren Vorstellungen bilaterale strategische Partnerschaften und internationale Strukturen. Für Moskau ist es das Konzept eines Groß-Eurasiens, des Wirtschaftsblocks EAEU und des Militärblocks CSTO. Für Peking ist es das Konzept der „Schicksalsgemeinschaft einer Menschheit“ gemäß der globalen Infrastruktur- oder „*Belt & Road (BRI)*“ Initiative. Russland und China zusammen sind Mitglieder der Shanghai Cooperation Organisation (SCO), die eine große Anziehungskraft ausübt und bereits vier Atomkräfte (Russland, China, Indien und Pakistan) umfasst.

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung – 3,4 Milliarden Menschen – lebt in Ländern der SCO. Dazu gesellt sich eine weitere Struktur, die unter dem Namen der BRICS (**B**rasilien, **R**ussland, **I**ndien, **C**hina & **S**üdafrika) bekannt geworden ist. Es sind Länder aus vier Kontinenten: Europa, Asien, Südamerika und Afrika. BRICS repräsentiert das funktionierende Modell einer alternativen globalen Ordnung.

Der Aufbau eines alternativen Finanzsystems

Größte Wichtigkeit kommt den mit den Ressourcen von China und Russland zu schaffenden Finanzinstitutionen zu: Wie beispielsweise die *New Development Bank (NDB)*, vormals als BRICS-Entwicklungs-Bank bekannt, die *Asiatische Infrastruktur-Investitions-Bank (AIIB)*, der *Seidenstraßenfond* (Silkroad Fund) oder die *Eurasische Entwicklungsbank (EDB)*. Sie erweitern den Umfang des Wirtschaftsaustausches zwischen den Mitgliedsländern durch Verwendung von Landeswährungen und SWAP Geschäften bzw. Währungstauschhandel. Die Entscheidung Moskaus, den Export strategischer Güter nur noch über Rubel statt westliche Reservewährungen abzuwickeln, hat bahnbrechenden Charakter. Peking seinerseits wurde aktiv, die Verwendung seiner Währung RMB im internationalen Zahlungsverkehr auszuweiten und zugleich ihren Anteil im Korb der Reservewährungen aufzustocken.

In diesem Sinne ist der Aufbau eines alternativen globalen Finanzsystems analog zu dem bisherigen von Weltbank, Internationalen Währungsfonds (IMF) inklusive SWIFT und

anderen Instrumenten, vorgesehen. Es wird nach Grundsätzen gemäß Multipolarität, Gleichheit und gegenseitigem Nutzen geprägt sein.



Die Freihandelszone der RCEP-Staaten in Kraft seit 1.1.2022

Bild: Attribute: Tiger 7253, CC BY-SA 4.0 <creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>; via Wikimedia Commons

Die *Regionale Umfassende Wirtschaftspartnerschaft* (RCEP) wurde 2020 begründet und stellt heute die größte Freihandelszone der Welt dar. Neben den ASEAN-Ländern sind China, Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea ebenso Mitglieder. Chinas Mitgliedschaft als größte RCEP-Volkswirtschaft und wichtigster Importeur stellt sicher, jene Partnerschaft nicht künftig zu einer Waffe gegen Peking werden zu lassen.

Die Zeitenwende hat begonnen

Die Handels- und Wirtschaftsorganisationen ASEAN und die Freihandelszone *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) spielen eigenständige Rollen in der indo-pazifischen Region. Die Gruppierung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) umfasst 10 Länder der Region mit einer Bevölkerung von insgesamt 650 Millionen Menschen. Sie

blicken zugleich auf einen vielfältigen und intensiven Austausch über Jahrhunderte mit China zurück: Chinas Handel mit den ASEAN-Staaten (878 Milliarden Dollar) übersteigt inzwischen den mit der USA (657 Milliarden Dollar) und auch EU (828 Milliarden Dollar).

Die Teilung der Welt in zwei gegensätzliche Hälften hat gerade erst begonnen. Einige Länder, wie Indien oder Brasilien, versucht man auf Biegen und Brechen zur sogenannte „demokratische Welt“ hinüberzuziehen. Doch Veränderungen auf beiden Seiten sind nach wie vor möglich. Die klassische Form der Globalisierung, die nach dem Ende des Kalten Krieges entstanden war, ist heute Geschichte. Die Bemühungen der schwächelnden USA, die Welt in eine „demokratische“ und eine „autoritäre“ Hälfte aufzuteilen, beschleunigen den Prozess des Aufbaus einer alternativen Globalisierung. Anstelle vormaliger globaler Hegemonie wird Washington eine „Semi-Globalisierung“ erhalten. Zugleich wird es die Aufgabe von Moskau und Peking sein, die neue Weltordnung und Globalisierung aufzubauen.

Übersetzung aus dem Russischen durch UNSER MITTELEUROPA

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Das Geheimnis des Kommunismus oder die Rote Symphonie

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

22. 07. 2022



Source: The Daily Trumplicon, USSR Propaganda

Hinter allen revolutionären Bewegungen der Gegenwart (und der Geschichte) steckt ein kommunistischer Impuls. Man denke an die Vierte Industrielle Revolution Klaus Schwabs, die Klimahysterie oder die ursprünglich von Lenin ersonnene Idee einer Hygienediktatur. Auf was für Ziele arbeitet der Kommunismus tatsächlich hin und was ist sein Geheimnis?

Das Hauptziel des Kommunismus ist die Besitzlosigkeit der Bevölkerung um sie so in die totale Abhängigkeit und Machtlosigkeit gegenüber dem Staat zwingen zu können. Marx formulierte es so:

In diesem Sinne lässt sich die Theorie der Kommunisten in einem einzigen Satz zusammenfassen: **Abschaffung des Privateigentums**.

Karl Marx, Das kommunistische Manifest, [Link](#)

Die kommunistische Funktionärskaste hingegen, die jede Diktatur des Proletariats im Auftrag der Geheimen Oberen verwaltet, pflegt ein feudales Luxusleben auf Kosten der ausgebeuteten „Arbeiter und Bauern“.



Screenshot: YouTube, Klaus Schwab

Die Besitzlosigkeit gilt natürlich auch nicht für die hinter dem Marxismus stehenden Kreise des **Hoch-und Finanzadels**, des vermutlich noch mächtigeren **Schwarzen Adels** und (seit einigen Jahrzehnten) des **Papstes** [Link](#), [Link](#)], deren Endziel die absolute Macht ist.

Hierarchisch unterhalb des hochadeligen Komitees der 300 angesiedelt, und von diesem gelenkt, sind die Super- oder Urlogen, die wiederum die Hochgradfreimaurerei leiten [Link](#)].

Die **Sozialistische Internationale**, das Zentralorgan aller linker Bewegungen, hat in London, dem Mutterland und weltweiten Zentrum der Freimaurerei, ihr Hauptquartier.

Der kommunistische Staat ist eine „Maschine der **totalen Macht**“, früher gab es „immer Raum für **individuelle Freiheit**. Verstehen Sie, dass diejenigen, die bereits teilweise über Nationen und weltliche Regierungen herrschen, den Anspruch auf **absolute Herrschaft** erheben? Begreift, dass dies das Einzige ist, was sie noch nicht erreicht haben.“

Christian Rakovsky, 1938 in „Die Rote Symphonie“, [Link](#)

Die Rote Symphonie

Die Rote Symphonie ist das Befragungsprotokoll von Christian Rakovsky, durch den stalinistischen NKWD (Geheimpolizei). Rakovsky war Trotzist, also Teil der internationalistischen Fraktion des Kommunismus, der der Kurs Stalins nicht radikal genug war. Ihm drohte daher die Exekution wegen einer Verschwörung gegen den Diktator. Er war Mitbegründer der kommunistischen Internationale und verwaltete die Ukraine während des Bürgerkrieges (1917–1922), kannte also die inneren Mechanismen der Partei und ihre Geheimnisse.

Dr. Jose Landowsky war als Arzt abkommandiert um an Verhören und Folterungen des Geheimdienstes teilzunehmen. Er verabreichte Rakovsky ein leichtes Euphorikum um seine Zunge zu lockern. Außer Landowsky waren noch ein Tontechniker und der das Verhör leitende Gavril Kusmin anwesend. Die Befragung wurde auf Französisch durchgeführt. Dr. Landowsky war mit der Ausarbeitung des Protokolls beauftragt worden und fertigte heimlich eine Kopie davon an, da sein Vater, ein zaristischer Offizier 1917 von den Bolschewisten ermordet worden war. Ein Freiwilliger der spanischen Legion fand das Manuskript des Verhörs schließlich auf Dr. Landowskys toten Körper in einer Hütte an der Petrograder Front. Er nahm es mit in seine Heimat Spanien und veröffentlichte es 1949 unter dem Namen „sinfonia en royo mayo“. Im Jahr 1968 erfolgte eine Übertragung ins Englische [\[Link\]](#).

Das wichtige **zeitgeschichtliche Dokument** [\[Link\]](#) lüftet den Schleier von Revolutionen, Kriegen und Umbrüchen des 20. Jahrhunderts und erklärt das gemeinsame Geheimnis von Freimaurerei und Kommunismus.

Das hatte Leon Trotzky über Christian Rokovsky in seinem Buch „Mein Leben“, 1930 [\[Link\]](#) zu sagen:

„Christian G. Rakovsky ... spielte eine aktive Rolle **im Innenleben** von vier sozialistischen Parteien – der bulgarischen, der russischen, der französischen und der rumänischen – und wurde schließlich einer der Führer der Sowjetföderation, ein **Gründer der Kommunistischen Internationale**, Präsident des ukrainischen Sowjets der Volkskommissare und der **diplomatische Vertreter** der Sowjetunion in England und Frankreich ...“



henrymarkow.com: Rakovsky_and_Trotsky_circa_1924

Zitate von Christian Rakovsky

„**Jede freimaurerische Organisation** versucht, alle notwendigen Voraussetzungen für den Triumph der **kommunistischen Revolution** zu schaffen; dies ist das offensichtliche Ziel der Freimaurerei“

„So kann man behaupten, dass die Banker und Politiker [in der Öffentlichkeit] – nur **Strohmänner** sind ... auch wenn sie sehr hohe Stellen besetzen und als Urheber der Pläne erscheinen, die ausgeführt werden.“

„Stellen Sie sich, wenn Sie können, eine **kleine Anzahl von Menschen** vor, die durch den Besitz von echtem Reichtum unbegrenzte Macht haben, und Sie werden sehen, dass sie die absoluten Diktatoren der Börse und [der Wirtschaft] sind...Wenn Sie genug Vorstellungskraft haben, dann...werden Sie [ihren] anarchischen, moralischen und sozialen Einfluss sehen, d.h. einen revolutionären...Verstehen Sie jetzt?“

„Der voll entwickelte Nationalismus Westeuropas ist ein Hindernis für den Marxismus ... die Notwendigkeit der Zerstörung des Nationalismus ist allein einen Krieg in Europa wert.“

Schließlich kann der **Kommunismus nicht triumphieren**, wenn er nicht das „noch **lebende Christentum**“ unterdrückt. Er bezieht sich auf die „permanente Revolution“, die auf die Geburt Christi zurückgeht, und die **Reformation** als „ihren **ersten Teilsieg**“, weil sie das Christentum spaltete.

„In Wirklichkeit ist das Christentum unser **einzigster wirklicher Feind** seit allen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen der bürgerlichen Staaten. Das Christentum, das das Individuum kontrolliert, ist in der Lage, die **revolutionäre Projektion** des neutralen sowjetischen oder atheistischen Staates zunichte zu machen.“

Christian Rakovsky, 1938 in „Die Rote Symphonie“, [Link](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Geistreiche „Prinzessin“ Eva Vlaardingerbroek: Wiederauferstehung Europas durch Rückkehr zu Gott

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

18. 07. 2022



Vom Mainstream wird die kluge und attraktive Juristin wegen ihres konservativen und christlichen Weltbildes als „arische Prinzessin“, „Schildmaid der Rechtsextremen“, „kleines Milchmädchen“ oder gar als „Hitlers Frau“ bezeichnet. Man scheint also mächtig Angst vor ihrem Charisma und Intellekt zu haben! Sie läßt sich von dem Gezeter nicht weiter beeindrucken

In ihrem Vortrag benennt Eva Vlaardingerbroek den Hauptangriff, der von den Feinden der menschlichen Art, den Globalisten, mit ihrer Vierten Industriellen Revolution, geplant ist:

Der alte kommunistische Traum von der Erschaffung des „**Neuen Menschen**“ kehrt hier in Form des Transhumanismus zurück und zwar mit einem erschreckenden Größenwahn: durch Technologie würden die Menschen zum „intelligenten Designer“ (Schöpfer), so Yuval Noah Hariri [\[Link\]](#), und so über das weitere Entwicklungsrichtung des Menschen entscheiden. Um gegen sie gewinnen zu können bräuchten wir das **einzigste wirkungsvolle Gegengift gegen den Transhumanismus**, so Vlaardingerbroek: **Gott**.

Der nachfolgende Vortrag wurde von Eva Vlaardingerbroek auf der National Conservatism Conference am 23. März 2022 in Brüssel gehalten.

Wir haben die Verbindung zu Gott verloren

Vor ein paar Monaten war ich auf einer Konferenz eines konservativen Think Tanks in Schweden, zusammen mit Joram Zoni. In meiner Rede dort sprach ich von den tyrannischen **Covid Maßnahmen** und daß nach meiner Wahrnehmung der **Gefahren der QR Gesellschaft** die Gefahren wesentlich größer sind als die meisten Leute denken. In dieser Rede sprach ich offen über Gott, ich sagte, daß unsere **gottgegebenen Rechte** wie die **körperliche Unversehrtheit** schwerstens verletzt werden würden **durch die Impfpflicht!** Nach der Konferenz später am Tag hatten Joram und ich eine Diskussion mit einigen unserer schwedischen konservativen Freunde. Sie sagten mir, daß jedes Gespräch in Schweden oder jedem anderen nordwesteuropäischen Land dazu führe, daß man etwa 90 % der Zuhörer verlieren würde und daher unter allen Umständen vermieden werden sollte. Joram und ich nahmen eine andere Position ein und genau über diese Position möchte ich heute mit Ihnen sprechen. Lassen Sie es mich gleich vorweg sagen: ich widerspreche den Äußerungen, daß Konservative nicht offen und ohne Entschuldigungen **über Gott sprechen** sollten. Ich denke auch warum wir gerade einige der wichtigsten Schlachten verlieren ist genau weil in unserem Inneren unsere **Verbindung zu Gott verloren** haben.

Aber bevor ich darauf weiter eingehe, lassen Sie mich , beginnen indem, und wie Sie sehen können anhand meines Beispiels in Schweden, und vielleicht von vielen Leuten die Sie heute getroffen haben, daß Konservative nicht unbedingt leicht erkennbar sind. Der Konservatismus in Europa hat viele Nuancen und verschiedene Variationen, in Abhängigkeit davon wo man ist. Unsere Nachbarn im Süden oder im Osten können sich stark unterscheiden von uns hier in Nordwesteuropa und das ist verständlich. Was ist verständlicher als das Eigene zu verteidigen? Das eigene Erbe, die eigene national Identität und die eigene Kultur, besonders in einer Zeit des schnellen Kulturverfalls, Masseneinwanderung und demographischer Veränderung.

Das Wahre, Schöne und Gute

Aber lassen Sie uns kurz heraustreten aus dem Raum nationaler Politik. Was vereint uns Konservative? Grundsätzlich würde ich sagen, daß alle Konservative eine tiefe Verbindung zu den drei transzendentalen Prinzipien haben: **dem Wahren, Guten und Schönen!** Wir können natürlich endlos darüber was die Substanz dieser drei Dinge sein sollte, was ich aber für das wichtigste halte, ist daß wir denken, daß wir denken, daß es sowas wie **Moral**, daß es so etwas wie die **Wahrheit** gibt und daß es **Schönheit** gibt!



Instagramaccount Eva Vlaardingerbroek

Wie Sie sehen glauben wir an diese Dinge, an die metaphysische Idee dahinter, aber wir sind eine aussterbende Gruppe. **Sitten, Handwerkskünste, Religion, Tradition, all die Orientierungsmarken**, die den westlichen Menschen eine Führung und eine Wahrnehmung der eigenen Identität ermöglichten, sind **starken Angriffen ausgesetzt** und wurden, wie manche sagen, bewußt zerstört. Und deshalb leben wir jetzt in einer globalisierten Welt ohne physische oder moralische Grenzen, die die meisten von uns verwirrt und desorientiert und isoliert. Und meine Damen und Herren, das ist genau das Schicksal, das die **globalistischen, neoliberalen Eliten für uns wollen**. Es ist nicht besonders schwer zu verstehen warum.

Entwurzelte, verlorene Menschen lassen sich leicht kontrollieren. Sie wollen uns in unterwürfige Konsumenten verwandeln, die kaufen was sie anbieten und tun was sie sagen. Bisher sind sie ziemlich erfolgreich. Dinge die einmal oben waren sind jetzt unten und umgekehrt. Wir alle haben die Beispiele, das jüngste ist natürlich das worüber ich gerade gesprochen habe, von dem Mann der die NCAA im Schwimm- Wettkampf, den weiblichen Wettkampf, gewonnen hat. Das ist natürlich nur eines von vielen Beispielen, wir alle wissen,

daß die Liste der linken Idioten endlos ist. Aber ich habe die Befürchtung, daß wir uns um etwas weitaus größeres Sorgen machen müssen als die Gender Verücktheiten oder andere progressive Projekte.

Plandemie nur durch Angst vor dem Tod möglich

Wir haben es nicht bloß mit einem Feind zu tun, der uns nur geirnwaschen will, wir haben es mit einem Feind zu tun, der in unsere Gehirne hinein will. **Ein Feind der Gott spielen will.** Wenn es so ist, daß die Globalisten uns glauben machen wollen, daß alles nur ein soziales Konstrukt ist, werden sie dort noch nicht aufhören. Sie wollen uns glauben machen, daß sogar das **Leben selbst ein Konstrukt ist.** Eines, das sie entwickeln, und deshalb natürlich auch kontrollieren können. Wie alle anderen Dinge bringen sie das zu uns unter dem Vorwand der Gleichheit und anderer ehrenwerter Vorwände, wie der öffentlichen Gesundheitsvorsorge. Wenn es eine Sache gibt, die wir gesehen haben in den letzten beiden Jahren, daß die Menschen eine unglaubliche Bereitschaft gezeigt haben ihre Freiheiten aufzugeben um geschützt zu sein durch den Staat. Das ist natürlich keine Überraschung, mit dem Verfall des Christentum entwickelten die Menschen immer mehr **Furcht vor dem Leben nach dem Tod**, oder dem Fehlen davon. Und das ist der Grund warum der moderne Mensch gerade jetzt unheimliche Angst hat vor dem Tod. Der Schutz der **öffentlichen Gesundheit** klingt deshalb selbstverständlich nach einem wirklich edlem Ziel. Darum ist es ein **extrem effektives Mittel um die Kontrolle über Millionen Bürger zu erlangen.** Was ist wenn die Eliten uns mehr anbieten als bloß den Schutz vor dem Tode mit ihren Impfstoff-Pässen ? Was ist wenn sie uns nicht bloß Schutz vor dem Tode, sondern sogar die **Beseitigung des Todes?** Hier kommt der **Transhumanismus** ins Spiel. Der Transhumanismus vertritt die Ansicht, daß die menschliche Art die Kontrolle über ihre eigene Evolution durch Technologie übernehmen sollte. Technologien wie Gehirnimplantate, Gentechnologie und Nanotechnologie, wodurch wir Menschen eines Tages unsterblich in der Cloud werden, aber nicht diese Wolke (deutet nach oben). Sie versprechen uns das Paradies auf Erden, die reichsten und mächtigsten Menschen auf der Erde arbeiten gerade an Mitteln, die die menschliche Natur für immer ändern werden. Ich weiß, Sie alle kennen Elon Musk und ich weiß, daß Sie alle ihn von Tesla kennen, oder? Die selbstfahrenden Autos. Aber haben Sie schon etwas von dem Konzept von Neurolink gehört? Ich sehe ein paar Leute nicken, aber ich sehe viele, die nicht nicken. Lassen Sie es mich erklären, Neurolink ist eines von Elon Musks anderen Projekten. Es ist ein Chip, der in das Gehirn implantiert werden kann und Ihre Gehirnaktivität verändern kann, das sind ihre Gedanken, in eine digitale Form und dann werden sie heraufgeladen in die Cloud. Elon Musk verkauft dieses Neurolink, als etwas das vorteilhaft für die öffentliche Gesundheit sein könnte. Der Chip, so sagt er, könnte Gehirn oder Rückenmark Verletzungen ausgleichen und die Einschränkungen die jemand hat ersetzen. Nächstes Mal also, und ich weiß, daß ein paar von Ihnen ihn mögen wegen der basierte Sachen, die er sagt über Twitter, denken Sie bitte auch darüber nach. Und nicht bloß Neurolink, wie sieht es mit menschlicher Ektogenesis aus? Oder das Heranzüchten eines **Babies außerhalb des Bauches der Mutter.** Das ist schon in der Umsetzung. Chinesische Wissenschaftler haben laut Berichten eine künstlichen Uterus geschaffen für das was sie eine **Roboter-Amme** nennen. Eine Amme ist keine Mutter, eine Amme. Und wir wissen, daß man bald Frauen diesen tollen Fortschritt verkaufen wird. "Du mußt nicht mehr diese anstrengenden neun Monate durchleiden mit Rückenschmerzen und geschwollenen Füßen, Du mußt auch keine Karrierepause mehr einlegen."

Menschen sollen durch Technologie Schöpfer ersetzen

Das ist alles Teil der sogenannten **Vierten Industriellen Revolution**, die auf eine **Verwischung der Grenzen zwischen physischen, digitalen und biologischen Welt**

hinausläuft. Diese Revolution findet statt während wir sprechen. Die meisten Antworten auf die Pandemie beruhten auf Technologie der Vierten Industriellen Revolution wie genetische Sequenzierungen, Entwicklung der Impfstoffbiotechnologie und Kontaktverfolgung oder auch Massenüberwachung durch Überwachungssoftware. Wenn Sie immer noch glauben, dies sei für das Allgemeingut und daß es nicht gegen uns benutzt wird, dann muß ich sagen, tut mir leid aber Sie sind gefährlich naiv. Der Transhumanismus wird uns als der heilige Gral verkauft werden, tatsächlich ist es aber der vergiftete Kelch. Ich kann mir denken, daß manche von Ihnen immer noch glauben, daß ich übertreibe. Aber die Realität ist, daß nicht ich es bin die das sage, sie sind es. Wir müssen nur zuhören. Zum Beispiel vor einigen Jahren auf dem jährlichen Treffen für das WEF sagte der jugendliche Harari und ich zitiere ihn: "Bald werden Konzerne und Regierungen in der Lage sein alle Menschen zu hacken. Das wird die größte Revolution in der Biologie seit der Entstehung des Lebens. Die **Wissenschaft ersetzt die Evolution mit intelligentem Design.** Nicht mit dem intelligenten Design eines Gottes über den Wolken, sondern mit unserem intelligenten Design."

Das Böse hat immer verloren

Meine Damen und Herren, wir nehmen unsere Feinde nicht ernst genug! Wir scheinen uns nicht vorstellen zu können, daß es Menschen auf dieser Erde gibt, die einen neuen Menschen und eine neue Welt erschaffen wollen, die böse ist.

Wie Baudelaire einst sagte: der **größte Trick den der Teufel einst anwandte war die Welt davon zu überzeugen, daß er nicht existiere.** Er hatte recht! Wie können wir einen Krieg gegen Feinde gewinnen, von denen wir noch nicht einmal erkennen können was sie eigentlich sind? Wenn wir es nicht sehen, werden wir den Krieg auch nicht gewinnen.

Aber es gibt Hoffnung und Trost. Was passiert wenn Menschen versuchen ihre Natur zu ändern, wir brauchen nur an die Geschichte von Ikarus zu denken. Er dachte, er könnte seine menschliche Natur ändern und zur Sonne fliegen. Was passierte mit ihm? Er stürzte ab. Am Ende besonders für uns Christen, die an Gott glauben. Wir wissen: **Gott spielen hat nie funktioniert und wird niemals funktionieren.** Das Böse wird am Ende untergehen. Das ist aber kein Grund sich jetzt zurückzulehnen. Das Böse, dem wir gegenüberstehen hat das Potenzial die Kontrolle über Millionen Menschen zu übernehmen in einer nie dagewesenen Größenordnung und das sehr lange.

Daneben zu stehen ist also keine Option. Was sollten wir also tun? Je älter ich werde, desto weniger glaube ich, daß dies eine Frage von Links oder Rechts ist. Wir brauchen nichts kleineres, wir brauchen etwas, das viel größer als der Globalismus ist! Etwas das viel größer als der Transhumanismus ist. Wir brauchen das Größte. Wir brauchen Gott. **Die Religion ist das einzige Gegengift zu dem Bösen des Transhumanismus und des Globalismus.** Und ich glaube tatsächlich, daß nichts anderes helfen wird. Wir kämpfen gegen so etwas Böses, daß wir nur mit ihm an unserer Seite und wir haben ihn auf unserer Seite, weil wir die Wahrheit auf unserer Seite haben, diesen Kampf gewinnen werden.

Unser Zivilisation steht vor ihrer Auslöschung

Wenn wir unsere Energie damit verbrauchen ihn zu verstecken, weil wir damit einige Leute im Publikum verlieren könnten, warum sollte er dann für uns da sein. Ich habe oft von Konservativen gehört, daß das Christentum im Westen erledigt ist. Wir können die Jugend nicht überzeugen, wir verschrecken sie. Das mag sein. **Wir sind eine Zivilisation, die vor ihrer Auslöschung steht.**

Wir können argumentieren, daß wir all dies mit **säkularen, liberalen Werten** retten können, aber wir haben das Jahrzehnte versucht und **was haben wir bisher erreicht?** Ich weigere mich hier einen Kompromiß einzugehen und ich denke, daß dies genau die Einstellung ist nach der die jungen Menschen heute verlangen. In einer Welt, in der alles grenzenlos ist, grau und unbestimmt, ist eine klare Antwort das befreienste was man tun kann.

Nur die Wahrheit wird uns frei machen

Und die wundervolle Gelegenheit, die wir hier zu unseren Händen haben meine Damen und Herren, genau wie wir es von unseren anderen Vortragenden heute gehört haben: die meisten jungen Leute meiner Generation in Nordwesteuropa oder auch in Amerika, wissen kaum etwas über Gott, Christentum und die Kirche. Das gibt uns eine Möglichkeit, wir sind viel mehr ein unbeschriebenes Blatt als die Generation unserer Eltern, die gegen die Kirche rebellierten weil sie aufgezogen wurden in dem Geist des "freien Lebens". Wie können wir erwarten, daß die Menschen sich Gott zuwenden und der Wahrheit, wenn wir sie ihnen nicht erklären. Die Bibel sagt, die Wahrheit wird Euch freimachen. **Werden wir die Lügen und den Globalismus annehmen und zusehen wie Europa sich selbst zerstört von innen heraus? Oder werden wir die Wahrheit annehmen und für sie kämpfen?** Ich weiß was wir tun sollten. Vielen Dank!

Den Vortrag im englischen Original können Sie sich hier ansehen: [Link](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=a7HUpC-jliY&t=195s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Erzbischof Viganò über die alte Messe: „man nimmt das Heilige mit den Sinnen wahr“

Von JÖRG WOLLSCHIEDER

17. 07. 2022



www.frilloblog.com/blog/category/tridentine-mass

In der nachfolgenden Stellungnahme fordert der unbeugsame Erzbischof die Priester auf, die vatikanischen Verbote die alte tridentinische Messe zu feiern, zu mißachten. Sie lebten im wesentlichen für „Gott und für den Nächsten,“ ihr Apostolat sei unfruchtbar wenn die „eigene Heiligkeit nicht kultiviert“ werde. Durch sie würde er durch die „gelassenen Majestät des Ritus tief bewegt, als ob er aus der Zeit herausgetreten und in die Ewigkeit Gottes eingetreten ist.“

Durch das Konzil von Trent (1570) wurde der bestehende lateinische Meßritus behutsam neu geordnet, ohne, daß sich seine auf das letzte Abendmahl zurückgehende Substanz änderte. Vielmehr ging es darum lokale Eigenarten und Variationen, die sich in den Jahrhunderten herausgebildet hatten, zurückzudrängen. Das zweite Vatikanische Konzil führte in erster Linie zu einer „Protestantisierung“ der Messe und wird von vielen als die tatsächliche Ursache für die Verweltlichung und Abwendung der Kirche von den ewigen Glaubenswahrheiten und ihren daraus folgenden Verfall angesehen. Diese Beobachtung ist zweifellos richtig: überall dort wo die alte Messe zelebriert wird werden die Kirchen mit **Gläubigen überrannt**, die Gemeinden florieren und es gibt **viele Priesterberufungen**

Paradox ist die Bekämpfung der tridentinische Messe durch Papst Franziskus nur für diejenigen, die wesentliche Hintergründe nicht kennen. So sagte der hochrangige Geheimdienstler des Vatikan, Juan Batista Yofre, in einer am 27.11.2017 im argentinischen Fernsehen der Sendung „Miranda“ ausgestrahlten Interview: **„Ich bin ein Freimaurer und Bergoglio ist auch einer“** [\[Link\]](#), [\[Link\]](#). Dieser begründete Verdacht erhärtet sich immer mehr zumal Franziskus' Kirchenpolitik eigentlich nur den klassischen **Gegnern des Glaubens** in die Hände spielt [\[Link\]](#).

Brief von Erzbischof Viganò: Ihr, die ihr euch erlaubt, die Heilige Apostolische Messe zu verbieten, habt ihr sie jemals gefeiert?

Ihr, die ihr euch erlaubt, die Heilige Apostolische Messe zu verbieten, habt ihr sie jemals gefeiert? Ihr, die ihr euch auf der Höhe eurer liturgischen Kathedralen über die **„alte Messe“ aufregt**, habt ihr jemals über ihre **Gebete**, ihre **Riten** und ihre **alten und heiligen Gesten** nachgedacht? Das habe ich mich in den letzten Jahren oft gefragt, denn obwohl ich diese Messe von klein auf kannte, obwohl ich gelernt hatte, sie zu zelebrieren und dem Zelebranten zu antworten, als ich so klein war, dass ich noch Knabenunterhosen trug, hatte ich sie fast vergessen und verloren. Introibo ad altare Dei. Im Winter auf den eiskalten Stufen des Altars knien, bevor ich zur Schule ging. Das Schwitzen an heißen Sommertagen unter meinem Messdienergeward. Ich hatte diese Messe vergessen, obwohl es die Messe meiner Priesterweihe am 24. März 1968 war: eine Zeit, in der man bereits die Zeichen der Revolution wahrnehmen konnte, die kurz darauf die Kirche ihres wertvollsten Schatzes berauben und an seine Stelle ein gefälschtes Ritual setzen würde.



gloria.tv/post/SN9BxosTz3an3YtX1SEPa7YEF

Wie hat der Erzbischof die alte Messe für sich wiederentdeckt?

Nun, die Messe, die in meinen ersten Priesterjahren durch die **Konzilsreform aufgehoben und verboten** wurde, blieb eine ferne Erinnerung, wie das Lächeln eines weit entfernten geliebten Menschen, der Blick eines vermissten Verwandten, der Klang eines Sonntags mit seinen Glocken, seinen freundlichen Stimmen. Aber es war etwas, das mit Nostalgie zu tun hatte, mit Jugend, mit dem Enthusiasmus einer Zeit, in der kirchliche Verpflichtungen noch bevorstanden, in der jeder glauben wollte, dass sich die Welt von den Folgen des Zweiten Weltkriegs und der Bedrohung durch den Kommunismus mit einem neuen geistigen Schwung erholen könnte. Wir wollten glauben, dass der wirtschaftliche Wohlstand irgendwie mit einer moralischen und religiösen Wiedergeburt unserer Nation [Italien] einhergehen könnte. Trotz der Revolution von 1968, der Besatzungen, des Terrorismus, der Roten Brigaden und der Krise im Nahen Osten. So hatte sich inmitten der tausend kirchlichen und diplomatischen Verpflichtungen in meinem Gedächtnis die Erinnerung an etwas herauskristallisiert, das in Wirklichkeit ungelöst blieb, das jahrzehntelang „vorübergehend“ beiseite gelegt worden war. Etwas, das geduldig wartete, mit der Nachsicht, die nur Gott uns entgegenbringt.

Meine Entscheidung, die **Skandale amerikanischer Prälaten** und der **römischen Kurie** anzuprangern, war der Anlass, der mich dazu brachte, nicht nur meine Rolle als Erzbischof und als Apostolischer Nuntius, sondern auch die Seele jenes Priestertums, das der Dienst zunächst im Vatikan und zuletzt in den Vereinigten Staaten in gewisser Weise unvollständig gelassen hatte, in einem anderen Licht zu betrachten: mehr für mein Priestersein als für das Amt. Und was ich bis dahin noch nicht verstanden hatte, wurde mir durch einen scheinbar unerwarteten Umstand klar, als meine persönliche Sicherheit in Gefahr zu sein schien und ich mich gegen meinen Willen gezwungen sah, fast im Verborgenen zu leben, weit weg von den Palästen der Kurie. Damals führte mich diese **gesegnete Absonderung**, die ich heute als eine Art klösterliche Entscheidung betrachte, dazu, die **heilige tridentinische Messe** wiederzuentdecken. Ich erinnere mich sehr gut an den Tag, an dem ich statt des Messgewandes die traditionellen Gewänder mit dem Ambrosianischen Cappino und der Maniple anlegte. Ich erinnere mich an die Angst, die ich empfand, als ich nach fast fünfzig Jahren die Gebete des Messbuchs aussprach, die aus meinem Mund wieder auftauchten, als hätte ich sie erst kurz zuvor rezitiert. Confitemini Domino, quoniam bonus, anstelle des Psalms Judica me, Deus des römischen Ritus. Munda cor meum ac labia mea. Diese Worte waren nicht mehr die Worte des Messdieners oder des jungen Seminaristen, sondern die Worte des Zelebranten, des Ich, der wieder einmal, ich wage zu sagen zum ersten Mal, vor der Allerheiligsten Dreifaltigkeit zelebrierte. Denn es stimmt zwar, dass der **Priester** eine Person ist, die im Wesentlichen für die anderen lebt – **für Gott und für den Nächsten** -, aber es ist ebenso wahr, dass sein Apostolat unfruchtbar ist wie eine klirrende Zimbel, wenn er sich seiner eigenen Identität nicht bewusst ist und seine eigene Heiligkeit nicht kultiviert hat.

Ich weiß wohl, dass diese Überlegungen diejenigen, die nie die Gnade hatten, die Messe aller Zeiten zu feiern, ungerührt lassen oder sogar Herablassung hervorrufen können. Aber das Gleiche geschieht, so stelle ich mir vor, bei denen, die sich nie verliebt haben und die die Begeisterung und die keusche Hinwendung des Geliebten zu seiner Geliebten nicht verstehen, oder bei denen, die die Freude nicht kennen, sich in ihren Augen zu verlieren. Der langweilige römische Liturgiker, der Prälat mit seinem maßgeschneiderten klerikalen Anzug und seinem Brustkreuz in der Tasche, der Konsultor der römischen Kongregation mit dem neuesten Exemplar von Concilium oder Civiltà Cattolica in der Hand, betrachtet die **Messe des heiligen Pius V. mit den Augen eines Entomologen** (der Wissenschaft, die sich mit Insekten beschäftigt), der diese Perikope so genau betrachtet wie ein Naturforscher die Adern eines Blattes oder die Flügel eines Schmetterlings. Manchmal frage ich mich

sogar, ob sie es nicht mit der Achtsamkeit eines Pathologen tun, der einen lebenden Körper mit einem Skalpell aufschneidet. Aber wenn sich ein Priester mit einem **Minimum an Innenleben** der alten Messe nähert, unabhängig davon, ob er sie schon einmal gekannt hat oder sie zum ersten Mal entdeckt, wird er von der gelassenen Majestät des Ritus tief bewegt, als ob er aus der Zeit herausgetreten und in die Ewigkeit Gottes eingetreten ist.

Man nimmt das Heilige mit den Sinnen wahr

Ich möchte meinen Mitbrüdern im Bischofs- und Priesteramt begreiflich machen, dass diese Messe von Natur aus göttlich ist, weil man das **Heilige mit den Sinnen** wahrnimmt: Man wird buchstäblich in den Himmel aufgenommen, in die Gegenwart der Allerheiligsten Dreifaltigkeit und des himmlischen Gerichts, weit weg vom Lärm der Welt. Es ist ein Liebeslied, in dem die Wiederholung der Zeichen, der Ehrerbietungen und der heiligen Worte keineswegs überflüssig ist, so wie eine Mutter nicht müde wird, ihren Sohn zu küssen, oder eine Braut nicht müde wird, ihrem Mann „Ich liebe dich“ zu sagen. Alles wird dort vergessen, denn alles, was dort gesagt und gesungen wird, ist ewig, alle Gesten, die dort vollzogen werden, sind immerwährend, außerhalb der Geschichte und doch eingebettet in ein Kontinuum, das das Coenaculum, den Kalvarienberg und den Altar, auf dem die Messe gefeiert wird, miteinander verbindet. Der Zelebrant wendet sich nicht an die Gemeinde, um verständlich zu sein, nett zu sein oder aktuell zu erscheinen, sondern er wendet sich an Gott: und vor Gott gibt es nur das Gefühl unendlicher Dankbarkeit für das Privileg, die Gebete des christlichen Volkes, die Freuden und Sorgen so vieler Seelen, die Sünden und Fehler derer, die um Vergebung und Barmherzigkeit bitten, die Dankbarkeit für empfangene Gnaden und die Fürbitten für unsere lieben Verstorbenen mit sich tragen zu dürfen. Man ist allein, und gleichzeitig fühlt man sich eng verbunden mit einer unendlichen Schar von Seelen, die Zeit und Raum durchqueren.

Wenn ich die apostolische Messe zelebriere, denke ich daran, wie auf demselben Altar, der durch die Reliquien der Märtyrer geweiht ist, so viele Heilige und Tausende von Priestern die gleichen Worte sprechen, die ich sage, die gleichen Gesten wiederholen, die gleichen Verbeugungen und die gleichen Kniebeugen machen und die gleichen Gewänder tragen. Vor allem aber empfangen wir die heilige Kommunion mit demselben Leib und Blut unseres Herrn, dem wir alle in der Darbringung des heiligen Opfers gleichgestaltet wurden. Wenn ich die Messe aller Zeiten feiere, erkenne ich auf die erhabenste und vollkommenste Weise die wahre Bedeutung dessen, was die Lehre uns lehrt. Das Handeln in persona Christi ist keine mechanische Wiederholung einer Formel, sondern das Bewusstsein, dass mein Mund dieselben Worte ausspricht, die der Erlöser im Abendmahlssaal über Brot und Wein gesprochen hat; dass ich, wenn ich Hostie und Kelch zum Vater erhebe, die Opferung wiederhole, die Christus am Kreuz vollzogen hat; dass ich beim Empfang der heiligen Kommunion das Opfer verzehre und mich von Gott selbst ernähre, und dass ich nicht an einer Party teilnehme. Und die ganze Kirche ist mit mir: **die triumphierende Kirche, die sich meinem flehenden Gebet anschließt, die leidende Kirche, die sie erwartet, um den Aufenthalt der Seelen im Fegefeuer zu verkürzen, und die militante Kirche, die sich im täglichen geistlichen Kampf stärkt.** Wenn aber, wie wir im Glauben bekennen, unser Mund wirklich der Mund Christi ist, wenn unsere Worte bei der Konsekration wirklich die Worte Christi sind, wenn die Hände, mit denen wir die heilige Hostie und den Kelch berühren, die Hände Christi sind, welche Ehrfurcht sollten wir dann vor unserem Leib haben und ihn rein und unbefleckt halten? Gibt es einen besseren Ansporn, in der Gnade Gottes zu bleiben? Mundamini, qui fertis vasa Domini. Und mit den Worten des Messbuchs: Aufer a nobis, quæsumus, Domine, iniquitates nostras: ut ad sancta sanctorum puris mereamur mentibus introire.

Priester sollen tridentinische Messe ausprobieren, sie ist für „**unbeugsame Geister, für großzügige und heldenhafte Seelen, für Herzen, die vor Liebe zu Gott und zum Nächsten brennen**“

Der Theologe wird mir sagen, dass dies die allgemeine Lehre ist, und dass die Messe genau das ist, unabhängig vom Ritus, ich bestreite es nicht, vernünftigerweise. Aber während die Feier der tridentinischen Messe eine ständige Erinnerung an die ununterbrochene Kontinuität des Erlösungswerkes ist, das mit Heiligen und Segnungen gespickt ist, scheint mir das beim reformierten Ritus nicht der Fall zu sein. Wenn ich den Tisch versus populum betrachte, sehe ich dort den lutherischen Altar oder den protestantischen Tisch; wenn ich die Worte der Einsetzung des Letzten Abendmahls in Form einer Erzählung lese, höre ich die Abwandlungen des Common Book of Prayer von Cranmer und den Gottesdienst von Calvin; wenn ich den reformierten Kalender durchblättere, finde ich, dass dieselben Heiligen, die die Ketzer der Pseudo-Reform auslöschten, entfernt wurden. Dasselbe gilt für die Lieder, die einen englischen oder deutschen Katholiken entsetzen würden: Wenn man die Hymnen derer hört, die unsere Priester gemartert und das Allerheiligste Sakrament aus Verachtung für den „päpstlichen Aberglauben“ unter den Gewölben einer Kirche mit Füßen getreten haben, sollte man den Abgrund verstehen, der zwischen der katholischen Messe und ihrer konziliaren Fälschung besteht. Ganz zu schweigen von der Sprache: Die ersten, die die lateinische Sprache abgeschafft haben, waren die Ketzer, um dem Volk ein besseres Verständnis der Riten zu ermöglichen; ein Volk, das sie getäuscht haben, indem sie die geoffenbarte Wahrheit bestritten und den Irrtum verbreitet haben. Im Novus Ordo ist alles profan. Alles ist augenblicklich, alles ist zufällig, alles ist kontingent, variabel und wandelbar. Es gibt nichts Ewiges, denn die Ewigkeit ist unwandelbar, so wie der Glaube unwandelbar ist. So wie Gott unwandelbar ist.



Wikimedia: mass_in_a_connemara_cabin_by_alloysius_o27kell

Es gibt einen weiteren Aspekt der traditionellen Heiligen Messe, den ich hervorheben möchte und der uns mit den Heiligen und Märtyrern der Vergangenheit verbindet. Seit den Zeiten der Katakomben bis zu den jüngsten Verfolgungen befindet sich der Priester, wo immer er das Heilige Opfer feiert, selbst auf einem Dachboden oder in einem Keller, im Wald oder in einer Scheune oder sogar in einem Lieferwagen, in mystischer Gemeinschaft mit dieser Schar heroischer Glaubenszeugen, und der Blick der Allerheiligsten Dreifaltigkeit ruht auf diesem improvisierten Altar; vor ihm beugen sich alle Engelscharen anbetend nieder; alle Seelen im Fegefeuer blicken auf ihn. Auch hierin, vor allem hierin, versteht jeder von uns, wie die Tradition eine unauflösliche Verbindung zwischen den Jahrhunderten schafft, nicht nur in der eifrigen Bewahrung dieses Schatzes, sondern auch in der Bewältigung der Prüfungen, die er mit sich bringt, bis hin zum Tod. Angesichts dieses Gedankens sollte uns

die Arroganz des gegenwärtigen Tyrannen mit seinen irrsinnigen Dekreten in der Treue zu Christus bestärken und uns spüren lassen, dass wir ein fester Bestandteil der Kirche aller Zeiten sind, denn wir können die Siegespalme nicht gewinnen, wenn wir nicht bereit sind, das bonum certamen zu kämpfen.

Ich möchte, dass meine **Mitbrüder das Udenkbare** wagen: Ich möchte, dass sie sich der heiligen tridentinischen Messe nicht nähern, um sich an der Spitze einer Albe oder an der Stickerei eines Messgewandes zu erfreuen, oder aufgrund einer rein rationalen Überzeugung über ihre kanonische Legitimität oder über die Tatsache, dass sie niemals abgeschafft wurde, sondern vielmehr mit der ehrfürchtigen Furcht, mit der Moses sich dem brennenden Dornbusch näherte: in dem Wissen, dass jeder von uns, wenn er nach dem letzten Evangelium vom Altar herabsteigt, in gewisser Weise innerlich verklärt wird, weil er dort dem Allerheiligsten begegnet ist. Nur dort, auf diesem mystischen Sinai, können wir das eigentliche Wesen unseres Priestertums verstehen, das vor allem darin besteht, sich selbst Gott hinzugeben; ein Opfer seiner selbst zusammen mit Christus, dem Opfer, zur größeren Ehre Gottes und zur Rettung der Seelen; ein geistliches Opfer, das seine Kraft und Stärke aus der Messe bezieht; Selbstverleugnung, um dem Hohenpriester Platz zu machen; ein Zeichen wahrer Demut in der Vernichtung des eigenen Willens und der Hingabe an den Willen des Vaters nach dem Beispiel des Herrn; eine Geste echter „Gemeinschaft“ mit den Heiligen, indem man dasselbe Glaubensbekenntnis und denselben Ritus teilt. Und ich möchte, dass nicht nur diejenigen, die seit Jahrzehnten den Novus Ordo feiern, diese „Erfahrung“ machen, sondern vor allem die jungen Priester und diejenigen, die ihren Dienst an vorderster Front ausüben: Die Messe des heiligen Pius V. ist für **unbeugsame Geister, für großzügige und heldenhafte Seelen, für Herzen, die vor Liebe zu Gott und zum Nächsten brennen.**

Ich weiß sehr wohl, dass das Leben der Priester heute aus tausend Prüfungen besteht, aus Stress, aus dem Gefühl, im Kampf gegen die Welt allein zu sein, aus dem Desinteresse und der Ächtung durch die Oberen, aus einer langsamen Abnutzung, die von der Besinnung, vom inneren Leben und vom geistlichen Wachstum ablenkt. Und ich weiß sehr gut, dass dieses Gefühl, belagert zu werden, sich wie ein Seemann zu fühlen, der allein ist und ein Schiff durch einen Sturm steuern muss, nicht das Vorrecht der Traditionalisten oder der Progressiven ist, sondern das gemeinsame Schicksal all derer, die ihr Leben dem Herrn und der Kirche geopfert haben, jeder mit seinem eigenen Elend, mit wirtschaftlichen Problemen, Missverständnissen mit dem Bischof, Kritik von Mitbrüdern, sowie den Bitten der Gläubigen. Und auch diese Stunden der Einsamkeit, in denen die Gegenwart Gottes und die Begleitung der Jungfrau Maria zu verschwinden scheinen, wie in der dunklen Nacht des heiligen Johannes vom Kreuz. Quare me repulisti? Et quare tristis incedo, dum affligit me inimicus? Wenn der Dämon sich heimtückisch zwischen Internet und Fernseher windet, quærens quem devoret, und unsere Müdigkeit durch Verrat ausnutzt. In diesen Fällen, denen wir alle gegenüberstehen, wie unser Herr in Gethsemane, ist es unser Priestertum, das Satan angreifen will, indem er sich überzeugend wie Salomé vor Herodes präsentiert und uns um das Geschenk des Kopfes des Täufers bittet. Ab homine iniquo, et doloso erue me. In der Prüfung sind wir alle gleich: denn der Sieg, den der Feind erringen will, ist nicht nur über die armen Seelen der Getauften, sondern über Christus, den Priester, dessen Salbung wir tragen.

Tridentinische Messe einziger Rettungsanker des Priestertums

Aus diesem Grund ist die heilige tridentinische Messe heute mehr denn je der einzige Rettungsanker des katholischen Priestertums, denn in ihr wird der Priester jeden Tag in jener privilegierten Zeit der innigen Vereinigung mit der Allerheiligsten Dreifaltigkeit

wiedergeboren und schöpft daraus unentbehrliche Gnaden, um nicht in Sünde zu verfallen, auf dem Weg der Heiligkeit voranzuschreiten und das gesunde Gleichgewicht wiederzufinden, mit dem er sich seinem Amt stellen kann. Wer glaubt, dass sich all dies als eine rein zeremonielle oder ästhetische Frage auflösen lässt, hat nichts von seiner eigenen priesterlichen Berufung verstanden. Denn die Heilige Messe „aller Zeiten“ – und das ist sie wirklich, so wie sie auch immer vom Widersacher bekämpft wurde – ist keine willfährige Geliebte, die sich jedem anbietet, sondern eine eifersüchtige und keusche Braut, so eifersüchtig wie der Herr selbst.

Willst du Gott gefallen oder demjenigen, der dich von ihm fernhält? Im Grunde geht es immer um diese Frage: die Wahl zwischen dem sanften Joch Christi und den Ketten der Sklaverei des Widersachers. Die Antwort wird dir in dem Augenblick klar und deutlich erscheinen, in dem auch du, staunend über diesen unermesslichen Schatz, der dir verborgen geblieben ist, entdeckst, was es bedeutet, das heilige Opfer nicht als armselige „Vorsteher der Versammlung“ zu feiern, sondern als „Diener Christi und Spender der Geheimnisse Gottes“ (1 Kor 4,1).

Nehmen Sie das Messbuch zur Hand, bitten Sie einen befreundeten Priester um Hilfe und besteigen Sie den Berg der Verklärung: Emitte lucem tuam et veritatem tuam: ipsa me deduxerunt, et adduxerunt in montem sanctum tuum, et in tabernacula tua. Wie Petrus, Jakobus und Johannes werdet auch ihr ausrufen: Domine, bonum est nos hic esse – „Herr, es ist gut, dass wir hier sind“ (Mt 17,4). Oder, mit den Worten des Psalmisten, die der Zelebrant beim Offertorium wiederholt: Domine, dilexi decorem domus tuæ, et locum habitationis gloriæ tuæ.

Wenn ihr es einmal entdeckt habt, wird euch niemand mehr das nehmen können, **wodurch der Herr euch nicht mehr Knechte, sondern Freunde nennt** (Joh 15,15). Niemand wird euch jemals überzeugen können, darauf zu verzichten, und euch zwingen, euch mit der Verfälschung zu begnügen, die von rebellischen Gemütern in die Welt gesetzt wurde. Eratis enim aliquando tenebræ: nunc enim lux in Domino. Ut filii lucis ambulate. „Denn einst wart ihr Finsternis, jetzt aber seid ihr Licht im Herrn. So wandelt nun als Kinder des Lichts“ (Eph 5,8). Propter quod dicit: Surge qui dormis, et exsurge a mortuis, et illuminabit te Christus. „Darum spricht er: Wach auf, du Schläfer, und erhebe dich von den Toten, und Christus wird dich erleuchten“ (Eph 5,14).

+ Carlo Maria Viganò, Erzbischof, 2. Januar 2022, [Link](https://www.lifesitenews.com/opinion/archbishop-vigano-urges-priests-to-learn-latin-mass/) zum englischen Originaltext

<https://www.lifesitenews.com/opinion/archbishop-vigano-urges-priests-to-learn-latin-mass/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Der Great Reset wird umgesetzt: Wohnraum-Enteignungen, Flüchtlings-Zwangsunterbringung, Öko-Kommunismus

Von ELMAR FORSTER

17. 07. 2022



Auflösung der Nationen – Flüchtlings-Agenda

Langsam werden die – früher als völlig absurd gebrandmarkten – dunkelsten Verschwörungs-Theorien aus dem Fundus der „Umvolkungs“- und Öko-Dystopien in die Realität umgesetzt – egal, wer auch immer dahinter stecken möge...:

Etwa die Errichtung einer 30-Millionen-Megastadt (Tristate City Networks), auf dem Gebiet der Niederlande, Belgiens und Deutschlands – unter der Ägide des globalistischen WEF und der UNO. Mit einem so unfassbaren Ziel, nämlich der Auflösung der Nationalstaaten. [UNSER MITTELEUROPA berichtete darüber.](#)

Oder etwa das erst kürzlich vom niederländischen Parlament beschlossene Wohnraum-Enteignungs-Gesetz der Globalisten-Regierung unter Mark Rutte, welches unter anderem eine zwangsweise Flüchtlingsunterbringung in privaten Wohnräumen vorsieht, [wie auch unserer Redaktion ausführlich berichtete.](#)

Öko-Kommunismus und Maximal-Wohnraum-Belegung



Ganz in diesem Zusammenhang steht nun auch ein Wohnflächen-Begrenzungs-Plan unter der Ägide des Klimaschutzes. Denn nach Ansicht von SPD-Wohnministerin Klara Geywitz beglegen die Deutschen [zu viel](#) Wohnraum. Und in den vergangenen Jahren wäre der Flächenkonsum pro Person immer mehr angestiegen, so Geywitz.

Die diesbezügliche Wohnstatistik zeigt: Durchschnittlich beansprucht jeder Deutsche 47,4 qm. Die durchschnittliche Wohnungsgröße liegt bei 92 qm und 4,4 Zimmern.

Geywitzens Betonung, sie wolle niemandem vorschreiben, wie groß ein Wohnraum zu sein habe, ist aber wohl dieselbe Abnützungsrhetorik, die auch im Zuge der Flüchtlingskrise-2015 letztlich nur gebrochene Beschwichtigungen waren, die dann ins Gegenteil angewandt wurden.

Selbst Politiker aus der eigenen Koalition verdächtigen dahinter einen abstrusen Klima-Kommunismus in den Startlöchern. So hält FDP-Fraktionschef Christian Dürr etwa nichts davon, „den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu wohnen haben.“ Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sieht dahinter die „Vorstufe zum Klimasozialismus“. Und auch für CDU-Thorsten Frei „schrillen alle Alarmglocken, wenn die Bauministerin das individuelle Wohnen regulieren will. Wer über die Begrenzung von Wohnflächen nachdenkt, der träumt vom sozialistischen Plattenbau.“

Sich selbst erfüllende vollende Tatsachen

In Wirklichkeit aber ist alles miteinander verzahnt. Was den ganzen Great Reset ja so gefährlich alternativlos zu machen scheint: „Anstatt neue Planwirtschafts-Ideen zu verbreiten, sollte die Ministerin sich dafür sorgen, dass die versprochenen 400 000 Wohnungen gebaut werden.“ (Dobrindt) – Dieser akute Wohnungsbedarf entstand aber erst durch die Refjutschie-Crisis-2015.

Und es erübrigt sich jetzt die Frage nach der Henne und dem Ei... Was zählt, ist: Dass „genau bei diesem Ziel Geywitz scheitern wird.“ – so Axel Gedaschko, Chef des Wohnungsbau-Verbands GdW. Und weiters: „Die 400 000 Wohnungen sind für die nächsten

drei bis vier Jahre illusorisch.“ Dieses Jahr würden z.B. nur 250 000 Wohnungen fertig werden. ([Bild](#))



Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Holländischer Anti-Globalist Thierry Baudet: „die größte Zivilisation der Welt“

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

16. 07. 2022



Screenshot: YouTube

Thierry Baudet sieht sich als Vorkämpfer der europäischen Zivilisation, der „größten der Welt“. Baudet gilt mit seinem intellektuellen Auftreten als Fürsprecher der gebildeten Mittelschicht und der Studenten. Er kann übergeordnete Zusammenhänge erkennen und steht inhaltlich im starken Gegensatz zum einseitig auf den politischen Islam fixierten Geert Wilders [\[Link\]](#). Als Newcomer auf der politischen Bühne gelang es ihm 2019 mit seinem „Forum voor Democratie“ mit 14,53 % die meisten Stimmen zu gewinnen, was auch mit der extrem zersplitterten Parteienlandschaft (über 20 Parteien, Stand 2019) in den Niederlanden zusammenhängt [\[Link\]](#).

Er sieht in der EU ein „**kulturmarxistisches Projekt**“, deren eigentliches Ziel die „**Zerstörung der europäischen Zivilisation**“ ist [\[Link\]](#). Folgenden beiden Sätze sind unter dem Video einer Rede von Baudet zu lesen, die am 6.7.2022 auf dem YouTube Kanal des Forum voor Democratie hochgeladen wurde und die er vor dem Generalstaaten, dem niederländischen Parlament, hielt:

Wenn man eine große Zivilisation zerstören will, muss man genau das tun, was die westlichen Regierungen in unseren Ländern seit Jahrzehnten tun. Wenn Sie das Gegenteil wollen, eine Wiederbelebung unserer Zivilisation, unserer Geschichte und unserer Menschen, dann landen Sie bei der FVD.

Forum voor Democratie, 6.7.2022.



Bild: Pixabay, @Helenjank

Parlaments-Rede des Thierry Baudet

Wenn man eine große Zivilisation wie unsere zerstört, dann könnte man eine Anleitung erstellen mit den Dingen die dafür zu tun sind. Zum Beispiel Massenmigration, Enteignung der Bauern, so daß die Nahrungsversorgung gefährdet ist, Energiepreise werden unleistbar, das Umschreiben der Geschichte durch Homo-Propaganda und Emanzipation, Feminismus, Abtreibungspropaganda, Zerstörung der Familie und der Familienstrukturen, moderne Kunst, moderne Architektur **um die Seelen der Menschen zu schädigen**, überstaatliche Verbindungen zerstören die Demokratie.

Tatsächlich muß man genau das tun, was die **Leute des Kartells seit Jahrzehnten** in unseren Ländern machen. Es ist eigentlich eine vollständige Anleitung für die Zerstörung einer großen Zivilisation, der **größten Zivilisation, die die Welt jemals gesehen hat!** Und es versetzt mich so sehr in Trauer jeden Tag zu sehen wie es passiert.

Sie wird jeden Tag ein bißchen mehr zerstört, jeden Tag wird gegen **unsere Welt** ein wenig stärker gearbeitet und man liest über die Dekadenz der Römer, von Montesquieu, man liest darüber bei Tomasi di Lampedusa so wie ein Hanswurst gerade versuchte Clover zu zitieren, Sie betreiben Hühnerdiebstahl bei Sprengler! Man sieht wie es passiert aber man kann zu Euch, dem hypnotisierten Mob nicht durchdringen. Es ist nicht möglich diesen Menschen zu sagen, sie machen weiter gemäß ihrer Anweisung. Ich mache was ich kann um es aufzuhalten, aber ich kann wahrscheinlich ihren Vormarsch nicht aufhalten. Danke!

Fragen und Antworten

Abgeordneter Herr van der Berg: *Der Vorsitzende Herr Baudet verlas vor allen einen zum Widerspruch aufreizenden Text über Schwulen-Propaganda, den ich einfach wegwarf und Sie haben noch nicht einmal ihre Antwort gegeben. Ich habe nicht einmal die ganze Debatte zugehört, Nein.*

TB: All das Geplapper von Deppen wie Ihnen, daß ich nichts ändern werde daran, ist auch Teil des Verfalls unserer Gesellschaft. Es ist das **Problem des Mikromanagments**. Mikromanager wie alle von Euch hier, die wirklich nur auf den allerkleinsten Effekt von großen Problem erkennen können. Das führt uns zu dem Paradox, daß es zum Beispiel kurzfristig gut sein könnte diesem Bereich eine kleine Subvention zu geben. Aber das Endergebnis ist noch mehr Staat. Zum Beispiel nur wenn man die wichtigsten Themen aus einer Hubschrauberperspektive angehen kann, kann man sie diskutieren und eine Übereinstimmung finden. Dann macht es Sinn anzufangen auf einer Mikroebene

Abgeordneter Herr van der Berg: Abgehobenes Gerede wieder. Er wurde endlich Vorsitzender, aber nach viel Gerede über Psychologie und den Euro. Aber intellektueller Unsinn hilft auch nicht die Lebenskosten zu bezahlen, die Wähler von seiner Herrlichkeit Buddha haben heute gesehen. Überhaupt keine Ideen wie man vorangehen kann, wie sie ihre Rechnungen zahlen können, nur moralisch abgehobenes Gerede. Keine Lösungen, ein Jammer.

TB: Das ist völliger Unsinn. Meine Lösungen sind sehr **konkret und sehr wohl anwendbar**. Man kann Gas einführen in Groningen, Ende des Energiewandels, Ende der Masseneinwanderung die die Wohnungen verteuert, Ende des Euro, der unsere Pensionen verdunstet und unser Geld. Ende der modernen Architektur, die die Seelen der Menschen zerstört, Ende der Zerstörung der Familien, so daß unsere Zivilisation wiederbelebt wird. Es ist gar nicht so schwer. Nur auf der höheren Ebene gibt es keine Übereinstimmung mit Euch, daher sprechen wir über die allerkleinsten Mikropunkte. Und ja, Sie lehnen sich ein klein wenig zurück, um zu spielen und Fliegen zu fangen, und indigniert zu spielen. Ja, sehen Sie...Ich finde das nicht so interessant.

Abgeordneter Herr van der Berg: Ja, Sie sitzen uns in den Ohren jeden Tag, und Sie dürfen es nicht sehr interessant finden, aber ich denke, daß alle die Leute, die diese Debatte hier sehen finden seine Zerknirschung nicht so sinnvoll.

TB: Nun, ich denke, weil die Menschen in den Niederlanden die wählen können zwischen allen Arten von **Varianten des Great Reset**. Great Reset Partei 1, Great Reset Partei 2, Great Reset Partei 3. Ihr wollt alle dasselbe. Ihr wollt, daß die massive Immigration weitergeht, daß der Energiewandel weitergeht, bald ein Proteinübergang, wir müssen also alle Vegetarier werden, mehr moderne Kunst, mehr moderne Steuerung, mehr Atomisierung, mehr Einsamkeit, mehr Gerede über Transnationalismus, also weniger Demokratie.

Das ist eine Richtung, das ist eine Option. Oder die Leute können leistbare Energie, leistbare Lebenshaltungskosten, wenn die Niederlande wieder für die Niederlande da sind, mit unserer Kultur, unserer Geschichte. Keine Verunreinigung und Verleumdung mehr unserer großartigen kolonialen, ehrbaren und stolzen Vergangenheit. Leben inmitten der Nachkommen meiner Familie. Das ist eine ernsthaft politische Wahl. Und alles andere ist die Durchführung und Positur.

Parlamentsvorsitzende: Danke mein Herr.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Afrika in „Abkehr“ von USA und „Zuwendung“ in Richtung Russland

15. 07. 2022



Afrika kehrt "Putin" keineswegs den Rücken Bild: Cicero online

Der Westen gibt Russland und der russischen Militäroperation in der Ukraine auch ganz pauschal die Schuld an der drohenden Hungersnot in Afrika.

Die afrikanischen Länder haben es jedoch keineswegs eilig, sich solchen Anschuldigungen bedenkenlos anzuschließen. Was also denken nun die Afrikaner über das „Zeit-Geschehen“ und wie stehen sie zu Russland?

Auch weltweite „Sanktionsunterstützung“ weit von Wahrheit entfernt

„Die ganze Welt hat die russische Aggression in der Ukraine verurteilt“. Diese Kernthese der westlichen Propaganda ist jedoch höchst fragwürdig.

Experten etwa, die sich mit Asien beschäftigen, stellen fest, dass Japan das einzige Land in der Region war, das die Vereinigten Staaten bedingungslos unterstützte. Indien hat den Dreh offenbar raus und vollführt den Balanceakt im Ukraine-Konflikt, zu Gunsten des eigenen Staates, meisterlich.

Die lateinamerikanischen Länder beispielsweise hatten sich auch größtenteils entweder von dem Konflikt distanziert oder russische Interessen unterstützt.

Die weltweite Unterstützung der West/EU-Linie ist bestenfalls unter „schwacher Propaganda“ ein zu ordnen.

Position Afrikas „ausgeklammert“?

Die Position Afrikas wurde bis dato weniger untersucht. Unterzieht man es einer näheren Betrachtung, wird auch transparent warum.

Schließlich hielt sich auch Afrika vom Sanktionsrausch fern, den die westlichen Staaten gegen Russland beinahe hysterisch vorantrieben. Kein einziges Land Afrikas ging etwa den Weg Japans, und ein großer Teil der afrikanischen Staaten weigerte sich sogar, Russland für die „Sonderoperation“ in der Ukraine, zu verurteilen.

„Siebzehn afrikanische Länder haben sich der Stimme enthalten und acht weitere haben sich gegen eine Teilnahme entschieden, [wir hatten berichtet](#). Ein Land stimmte sogar gegen die Resolution, das war Eritrea.

„Eine totalitäre Diktatur“, hatten sich amerikanische „Experten“ empört und sogenannte Menschenrechtsaktivisten.

Nachdem es den USA nicht gelungen war, das reiche Asien, den ambitionierten Nahen Osten und das linksgerichtete Lateinamerika für sich zu gewinnen, versuchen sie nun aktiv, die antirussische Front um die Länder Afrikas zu erweitern. Eine gefährliche Politik, die nicht nur wie bereits in Europa praktiziert, nun auch das Leben der einfachen Afrikaner aufs Spiel setzt.

Afrika als „jüngste“ Sanktionsgeisel der USA

Die Tatsache, dass Afrika am Rande einer Nahrungsmittelkrise steht kann nicht geleugnet werden, das ist auf diesem Kontinent aber auch nicht neu.

Nach Angaben von Mike Dunford, dem Leiter des UN-Welternährungsprogramms, leiden in Afrika mehr als 80 Millionen Menschen unter Nahrungsmittelknappheit und Hunger, während es vor einem Jahr noch 50 Millionen waren. Im Tschad leidet inzwischen ein Drittel der Bevölkerung an Hunger, die lokalen Behörden mussten den Notstand ausrufen.

Neuerdings wird jedoch all dies auf Nahrungsmittelknappheit und steigende Preise zurückgeführt, für die der Westen Russland verantwortlich macht. Nach Ansicht der EU und der USA liegt die Ursache im Krieg in der Ukraine, den Russland begonnen hat.

Mehr als 40 Prozent des, in Afrika verbrauchten Getreides, kommt aus der Ukraine und Russland. Jetzt, so heißt es allerdings, wird wegen dieses Krieges kein Getreide mehr exportiert, weil Moskau daran schuld sei.

US-Außenminister Anthony Blinken sagte, Russland „erpresse“ die Welt durch den „Export von Hunger und Elend.

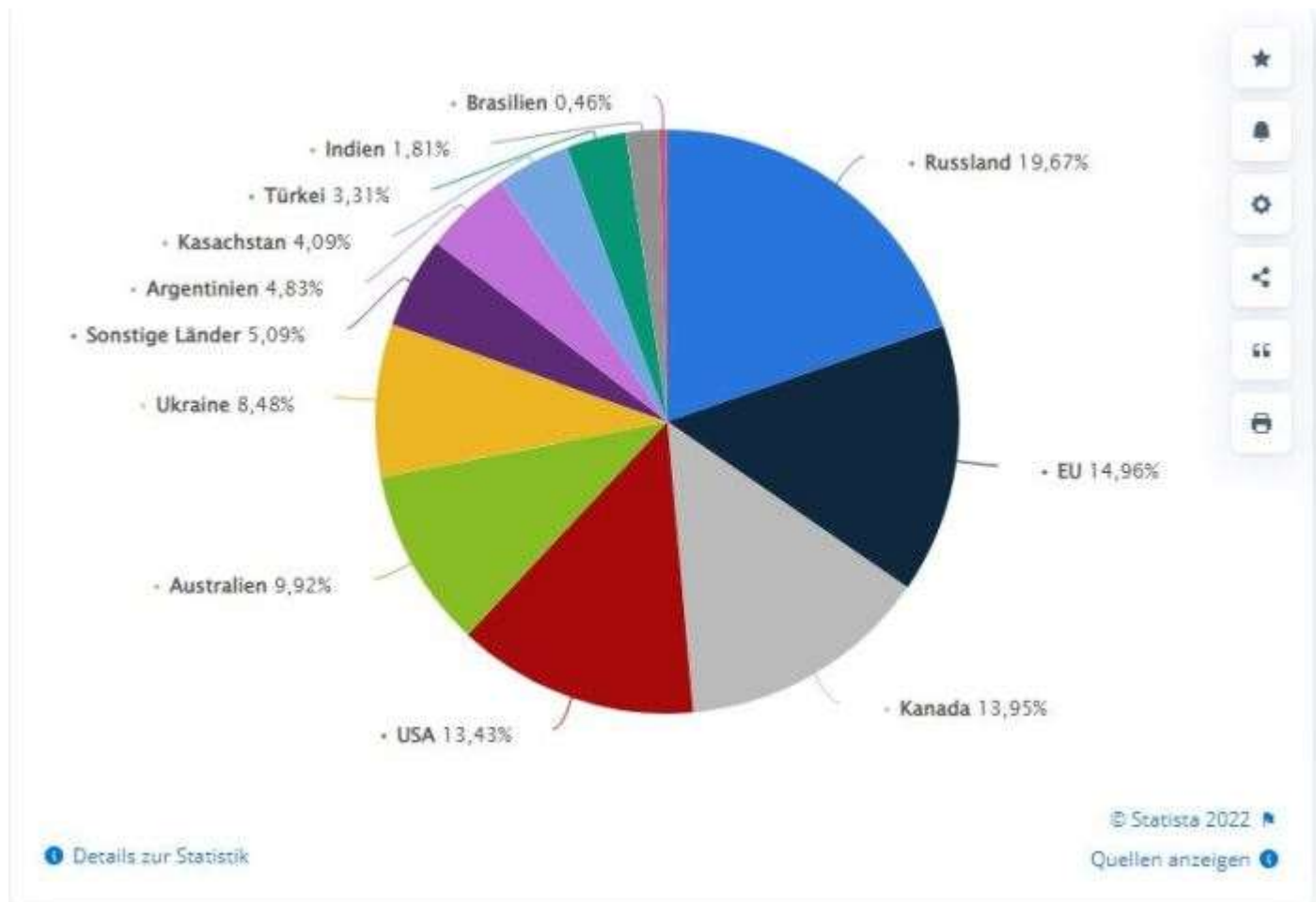
„Wenn die ukrainischen Häfen nicht geöffnet werden, wird dies zu einer Hungersnot führen“, versicherte der leitende UN-Beamte Amin Awad.

Und dem nicht genug Propaganda, „das ist Putins Preiserhöhung. Putins Krieg hat die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben, denn die Ukraine und Russland sind die weltweit größten Lieferanten von Weizen und Mais, die für eine Reihe von Ländern auf der ganzen Welt ein Grundnahrungsmittel darstellen“, erklärte obendrein noch Joe Biden.

Diese Aussagen sind manipulativ, wobei die Manipulation nicht nur darin besteht, dass der US-Präsident die „Wahrheit verbiegt“, wenn er Putin die Schuld am aktuellen Geschehen gibt.

Tatsache ist vielmehr, dass das Volumen der Getreideexporte Russlands die ukrainischen Exporte übersteigt, auf Russland entfallen, einer [Statistik aus 2020/2021](#) zu Folge, 19,67

Prozent der weltweiten Weizenexporte, auf die Ukraine 8,48 Prozent. Gemeinsam also nur 28,15 Prozent der weltweiten Produktion. Eben nur ein weiteres Propaganda-Konstrukt der USA.



Mit dieser manipulativen „Fakes“ versucht man zu zeigen, dass Russlands Militäreinsatz in der Ukraine ein weltweites Nahrungsmittelproblem verursacht hat, und nicht der Sanktionskrieg des Westens gegen Russland, der die russischen Exporte beeinträchtigt.

„Getreideimporte aus Russland unterliegen zwar nicht den westlichen Sanktionen, aber die Importeure haben Schwierigkeiten, russisches Getreide zu kaufen, weil die Finanztransaktionen mit russischen Unternehmen um Vieles komplizierter geworden sind. Darüber hinaus boykottieren viele Schifffahrtsunternehmen Russland, um nicht vom US-Finanzministerium sanktioniert zu werden“, wie aus einem Bericht des *Schweizer Nachrichtendienstes*.

Afrika glaubt nicht an Russlands „Schuld“

Zum Leidwesen der Vereinigten Staaten glauben die Afrikaner aber nicht, dass Russland die Schuld daran trägt. Und sie nehmen eine äußerst ausgewogene Position ein. Insbesondere weigern sie sich, Moskau die alleinige Schuld an der, auf dem afrikanischen Kontinent ausbrechenden Hungersnot zu geben. Zudem deuten sie an, dass die Hauptschuld gerade bei den westlichen Sanktionen liegt.

„Es gibt zwei Hauptprobleme, die Krise und die Sanktionen. Wir müssen zusammenarbeiten, um genau diese beiden Probleme zu lösen, damit Lebensmittel und Düngemittel von den Sanktionen ausgenommen werden können“, erklärte der Chef der Afrikanischen Union, Macky Sall.

„Nach den Statistiken, die uns von internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt wurden, fordern Probleme der Ernährungssicherheit weitaus mehr Opfer als Terroranschläge“, sagte Abdoulaye Diop, der Außenminister Malis. „Ich werde keiner Partei die Schuld geben, aber ich kann definitiv sagen, dass Sanktionen die Situation nur verkomplizieren.“

Die konstruktive Haltung Afrikas gegenüber der russischen „Spezialoperation“ hat offenbar mehrere Gründe, die durchaus rational sind.

Zunächst einmal ziehen es die Länder der Dritten Welt traditionell vor, sich nicht in Konflikte einzumischen, die weit von ihnen entfernt liegen. Darüber hinaus ist Afrika auf eine militärische, wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit Russland angewiesen.

Rege Teilnahme an russisch-afrikanischem Wirtschaftsforum wahrscheinlich

Deshalb werden wahrscheinlich die meisten afrikanischen Staats- und Regierungschefs am zweiten russisch-afrikanischen Wirtschaftsforum teilnehmen, das in diesem Jahr stattfinden wird. Natürlich werden dort auch Wirtschaftsprojekte besprochen wie der Aufbau verschiedener Unternehmen in Afrika, die Rohstoffgewinnung sowie die Neuausrichtung der russischen Exporte.

„Je näher das europäische Embargo für den Kauf russischer Ölprodukte rückt, desto mehr wird Moskau auf die Märkte in Afrika und im Nahen Osten angewiesen sein“, analysierte Reuters.

Russland liefert bereits jetzt Erdölprodukte nach Nigeria, Marokko, Sudan, Elfenbeinküste und Togo.

Auch die militärisch-politische Zusammenarbeit wird wahrscheinlich zur Sprache kommen. Das russische Militärunternehmen, Gruppe Wagner, hatte bereits Einsätze in der Zentralafrikanischen Republik und Mali, um durch eine Ausbildung der Sicherheitskräfte den Terrorismus in diesen Ländern zu bekämpfen.

Ja, Russland hat weltweit weniger Einfluss als die USA und Europa. Es hat weniger Geld als China. Doch Russland ist im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sinne stark genug und hat gegenüber seinen „Mitbewerbern“ sogar eine Reihe von Vorteilen.

Anders als beispielsweise die Vereinigten Staaten und Frankreich mischt sich Moskau nicht in die inneren Angelegenheiten des, zu verteidigenden Landes ein. Moskau lehrt nicht zu leben und zu regieren, sondern respektiert die nationalen, religiösen und kulturellen Besonderheiten, wie auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten seiner Partner.

So kann beispielsweise Jeder die Folgen der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit der zentralasiatischen Länder von der Volksrepublik China erkennen, wo die chinesischen Behörden ihre eigenen Arbeitskräfte ins Land holen und die lokalen Behörden gezwungen sind, ihre Schulden bei Peking in Form von Sachleistungen (Land, Minen, Bergwerke) zu begleichen.

Russlands „andere Position“

Schließlich hat Russland, anders als der Westen mit seiner kolonialen Idee der weißen Vorherrschaft oder China mit seiner Ideologie des Chinazentrismus, eine andere Sprache gefunden, um mit höchsten Vertretern der afrikanischen Staaten zu kommunizieren.

„Zum ersten Mal trafen wir auf weiße Menschen, die uns als Gleichberechtigte behandelten“, ist eine These, der viele in Afrika zustimmen.

Trotz medial ausgeschlachteter Reue der „black lives matter-Bewegung“ behandelt der Westen die Afrikaner nicht als gleichberechtigt, wie das Verhalten der USA am Vorabend der berüchtigten Resolution der Generalversammlung zur Verurteilung der russischen Sonderoperation einmal mehr bewies.

„Uns wurde ein Ultimatum gestellt, Russland zu verurteilen“, sagte die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor.

„Angesichts dieses arroganten Verhaltens haben wir die einzig mögliche Entscheidung getroffen und uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.“ Das zeugt von Haltung, die man in Europa leider schmerzlich vermissen muss.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. b) Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten E 61 – E 62

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mitteuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPfZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

30 Stk.  **€ 19,⁹⁰** inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Limitierte Auflage

01) Frontex warnt die EU vor kommenden Migrantenwellen aufgrund der Nahrungsmittelkrise

18. 07. 2022



Während große Mengen an Getreide aufgrund des Krieges derzeit in ukrainischen Häfen festsitzen, warnte die Agentur Frontex die EU vor der Gefahr, dass aufgrund der Nahrungsmittelkrise neue Migrantenströme auf ihre Grenzen zustürmen könnten.

Ernährungsunsicherheit: Eine Migrationskatastrophe vor den Toren Europas?

Die Europäische Union muss damit rechnen, dass aufgrund der Ernährungsunsicherheit neue Wellen von Migranten ihre Grenzen stürmen werden. Eine Warnung, die von Frontex, der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache, durch ihre amtierende Direktorin Aija Kalnaja ausgesprochen wurde.

Am Montag, den 11. Juli, erklärte sie bei einem Treffen der europäischen Innenminister in Prag, dass die durch den Krieg in der Ukraine verschärfte Nahrungsmittelkrise den Migrationsdruck auf die EU erhöhen werde. Aija Kalnaja stellte zwar fest, dass die EU „gut auf die Flüchtlinge aus der Ukraine vorbereitet“ sei, warnte jedoch, dass sich die Mitgliedsstaaten „auch auf die Flüchtlinge aus anderen Regionen“ vorbereiten müssten, die durch die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Nahrungsaufnahme getrieben würden.

„Sie wissen, dass der Transport von Weizen aus der Ukraine behindert wird. Und das wird zu Migrationswellen führen. Also bereiten wir uns darauf vor“, fügte sie hinzu.

Seit Beginn des Krieges Ende Februar dieses Jahres wurde die Getreideproduktion in der Ukraine blockiert, obwohl das Land einer der größten Getreideexporteure der Welt ist.

20 Millionen Tonnen Getreide sind in den ukrainischen Häfen blockiert.

Derzeit wird die Menge an Getreide aus der letztjährigen Ernte, die aufgrund des bewaffneten Konflikts in den ukrainischen Schwarzmeerbahnen blockiert ist, auf etwa 20 Millionen Tonnen geschätzt.

Diese Versorgungsengpässe hatten zur Folge, dass die Preise auf den Weltmärkten in die Höhe schnellten, was sich insbesondere auf die Länder des Nahen Ostens und Afrikas auswirkte. Diese geografischen Regionen sind bereits stark mit illegalen Einwanderern nach Europa beliefert...

Was die Freigabe der ukrainischen Häfen betrifft, so scheinen sich die Protagonisten beider Seiten den Ball zuzuspielen, denn Moskau gibt an, dass es ukrainischen Schiffen, die diese Lebensmittel transportieren, die Erlaubnis zum Auslaufen erteilen wird, sofern die ukrainische Armee die Häfen des Landes räumen lässt. Kiew sieht diese Möglichkeit nicht, da es russische Landungen an seiner Küste befürchtet.

Außereuropäische Immigration: Welche Aussichten für die Zukunft?

Diese Aussagen der amtierenden Direktorin von Frontex kommen, nachdem der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi bereits im Juni davor gewarnt hatte, dass die durch den Krieg in der Ukraine verursachte Hungerkrise ohne eine schnelle Lösung dazu führen könnte, dass der Rekord von 100 Millionen Vertriebenen weltweit weiter steigt.

Während die EU laut UN-Zahlen seit Ende des Winters rund 5,6 Millionen ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat, berichtete Frontex außerdem, dass im Zeitraum vom 30. Juni bis zum 6. Juli 2022 weniger ukrainische Staatsangehörige in die EU einreisten (252.246) als in ihr Land zurückkehrten (265.793). Gleichzeitig erklärte die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, dass die Ströme zwischen der Ukraine und der EU wieder auf das Vorkriegsniveau zurückgegangen seien.

Das Land ist das Tor zum Schengen-Raum auf der Balkanroute, die vor allem während der Migrationskrise 2015 von illegalen Migrantenströmen genutzt wurde.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 25.07.2022

25. 07. 2022



Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Belarus – Die meisten Ukrainer, die nach Belarus eingereist sind, planen keine Rückkehr. BELTA.by

Deutschland – Erich Vad blickt auf eine lange militärische Karriere zurück. Er war Brigadegeneral der deutschen Bundeswehr, arbeitete für die Nato und war acht Jahre lang der militär- und sicherheitspolitische Berater von Angela Merkel. Und: Vad ist gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. «Schwere Waffen alleine werden diesen Konflikt nicht drehen», sagte Vad in der SRF-Sendung «Club». Erich Vad, ehemaliger General der deutschen Bundeswehr, musste in den letzten Monaten viel Kritik einstecken. Aufgrund des Kräfteverhältnisses habe die Ukraine einzig die Chance, den Krieg in die Länge zu ziehen – mit sehr hohen Kosten, sowohl für das Land selbst als auch für den Westen. «Dass wir die Ukraine militärisch, politisch und wirtschaftlich unterstützen, ist richtig», betont Vad. «Doch wir dürfen dabei nicht so weit gehen, dass wir uns selbst zerstören.» Vad spricht dabei einerseits von einer möglichen militärischen Eskalation mit der Nuklearmacht Russland, aber auch von den wirtschaftlichen Folgen, etwa den steigenden Energiepreisen und der Teuerungsrate. Dass man sich mit dieser Position nicht beliebt macht, hat Erich

Vad deutlich zu spüren bekommen. In den letzten Monaten wurde er heftig dafür kritisiert. Auch im «Club» bekam er Gegenwind, unter anderem von Pálvi Pulli, Chefin Sicherheitspolitik im Verteidigungsdepartement (VBS). «Die Ukraine ist in einer Situation, in der sie darauf angewiesen ist, dass sie Waffen aus dem Westen bekommt», so Pulli. «Solange sich die Ukraine mutig gegen den Aggressor wehrt, hat sie Anspruch auf unsere Unterstützung und nicht auf Bevormundung.» Doch in der Diskussion um Waffenlieferungen stellen sich nicht nur moralische, sondern auch praktische Fragen: Die Waffen müssen von Polen aus quer durch die Ukraine an die Ost-Front verlegt, Ersatzteile organisiert und Soldaten auf die neuen Systeme ausgebildet werden – alles unter den Augen des Gegners.

- Überraschender Wechsel. Volkswagen-Chef Diess geht – Porsche-Chef Blume wird Nachfolger. Volkswagen-Vorstandschef Herbert Diess verlässt überraschend den Wolfsburger Autobauer zum 1. September. SRF.ch

- Der Regisseur Dieter Wedel ist tot. Das teilte das Landgericht München mit. Dort war ein Strafverfahren gegen Wedel anhängig. Demnach starb Wedel bereits am 13. Juli im Alter von 80 Jahren in Hamburg. Bekannt wurde der Regisseur vor allem durch seine Fernseh-Mehrteiler. Zu seinen grössten Erfolgen gehörten „Der grosse Bellheim“, „Der Schattenmann“ und „Der König von Sankt Pauli“.

- Finanzminister Lindner hat sich gegen eine Verlängerung des Neun-Euro-Tickets ausgesprochen.

- Der österreichische Stardirigent Stefan Soltesz ist gestorben. Laut einem Sprecher der Bayerischen Staatsoper brach er gestern Abend bei einer Vorstellung (Anm. d. Red.: plötzlich und unerwartet) zusammen. Soltesz wurde 73 Jahre alt. Vor München war er unter anderem in Wien, Antwerpen und Hamburg. Von 1985 bis 1997 hat er als Dirigent an der Staatsoper Berlin gearbeitet.

- Der Berliner Senat fordert von der Bundesregierung, mehr Impfstoff gegen Affenpocken zu liefern. RBB.de

- Die einzige Möglichkeit, die Inflation zu stoppen, besteht darin, die Zinsen zu erhöhen. Das werden sie morgen tun, sagt Mujagic, „das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht besteht aus zwei Teilen.“ Erstens komme die EZB zu spät, sagt Mujagic. Andere Zentralbanken weltweit erhöhen seit Monaten die Zinsen. Die EZB leistet als letzte der grossen Zentralbanken ebenfalls einen Beitrag. Zweitens geht es darum, inwieweit die EZB Massnahmen ergreifen wird. „Wenn morgen ein riesiger Schritt gemacht wird und sie den Zinssatz um einen halben Prozentpunkt erhöhen, wird unser Zinssatz von -0,5 Prozent auf null Prozent steigen. Wenn Sie sich eine Inflationsrate von 8,9 Prozent ansehen und erwarten, dass sich das als nächstes halbiert.“ Jahr. Dann wirst du diesen Kampf nicht ohne Zinsen gewinnen“, erklärt Mujagic. „Wir Ökonomen wissen nur wenige Dinge mit Sicherheit, aber eines wissen wir mit Sicherheit: Um mit solchen Inflationszahlen fertig zu werden, muss man wirklich mindestens eine Zwei vor dem Komma haben.“ NPO.nl

Estland – Estland leidet unter Rekordinflation von 22 (!) Prozent. Sind die überzogenen Waffenlieferungen an die Ukraine schuld? SRF.ch

Frankreich – Ausbau der Atomkraft. Französischer Stromkonzern soll komplett verstaatlicht werden. Die Regierung in Paris will den Ausbau der Atomkraft sicherstellen. Dafür soll Électricité de France aufgekauft werden. SRF.ch

Gambia – Es ist ein Sieg für den afrikanischen Kleinstaat, ein Sieg für die muslimischen Rohingya in Myanmar und für Menschenrechtsorganisationen: Das oberste UNO-Gericht, der Internationale Gerichtshof in Den Haag, erklärt sich zuständig, darüber zu urteilen, ob die burmesischen Machthaber einen Völkermord gegen die Rohingya verübt haben. Sämtliche Einwände Myanmars dagegen wurden abgelehnt. Normalerweise urteilt das oberste UNO-Gericht über direkte Konflikte zwischen zwei UNO-Mitgliedsländern. Sehr oft geht es um Grenzstreitigkeiten. Entsprechend ungewöhnlich ist die Klage, die das

westafrikanische Gambia 2019 gegen Myanmar angestrengt hat. Beide Staaten sind Mitglieder des sogenannten Genozid-Abkommens von 1948, haben sich also verpflichtet, Völkermord zu ächten und zu bekämpfen. Myanmar hat hingegen, aus Sicht Gambias, exakt das Gegenteil getan, nämlich selber gegen die muslimische Minderheit der Rohingya einen Völkermord verübt. Es verletzt damit, so Gambia, das Abkommen, das zwingendes Völkerrecht darstellt, auf gravierende Weise. Deshalb strengte Gambia, unterstützt von der Islamischen Weltorganisation OIC mit ihren mehr als 50 Mitgliedern sowie weiteren Staaten, einen Prozess beim UNO-Gerichtshof an. Mit zahlreichen Einwänden versuchte Myanmar zu verhindern, dass sich die UNO-Richterinnen und -Richter überhaupt mit dem Fall beschäftigen: So sei Gambia gar nicht direkt betroffen vom Rohingya-Konflikt. Es sei als Kläger lediglich vorgeschoben worden von anderen Staaten; und es sei unzulässig, dass irgendein Unterzeichnerstaat gegen einen anderen klagt, weil der angeblich ein Abkommen nicht einhalte. Sämtliche burmesischen Einwände hat nun das Gericht unter dem Vorsitz von Richterin Joan Donoghue entschieden vom Tisch gewischt, mehrheitlich gar einstimmig. Es fällt damit ein bemerkenswertes Urteil von potenziell sehr grosser Tragweite: Denn es nimmt damit sämtliche Unterzeichnerstaaten internationaler Abkommen in die Pflicht, für deren Durchsetzung zu sorgen. Und zwar indem es ihnen das Recht einräumt, zu klagen, wenn sie der Ansicht sind, andere Staaten fühlten sich um die eingegangenen Verpflichtungen. Das Urteil in der Sache, nämlich ob Myanmar an den Rohingya tatsächlich einen Völkermord verübt hat – oder gar weiter verübt –, steht allerdings noch aus. Es dürfte, wie beim obersten UNO-Gericht üblich, noch längere Zeit, gar Jahre auf sich warten lassen. SRF.ch

Grossbritannien – Rishi Sunak weiss, was er will: Er will an die Macht; er will Boris Johnson als britischer Premierminister ablösen. Der frühere britische Finanzminister ist überzeugt: Die Zeit ist reif dafür. Voller Selbstbewusstsein startet er als erster ins Nachfolge-Rennen, kaum hat Boris Johnson seinen Rücktritt bekannt gegeben. Und Rishi Sunak stellt seinen Hochglanz-Werbespot unter dem Motto: «Ready for Rishi!» Die erste Runde im Auswahlverfahren verläuft ganz nach Sunaks Geschmack: Mal für Mal bekommt er am meisten Stimmen der Wahlberechtigten – der konservativen Abgeordneten im Unterhaus. Seinen Platz auf dem Zwei-Ticket sichert er sich mit einem klaren Vorsprung von 24 Stimmen auf Aussenministerin Liz Truss. Und die Lobeshymnen auf Rishi Sunak sind beeindruckend: «Er ist ein kraftvoller, strahlender, emotional intelligenter Kandidat», preist ihn der langjährige, frühere Tory-Vorsitzende William Hague in der «Times». Hague beschreibt seinen Nachfolger im Wahlkreis Richmond, in Yorkshire, als «der eifrigste und beeindruckendste Kandidat, den ich je gekannt habe». Trotz des Lobes von prominenten Parteigrössen und dem Sieg in der ersten Runde: Rishi Sunak ist der Sieg in der Johnson-Nachfolge alles andere als sicher. Bei der konservativen Parteibasis hat Rishi Sunak offenbar ein Imageproblem. Eine beachtliche Zahl der Konservativen ist unzufrieden mit der Steuerpolitik, die Rishi Sunak in den letzten zwei Jahren als Finanzminister verantwortet. Damit nicht genug: Anfang Jahr macht Finanzminister Sunak Wochen lang Schlagzeilen, weil seine Ehefrau, Akshata Murty, in Grossbritannien keine Steuern bezahlt – bei einem Vermögen von mehreren Hundert Millionen Pfund. Seine Begründung: «Alles rechtens. Sie bezahlt in Indien Steuern, wo das Unternehmen ansässig ist.» Sunaks Steuerpolitik gibt seiner Mitbewerberin ums höchste Amt im Staat denn auch einen mächtigen Hebel in die Hand: Liz Truss kritisiert Sunaks Steuererhöhungen als völlig verfehlt. Die Steuern seien seit Jahrzehnten nie mehr so hoch gewesen und hätten eine «sozialistische Grössenordnung» erreicht, doppelte Truss'-Unterstützer und Johnson-Freund Jacob Rees-Mogg nach. Liz Truss verspricht denn auch, die Steuern kräftig zu senken – um 30 Milliarden Pfund, um das Portemonnaie der Bürgerinnen und Bürger zu entlasten sowie der Wirtschaft mehr Mittel für Investitionen zu geben. Der angegriffene Favorit kontert: «Ich würde auch gerne Steuergeschenke verteilen. Doch das ist nicht seriös», versucht der Finanzspezialist in den TV-Debatten in die Offensive zu gehen. «Zuerst müssen wir die Inflation in den Griff

bekommen sowie die Energiekrise, dann können wir über Steuersenkungen reden.» Und er platziert einen Seitenhieb gegenüber Liz Truss – unterstellt ihr, sie erzähle finanzpolitische «Märchen», ums ins höchste Amt zu kommen. Das Rennen wird in der zweiten Runde durch die Partei-Mitglieder entschieden – und da wird es Sunak gegenüber der Aussenministerin schwer haben, von heute aus gesehen: nur 35 Prozent der Tory-Mitglieder würden für ihn stimmen; 54 Prozent gäben Liz Truss ihre Stimme, erklären sie Anfang Woche in einer Umfrage von YouGov. Mit dem heutigen Tag wird das Rennen um die Johnson-Nachfolge neu gestartet. Liz Truss und Rishi Sunak werden sich nichts schenken – wie schon in der ersten Runde. Kurz: Das Hauen und Stechen beginnt nun von vorn. SRF.ch

Italien – Regierungskrise: Draghi will seine Regierung retten. Der Ministerpräsident will allerdings nur weitermachen, wenn er das Vertrauen seiner Regierungsparteien erhält. Rücktritt. Neuwahlen im September. SRF.ch

Litauen – Litauen erlaubt Russland sanktionierte zivile Güter in Zügen ins russische Kaliningrad zu transportieren. RBB.de

Österreich – Nur in Wien herrscht noch Maskenpflicht in den ÖV. Bürgermeister Ludwig möchte Rückkehr der Masken in den Handel. ORF.at

Russland – „Das Modell der totalen Beherrschung der sogenannten goldenen Milliarde ist unfair. Warum sollte diese ‚goldene Milliarde‘ der gesamten Bevölkerung der Erde über alle herrschen und ihre eigenen Verhaltensregeln auferlegen? Dieses Modell spaltet die Völker in Erst- und Zweitrangige und ist daher seinem Wesen nach rassistisch und neokolonialistisch, während die globalistische, angeblich liberale Ideologie, die ihm zugrunde liegt, immer mehr die Züge des Totalitarismus annimmt und die kreative Suche und freies historisches Schaffen“, betonte der russische Präsident. Man habe den Eindruck, so Putin, dass der Westen der Welt einfach kein Zukunftsmodell bieten könne. „Natürlich wurde diese ‚goldene Milliarde‘ nicht ohne Grund golden. Sie hat viel erreicht. Aber sie hat solche Positionen nicht nur dank einiger umgesetzter Ideen eingenommen, sie hat ihre Positionen zu einem grossen Teil durch den Raub anderer Völker eingenommen: in Asien, und in Afrika“, betonte das Staatsoberhaupt, „das war in der Tat so. Sehen Sie sich an, wie Indien geplündert wurde.“ Deshalb, fuhr der russische Präsident fort, fürchteten die Eliten der „goldenen Milliarde“ heute panisch, dass andere Weltzentren ihre Visionen globaler Entwicklung präsentieren könnten. VESTI.ru

• Der russische Aussenminister Lawrow hat damit gedroht, den Krieg in der Ukraine auszuweiten. Lawrow sagte russischen Medien, es gehe bei dem Einsatz nicht mehr nur um die Gebiete Donezk und Luhansk, sondern auch um Cherson, Saporischschja und eine Reihe anderer Regionen. Grund seien die Waffenlieferungen westlicher Staaten. Je mehr Waffen diese lieferten, desto weiter würden sich die Ziele der russischen Armee von der aktuellen Front entfernen. Man werde nicht zulassen, dass die Ukraine über Waffen verfügt, die eine direkte Bedrohung für russisches Territorium und die Republiken darstellen, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben, so Lawrow. RBB.de

Schweiz – Zukunft der Neutralität: Die Schweiz soll an Nato-Manövern teilnehmen – das sagen die Parteien. Mit der Nato den Ernstfall üben und neutral bleiben: Das sei möglich, heisst es in einem EDA-Bericht, der SRF vorliegt.

• Das Pfadidorf im Goms, das gerade gebaut wird, ist nicht wirklich ein Dorf. Es bietet Platz für so viele Leute wie die Städte Zug oder Dübendorf. Das Bundeslager der Pfadi findet alle 14 Jahre statt, normalerweise eher dezentral auf verschiedene Lager verteilt. Dieses Jahr sind alle 30'000 Kinder, Jugendliche und Erwachsenen am selben Ort im deutschsprachigen Teil des Kantons Wallis. Auf einer Fläche von 3.5 Kilometer Breite und einem Kilometer Länge dehnt sich die «Pfadistadt» mit dem Zeltlager und den wichtigsten Bauten aus. Weiter

unten in den Dörfern hat es noch weitere Gebäude – für Besucher, für Pfadi-Ausflüge, für Medien. Hunderte Helfer bauen seit dem 11. Juli das Lager auf. Am 23. Juli muss es bereit sein, dann ist Anreisettermin. Zwei Wochen dauert das Lager. Die Bauwerke, die für diesen Zweck erstellt werden, sind gigantisch. Ein Beispiel: der Lagerturm. 15 Meter hoch wird er sein, wenn er fertig ist. «Dazu braucht es einige verrückte ehemalige Pfadis», sagt Lukas Summerbühler – Pfadiname Mungg – zum Funkturm. «Anfangs war er kleiner geplant, dann wurde er immer grösser und grösser.» Er sei stolz auf sein Team, das dieses aussergewöhnliche Bauwerk erstelle. Ein solches Grossprojekt entsteht nicht über Nacht: Vier Jahre hat die Pfadi dieses Lager mit allen Aspekten geplant. Dazu gehören auch Überlegungen zur Nachhaltigkeit. Beispielsweise sind die meisten Menüs fleischlos, der Umwelt zuliebe. Die Holzbalken für den Aufbau kommen alle aus der Schweiz. Ein Umwelt-Team innerhalb der Pfadi kümmert sich um diese Angelegenheiten. Dazu gehört auch der Umgang mit der Wiese: Die Wiesen im Goms müssen besonders sorgfältig behandelt werden, der Boden ist dünner als im Flachland. Die grossen Bauten wie Verpflegungszelt kämen deshalb auf dem Asphalt zu stehen, dort, wo früher eine Flugpiste war. Nicht ganz vermeiden lassen sich aber Lastwagenfahrten über die Wiese: «Wir versuchen aber, dass nur ein absolutes Minimum an Fahrzeugen über die Wiese fahren muss», erklärt Mischa Kaspar, Pfadiname Monti. Ausserdem hat die Pfadi Holzbretter auf der Wiese verlegt, um den Boden zu schonen. «Der Puls ist hoch», sagt Seraina Schwizer alias Kolibri. Sie ist Co-Lagerleiterin und weiss, was alles noch zu tun ist. «Wir sind aber im Plan mit den Aufbauarbeiten. Jedes Mal, wenn ich über den Lagerplatz laufe, sieht er bereits wieder anders aus.» Auch spontane Herausforderungen könne man meistern, wie aktuell das frisch verhängte Feuerverbot. Der Kanton Wallis hat am Dienstag ein generelles Feuerverbot im Freien erlassen. Im Rahmen des Pfadfinder-Bundeslager, das im Goms stattfindet, sei eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden, falls die eingesetzten Gas- und Elektrokochstellen nicht zum Kochen ausreichen würden. «Es ist schade, dass wir nicht füllrle können, aber dafür ist das Wetter gut», sagt Schwizer, «würde es ständig regnen, wäre es kalt.» Man könne auch ohne Lagerfeuer eine gute Stimmung erzeugen, dafür sei man in der Pfadi sicher kreativ genug.

●Wegen Netflix-Serie: Ansturm von Koreanern aufs Postauto im Berner Oberland. Eine koreanische Serie wurde teilweise in Iseltwald gedreht. Nun strömen so viele Fans hin, dass die Region reagiert. «Crash Landing on You» heisst eine Netflix-Serie, sie handelt von einer reichen Südkoreanerin, die nach einem Gleitschirmunfall in den Bergen landet und sich in einen nordkoreanischen Offizier verliebt. Einige Szenen wurden in Iseltwald im Berner Oberland gedreht. Die Postauto-Linie 103 von Interlaken nach Bönigen–Iseltwald verzeichnet diesen Sommer eine aussergewöhnlich hohe Nachfrage, schreibt Postauto in einer Mitteilung. An Bord sind viele Gäste aus Korea, die Iseltwald als einen der Schauplätze der koreanischen Serie «Crash Landing on You» besuchen wollen. Dazu kommen die Ausflügler aus der Schweiz und anderen Staaten. Zur Entlastung führt Postauto daher ab dem kommenden Samstag, 23. Juli, zusätzliche Fahrten zwischen Bönigen und Iseltwald ein. Diese Verstärkung soll bis mindestens 28. August dauern. Postauto passt die Fahrplan-Apps an, auch an den Haltestellen werden die Fahrgäste über das verstärkte Angebot informiert.

●In diesem Jahr gab es in der Schweiz schon 38,1 Grad und die Hundstage stehn noch bevor. SRF.ch

Sri Lanka – Das Land hat ein neues Staatsoberhaupt. Das Parlament in Sri Lanka hat den Übergangspräsidenten Ranil Wickremesinghe (රනිල් වික්‍රමසිංහ73) zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. SRF.ch

Tschechien – TV-Journalistin begründet die „Garderobe“, wo Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhe für Opfer der Inflation abgegeben werden können. Inflation liegt bei 11%. SRF.ch

Ukraine - Einigung auf Getreideausfuhr aus der Ukraine. Russland und die Ukraine einigen sich mit UNO und Türkei. Im Schwarzen Meer wird ein humanitärer Korridor geschaffen. SRF.ch

- US-Präsident Joe Biden beauftragte seine Regierung mit der Bereitstellung zusätzlicher militärischer Hilfe für die Ukraine, darunter vier HIMARS (High Mobility Artillery Rocket System) und bis zu 580 unbemannte Phoenix Ghost-Luftfahrzeuge (UAVs), Koordinator für strategische Kommunikation beim Nationalen Sicherheitsrat im Weissen Haus John Kirby gesagt hat. Das Zusatzpaket der US-Militärhilfe umfasst nach seinen Worten auch 36'000 Schuss für bereits gelieferte Mörser und Panzerabwehrsysteme. Die Hilfe wird auf insgesamt rund 270 Millionen US-Dollar geschätzt, fügte der Beamte hinzu. Die Kosten für die speziell für die Ukraine hergestellten Phoenix Ghost UAVs belaufen sich auf rund 100 Millionen US-Dollar, sagte Kirby.

- Die internationale Ratingagentur Fitch sagte, sie habe das Long-Term Foreign-Currency (LTFC) Issuer Default Rating (IDR) der Ukraine von „CCC“ auf „C“ herabgestuft. Am 20. Juli startete die ukrainische Regierung offiziell ein Zustimmungsbegehren, um die Rückzahlung von Auslandsschulden um 24 Monate aufzuschieben. Fitch sagte, es betrachte den Prozess als Einleitung eines Distressed Debt Exchange (DDE)-Prozesses, der mit Ratings von „C“ sowohl für den LTFC IDR als auch für die betroffenen Wertpapiere übereinstimmt. Darüber hinaus erwarten Experten von Fitch, dass eine umfassendere Restrukturierung der Handelsschulden des Staates erforderlich sein wird, obwohl der Zeitpunkt ungewiss bleibt. Dies spiegelt die starke Belastung der makrofinanziellen Lage, der öffentlichen Finanzen und der Aussenfinanzen der Ukraine infolge des langwierigen Konflikts des Landes mit Russland wider. Am 20. Juli beschloss das ukrainische Ministerkabinett, einen zweitägigen Zahlungsaufschub für Auslandsschulden zu beantragen. Damit das Abkommen in Kraft treten kann, soll sich die Kiewer Regierung mit den Gläubigern auf neue Bedingungen einigen. Die internationale Gruppe der ukrainischen Gläubiger, zu der Grossbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten gehören, unterstützte den Antrag Kiews, die Schuldentrückzahlungen bis Ende 2023 auszusetzen. Die Gruppe forderte auch die privaten Anleihegläubiger der Ukraine auf, einen ähnlichen Ansatz zu zeigen. Nach Schätzungen von Bloomberg steht die Ukraine am 1. September vor Rückzahlungen und Zinszahlungen in Höhe von 1,4 Milliarden US-Dollar. VESTI.ru

Ungarn – Kata wird über Nacht abgeschafft. In Ungarn herrscht Ausnahmezustand. Nicht wegen der täglichen Demonstrationen, sondern weil die Regierung von Viktor Orbán am 25. Mai den Ausnahmezustand ausgerufen hat. Begründet hat Orbán das mit dem Ukrainekrieg. Das erlaubt ihm, per Dekret zu regieren. So war es auch möglich, eine hochumstrittene Steuerreform anzukündigen und am nächsten Tag durchs Parlament zu peitschen. Die Zweidrittelmehrheit im Parlament macht es möglich. Was folgte, waren sieben Tage lang Demonstrationen von Menschen, die sonst kaum an Protestveranstaltungen anzutreffen sind: Coiffeusen, Pflegefachfrauen, Grafiker und Velokuriere. Was sie alle vereint: Sie werden mit dem Steuersystem namens Kata besteuert. Kata erlaubt es Kleingewerblern und Einpersonen-Firmen, einfach und billig eine Firma zu gründen. Sie bezahlen 125 Euro pro Monat, damit sind fast alle Steuern und Sozialabgaben beglichen – ohne Bürokratie, ohne Buchhaltung. Die Ironie: Es war Viktor Orbán, der Kata vor zehn Jahren einführte, um die Sympathien der Kleingewerbler zu gewinnen. 450'000 Kata-Firmen entstanden daraufhin. Viele durch Menschen, die neben ihrem Hauptberuf oder ihrem Rentnerleben einem Nebenerwerb nachgehen, etwa als Teilzeit-Nachhilfelehrer, Altenpflegerin oder Übersetzer. SRF.ch

USA – Erstürmung des US-Kapitols. Trump-Gefährte Bannon wegen Missachtung des Kongresses verurteilt. Steve Bannon hatte sich geweigert, vor der Kommission auszusagen, welche den Kapitolsturm untersucht.

●Expertin bezweifelt Wiederkandidatur 2024 von Trump – stark in der Popiularität bei Republikanern gefallen – und auch Biden. Er kann Wahlversprechen nicht umsetzen und wirkt immer seniler. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 22.07.2022

22. 07. 2022



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Australien – «Vorsätzliche Ignoranz» zerstört Umwelt in Australien. Laut einer neuen Studie zeigen mindestens 19 der Ökosysteme Australiens Anzeichen eines Zusammenbruchs oder stehen kurz vor dem Kollaps. Australien hat seit Beginn der weissen Besiedelung vor über 200 Jahren mehr Säugetierarten verloren als jeder andere Kontinent. Umweltministerin Tanya Plibersek war sichtlich gerührt, als sie sich am Dienstag in Canberra den Medien stellte. Der neuste Fünfjahresbericht einer Gruppe von 30 Experten zum Zustand der australischen Umwelt sei ein «schockierendes Dokument». Bergbau, Rodungen, invasive Pflanzen- und Tierarten und Klimawandel werden im Bericht als Hauptverursacher einer Vielzahl von Umweltproblemen verantwortlich gemacht, mit denen sich der fünfte Kontinent konfrontiert sieht. So ist laut den Wissenschaftlern die Zahl der bedrohten Arten allein in den

letzten fünf Jahren um acht Prozent gestiegen. Die Belastung vieler Ökosysteme sowohl auf dem Land als auch im Meer durch die Folgen des Klimawandels habe zum Teil dramatisch zugenommen. In praktisch allen Ökosystemen habe sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert, so die Forscher.

● Immer mehr Aborigines eröffnen eigene Tourismusbetriebe. Das bringt nicht nur Einkommen, sondern auch mehr Verständnis für die Kulturen. Bart Pigram starrt auf den Boden. Nur zwei kleine Punkte im grauen Schlamm weisen darauf hin, dass sich hier eine Krabbe versteckt. Mit einem langen Metallhaken zieht er das Tier aus seinem Versteck. Die Krabbe streckt wild ihre massiven Krallen aus, die so stark sind, dass sie einem den Finger abbrechen könnten. „Mittagessen“, sagt Pigram glücklich. Der junge Aborigine-Mann ist nicht allein. Eine Gruppe Touristen folgt ihm durch die Mangrovensümpfe ausserhalb der Kleinstadt Broome im Nordwesten Australiens. Besucher sind nicht ohne eine gewisse Nervosität. Auch giftige Schlangen und Krokodile leben im Dickicht der Mangroven. Der Gründer und Inhaber von „Narlijia Tours“ erklärt den Europäern, wie sie sich verhalten sollen – sie werden sich bald sicher fühlen. Pigram weiss, was er tut. Seit er denken kann, jage er hier, sagt er, wie Generationen seiner Vorfahren vor ihm. Nur heute wird er dafür von Besuchern bezahlt. „Ich kann hierher kommen, in den traditionellen Lebensraum meiner Vorfahren, um zu jagen, zu fischen und zu sammeln“, sagt Pigram, „so wie ich es seit meiner Kindheit getan habe.“ Im Gegensatz zu früher kann er sich durch die Pflege dieser Traditionen ein modernes Leben finanzieren. Später wird Pigram in sein Auto steigen und nach Hause fahren, wie es Millionen von Australiern jeden Tag tun, wenn die Arbeit vorbei ist. Bart Pigram ist Teil einer wachsenden Industrie: dem Aborigine-Tourismus. Eine Studie definiert diese Form des Tourismus als „Teilnahme an einer Tour, Erfahrung oder Aktivität, die eine Interaktion mit Aborigines und Torres-Strait-Insulaner, einer Gemeinschaft, einem Ort oder einem Artefakt beinhaltet, auf eine Weise, die angemessen, respektvoll und im Einklang mit der Kultur der Aborigines ist, Erbe und Traditionen“. Der Wunsch, das indigene Australien besser kennenzulernen, wächst bei den Besuchern, bestätigt Christoph Bärlocher von Knecht-Reisen, einem führenden Schweizer Reiseveranstalter. „Ein solches Erlebnis gehört meiner Meinung nach zu jeder Australienreise dazu“, sagt er, denn Gäste sollen auch den indigenen Teil der australischen Geschichte kennenlernen. Vor der Covid-Pandemie suchten 820.000 von insgesamt 910.000 internationalen Besuchern den Austausch mit den ersten Kulturen des fünften Kontinents. Das zählt sich aus: Der Aborigine-Tourismus und der Handel mit indigenen Produkten – vor allem Kunstwerken – tragen jährlich rund vier Milliarden Franken zur australischen Wirtschaft bei. Obwohl es auch Touren in die Städte gibt, zeigen indigene Australier Reisenden aus aller Welt vor allem in ländlichen Gebieten, wie sie traditionell leben. Sie geben auch Einblicke in ihre Spiritualität und Mythologien, die über Jahrtausende mündlich überliefert wurden. In den meisten Fällen sind die jeweiligen Reiseveranstalter im Besitz der Ureinwohner und werden von ihnen selbst betrieben. Auf diese Weise können Sie nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Mitglieder Ihrer Community Einkommen generieren. So auch in Zentralth Australien, wo „Karrke Aboriginal Tours“ den Besuchern im Schatten der imposanten „Kings Canyon“-Berge zeigt, wie Menschen Zehntausende von Jahren in solch abgelegenen Wüstengebieten überleben konnten. Touristen lauschen aufmerksam dem Klang zweier Bumerangs, die aufeinander schlagen, während ein Mann in der lokalen Luritja-Sprache singt. Auch in der Wüste dreht sich der Alltag traditionell um das Jagen und Sammeln von „Bush Food“ – natürlich vorkommender Nahrung. Die Aboriginal-Frau Natasha erklärt die Bedeutung einzelner Pflanzen und Tiere, die in dieser kargen Landschaft gefunden werden können. Ganz zuoberst auf der Wunschliste: sogenannte «Witchetty Grubs». Frauen graben tief in den Boden, um diese daumendicken Maden aus den Wurzeln bestimmter Bäume zu schälen. Sie seien nicht nur eine Delikatesse, sondern eine bedeutende Quelle von Eiweiss. «Man kann sie entweder auf dem Feuer rösten oder sie roh essen», erklärt Natasha den staunenden Touristen. Man müsse ihnen einfach erst den Kopf abbeissen, bevor man sie

schluckt. «Sonst beißen sie einen in die Speiseröhre.» Wirtschaftliche Unabhängigkeit zu finden, Arbeitsplätze zu schaffen, zu überleben – das ist für indigene Australierinnen und Australier seit der Invasion des Kontinents durch britische Sträflinge und Siedler 1788 eine Herausforderung. Die Arbeitslosenrate unter Aborigines ist überdurchschnittlich hoch. Der Grund ist vor allem in ländlichen Gebieten nicht nur ein genereller Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten. Vielerorts leiden Aborigines bis heute unter verstecktem oder offenem Rassismus. Denn selbst wenn sie arbeiten wollen, finden sie keinen Job. So nehmen Aborigines ihr wirtschaftliches Schicksal immer häufiger selbst in die Hand. Wie in Südaustralien, wo der ehemalige Rugby-Profi Daniel Motlop im Zentralmarkt der Stadt Adelaide Esswaren und Getränke verkauft, die von Aborigines gesammelt oder hergestellt werden. Ob Kängurufleisch, Gewürzmischungen aus Pflanzen, die von Frauen im Northern Territory gesammelt werden: «Ich versuche, traditionelle Zutaten zu kommerzialisieren, um ihre nachhaltige Nutzung zu sichern und Arbeitsplätze in abgelegenen Aboriginal-Gemeinden zu sichern.» Inzwischen liefert er seine Produkte an einige der bekanntesten Feinschmeckerrestaurants Australiens. Sein Kassenschlager ist ein Gin, in dem grüne Baumameisen schwimmen – tot natürlich. «Sie sind traditionell eine Quelle von Vitamin C für Ureinwohner in den Tropen», erklärt der Geschäftsmann. Der Spirituose aber gäben sie «einen leichten Zitronengeschmack».SRF.ch

Belarus – Wie die BELTA früher berichtete, wurde vom 15. April bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres ein visumfreies Einreiseverfahren für Staatsangehörige Litauens und Lettlands (sowie für Nicht-Staatsangehörige Lettlands) eingeführt. Ebenfalls am 1. Juli wurde visafreie Einreise nach Belarus für polnische Staatsbürger erklärt. BELTA.by

China – Ein Sprecher des Büros für Taiwan-Angelegenheiten des chinesischen Staatsrats äusserte sich am Dienstag nachdrücklich gegen den Plan der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die chinesische Region Taiwan zu besuchen. „Wir lehnen jeden offiziellen Austausch zwischen den Vereinigten Staaten und Taiwan entschieden ab“, sagte der Sprecher Zhu Fenglian und fügte hinzu, dass die wiederholten provokativen Kommentare und Handlungen einiger Mitglieder des US-Kongresses in letzter Zeit nichts anderes als Versuche seien, Chinas Wiedervereinigungsprozess zu behindern. Zhu forderte die zuständigen US-Kongressmitglieder auf, die hohe Sensibilität der Taiwan-Frage zu verstehen, die Provokationen einzustellen und keine Unterstützung für separatistische Elemente anzubieten, die die „Unabhängigkeit Taiwans“ befürworten. CGTN.cn

Dänemark – Zwei Berliner Restaurants zählen laut einer britischen Rangliste zu den besten der Welt. Bei dem in London vorgestellten Ranking landete das Berliner „Nobelhart & Schmutzig“ als bestes deutsches Restaurant auf Platz 17. Im Vorjahr lag es noch auf Rang 45. Das ebenfalls in Berlin ansässige „Restaurant Tim Raue“ schaffte es auf Platz 26 und verbesserte sich damit um fünf Plätze. Zum besten Restaurant der Welt wurde das „Geranium“ in Kopenhagen gewählt. Für die Liste der 50 besten Restaurants der Welt geben mehr als tausend Fachleute ihre Einschätzungen ab, unter ihnen Köche, Restaurantbesitzer und Journalisten.RBB.de

Kongo – Die DR Kongo will die Öl- und Gasförderung im Regenwald ausbauen – zur grossen Beunruhigung von Umweltschützer. Energieminister Didier Budimbu kündigte heute in Kinshasa die Versteigerung von Öl- und Gassuchrechten in rund 30 Regionen des Landes an. ORF.at

Deutschland – Das Image der Wende-Verlierer haftete lange an Wittenberge. Die ostdeutsche Kleinstadt verlor ihre Industrie und entleerte sich mit dem Ende der DDR. Nun ziehen Digitalarbeiter aus Berlin mit neuen Ideen an die Elbe. Dank pragmatischer Behörden

wird die Schrumpfung gestoppt und die Stadt erwacht. «Mensch, die Leute hier sind ja richtig nett und man hat mal wieder einen Schnack gehalten, obwohl man sich nicht kennt». Andrea Stenz ist begeistert. Sie hat das hippe Berlin verlassen, ausgerechnet für eine Stadt, in der nichts läuft, in der es besonders viele Rentner und Arbeitslose gibt. Denn in Wittenberge ist die Bevölkerung nach der Wende praktisch auf die Hälfte geschrumpft. Das weitherum bekannte Nähmaschinenwerk Veritas wurde «platt gemacht», wie es hier heisst. Auf der Suche nach Arbeit und Ausbildung wanderte eine ganze Generation aus. Doch nun ziehen immer mehr junge Menschen wie Andrea mit ihrem Start Up in die Stadt an der Elbe und verwirklichen Ideen, für die es in den Metropolen kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten gibt. Sie bespielen leerstehende Gebäude, organisieren Kulturanlässe, arbeiten in Coworking Spaces, oder sehnen sich ganz einfach nach einem Leben nahe der Natur. Wiebke Lemme etwa kommt zurück an den Ort ihrer Kindheit. Die Berliner Architektin will Mitten im alten Stadtkern zusammen mit anderen Grossstädtern einen energieeffizienten Neubau erstellen. Wie es zu diesem Aufbruch kommt und welche Rolle dabei der Bürgermeister spielt, das zeigt die Reportage aus der Elbestadt Wittenberge. Sie liegt Mitte auf der Strecke Berlin – Hamburg. „International“, SRF.ch

EU – Die Europäische Union verhandelt mit Nordmazedonien und Albanien. Seit bald 20 Jahren warten die beiden Länder auf diesen Moment. Ein Beitritt liegt aber noch in weiter Ferne. SRF.ch

Ghana – In Ghana sind erstmals zwei Fälle des lebensgefährlichen Marburg-Fiebers entdeckt worden. Das Afrika-Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die Fälle bestätigt. Dies, nachdem in Proben der beiden Patienten aus der Region Ashanti im Süden Ghanas das Marburg-Virus gefunden worden war. Der Nachweis war im Institut Pasteur in Dakar (Senegal) erfolgt. Die beiden Männer, einer 26, einer 51 Jahre alt, starben Ende Juni in einem Spital. Sie hatten Symptome wie Durchfall, Fieber, Übelkeit und Erbrechen. Sie hatten sich nach Erkenntnis der Behörden unabhängig voneinander angesteckt. Die Gesundheitsbehörden Ghanas haben mit Unterstützung der WHO die Überwachung verstärkt. Rund 90 Menschen, mit denen die Verstorbenen zuletzt Kontakt hatten, wurden kontaktiert, und die Bevölkerung wird über die Symptome und Gefahren informiert. Das Marburg-Virus trägt den Namen der deutschen Stadt, weil sich dort 1967 Laborangestellte mit dem bis dahin nicht bekannten Virus bei Versuchsaffen infizierten. Vermutet wird, dass das Virus von Flughunden stammt, die mit Fledermäusen verwandt sind. Menschen stecken sich durch den Kontakt mit Körperflüssigkeiten Infizierter an. Je nach Behandlungsmöglichkeiten sterben ein Viertel bis zu 80 Prozent der Betroffenen. Zuletzt hatte Guinea im vergangenen Jahr einen Fall gemeldet. SRF.ch

Grossbritannien – In London Heathrow wurde am Dienstag mit 40.2 Grad erstmals die 40-Grad-Marke übertroffen.

●Delta bestellt 100 Jets von Boeing. Im englischen Farnborough hat die International Airshow begonnen – die erste Aviatikmesse seit Ausbruch der Pandemie. Den ersten Grossauftrag meldet Boeing. Der US-Flugzeughersteller Boeing und die US-Fluggesellschaft Delta Air Lines teilten mit, man habe einen Vertrag über die Lieferung von 100 Mittelstreckenmaschinen des Typs 737 Max 10 unterschrieben. Diese kosten gemäss Preisliste umgerechnet rund 13.2 Milliarden Franken. Bei Bestellungen in diesem Umfang sind allerdings hohe Rabatte üblich. Delta sicherte sich ausserdem Kaufoptionen auf weitere 30 Maschinen. Bei der 737 Max 10 handelt es sich um die Langversion des Typs 737 Max – das ist jenes Flugzeug, das nach zwei Abstürzen in Indonesien und Äthiopien zwischen 2019 und 2020 weltweit nicht abheben durfte. Die Langversion wurde von den US-Behörden bis jetzt noch nicht zugelassen. Mit der Bestellung von 100 Stück durch Delta hat Boeing, der zweitgrösste Flugzeughersteller der Welt, in Farnborough also vorgelegt. Experten sind gespannt, wie viele Bestellungen es nach dem Abschluss der Luftfahrtmesse in England am

Freitag sein werden – und wie viele die Weltnummer 1, der europäische Airbus-Konzern, erhält. In den Jahren 2015 bis 2019, vor Corona, wurden in Farnborough und auf der Messe von Le Bourget in Paris im Schnitt zusammen etwa 800 Flugzeuge bestellt. Wegen der westlichen Sanktionen gegen Russland infolge des Ukraine-Kriegs dürfen westliche Flugzeughersteller und Zulieferer keine Maschinen und Teile mehr nach Russland liefern. Zudem gibt Russland hunderte im Ausland geleaste Flugzeuge seit Monaten nicht an seine Eigentümer zurück. Somit fällt der russische Markt für Airbus und Boeing aus heutiger Sicht praktisch weg. SRF.ch

Iran – Gipfeltreffen Teheran. Putin und Erdoğan reisten zu Raisi. Offiziell geht es um Syrien. Doch die Haupt-Botschaft des Gipfels ist: Die Welt ist grösser als westliche Interessen – und wir repräsentieren sie. SRF.ch

Lettland – Doschd TV: Russlands wichtigster unabhängiger TV-Sender meldet sich aus Lettland zurück. ORF.at

Russland – Russland liefert laut Medienberichten nach dem Ende der Nord-Stream-1-Wartung wieder Gas nach Europa. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete unter Berufung auf Insider, die Gaslieferungen würden aber nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen. RBB.de

Schweden – Die Piloten der Fluggesellschaft SAS haben am Morgen nach zwei Wochen den Streik beendet. Während dieser Zeit fielen Hunderte von Flügen aus. Anfang Juli brachen die Verhandlungen zwischen der Pilotengewerkschaft und der SAS zusammen, worauf fast 900 Piloten und Pilotinnen ihre Arbeit niederlegten. Die Airline habe die Corona-Pandemie genutzt, um Hunderte Angestellte zu entlassen, so der Vorwurf. Dies zunächst mit dem Recht auf Wiedereinstellung. SRF.ch

Schweiz – Kampffjets F-35: Laut EFK gibt es keine absolute Rechtssicherheit bzgl. der vereinbarten Preise mit den USA.

● Das EDA will keine Verletzten aus der Ukraine aufnehmen. Als Grund wurden «neutralitätstechnische Bedenken» angegeben. Nun wurde bekannt: Die Ukraine hätte die Entscheidungshoheit über die Transporte gehabt. Dies ist wohl der Grund für die Absage.

● «Wenn wir nichts machen, ersticken die Fische» Wegen des tiefen Pegelstandes der Gewässer beginnen mehrere Kantone mit dem Abfischen. Die Fische werden kurz betäubt. Mit Netz, Eimer und Elektrofangergerät dem Bach entlang. Der Schlimbach in Kriens im Kanton Luzern ist der erste Bach, aus dem in diesem Jahr Fische gerettet werden müssen. Philipp Amrein, Fachbereichsleiter Fischerei des Kantons Luzern, erklärt: «Das Wasser ist in den letzten Tagen rasant zurückgegangen. Jetzt haben wir noch Gelegenheit, die Fische mit verhältnismässigem Aufwand rauszuholen. Wir gehen davon aus, dass hier in 24 bis 36 Stunden gar kein Wasser mehr drin ist.» Die Notabfischungen passieren mit einem sogenannten Elektrofangergerät. Um die Fische fangen zu können, werden sie kurz betäubt, dann kommen sie ins Netz und von dort in den Kessel. Ziel ist es, die Fische – in Kriens sind es Bachforellen – ins nächste Gewässer ganz in der Nähe zu bringen. Für den Transport zum Dorfbach in Horw wird das Wasser im Kessel mit Sauerstoff angereichert. Ausgewählt wird ein Gewässer, welches auch in den nächsten Tagen noch genügend Wasser haben sollte. Der Sauerstoffgehalt ist auch mitentscheidend für den Entscheid, wo abgefischt wird. Wenig Wasser und eine hohe Wassertemperatur in einem Bach führen zu einem tiefen Sauerstoffgehalt. Amrein: «Wenn wir dann nichts machen, ersticken die Fische.» In Luzern geben die Gewässerverantwortlichen dem Kanton den Wasserstand durch. Mitarbeitende der kantonalen Dienststelle entscheiden dann über die Massnahmen. «Jetzt abfischen, wenn das Wasser noch fliesst, ist für die Fische besser. Wenn gar kein Wasser mehr da ist, müssen wir die Fische von Hand herausnehmen und dann ist der Stress

noch grösser für die Fische», sagt Philipp Amrein. Der Schlimbach ist der erste Bach im Kanton Luzern, bei dem abgefischt wird. Aber sicher nicht der letzte: «Diese Woche dürften noch einige dazukommen. Wir schauen Tag für Tag.» Ein weiteres Mittel, welches bei tiefen Wasserständen verfügt wird, ist das Wasserentnahmeverbot. Bereits haben etwa die Kantone Thurgau und Freiburg ein solches verhängt. In vielen andern Kantonen gilt das Entnahmeverbot für bestimmte Gewässer. Am Rhein in Schaffhausen ist es insbesondere die Wassertemperatur, die den Behörden Sorge bereitet. Aktuell beträgt die Temperatur des Rheins 25 Grad Celsius. Stefan Lebeda vom Department des Innern des Kantons Schaffhausen sagt gegenüber der SDA: «Die Äschen geraten ab einer Temperatur von 23 Grad in einen Hitzestress. Der tödliche Bereich liegt bei einer Wassertemperatur von 26 Grad über einige Tage.» So sei es 2003 und 2018 zu einem grossen Fischsterben gekommen. «Aktuell gibt es keine Anzeichen dafür», so Lebeda. Als Sofortmassnahme dürfen die Bauern kein Wasser mehr aus der Biber nehmen. Dieser Zufluss zum Rhein bringt relativ kühles Wasser. Auch im Kanton Baselland müssen bereits drei Bäche ausgefischt werden. Und am Unterlauf der Birs greifen die Behörden beider Basel zu einer speziellen Massnahme: Um den Stress für die Fische zu minimieren und einem Fischsterben vorzubeugen, gilt ab Dienstag ein Badeverbot für Mensch und Tier. Baselland probiert zudem, mit baulichen Massnahmen Gegensteuer zu geben. Tiefere Becken und Bäume am Ufer sollen für kühleres Wasser sorgen. Im Kanton Aargau gilt ein besonderes Augenmerk dem Hallwilersee. Hier sinkt der Pegel pro Tag um einen Zentimeter. Deshalb werden nun die Abflüsse wie der Aabach auf ein Minimum gedrosselt.

- Schweiz führt genderneutrale Toiletten in Neubauten ein. Piktogramm wird noch gesucht.
- Nashornkäfer statt Nashorn im Berner Tierpark. Der Tierpark Dählhölzli will ein Biodiversitäts-Hotspot sein. Er züchtet unter anderem Käfer, die ausgesetzt werden. Seit fast einem Jahr ist Friederike von Houwald Direktorin des Berner Tierparks Dählhölzli. Am Montag hat sie ihre Strategie für die Zukunft des Zoos präsentiert. «Mehr Raum für Vielfalt» lautet das Motto und konzentriert sich laut den Verantwortlichen nicht auf die existierenden Gehege, sondern auf den Platz dazwischen. 1939 wurde in Bern der letzte Nashornkäfer gesichtet. Seither lebt er nur andernorts weiter. «Käfer haben eine schlechte Reichweite – das heisst, sie sind schlecht darin, sich auszubreiten», sagt Jürg Hadorn, Leiter Projekte des Tierparks. «Deshalb ist wichtig, dass wir Privatpersonen mit Gärten dafür gewinnen können, selbst auch etwas zu unternehmen.» Nur so sei es möglich, einst wieder eine stabile Population des Nashornkäfers hinzukriegen. SRF.ch

Simbabwe – Weltweit einzigartig. Mineurinnen statt Mineure: ein Bergwerk ganz in Frauenhand. Von wegen Männersache: Die Zimbaqua-Mine in Simbabwe gibt den Frauen mehr Selbstbestimmung. SRF.ch

Spanien – Der Zoll hat am Flughafen auf Ibiza eine Picasso zugeschriebene Zeichnung im Wert von 450'000 Euro beschlagnahmt. Laut dem Zoll wurde das mit «Trois personnages» betitelte Werk bereits am 5. Juli im Koffer eines Reisenden aus der Schweiz gefunden. SRF.ch

Türkei – Die Türkei und der Iran wollen ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen. Ziel sei, das jährliche Handelsvolumen auf 30 Milliarden US-Dollar (29,61 Mrd. Euro) zu erhöhen, sagte Präsident Ebrahim Raisi heute in Teheran bei einer Rede im Beisein seines türkischen Kollegen Recep Tayyip Erdogan. Erdogan sagte, er hoffe besonders auf einen Ausbau der Kooperation in der Verteidigungsindustrie. Aktuell liege das Handelsvolumen bei 7,5 Milliarden Dollar. Die beiden Nachbarstaaten unterzeichneten eine Reihe von Absichtserklärungen. Auch die Grenzsicherheit zwischen beiden Ländern wurde angesprochen. Durch den Iran führt eine der Hauptfluchttrouten für Menschen aus Afghanistan auf dem Weg in die Türkei und nach Europa. ORF.at

Ukraine – Aus Ärger über «Verrat» hat Präsident Selenski die Chefs von Geheimdienst und Generalstaatsanwaltschaft abgesetzt. Aus diesen Behörden seien mehr als 60 Mitarbeiter in den russisch besetzten Gebieten geblieben und kollaborierten mit dem Feind, sagte Selenski am Sonntagabend in Kiew. Gibt es tatsächlich massenhaft Russland-Kollaborateure im ukrainischen Sicherheitsapparat? Einschätzungen von David Nauer, dem langjährigen SRF-Korrespondenten in Moskau. Der Geheimdienst und die Generalstaatsanwaltschaft sollen dafür verantwortlich sein, dass hunderte Leute aus dem Sicherheitsapparat zu den Russen übergelaufen sind. Mehr noch: Geheimdienstler sollen den Russen selbst zugearbeitet haben oder tun es laut Selenski immer noch. Dafür müssen nun die beiden Behördenchefs den Hut nehmen und damit die politische Verantwortung übernehmen. Das Präsidialamt veröffentlichte Erlasse, mit denen der Leiter des Geheimdienstes SBU, Iwan Bakanow, und Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa ihrer Ämter enthoben wurden. Zudem laufen laut Selenski rund 600 Strafverfahren gegen Mitglieder der Sicherheitsbehörden. Wie durchdrungen ist der Geheimdienst mit Leuten, die mit Russland kollaborieren? Das im Detail zu beurteilen, ist schwierig. Aber soweit man weiss, sind Verräter in den eigenen Reihen vor allem im Süden der Ukraine ein Problem – oder ein Problem gewesen. Die Russen sind dort im Februar von der besetzten Krim aus sehr schnell und sehr tief ins ukrainische Kernland vorgedrungen. Dabei haben sie offenbar Hilfe von Leuten aus dem ukrainischen Geheimdienst bekommen. Es war Verrat, der den Russen im Süden der Ukraine die Tür geöffnet hat. So wussten die Russen etwa, wo die ukrainischen Minenfelder waren und konnten diese gezielt umfahren. Offenkundig hatte jemand den Russen die Informationen, wo diese Minen liegen, gesteckt. Auffällig ist auch, dass eine wichtige Brücke über den Fluss Dnepr nicht gesprengt wurde – obwohl sie eigentlich hätte gesprengt werden sollen. So konnten die Russen die Stadt Cherson mühelos erobern. Zusammenfassend kann man sagen: Es war Verrat, der den Russen im Süden der Ukraine die Tür geöffnet hat. Mitten im Krieg traut Selenski seinem Geheimdienst und der Staatsanwaltschaft nicht mehr. Es zeigt, dass die Ukraine ein Problem hat und die Sicherheitsbehörden zum Teil nicht gut funktionieren. Das hat auch strukturelle Gründe. Denn der ukrainische Geheimdienst ist eigentlich eine Nachfolgesektion des sowjetischen KGB. Es gibt noch Leute, die sozusagen Verbindungen zur alten Zentrale in Moskau haben. Dazu kommen verkrustete Strukturen im ukrainischen Geheimdienst. Diese Probleme gibt es also in der Ukraine. An vielen Orten funktionieren Geheimdienst, Polizei und natürlich auch die Armee aber viel besser und sind weit stärker als erwartet. Der Krieg dauert nun bald fünf Monate, und die Ukrainer verteidigen ihr Land erfolgreich. Trotz der Verräter hält der ukrainische Staat dem russischen Ansturm stand. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 19.07.2022

19. 07. 2022



Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Australien – Die Hail Creek Mine im australischen Queensland beschäftigt 900 Mitarbeiter und produziert pro Jahr gegen sieben Millionen Tonnen Steinkohle. Seit 2018 ist der Glencore-Konzern Mehrheitsbesitzer der Mine und verantwortlich für den Abbau der Kohle. Schon länger war geplant, die Hail Creek Mine weiter auszubauen. Das Problem dabei: In dieser Mine wird die Kohle nicht in Kavernen abgetragen, sondern im Tagbau. Und das hat zur Folge, dass beim Abbau grosse Mengen Methan frei gesetzt werden. Methan gilt als ein deutlich schädlicheres Klimagas als CO₂. Pläne, das Methan mit einer Apparatur binden oder absaugen zu können, wurden geprüft und beerdigt, weil sie nicht umsetzbar waren. Glencore ist Weltmarktführer im Geschäft mit Steinkohle. Der Rohstoffkonzern hat seine Beteiligungen an Minen in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut. Nun dominiert der Abbau und Handel des Rohstoffs. Grösste Abnehmer sind asiatische Länder wie Indien und China. In Europa war Kohle bisher als Klimasünderin in Verruf geraten. Durch die aktuelle Energiekrise hat sich das Bild verändert. Auch europäische Staaten decken sich vermehrt wieder mit Kohle ein. Diese Nachfrage hat die Preise regelrecht explodieren lassen. Vor Jahresfrist kostete eine Tonne Kohle noch 150 Dollar, derzeit sind es über 400 Dollar. Dieser Preissprung hat dem Kohlegeschäft von Glencore einen Geldsegen beschert, in den vergangenen sechs Monaten über drei Milliarden Dollar, fast so viel im gesamten Jahr 2021. Der Boom im Kohlegeschäft läuft eigentlich den Klimazielen von Glencore entgegen. Der Zuger Rohstoffkonzern hat sich nämlich dazu verpflichtet, seine Klimagas-Emissionen bis

2030 um 50 Prozent zu senken, und ab 2050 klimaneutral zu sein. Im Klimabericht vom letzten Dezember erklärte der Konzern denn auch, dass er drei Kohleminen in Australien in den nächsten Jahren schliessen will. Den jetzigen Ausbau der Hail Creek Mine kommentiert Glencore nicht. Auf Anfrage bestätigt der Konzern aber, dass er weiterhin an seinen Klimazielen festhalte. Ob diese Klimarechnung aufgeht, ist offen. Fakt ist aber: Bleibt die weltweite Nachfrage nach Kohle weiterhin hoch, wird der Kohleabbau kaum zurückgehen. SRF.ch

China – Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Quartal im Vorjahresvergleich bloss noch um 0.4% gewachsen. Gegenüber dem ersten Quartal 2022 schrumpfte es sogar um 2.6%. Grund: die Lockdown-Massnahmen in der zweitgrössten Volkswirtschaft. SRF.ch

Deutschland – Der deutsche Bundeswehroffizier Franco A. muss unter anderem wegen der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat für fünfeinhalb Jahre in Gefängnis. Das Oberlandesgericht Frankfurt befand den 33-Jährigen in seinem Urteil in mehreren Anklagepunkten für schuldig – dazu zählen auch waffenrechtliche Verstösse. Das Gericht bescheinigte Franco A. eine völkisch-nationalistische, rechtsextremistische Gesinnung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Franco A. hatte sich als syrischer Flüchtling ausgegeben und monatelang ein Doppelleben geführt. Als angeblicher Flüchtling hatte er laut Anklage auch Sach- und finanzielle Leistungen erhalten – daher war es auch um einen Betrugsvorwurf gegangen. Die Vertreterin der Bundesanwaltschaft hatte im Juni eine Haftstrafe von sechs Jahren und drei Monaten gefordert. Franco A. sei «ein rechtsradikaler Terrorist», der Anschläge auf das Leben hochrangiger Politiker oder Personen des öffentlichen Lebens geplant habe, sagte die Anklagevertreterin. Die Verteidiger forderten hingegen in der vergangenen Woche Freispruch für den wesentlichen Anklagepunkt – der Vorbereitung einer staatsgefährdenden Straftat – und Geld- oder Bewährungsstrafen für die übrigen Anklagepunkte. Franco A. war im Februar 2017 auf dem Wiener Flughafen festgenommen worden, als er eine geladene Pistole aus einem Versteck in einer Flughafentoilette holen wollte. Woher die Waffe stammt und was er damit plante, ist noch immer unklar. Nach seiner Festnahme stellte sich zudem heraus, dass er die Identität eines syrischen Flüchtlings angenommen hatte – trotz fehlender Arabisch-Kenntnisse. Mit der falschen Identität wollte er nach eigenen Angaben Missstände im Asylverfahren aufdecken. Die Bundesanwaltschaft war in ihrer Anklageschrift hingegen davon ausgegangen, dass er nach Straftaten den Verdacht auf syrische Geflüchtete lenken wollte. Franco A. wies bis zuletzt die Vorwürfe zurück, gestand aber ein, mehrere Waffen und Munition gehortet zu haben für den Fall eines Zusammenbruchs der öffentlichen Ordnung in Deutschland. Er sitzt seit Februar erneut in Untersuchungshaft, während er zu Beginn des Verfahrens noch auf freiem Fuss war. Der Beschuldigte soll laut Anklage unter anderem einen Anschlag auf die Gründerin einer Antirassismus-Stiftung geplant haben. Er hatte die Geschäftsstelle und die Tiefgarage der Stiftung aufgesucht. Als mögliche Anschlagsziele waren in der Anklage auch der damalige Justizminister Heiko Maas (SPD) und die Vizepräsidentin des Bundestages, Claudia Roth (Grüne), genannt. SRF.ch

Finnland – Geht es um Atomenergie, haben Finnland und die Schweiz zwei Dinge gemeinsam. Erstens: Beide beziehen etwa gleich viel Strom aus Kernkraftanlagen – um die 30 Prozent des gesamten Stromverbrauchs. Und zweitens: Die Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle, die in den Atomkraftwerken anfallen, dauerten in beiden Ländern mehrere Jahrzehnte. Der grosse Unterschied aber ist: In Finnland verlief diese Suche erfolgreich. Die beiden finnischen AKW-Betreiber TVO und Fortum bauen gemeinsam an Finnlands Westküste auf der Halbinsel Olkiluoto das weltweit erste Endlager für radioaktive Abfälle aus AKW. Innert weniger Jahre soll dieses Lager den Testbetrieb starten. In der Schweiz hingegen könnten die Bauarbeiten für ein solches geologisches Tiefenlager allerfrühestens im Jahr 2045 beginnen. SRF.ch

Frankreich – Kampfjet-Entscheid blockiert Verhandlungen am Euroairport. Am Basler Flughafen, der vollständig in Frankreich liegt, wollen Schweizer Firmen wie bisher Schweizer Arbeitsrecht anwenden. Darum braucht es einen Staatsvertrag. Doch weil der Bund den US-Kampfjet F-35 kaufen will statt den französischen Rafale, hat Paris die Gespräche mit Bern eingefroren. Seit zwei Jahren herrscht grosse Unruhe bei den Schweizer Firmen, die am Euroairport geschäften. 2020 hat das oberste französische Gericht entschieden, dass für sie französisches Arbeitsrecht gilt und nicht das schweizerische, dass die Firmen bislang angewendet hatten. Denn der Basler Flughafen liegt vollständig auf französischem Boden. Das Urteil ausgelöst, haben vier ehemalige französische Angestellte, die für den Abfertiger Swissport tätig waren. Sie wollten ihre Kündigung nicht akzeptieren und zogen Swissport vor ein französisches Gericht – trotz Schweizer Arbeitsvertrag. Der Grund: Arbeitnehmer sind in Frankreich besser geschützt und erhalten bei Kündigungen höhere Entschädigungen. Auch darum wehren sich die Schweizer Firmen vehement dagegen, französischem Recht zu unterstehen. Ihr Argument: Als Schweizer Firmen, die auf dem Schweizer Sektor des Flughafens tätig sind, sollen sie auch Schweizer Arbeitsrecht unterstellt sein. Doch das ist gemäss Gerichtsentscheid eigentlich gar nicht erlaubt. Diese Rechtsunsicherheit, die etwa bei Stellenstreichungen hohe finanzielle Folgen haben kann, wollen die Firmen beseitigen. Darum hoffen sie auf einen Staatsvertrag zwischen Frankreich und der Schweiz. Er soll regeln, dass offiziell Schweizer Arbeitsrecht gilt, allenfalls mit Anpassungen. Allerdings muss ein solcher Staatsvertrag auf der obersten Ebene zwischen Paris und Bern ausgehandelt werden. Und hier spielt der Kampfjet-Entscheid des Bundes eine entscheidende Rolle. Denn bis zu diesem Entscheid waren die Gespräche für einen Staatsvertrag für den Euroairport auf gutem Weg. Seither geht nichts mehr. SRF.ch

Grossbritannien – Britischer Wetterdienst warnt erstmals vor extremer Hitze. Der britische Wetterdienst hat erstmals in seiner Geschichte eine Warnung vor «extremer Hitze» herausgegeben. Für den 19.07. werden in Teilen Englands Temperaturen von über 40 Grad erwartet. Aussergewöhnliche, möglicherweise rekordverdächtige Temperaturen sind am Montag und dann wieder am Dienstag möglich», teilte der britische Wetterdienst Met Office am Freitag mit. Vor allem in Städten würden die Nächte aussergewöhnlich warm sein. «Dies wird wahrscheinlich zu weitreichenden Auswirkungen auf Menschen und Infrastruktur führen», so die Behörde weiter. Schulen kündigten als Reaktion frühere Schliesszeiten an. Statt Schuluniformen darf in einigen Schulen dann Sportkleidung getragen werden, Sportveranstaltungen werden verlegt. Die Warnung gilt für ein grosses Gebiet zwischen London, Manchester und dem Tal von York. Der britische Hitzerekord liegt bei 38.7 Grad Celsius – gemessen am 25. Juli 2019 im Botanischen Garten der Universität Cambridge. Meteorologen rechnen damit, dass dieser Wert übertroffen wird. Die Erde am Parliament Square in London ist wegen der andauernden Hitze rissig geworden. Met-Office-Sprecher Grahame Madge befürchtet gar Temperaturen von 40 Grad. «Wenn 40 Grad erreicht werden, ist das eine neuralgische Schwelle, die zeigt, dass der Klimawandel jetzt bei uns ist», sagte Madge. Das Met Office hatte bereits vor kurzem vor gesundheitlichen Risiken durch Hitze gewarnt – Stufe 3 auf der Warnskala. Nun rief die Behörde Stufe 4 aus, was bedeutet «wenn eine Hitzewelle so schwerwiegend und/oder langandauernd ist, dass ihre Auswirkungen über das Gesundheits- und Sozialsystem hinausgehen». SRF.ch

Iran – Sicherlich haben die Sanktionen der Amerikaner die iranische Wirtschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten stark beeinträchtigt. Es gibt aber sehr viele iranische Ökonomen, die das Gegenteil sagen. Ich glaube auch, dass die wirtschaftliche Krise in der Islamischen Republik in erster Linie einheimisch ist. Es gibt eine politische Ökonomie, die sowohl die wirtschaftliche Elite als auch die politische Macht monopolisiert. Dazu kommt die ideologische Grundierung dieser politischen Ökonomie des Landes. Das bedeutet, jene, die regimetreue sind, haben ganz andere Möglichkeiten der sozialen Mobilität und des

Zugangs zu Ressourcen. Die Not ist sehr gross. Ich spreche seit einigen Jahren davon, dass die Islamische Republik eine dreifache Krise hat, eine sozio-ökonomische Krise, eine ökologische Krise und eine politische Krise. Jede dieser Krisen ist dazu fähig, ein existenzielles Problem für das Regime darzustellen. Das Regime und alle Fraktionen innerhalb des Establishments leiden an einem sehr virulenten Legitimationsdefizit. Das Gravitationszentrum innerhalb dieser Dreifachkrise ist eindeutig die politische Krise. Denn das Regime und alle Fraktionen innerhalb des Establishments leiden an einem sehr virulenten Legitimationsdefizit. All diese Baustellen haben in den vergangenen Jahren immer wieder zu Protesten geführt. Wir haben jeden Tag in Iran Proteste von unterschiedlichen Gruppierungen. Es sind Lehrer, Pensionäre, Studenten, Frauen. Diese Proteste werden schlagartig politisch, weil die Menschen wissen, dass die Hauptverantwortung für die Misere des Landes bei den Verantwortlichen vor Ort liegt. Seit knapp einem Jahr hat der Iran einen neuen Präsidenten, Ibrahim Raisi (61). Der Präsident spielt innerhalb des politischen Systems in Iran nicht die vordergründige Rolle. Diese spielt der sogenannte oberste Führer, der sowohl ein geistliches als auch ein politisches Oberhaupt ist, und das ist Ali Chamenei (83). SRF.ch

Italien – Staatspräsident Sergio Mattarella hat einen Rücktritt von Regierungschef Mario Draghi abgelehnt. Mattarella forderte Draghi auf, dem Parlament bis am kommenden Mittwoch Bericht zu erstatten und die Lage zu bewerten, hiess es in einer Mitteilung seines Amtssitzes. Draghi hatte zuvor seinen Rücktritt angekündigt, da ihm der Koalitionspartner Cinque Stelle bei einer Vertrauensabstimmung die Unterstützung versagt hatte. «Ich möchte Ihnen mitteilen, dass ich heute Abend meinen Rücktritt beim Präsidenten der Republik einreichen werde», hatte Draghi noch am Donnerstagabend bei einer Sitzung des Ministerrates gesagt. Nach Mattarellas Absage könnte Draghi nun versuchen, im Zweikammern-Parlament wieder Unterstützer hinter sich zu vereinen und sich dies per Vertrauensvotum bestätigen zu lassen. Schon mit der bisherigen Vielparteienregierung hätte er die nötige Mehrheit gehabt, auch ohne die Fünf-Sterne-Bewegung. Befürworter dürfte Draghi bei den bisher mitregierenden Sozialdemokraten und der Partei Italia Viva von Ex-Ministerpräsident Matteo Renzi finden. Die rechtsextremen Fratelli d'Italia forderten dagegen vorgezogene Wahlen. Neuwahlen schloss auch die rechte Regierungspartei Lega von Matteo Salvini in der Vergangenheit nicht aus. Die populistische Anti-Establishment-Partei von Draghis Vorgänger Giuseppe Conte entschied sich am 14.7., ein Hilfspaket in Höhe von rund 26 Milliarden Euro nicht mitzutragen. Die Fünf Sterne verlangen mehr Hilfgelder und wollten nicht für eine Müllverbrennungsanlage in der vom Abfall-Chaos geplagten Stadt Rom stimmen. Diese Anlage lehnt sie schon seit Jahren ab. Manche Beobachter gehen davon aus, dass Conte zu hoch gepokert und nun die Kontrolle über seine Bewegung verloren hat. Contes Sterne-Partei befindet sich schon seit Wochen in einer Identitätskrise. Die Umfragewerte der Wahlsieger von 2018 sind im Keller. Unlängst verliess Aussenminister Luigi Di Maio die vom Berufskomiker Beppe Grillo gegründete Bewegung, von der er einst schon Chef war. Er nahm Dutzende seiner Mitstreiter mit in die neue Partei Insieme per il futuro (Gemeinsam für die Zukunft). Die Sterne waren deshalb nicht mehr die grösste Parlamentspartei und so für die Vertrauensabstimmungen nicht entscheidend. SRF.ch

Mexiko – Der von den USA meistgesuchte mexikanische Drogenboss Rafael Caro Quintero (69) ist in Mexiko wieder gefasst worden. Das melden mehrere Nachrichtenagenturen unter Berufung auf die mexikanische Marine. Details zur Festnahme sind nicht bekannt. Caro Quintero galt in den 1980er-Jahren als einer der mächtigsten Drogenbosse von Mexiko. SRF.ch

Russland und USA – Russland und die Vereinigten Staaten wollen wieder zusammenarbeiten. Beide Staaten haben sich auf sogenannte Kreuzflüge zur

Internationalen Raumstation ISS geeinigt. Das heisst, dass zum Beispiel die USA russische Kosmonauten in ihren Raketen mitnehmen und umgekehrt. Eine entsprechende Vereinbarung sei schon am Donnerstag unterzeichnet worden, heisst es. So soll sichergestellt werden, dass immer mindestens jeweils ein Mitglied der Raumfahrtbehörden NASA und Roskosmos an Bord der Iss ist. RBB.de

Saudiarabien – Der Wüstenstaat öffnete noch vor Bidenbesuch den Luftraum für die israelische Luftfahrt. Joe Biden ist am 15.7. nach Saudi-Arabien gereist. Dort trifft er sich unter anderem mit Kronprinz Mohammed Bin Salman. Der Tod des saudischen Regierungskritikers Jamal Kashoggi 2018 – mutmasslich durch bin Salman veranlasst – lastet auf der Beziehung. Washington und Riad scheinen aber gewillt, zugunsten gemeinsamer Interessen ihre Differenzen hinten anzustellen. Nach seinem Besuch in Israel und dem Treffen mit dem palästinensischen Ministerpräsident Mahmud Abbas, ist US-Präsident am Freitagnachmittag (Ortszeit) nach Saudi-Arabien weitergereist. SRF.ch

Schweiz – Seit nunmehr 15 Jahren müht sich die Schweiz mit dem elektronischen Patientendossier (EPD) ab. Klammheimlich ist es nun da. Zeit, sich eines zu beschaffen. Welche «Stammgemeinschaft» soll es sein? Obwohl es nur ein EPD gibt, gibt es derzeit sieben Anbieter, in Bürokratendeutsch «Stammgemeinschaft» genannt. Es sind «technisch-organisatorische» Verbünde, die auf kantonaler, regionaler oder nationaler Ebene tätig sind. Alle Anbieter müssen ein Zertifizierungsverfahren durchlaufen, das sicherstellt, dass sie die technischen und organisatorischen Anforderungen an die Datensicherheit erfüllen und untereinander kompatibel sind. Am besten wählt man einen Anbieter, der in der Nähe des Wohnorts eine «Eröffnungsstelle» betreibt, denn derzeit muss man bei einigen noch physisch antraben, um seine Identität zu beweisen. Bei «Emedo» ist seit kurzem eine Anmeldung möglich, fast ohne das Haus verlassen zu müssen. Beweisen, dass ich der bin, der ich bin: Dazu müssen wir uns die App «Trust ID» herunterladen, einige personenbezogene Daten angeben wie Name und Adresse – und dann verbindet sich die App in ein Call-Center, wo ein Mitarbeiter per Video eine Identifikation durchführt. Wichtig: Identitätskarte bereithalten. Ohne Papierkram geht es nicht: Ein Formular mit den Angaben wird angezeigt, die wir bei der «Trust ID» gemacht haben. Die sollen wir überprüfen und fehlende Informationen ergänzen und auf «Einwilligungserklärung absenden» klicken. Der Anbieter prüft nun unseren Antrag. Ein paar Tage später erhalten wir die Zugangsdaten und die Einwilligungserklärung per Post. Letztere müssen wir unterschreiben und zurückschicken – dieses eine Mal müssen wir das Haus also doch verlassen, um den Brief auf dem Postschalter aufzugeben. Wenn der Anbieter das Papier erhalten und unser EPD freigeschaltet hat, können wir uns einloggen.

- Ausländische und Schweizer Schulkinder sollen sich besser durchmischen und mehr austauschen. Der Plan stösst auf Kritik.

- Die Reise von Matthias Rusch: einmal quer durch die Schweiz vom nördlichsten Punkt in Borgen bis zum südlichsten Punkt in Chiasso. In der bestens organisierten, wohlbehüteten und verwöhnten Schweiz sind echte Abenteuer Mangelware. Genau das reizte mich an dieser Reise ohne Geld. Wie weit würde ich kommen und wie gastfreundlich sind die Leute? Schnell zeigte sich: Wenn man den Mut hat, zu fragen, öffnen sich viele Türen. Sei es beim Bauer in Merishausen (der ärmsten Schaffhauser Gemeinde) oder beim Villen-Besitzer an der Zürcher Goldküste in Küsnacht (der reichsten Zürcher Gemeinde). So erhielt ich Essen oder ein Bett für die Nacht gegen Arbeit. Manchmal brauchte es bloss einen Daumen, um weiterzukommen. So reiste ich meist problemlos zu Fuss und per Autostopp durch die Schweiz vom nördlichsten Punkt im schaffhauser Borgen bis zum südlichsten Punkt in Chiasso. Länger als fünf bis zehn Minuten habe ich selten gewartet am Strassenrand, bis mich ein Autofahrer mitnahm. Das überraschendste Autostopp-Erlebnis ereignete sich in Feldmeilen. Plötzlich hielt ein schicker Mercedes am Strassenrand, ein gepflegter Mann im Anzug am Steuer sagte, er könne mich bis Männedorf mitnehmen. Wie sich während der

Fahrt herausstellte, war der Fahrer ein russischer Millionär mit Villa am See. Er fragte mich aber, wohin denn meine Reise gehe. Und steckte mir spontan zehn Franken für ein Zugbillet zu. Auf die Frage, wieso er mich überhaupt mitgenommen habe und wieso er mir Geld schenke, meinte er nur trocken: «Ich habe selber schon schwierige Zeiten erlebt und habe mir geschworen, anderen Menschen zu helfen, wenn es mir wieder besser geht.» Eine schöne Geste und ein guter Leitsatz. So wurde mir, der eigentlich ohne Geld durch die Schweiz reiste, Geld zugesteckt, in einem Fall habe ich es aber auch gefunden. Als ich mir beim Marsch von Flüelen nach Erstfeld mein Nachtessen verdienen wollte, machte ich Halt in der Gotthard-Raststätte. Ein Mitglied der Geschäftsleitung erklärte mir, ich könne rund um die Raststätte den Abfall zusammenlesen und würde dafür ein Picknick erhalten. So machte ich mich im strömenden Regen mit Abfallsack auf zum «Fötzelen» im Aussenbereich des Restaurants. Nebst Servietten, Zuckersäckchen und Quittungen fand ich auch einen Kaffeelöffel. Und als Krönung glänzte unter einem Tisch im Kies ein Fünfliber. Auf dieser Reise ohne Geld ein euphorisierendes Gefühl. Ich fühlte mich schon fast wie ein König, als ich dieses Münz aus dem Kies klaubte und mir im Tankstellen-Shop noch ein Dessert kaufen konnte. So schnell kann sich das Verhältnis zu Geld verändern, wenn man einmal ohne auskommen muss. Am dritten Tag meiner Reise wollte ich im Schwerverkehrszentrum Erstfeld (UR) übernachten. Hier machen Fernfahrer aus ganz Europa Halt auf ihrer Reise durch den Kontinent. Darunter viele Osteuropäer. Von ihnen erfuhr ich, dass sie meist nur 2000 Franken im Monat verdienen. Mit einem solchen Lohn ist es für sie unmöglich, auswärts essen zu gehen in der reichen und teuren Schweiz. Deshalb nehmen die meisten von ihnen ihre eigenen Lebensmittel mit und kochen ihr Nachtessen in der Kabine. Bei einem tschechischen Chauffeur durfte ich im leeren Laderaum in meinem Schlafsack übernachten. Da er anderntags Richtung Norden fuhr, musste ich morgens um fünf Uhr aufstehen und eine andere Fahrgelegenheit Richtung Tessin suchen. So kam ich ins Gespräch mit Valerii Korotkyi, einem ukrainischen Chauffeur. Er offerierte mir selbst gekochten Kaffee und Gipfeli und nahm mich mit durch den Gotthard. Auf der Fahrt erzählte er mir davon, dass seine Frau und die zwei kleinen Kinder immer noch in der Ukraine lebten. Noch sei ihr Dorf vom Krieg verschont, doch die Raketen würden fast jeden Tag nur wenige hundert Meter über den Hausdächern vorbeidonnern. Weil er gesundheitlich angeschlagen ist, muss er keinen Militärdienst leisten und ist jeweils zwei Monate am Stück kreuz und quer durch Europa unterwegs als Fernfahrer, bevor er wieder einen Monat bei seiner Familie ist. Eine schwierige Zeit für ihn. Er hofft auf baldigen Frieden und dass er eine gut bezahlte Arbeit in der Ukraine finden würde. Doch dies sei schwierig. Als studierter Ingenieur würde er dort nur halb so viel verdienen wie als Lastwagenfahrer für das litauische Unternehmen, für welches er Waren spedierte. Was haben wir doch für ein Glück in der Schweiz, in Frieden zu leben und häufig einen Beruf auszuüben, welcher spannend ist und gut bezahlt wird. Nicht immer hat alles so geklappt, wie ich mir das vorgestellt hatte. In Lugano wollte ich im Villen-Quartier am noblen Monte Brè übernachten, biss dort aber auf Granit. Die Villen-Besitzer zeigten sich sehr reserviert. Stundenlang klapperte ich Haus um Haus ab, wurde aber überall abgewiesen. Schliesslich kam ich auf der Strasse ins Gespräch mit Adrian Schnyder, ein Tessiner mit Deutschschweizer Eltern. Er erklärte mir, dass er mich zwar selber nicht beherbergen könne, eine Kollegin könne aber eventuell aushelfen. Unglaublich, wie diejenigen, die selber wenig haben, so viel geben. Nach einem kurzen Telefonat war die Sache geritzt. Spontan bot er mir an, mich zu Fuss zu ihr zu lotsen. So marschierten wir eine Stunde quer durch Lugano und gelangten schliesslich in eine ältere Blocksiedlung am anderen Stadtrand. Hier empfing mich Tumi Menegalli, eine zurzeit arbeitslose Modedesignerin. Obwohl sie selber jeden Franken umdrehen muss und Sozialhilfe bezieht, kochte sie mir ein wunderbares Nachtessen und liess mich auf ihrem Sofa übernachten. Zum Abschied schenkte sie mir gar noch T-Shirts und eine Dächlikappe aus ihrer eigenen Modesammlung. Unglaublich, wie diejenigen, die selber wenig haben, so viel geben. Das Gleiche passierte mir beim italienischen Tankwart, welcher als Grenzgänger in Chiasso an einer Tankstelle arbeitet. Hier wollte ich gegen Arbeit mein letztes Mittagessen verdienen.

Er sagte mir, seine Chefin sei nicht hier und er könne mir deshalb nicht einfach Arbeit geben. Doch er steckte mir spontan ein Zehner-Nötli zu und meinte, ich solle mir ein Picknick kaufen. Auf mein Angebot, ich könne aber wenigstens den Platz wischen oder das WC putzen, meinte er nur, ich sei ja heute schon weit gewandert und er gebe mir deshalb frei. Einfach unglaublich, diese Gastfreundschaft. Meine Reise ohne Geld durch die Schweiz – oftmals anstrengender und unplanbarer, als wenn ich ein Portemonnaie dabei gehabt hätte. Aber definitiv auch bereichernder und herzerwärmender, was ich alles an Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft erleben durfte.

- Das E-Voting hatte zu einer Erhöhung der Stimmbeteiligung von bis zu 6 Prozentpunkten geführt. Die elektronische Stimmabgabe bei Abstimmungen und Wahlen ist in der Schweiz derzeit nicht möglich. 2019 hat der Bund ein Pilotprojekt, das in einigen Kantonen lief, gestoppt – weil es zu wenig sicher war. Dazu gehört auch Genf. Es zeigt sich: Ohne E-Voting ging die Stimmbeteiligung der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in Genf von 36 auf 27 Prozent zurück, so die Zahlen des Statistischen Amtes des Kantons. Laut dem Politologen Micha Germann, der an der Universität im englischen Bath zum Schweizer E-Voting geforscht hat, sind die Zahlen aus Genf auf die ganze Schweiz anwendbar. «Über die Kantone hinweg führt dies wahrscheinlich zu einem durchschnittlichen Rückgang der Stimmbeteiligung (bei den Auslandschweizern) von etwa einem Drittel.» Bezüglich Stimmbeteiligung gibt es beim E-Voting aber Unterschiede. Bei den hier lebenden Stimmberechtigten erhöhte E-Voting die Beteiligung nicht. Bei den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern hingegen schon.

- Ein Scherz zeigt, wie problemlos das Meldeverfahren für Arbeitskräfte aus der EU missbraucht werden kann. Kantone kontrollieren nicht, wer sich anmeldet. Prüfbar sind die Angaben heute nicht, denn die kantonalen Ämter müssen nicht abchecken, wer sich da anmeldet. Beim Bund weiss man, dass das Schweizer Meldeverfahren für Arbeitskräfte aus der EU leicht missbraucht werden kann. Eine Firma, die gebüsst und gesperrt worden ist, weil sie Angestellten aus der EU zu tiefe Löhne bezahlt hat, könne sich beispielsweise unter einem anderen Namen wieder anmelden, so Lukas Rieder vom Staatssekretariat für Migration (SEM). Orbán, Viktor, geboren am 31. Mai 1963, ungarischer Staatsangehöriger. Gelernter Gipser. Soll Wärmedämmungen verputzen. So steht es auf der Meldebestätigung des Zürcher Amtes für Arbeit für den Stellenantritt bei einem Arbeitgeber in der Schweiz. In Ungarn ist nur ein Viktor Orban bekannt, der an diesem Tag geboren ist: der Regierungschef. Ein Anwalt, der von Orbans Anmeldung als Gipser in der Schweiz erfahren hat, hat Strafanzeige gegen Ungarns Regierungschef eingereicht. Er mutmasst, die Geschichte müsse etwas mit schmutzigen Finanzgeschäften zu tun haben. Die Zürcher Staatsanwaltschaft antwortet auf die Strafanzeige aus Ungarn: «Die durch den Anzeigeersteller dargelegten Umstände sind tatsächlich seltsam, wenn nicht gar verdächtig.» Trotzdem will sie nicht ermitteln: «Zusammenfassend sind auf jeden Fall die Voraussetzungen für die Eröffnung einer Strafuntersuchung nicht gegeben.» Es sei kein Zusammenhang zwischen Orbans Anmeldung als Gipser und irgendwelchen Finanzgeschäften ersichtlich. Doch E-Mails eines Schweizers erklären, was Orbans Anmeldung als Gipser in der Schweiz soll: «Das habe ich gemacht. Ein Spass, um zu beweisen, dass der Schweizer Staat nicht kontrolliert, wie er muss.» SRF.ch

Ungarn – Wegen Gesetz zu Homosexualität, EU-Kommission verklagt Ungarn vor Europäischem Gerichtshof. Die EU-Kommission verklagt Ungarn wegen mutmasslicher Verstösse gegen EU-Recht gleich zweimal vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dabei geht es zum einen um ein Gesetz zur Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transsexualität. Der andere Fall betrifft das Vorgehen der ungarischen Behörden gegen den unabhängigen Radiosender Klubradio. Die EU-Kommission überwacht die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der Staatengemeinschaft. Sollte Ungarn sich nicht an die nun zu erwartenden EuGH-Urteile halten, drohen hohe Geldstrafen. Kritiker werfen dem rechtsnationalen Regierungschef Viktor Orbán schon lange vor, neben den

Rechten von Minderheiten auch demokratische Institutionen und die Pressefreiheit auszuhöhlen, sich die Justiz Untertan gemacht zu haben und Ressentiments gegen Ausländer zu schüren. Das Homosexuellen-Gesetz hatte Orban schon im vergangenen Jahr heftigen Gegenwind in der EU beschert. «Dieses ungarische Gesetz ist eine Schande», sagte EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen damals. Der niederländische Regierungschef Mark Rutte machte deutlich, dass er für Ungarn keinen Platz mehr in der EU sieht, wenn die Regierung in Budapest so weitermacht. Gleiches gilt für das Vorgehen gegen das Klubradio, den wohl letzten professionellen unabhängigen Radiosender des Landes. Der Sender musste im Februar 2021 den UKW-Sendebetrieb einstellen, weil die regierungsabhängige Medienbehörde die Sendelizenz nicht verlängert hatte. Seit dem Amtsantritt des rechtsnationalen Ministerpräsidenten Orbán 2010 war der private Sender regelmässig Repressionen seitens der Medienbehörde ausgesetzt. Unter anderem durfte er vor dem Lizenz-Entzug nur noch im Grossraum Budapest senden. Derzeit verbreitet das Klubradio sein Programm nur noch über das Internet – allerdings mit deutlich geringerer Reichweite. Die EU-Kommission begründete die EuGH-Klage damit, dass Ungarn die Regeln zur Verlängerung der Sendefrequenz in einer unangemessenen und diskriminierenden Weise angewendet habe. Derweil hat die EU-Kommission im Streit über unterschiedliche Benzinpreise für inländische und ausländische Fahrzeuge rechtliche Schritte gegen Ungarn eingeleitet. Die Praxis, Fahrzeuge mit ausländischen Nummernschildern von vergünstigtem Tanken auszuschliessen, sei unzulässig, erklärte Industriekommissar Thierry Breton. Ein derartiger Schritt störe den einheitlichen EU-Binnenmarkt als Mittel zur Bewältigung von Krisen und Instabilität. Angesichts hoher Spritpreise subventioniert Ungarn das Tanken, schliesst aber unter anderem Lastwagen mit ausländischen Autonummern und mehr als 3.5 Tonnen Gewicht davon aus. SRF.ch

USA – Abtreibungsdebatte in den USA. Repräsentantenhaus stimmt für bundesweites Recht auf Abtreibung. Ende Juni hatte der Supreme Court das Recht gekippt. Im Senat dürfte der Gesetzesentwurf aber scheitern. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde – 15.07.2022

15. 07. 2022



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Belarus – Aussenminister Wladimir Makej hat sich am 12. Juli mit dem ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Staates Israel in Belarus Alex Goldman-Shaiman getroffen. Das Treffen wurde anlässlich des Abschlusses der diplomatischen Mission von Alex Goldman-Shaiman in Belarus organisiert. Der belarussische Aussenminister dankte dem Diplomaten für seinen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung und Stärkung der belarussisch-israelischen Beziehungen. BELTA.by

Deutschland – Immer wieder lodern in Ostdeutschland Wandbrände. Munition aus dem zweiten Weltkrieg erhöht die Gefahr für die Feuerwehren. Im Landkreis Dahme-Spreewald, etwa 100 Kilometer südöstlich von Berlin, bekämpft er Glutnester, welche den Brand immer wieder anfachen. Hitze und Trockenheit begünstigen die Brände. Zwar hat es am vergangenen Wochenende geregnet – doch die Böden nicht so durchnässt, dass die Gefahr gebannt wäre. Und jetzt steht auch noch eine Hitzewelle an. Doch das Löschen ist hier besonders gefährlich. Überall im Boden gibt es Reste von Weltkriegsmunition. «Hitlers Wehrmacht war zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem Rückzug, die Rote Armee rückte vor. Man hat da Munition im Boden vergraben – auf beiden Seiten. Doch die Zündkapseln funktionieren noch – wenn's brennt, können sie hochgehen», sagt Raimund Engel. Er ist

Brandschutzbeauftragter des Landes Brandenburg – auch er ist fast 24 Stunden im Einsatz. Und er sorgt sich um die Feuerwehrleute. «Immer wieder gibt es Explosionen, gehen alte Bomben hoch». Ausgelöst werden die Brände einerseits durch Unachtsamkeit – die weggeworfene Zigarette spielt immer noch eine Rolle. Aber auch mit Phosphor bestückte Munition kann auslösend sein: Die sogenannte Leuchtspur-Munition erlaubt es den Soldaten, den Weg des Geschosses nachzuverfolgen, zu sehen, wohin die Kugel fliegt. Nicht in jedem Fall wurde das hochentzündliche Phosphor auch entflammt – eine Gefahr, die tausendfach in den Böden lauert. Durch die Hitze kann sich das Phosphor auch heute noch, 77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, entzünden. Und so einen Waldbrand auslösen. Der Job der Feuerwehrleute wird durch die Munition im Boden noch gefährlicher. Sie können nicht direkt zu den Bränden vordringen – wegen der Explosionsgefahr. «Wir löschen vor allem von den Fahrwegen aus», sagt Förster Becker, «um unsere Leute nicht zu gefährden». Doch oft sind die Einsätze zu wenig effektiv. «Den Männern und Frauen bleibt oft nur noch, zuzusehen, bis die Wälder verkohlt sind. SRF.ch

- Berlins Regierende Bürgermeisterin Giffey hat sich dafür ausgesprochen, öffentliche Gebäude wie das Rote Rathaus oder das Brandenburger Tor nach Mitternacht nicht mehr anzustrahlen. Man müsse alle Möglichkeiten zum Energiesparen prüfen, sagte Giffey. Auch bei der Strassenbeleuchtung müsse zwischen Sicherheitserfordernissen und Einsparmöglichkeiten abgewogen werden. Angesichts der Energieknappheit hatte schon Berlins FDP Fraktionschef Czaja angeregt, öffentliche Gebäude nicht mehr anzustrahlen.
- In Berlin-Mitte werden ab heute die ersten Impfungen gegen die Affenpocken verabreicht. RBB.de

Euro – Franken und Dollar überholen Euro. Der Euro ist erstmals seit fast zwanzig Jahren nur noch einen US-Dollar wert. Vor 12.7. haben die beiden Währungen erstmals seit dem Jahr 2002 Parität erreicht. Grund für die Abschwächung des Euros sind laut Ökonomen die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und der Kampf gegen die Inflation. Kurzzeitig ist der Euro gar noch minimal unter die Marke von einem Dollar bis auf 0.9999 gefallen. Dies ist aber nicht der tiefste Stand in der Geschichte des Euro: Dieser wurde nach seiner Einführung als Buchgeld im Jahr 1999 im Oktober 2000 bei 0.82685 Dollar verbucht. Der Euro steht an den Finanzmärkten seit längerem unter Druck. Seit Jahresbeginn ist er nun um rund 13 US-Cent gefallen. Als Gründe nennen Ökonomen zum einen die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die Europa besonders treffen. Als problematisch gilt besonders die hohe Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen. Ein Gaslieferstopp könnte eine schwere Rezession auslösen, warnen Ökonomen. Ein zweiter Grund für den schwachen Euro ist das eher zurückhaltende Vorgehen der Europäischen Zentralbank (EZB) gegen die hohe Inflation. Im Gegensatz zu vielen anderen Notenbanken hat die EZB ihre Leitzinsen noch nicht angehoben, sondern sich nur zu einer Ankündigung durchgerungen. Am 21. Juli sollen die Zinsen im Euroraum erstmals seit etwa elf Jahren steigen. Die US-Notenbank hat im Kampf gegen die hohe Teuerung die Leitzinsen zuletzt um 0.75 Prozentpunkte angehoben und dürfte diese am 27. Juli um weitere 50 bis 75 Basispunkte erhöhen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat die Zinsen gar unerwartet stark um 50 Basispunkte erhöht. SRF.ch

Grossbritannien – Erster Auftritt am 12.7.1962. 60 Jahre Rolling Stones – auf den Tag genau. Genau heute vor 60 Jahren traten die Rolling Stones zum ersten Mal auf – im Marquee Club in London. SRF.ch

Israel – Biden beginnt Nahost-Reise in Israel. Eineinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt besucht US-Präsident Joe Biden erstmals den Nahen Osten. Zum Auftakt wird er heute in Jerusalem erwartet. Dort stehen Gespräche mit dem neuen israelischen Ministerpräsidenten Jair Lapid, Präsident Yitzhak Herzog und Oppositionsführer Benjamin Netanyahu auf dem Programm. Im Westjordanland will Biden Palästinenserpräsident

Mahmud Abbas treffen. Das Weisse Haus kündigte an, Biden werde in Israel das „eiserne Engagement“ der USA für die Sicherheit des Verbündeten bekräftigen. In den Gesprächen werde es auch um Israels zunehmende Integration in die Region gehen. Beim Treffen mit Abbas werde Biden seine Unterstützung für eine Zweistaatenlösung unterstreichen, „die dem palästinensischen Volk ein gleiches Mass an Sicherheit, Freiheit und Chancen bietet“. Mit Zweistaatenlösung ist gemeint, dass es neben Israel einen unabhängigen Staat Palästina geben soll. ORF.at

Italien – Nach monatelangen Spekulationen hatten die Basler und die Mailänder Firma Ende Juni bestätigt, dass sie über einen möglichen Zusammenschluss verhandelten. Mehrere Aufsichtsbehörden müssen der Transaktion noch zustimmen. Dufry wird ihrerseits eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, die über die Fusion befinden wird. Der Zusammenschluss von Dufry und Autogrill sei mehr als nur die Summe dieser beiden Unternehmen, sagt Dufry-Chef Xavier Rossinyol am Vormittag bei einer Medienkonferenz. Konkret will der neue Konzern das Geschäft mit der Verpflegung und das Einkaufen an den Flughäfen stärker zusammenbringen. Rossinyol erklärt: In einem Laden, der Alkohol verkauft, soll es künftig auch möglich sein, diesen zu konsumieren. Denn heute sei es so, dass viele Menschen am Flughafen gar nichts kaufen würden. «85 Prozent der Fluggäste kaufen nichts. Die restlichen 15 Prozent bleiben nur 5 bis 10 Minuten im Geschäft», so Rossinyol. Er ist überzeugt, dass jetzt, nach den Pandemie-Massnahmen, der richtige Moment sei für einen solchen Zusammenschluss. Auch wenn er eingestehen muss, dass die Geschäfte noch besser liefen, wenn die Flughäfen aktuell nicht so überlastet wären. «Das Problem ist nicht die Nachfrage, sondern wie Flughäfen und Airlines diese bewältigen.» SRF.ch

Kanada – Ukraine klagt Kanada wegen Sanktionsbruch für Siemens-Turbine. ORF.at

Österreich – Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) hat bei seinem Besuch in Israel Interesse an israelischer Rüstungstechnologie und künftigen Gaslieferungen bekundet. Österreich kam nicht mit leeren Händen. Mit insgesamt 1,5 Millionen Euro wird die Gedenkstätte Yad wa Shem unterstützt. Eine entsprechende Vereinbarung wurde am 12.7. unterzeichnet. Man wolle damit den Kampf gegen Antisemitismus stärken. •Oppositionspartei FPÖ geht mit dem Juristen Walter Rosenkranz als Kandidat in die Bundespräsidentenwahl im Herbst. Der 59-Jährige soll am 9. Oktober gegen Amtsinhaber Alexander Van der Bellen (78) antreten. Rosenkranz war von 2008 bis 2019 Abgeordneter im Nationalrat. Im Unterschied zu Deutschland wird der Bundespräsident in Österreich direkt gewählt. Weiters kandidieren die Bierpartei mit Marco Pogo (35), eig. Dr. med. Dominik Wlazny, und Gerald Grosz (45).ORF.at

Russland – Journalist Derk Sauer (70) findet es unverständlich, dass russische Sportler von Veranstaltungen wie Wimbledon ausgeschlossen werden. „Die Athleten sind nicht schuld, ich denke, wir sollten Athleten nach ihrer sportlichen Leistung beurteilen.“ Bei der Tour de France fährt ein Russe mit: Aleksandr Vlasov. In De Nieuws BV spricht Sauer über seine Leidenschaft für den Radsport. „Sportler haben diesen Krieg nicht angefangen und sind nicht in der russischen Politik aktiv. Wenn Sportler aktiv teilnehmen oder aktiv Propaganda verbreiten, dann ist das eine andere Geschichte“, sagt Sauer. Inzwischen ist die zehnte Etappe der Tour de France in vollem Gange. Nach all den Spannungen rund um die gestrigen Corona-Tests waren 163 Fahrer für die Fahrt nach Megève am Start, darunter auch der Russe Aleksandr Vlasov. Die Chance, dass Wlassow gewinnt, ist allerdings gering, meint Sauer. „Es ist traurig mit dem russischen Radsport. Es gibt eine lange Tradition und sie hatten zwei professionelle Teams im Peloton, aber sie sind verschwunden. Wlassow ist kein potenzieller Podiumskandidat, aber ich hoffe, dass er bei den Bergetappen etwas Schönes zeigt.“ NPO.nl

Saudiarabien – In Dschiddah will Biden mit der Führung des Königreichs zusammenkommen und an einem Gipfel des Golf-Kooperationsrats teilnehmen. Er wehrte sich vor der Reise mehrfach gegen Kritik an dem geplanten Besuch in Saudi-Arabien. Im Wahlkampf 2019 hatte der demokratische Politiker versprochen, die Führung in Riad für den Mord an dem regierungskritischen saudischen Journalisten Dschamal Ahmad Khaschuqdschi zur Verantwortung zu ziehen. Khaschuqdschi; wurde 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul von einem Killerkommando getötet. US-Geheimdienste machen dafür den saudischen Kronprinzen Mohammad bin Salman – den faktischen Herrscher des Königreichs – verantwortlich. ORF.at

Schweiz – Weniger Lieferengpässe. Ist der Höhepunkt des Velobooms erreicht? Nach den Engpässen und langen Lieferzeiten entspannt sich die Situation auf dem Markt, auch die Nachfrage lässt nach. Engpässe gibt es noch bei Ersatzteilen. Weiter Personalmangel.

- Mehr Lohn und Personal: Lastwagenfahrer starten Initiative. Nach dem Ja zur Pflege-Initiative will ein weiterer Berufsstand bessere Arbeitsbedingungen in der Verfassung verankern.
- Trockenheit in der Schweiz. In Flüssen und Seen steigen die Temperaturen und die Pegel sinken. Seit Monaten ist es ziemlich trocken hierzulande. Die Auswirkungen machen sich in den Schweizer Gewässern bemerkbar.
- Der Schweizer Arbeitsmarkt ist angespannt. Von «Great Resignation» kann aber nicht die Rede sein. «Wir nennen das Fachkräftemangel. Wir hatten in der Schweiz keine Kündigungswelle», sagt Marco Salvi. Der Ökonom ist Arbeitsmarktexperte beim liberalen Thinktank Avenir Suisse. Fachkräftemangel? Marco Salvi vermutet, dass der Mangel an der starken Nachfrage der Unternehmen liege; und nicht so sehr am Verhalten der Erwerbstätigen in der Schweiz. «Es ist nicht so, dass sie den Arbeitsmarkt verlassen hätten.»
- Kabinenpersonal am Anschlag. Druck und Spott bei der Swiss: «Das Herzblut ist gestorben». Sie haben das Vertrauen in das Swiss-Management verloren, auf den Fliegern herrscht Befehlsverweigerung. Mehrere langjährige Flight Attendants berichten, wie ihr Traumjob zum Albtraum geworden ist.
- Prinzipiell muss man festhalten: Wir haben Sommer, wir müssen nicht heizen. Insofern geht es gegenwärtig schlicht um die Frage: Bekommen wir die Speicher voll für den Winter? Schaffen wir die 80 Prozent im Oktober, 90 Prozent im November? Dafür hat man Gas kontraktiert aus Quellen, die nicht in Russland liegen, also zum Beispiel aus Norwegen, Katar oder den USA. Und man versucht, Einsparungen zu erreichen. Aber von russischem Gas ganz wegzukommen ist eine langfristige Aufgabe, und da muss noch sehr viel mehr passieren. SRF.ch

Sri Lanka (Ceylon) – Der Präsident von Sri Lanka, Rajapaksa, hat nach wochenlangen Protesten das Land verlassen. Er sei an Bord einer Militärmaschine auf die Malediven geflogen, hiess es. In der vergangenen Woche hatten Demonstranten den Amtssitz des Präsidenten in der Hauptstadt Colombo gestürmt und Rajapaksa zum Rücktritt aufgefordert. Sie machen ihn für die schwerste Wirtschaftskrise in Sri Lanka seit Jahrzehnten verantwortlich. RBB.de

Syrien – Der Anführer der Terrororganisation IS in Syrien ist tot. Maher al-Agal ist bei einem Drohnenangriff getötet worden. Zuletzt ist es den USA gelungen, wiederholt Teile der IS-Führungsriege auszuschalten.

- Dank eines Kompromisses kann die UNO zunächst für ein halbes Jahr Hilfsgüter in die syrischen Rebellengebiete bringen. SRF.ch

Taiwan – Xi Jinping, Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, ermutigte am Montag junge Menschen in der Taiwanstrasse, gemeinsam nach dem

chinesischen Traum der nationalen Verjüngung zu streben. Er machte die Bemerkungen, in dem er jungen Menschen aus Taiwan in China antwortete, die am Straits Youth Forum teilnahmen. Xi betonte, dass eine Nation nur gedeihen wird, wenn ihre jungen Menschen erfolgreich sind, und ein Land nur dann stark sein wird, wenn seine jungen Menschen stark sind. Die Zukunft des Vaterlandes und der Nation liegt bei der Jugend. Wir werden wie immer günstige Bedingungen für junge Menschen auf der anderen Seite der Meerenge schaffen, damit sie voneinander lernen können, und es jungen Menschen aus Taiwan erleichtern, zu studieren, Jobs zu finden, Unternehmen zu gründen und auf dem Festland zu leben. Ich hoffe, dass Sie Ihre Erfahrungen und Einsichten über das Festland mit Ihren Kollegen in Taiwan teilen, damit die taiwanesischen Jugend mehr über das Festland weiss und sich mit jungen Menschen auf dem Festland zusammenschliesst, um hartnäckig zu streben und ihr Leben in dem grossen Prozess zum Blühen zu bringen der Verwirklichung des chinesischen Traums der nationalen Verjüngung, sagte Xi. Das Straits Youth Forum wurde 2003 gegründet und wird gemeinsam von der All-China Youth Federation, der Chinese Youth International in Taiwan und der Abteilung für Jugendangelegenheiten der Kuomintang betrieben. Es dient als wichtige Plattform für den Austausch zwischen jungen Menschen jenseits der Meerenge. Das 20. Straits Youth Forum fand vom 11. bis 12. Juli in Xiamen, Provinz Fujian, statt. 50 junge Menschen aus Taiwan, die zur Teilnahme an dem Forum eingeladen wurden, haben kürzlich einen Brief an Generalsekretär Xi geschrieben. In dem Brief sprachen sie über ihre Erfahrungen und Erkenntnisse bezüglich ihres Studiums, ihrer Arbeit und ihres Lebens auf dem Festland und brachten ihre feste Entschlossenheit zum Ausdruck, zur nationalen Verjüngung und Wiedervereinigung beizutragen. CGTN.cn

Türkei – Vertreter Russlands und der Ukraine beraten heute darüber, wie die Getreideexporte über das Schwarze Meer wieder aufgenommen werden können. An den Verhandlungen in Istanbul nehmen auch Vertreter der Türkei und der UNO teil. Die Ukraine ist einer der weltweit grössten Weizen-Exporteure. Seit Monaten stecken Millionen Tonnen Getreide in den Häfen des Landes fest, weil russische Truppen sie kontrollieren oder blockieren. Das hat zu steigenden Preisen geführt und nach Angaben der Welthungerhilfe die Ernährungskrise nochmals verschärft. Früher fanden solche Konferenzen meist in Genf oder Wien statt, doch hat Russland das Vertrauen in die Neutralität beider Länder verloren. RBB.de

Ukraine – Zuletzt konzentrierten sich die russischen Angriffe vor allem auf den Osten der Ukraine. Russische Truppen konnten dabei erfolgreich vordringen. Nun kündigte der ukrainische Präsident Selenski eine Gegenoffensive an. Im Fokus steht die Region um die Stadt Cherson. Eine Gegenoffensive in dem Sinne, dass die Ukraine grössere Gebiete zurückerobere, sei bis jetzt jedoch nicht im Gang. Die ukrainische Armee hat eigenen Angaben zufolge eine Gegenoffensive im Süden des Landes begonnen. Im von Russland besetzten Gebiet Cherson sei ein Waffenlager angegriffen worden. Russlands Präsident Putin hat ein Dekret unterzeichnet, womit alle Ukrainer die russische Staatsbürgerschaft einfacher erhalten können. In der Schweiz haben inzwischen 57'200 Personen aus der Ukraine den Schutzstatus S erhalten (Stand 12. Juli). , sagt SRF-Auslandredaktor David Nauer. «Dennoch kann man sagen, dass die Ukrainer mindestens für den Moment aus der Defensive gekommen sind», so der ehemalige Russland-Korrespondent. «Sie haben in den letzten knapp zwei Wochen erfolgreich russische Munitionslager und Kommandoposten angegriffen.» Die Rede ist von mindestens einem Dutzend erfolgreicher Attacken. «Die letzte erfolgte vergangene Nacht: Nach Beschuss explodierte ein Waffenlager bei Cherson – auf Videos ist eine ungeheure Explosion zu sehen.» Das ist die Strategie dahinter: Die Ukrainer wollen die Russen dort schwächen, wo sie bisher am stärksten sind, wie der ehemalige Russland-Korrespondent erklärt. «Die Russen haben in den letzten Monaten Gebiete erobert, weil sie ganze Städte einfach mit Artillerie kaputt geschossen haben.»

Moskaus Truppen hätten eine Übermacht an Artillerie. «Wenn die Ukrainer nun die Waffendepots angreifen, in denen vor allem Artilleriemunition gelagert ist, dann ziehen sie der russischen Kriegsmaschine sozusagen die Zähne – und können dann eventuell an einigen Frontabschnitten sogar zum Gegenangriff übergehen.» SRF.ch

●Kiew benutzt alle Vorwände, um einer Mission der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) den Besuch des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar zu verweigern, das von der militärisch-zivilen Verwaltung der Region kontrolliert wird, sagte ein Beamter dieser Verwaltung am 12.7. „Kiew sucht und schafft alle Vorwände, um einen Besuch von IAEO-Inspektoren im KKW Saporoschje zu verhindern“, schrieb Wladimir Rogow, ein Mitglied des Rates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region, auf seinem Telegram-Kanal. Laut Rogov haben die ukrainischen Behörden Angst vor „einer offiziellen Untersuchung der IAEA über die Tatsachen der Herstellung schmutziger Bomben für ukrainische Militante“. VESTI.ru

●Separatisten in Ostukraine führen Todesstrafe ein.ORF.at

Ungarn – Am 11.7. ergriff Ministerpräsident Viktor Orbán im Parlamentsgebäude das Wort. Das Auditorium waren die Fraktionen der Regierungsparteien, die von Máté Kocsis (Fidesz) und István Simicskó (KDNP) geleitet werden. Wie die Pressestelle des Ministerpräsidenten kurz angebunden mitteilte, unterrichtete Orbán die Abgeordneten über die europäische Wirtschaftskrise, die der anhaltende Ukraine-Krieg ausgelöst habe, über die Kriegsinflation und insbesondere über die Entwicklung der Energiepreise. Ungeachtet der widrigen Umstände werde die Regierung die Arbeitsplätze verteidigen, Familien und Rentner schützen sowie an der Politik der gesenkten Wohnnebenkosten festhalten. Was sie nicht verteidigt, wurde am Montagnachmittag offenbar, als im Amtsblatt eine Auflistung all jener Projekte erschien, die der allgemeine Ausgabenstopp trifft. Demnach erreicht die Haushaltssperre der Regierung ein Volumen von 415 Mrd. Forint (1 Mrd. Franken). Allein eine ausbleibende Kapitalerhöhung bei der Projektgesellschaft für das AKW Paks II. spart 100 Mrd. Forint ein, dem Projekt „Liget Budapest“ im Stadtwäldchen werden 14,2 Mrd. Forint entzogen, der Garantika Zrt. für staatliche Kreditbürgschaften 12 Mrd. Forint, der Eximbank weitere 10 Mrd. Forint. MR.hu

USA – Twitter verklagt Elon Musk wegen Vertragsbruch. Am 8.7. hatte Musk bekannt gegeben, dass er den US-Kurznachrichtendienst doch nicht kaufen will.

●Mexikos Präsident in den USA. Obrador reist zu Biden – ein Freundschaftsbesuch ist es nicht. Inhaltlich gibt es Differenzen, auch persönlich stimmt die Chemie nicht: In Washington steht ein unterkühlter Besuch an.

●25 Disziplinen – 1700 Startende aus 200 Ländern – bis 30'000 Fans. Am 8.7. fiel der Startschuss zu den 18. Weltmeisterschaften in der Leichtathletik. Nach der letzten Austragung 2019 in Doha (qt) sind die globalen Titelkämpfe zum ersten Mal überhaupt in den USA zu Gast. Schauplatz wird die Stadt Eugene (Bundesstaat Oregon) im Nordwesten des Landes sein, in der auch der Sportartikelhersteller Nike seinen Sitz hat. Die Vergabe vor mittlerweile 7 Jahren erfolgte ganz ohne Bewerbungsverfahren. Dass 3 Jahre (statt der üblichen 2) zwischen den beiden WM liegen, ist der Corona-Pandemie geschuldet. Als ursprünglicher Termin wäre der August 2021 vorgesehen gewesen. Doch die Verlegung der Sommerspiele in Tokio von 2020 auf 2021 zog auch eine Verschiebung der Leichtathletik-WM nach sich. Die nächsten Titelkämpfe finden nun schon im August 2023 in Budapest statt. Es sind 10 Wettkampftage vom 15. Juli bis 24. Juli im Programm. Die Zeit in Eugene liegt aktuell um 9 Stunden hinter der MEZ-Zeitzone. Folglich geht die dortige Morning Session bei uns ab ca. 18:30 Uhr los. Die meisten Entscheidungen fallen spät in der Nacht bzw. in den frühen Morgenstunden.

•Der US-Fahrdienstleister Uber hat jahrelang mit aggressivem Lobbying versucht, Politiker sowie die Öffentlichkeit zu beeinflussen. Das Ziel waren Gesetzesrevisionen, die Uber eine bessere Marktposition in den jeweiligen Ländern ermöglichen sollten. Dieses Vorgehen haben teilnehmende Medien des internationalen Konsortiums für investigativen Journalismus (ICIJ) bekannt gemacht. Laut den Recherchen zeigen SMS-Nachrichten zwischen dem ehemaligen CEO von Uber, Travis Kalanick, und seinen Kollegen, dass dieser bereit war, Tötlichkeiten gegen Fahrer des Fahrdienstes in Kauf zu nehmen, um für das Unternehmen Sympathie in der Öffentlichkeit und bei Politikern zu gewinnen. Unter Kalanick habe Uber zudem mehrfach Strafverfolgungsbehörden getäuscht. In Dänemark etwa habe das Unternehmen die Uber-App in der Nähe von Polizeistationen teilweise deaktiviert. SRF.ch

Weltall – Astrophysiker Adrian Glauser und sein Team an der ETH Zürich haben am Teleskop mitgearbeitet und am Paul Scherrer Institut einen speziellen Verschlussmechanismus entwickelt. Dieser schützt MIRI im kalten All vor Abkühlung. MIRI (Mittleres-Infrarot-Instrument) ist eines von vier wissenschaftlichen Instrumenten an Bord des James-Webb-Teleskops. Es erkundet die jungen Jahre des Universums, als die ersten Sterne entstanden sind. Das Schweizer James-Webb-Team war in den vergangenen zehn Jahren auch aktiv an der Kalibrierung der Instrumente beteiligt, damit diese sehr genau arbeiten können. Noch nie war es möglich, so tief ins All und so weit zurück in die Geschichte des Kosmos zu blicken. Die ersten Bilder des James-Webb-Weltraumteleskops zeigen das Licht von Sternen und Galaxien, das seit über dreizehn Milliarden Jahren im All unterwegs ist. Das begeistert nicht nur Wissenschaftler, sondern auch den US-Präsidenten Joe Biden. Er hat in der Nacht auf Dienstag das erste Bild der weit entfernten Galaxie SMACS 0723 vorgestellt. Es sei ein historischer Tag, so Biden. Darauf folgten knapp 24 Stunden später weitere, schärfere Aufnahmen aus dem Kosmos. Sie zeigen vor allem: Das Teleskop funktioniert. Und zwar makellos, so Adrian Glauser, der das Schweizer James-Webb-Teleskop-Projekt an der ETH leitet. «Das ist für mich ein Wunder.» Die neuen Bilder zeigen die ganze Bandbreite der verschiedenen kosmischen Objekte, die das James-Webb-Teleskop beobachten soll. «Es ist ein Vorgeschmack davon, was das Teleskop in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren leisten kann», sagt Glauser. Auf den farbigen Aufnahmen sind Regionen zu sehen, in denen Planeten und Sterne entstehen, aber auch sterbende Sterne, heisse Exoplaneten oder kollidierende Galaxien. Die Qualität der Daten sei einzigartig. Sie seien gestochen scharf, sagt Astrophysiker Adrian Glauser. Seit einem halben Jahr dreht die amerikanisch-europäisch-kanadische Co-Produktion etwa eineinhalb Millionen Kilometer von der Erde entfernt ihre Runden um den so genannten Lagrange-Punkt 2. Anders als sein Vorgänger – das Hubble-Teleskop, das auch nach 30 Jahren verlässlich seinen Dienst versieht – kann das James-Webb-Teleskop weiter ins All und in die Vergangenheit sehen. Denn während das Hubble-Teleskop im Bereich des sichtbaren Lichts arbeitet, empfängt James-Webb Infrarot-Strahlung und damit auch Licht aus der weit zurückliegenden Zeit kurz nach dem Urknall. Damals als es Licht wurde im Weltall und die ersten Sterne zu leuchten begannen. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft NATO (Seiten E 101 – E 105)

01) Erneute Niederlage: Auch ein „totaler Wirtschaftskrieg“ gegen Russland wird scheitern

18. 07. 2022



Bild: shutterstock

„Wollt Ihr den totalen Krieg?“ Diese Frage stellte Goebbels in seiner berühmten Sportplatzrede an das deutsche Volk. Es ging darum die absehbare Niederlage an der Ostfront durch eine totale Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte abzuwenden. Jedes Töchterchen aus besserem Haus sollte statt Klavierunterricht zu nehmen in die Fabrik arbeiten gehen, um so seinen Beitrag für den Endsieg zu leisten.

Die herrschenden Machteliten wollen uns jetzt, fast 80 Jahre danach, wieder in einen totalen Krieg gegen Russland hetzen. Bekanntlich ereignen sich nach Karl Marx alle großen weltgeschichtlichen Vorgänge sozusagen zweimal: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. Diesmal sind wir wieder bei Letzterem: Der politische Mainstream hat sich bei seinem Versuch, so wie dereinst Adolf Hitler, Russland zu zerschlagen, in der Ukraine völlig verrannt.

Auch westliche Militärexperten erkennen nach und nach, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland mit Unterstützung der NATO nicht gewinnen kann, obwohl Russland diesen Krieg so quasi nur mit zwei Fingern der linken Hand führt.

(amirmortasawi.files.wordpress.com/2022/07/fs-wj-14.7.2022.pdf).

Die Lage ist schlicht die, dass die ukrainischen Truppen zwar zahlenmäßig den russischen Truppen haushoch überlegen sind. Selenskij fantasiert derzeit von einer Million Mann, mit der er die russische Armee vertreiben will, jedoch handelt es sich dabei um eine Art Volkssturm, also das letzte Aufgebot so wie im Dritten Reich in der Endphase. Wahrscheinlich plant er eine Art ukrainische Ardennenoffensive. Die russische Armee verfügt hingegen bei der Artillerie eine Überlegenheit von einem Faktor zehn. Ganz zu schweigen

von der Luftüberlegenheit, wobei die ukrainische Luftwaffe so gut wie nicht mehr existent ist. Selbst wenn die NATO ihre gesamten Bestand an Artillerie der Ukraine übergeben würde, verbliebe da noch der eklatante Mangel an Munition. (rtde.site/meinung/142066-jahresproduktion-von-us-munition-reicht/).

Der Krieg ist für die NATO und die Ukraine also nicht zu gewinnen. Da Russland seine Truppen in der Ukraine nicht aufstockt um den Vorgang zu beschleunigen, ist der Untergang der ukrainischen Armee ein langsamer, qualvoller, nicht ein schneller Tod.

In dieser Situation klammern sich die westlichen Eliten an die aberwitzige Idee, Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Zwar haben diese Sanktionen tatsächlich die Wirkung, dass sich die russische Mittelschicht beispielsweise nicht das neueste Handy und anderen westlichen Klimbim leisten kann. Zu dem gewünschten Aufstand gegen Putin führt das aber nicht.

Die Hoffnung der westlichen Eliten beruht daher darauf, Russland die Einnahmen aus dem Gasexport vorzuenthalten. Dies geht wieder nur dadurch, dass man den eigenen Gasverbrauch reduziert, oder überhaupt über andere Lieferanten speist, die aber wesentlich teurer sind. Man nimmt also billigend in Kauf, dass die Russlandsanktionen die eigene, schon sehr hohe Inflationsrate noch mehr in die Höhe treibt.

Das historische Vorbild dazu ist der Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Warschauer Paktes. Die Sowjetunion wurde damals dadurch in den Bankrott getrieben, weil Saudi Arabien auf Drängen der USA die Ölmärkte flutete und so die Ölpreise ruinierte. Was dabei übersehen wird ist, dass sich in der Zwischenzeit die globalen Machtverhältnisse grundlegend geändert haben. Der Export von Gas nach Westeuropa ist heute für Russland nicht mehr überlebensnotwendig. Ganz im Gegenteil haben die Sanktionen die Preise für Öl und Gas hochgetrieben und spülen somit noch mehr Geld in die russische Staatskasse.

Obwohl diese Fakten in der Zwischenzeit schon allgemein bekannt sind, halten die USA und die EU in Ermangelung einer anderen Strategie an den unsinnigen Sanktionen fest, die in erster Linie die eigene Wirtschaft ruinieren. Dazu werden immer wieder sogenannte „Experten“ mobilisiert, die diesem Schwachsinn akademische Unterstützung verleihen.

Beispielsweise haben sich eine Reihe von Militärs und Wissenschaftlern – insbesondere solche an den Hochschulen der Bundeswehr – in einem umfangreichen Aufruf in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung positioniert. Die Unterzeichner des Textes lehnen ausdrücklich eine Verhandlungslösung ab. Sie sprechen sich stattdessen für eine umfassende ökonomische und – auf dem Weg über die weitere Hochrüstung der Ukraine – militärische Offensive gegen Russland aus. Mit Blick darauf, dass Moskau ein schneller Erfolg in der Ukraine nicht gelungen ist, heißt es in dem Text:

„Die derzeitige russische Schwäche bietet der westlichen Politik Optionen, die auszulassen ... fahrlässig wäre.“ [Putins Politik nicht belohnen. Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.07.2022]

So werde „die enorme Abnutzung der russischen Berufsarmee ... erst nach einigen Jahren wieder behoben sein“. Den Prozess könne man „durch die strikte Aufrechterhaltung westlicher Sanktionen verlangsamen“. Das gelte ganz besonders für sämtliche „Exporte von Technologien und Materialien, die für die Rüstungsindustrie Russlands bedeutsam sind“. Sie müssten um jeden Preis verhindert werden.

Dieser Schwachsinn muss aber der eigenen Bevölkerung erst einmal „verkauft“ werden. Dazu wurde das Narrativ „Putin dreht uns das Gas ab“ erfunden. Diese Propaganda ist wirklich dreist, weil ja gerade das Gegenteil der Fall ist: Es war die EU auf Drängen der USA, die die technisch voll funktionsfähige Nordstream II Leitung rein administrativ noch vor dem Ukrainekrieg blockierte, weil man glaubte, damit Russland zu schaden. Die pure Existenz von Nordstream II wird derzeit von allen westlichen Medien und Politikern buchstäblich ignoriert. Es wird so getan, als ob diese Gasleitung nicht existiere! Nur auf der Basis dieser Lüge lässt sich die Propaganda vom Gasnotstand wegen Putin aufrechterhalten. Man versucht den Menschen einzureden, dass Putin uns ruinieren will, nur um seine Ziele im Ukrainekrieg zu erreichen. Allerdings hat Putin mehrfach erklärt, dass er Europa nicht willentlich den Gashahn abdrehen will.

Dass dieses Narrativ von allen Medien und Politikern dem Publikum unisono zugemutet wird, zeigt wie gleichgeschaltet alle Medien und Politiker sind und wie sie alle an unsichtbaren Fäden der Macheliten hängen. Aus puren Putin-Hass ist man bereit sich in beide Knie zugleich zu schießen, nur um behaupten zu können, Putin sei schuld an der Wirtschaftskrise.

So wie dereinst Goebbels will also der Mainstream die Bürger Europas auf einen entbehnungsreichen Winter vorbereiten. Jeder soll sein Scherflein im Kampf gegen Putin beitragen. Der Unterschied ist bloß der, dass Goebbels wenigstens pro forma propagandistisch fragte, ob das deutsche Volk den totalen Krieg wolle. Uns wird der totale Krieg von den westlichen Eliten ungefragt auf das Auge gedrückt!

Man entblödet sich nicht Parolen wie „Frieren für den Frieden“ oder „mit Pullover gegen Putin“ unter das Volk zu bringen und wer friert muss bekanntlich auch hungern, wofür die ständig steigenden Lebensmittelpreise schon sorgen.

Sollte die jahrelange, kriminelle Gelddruckerei der EZB zur Hyperinflation und wirtschaftlichen Kollaps führen, so wäre natürlich Putin der Sündenbock. Genau aus diesem Grund betont Putin immer wieder, die Gasversorgung nicht als Waffe einsetzen zu wollen, weil der Kollaps der europäischen Wirtschaft sowieso unvermeidlich ist. Ein Abdrehen des Gashahnes wäre aus dieser Sicht so, als ob man einen Toten ins Grab stoßen würde!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten E 106 – E 109)

Keine Berichte

Keine Berichte

E. g) Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen S. E 111 – E 155

BENELUX-LÄNDER (Seiten E 111 –E 117)

Niederlande (Seite E 111 – E 117)

01) Ex US-General, Präsidentenberater: „Globalisten-Elite raubt Freiheit“ & „Wir sind alle holländische Bauern“.

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

23. 07. 2022



Spectrum News NY1, General Michael Flynn

Ein hochranger US-Generale a.D. meldete sich kürzlich in einer Ansprache zugunsten der protestierenden Bauern in Holland zu Wort. Zeitweilig war er Direktor der militärischen Spionage Abwehr (Defence Intelligence Agency) und für drei Wochen Sicherheitsberater der Trump Regierung.

Flynn stammt aus einer irisch-amerikanischen Familie mit militärischer Tradition, der gläubige Christ spricht immer wieder auf patriotischen Demonstrationen vor großen Menschen-ansammlungen. Flynn wurde angeklagt falsche Angaben über ein Gespräch mit dem russischen Botschafter gemacht zu haben, das politisch motivierte Verfahren wurde später durch den Präsidenten eingestellt

General Michael Flynn ist ein 3-Sterne General a.D., er gehört der zweithöchsten militärischen Rangstufe in den USA an, der seit seinem Ruhestand immer wieder durch politische Stellungnahmen auffällt. Während einer Ansprache in Texas soll es zu folgendem Wortwechsel mit einem Soldaten gekommen sein:

„Ich bin ein einfacher Marine. Ich möchte wissen, warum das, was in Myanmar passiert ist [er bezog sich auf den Militärputsch in Myanmar im Februar], hier nicht passieren kann“. Unter großem Gejohle und Beifall der Menge antwortete Flynn: „Nur so. **Ich meine, es sollte passieren**“ – d. h., ein Staatsstreich sollte hier stattfinden.

General Michael Flynn, [Link](#)



Historians-Dutch-Windmills-Near-Rotterdam

Rede von General Michael Flynn

Ich fühle mich geehrt ein paar Anmerkungen zu den holländischen Bauern machen zu dürfen, die um ihre Freiheit kämpfen. Die Gegenwart stellt einen der wichtigsten Momente, nicht nur in der US-Geschichte, sondern sicherlich auch in der Geschichte der freiheitsliebenden Welt dar. Alle unsere Rechte werden angegriffen!

Wir akzeptieren nicht, daß unsere **Freiheiten weggenommen** werden, und darum fangen viele Völker auf der ganzen Erde an aufzustehen gegen die **Tyrannie ihrer Regierungen!** Aber heute geht es darum die **niederländischen Bauern** zu unterstützen und um klarzustellen, daß ihr versteht. Wir müssen zusammenhalten, Schulter an Schulter, die Welt steht hinter den Bauern! Die Freiheiten werden überall angegriffen, in Kanada, Australien, Brasilien, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten und jetzt Holland. Die Menschen überall fangen mit dem **friedlichem Widerstand gegen die Globalisten-Elite an.**

An das holländische Volk: wir stehen hinter Euch! Wir fordern die Menschen überall auf, steht auf und werdet laut! Zeigt und tragt die holländische Fahne in alle Sozialen Medien, damit die Menschen wissen, daß wir mit den niederländischen Bauern zusammenstehen. Wir kämpfen für ihre Freiheit Essen für ihre Familien bereitzustellen. Heute sind wir alle holländische Bauern! Euer Kampf ist unser Kampf! **Wir unterstützen Eurer Ringen um**

Euer Land zu verteidigen, Eure Möglichkeit die Felder zu bestellen. Eurer Freiheiten werden angegriffen, darum stehen wir Euch zur Seite! Gott segne Euch alle, Gott segne Holland! Vielen Dank an Euch alle!

Die Rede wurde auf dem Dam Platz in Amsterdam am 23.7. 2022 (?) per Videoschaltung auf einen Großbildschirm für die Demonstranten übertragen. Die Rede im englischen Original ist hier zu sehen:

<<https://www.youtube.com/watch?v=vkDvA3mP0yE&t=23s>>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Holländischer Anti-Globalist Thierry Baudet über Bauernproteste: Sie könnten gewinnen!

Von JÖRG WOLLSCHLÄGER

12. 07. 2022



Wikimedia: Thierry Baudet

Im nachfolgenden Interview (9.7.2022) von Roman Balmakov (The Epoch Times) mit dem Vorsitzenden der niederländischen Partei „Forum voor Democratie“, Thierry Baudet, beleuchtet der scharfsinnige Denker die wahren Hintergründe für die geplanten Enteignungen der fleißigen und ökonomisch sehr erfolgreichen Landwirte des Landes. Die verborgene Agenda sei von der vorgeschobenen zu unterscheiden. Er entlarvt die agrarökologische Unsinnigkeit einer von EU Bürokraten willkürlich festgelegten Pflanzengemeinschaft als Erfolgsmaßstab. Damit diese gedeihen kann

werden verschärfte Grenzwerte des Nitrit- und Nitratgehaltes im Wasser und Boden festgelegt, was das Aus für die intensive Tierproduktion in den betroffenen Regionen bedeuten würde...

Thierry Baudet ist ein **charismatischer Politiker mit hugenottischen Wurzeln**, daher auch sein frankophoner Nachname. Er ist ein Bildungsbürger, der vor allem **die akademische Mittelschicht und Studenten** anspricht. Insbesondere mit der „Klima-Mafia“ geriet er mehrfach aneinander und sprach bei den Klimaschutzmaßnahmen von einer „masochistischen Ketzerei, säkularisiertem Flutglauben (...) eine Manie ähnlich dem **Totenkult, der einst die Osterinseln heimsuchte**.“ Er war in den Niederlanden einer der ersten Gegner der Covid-Maßnahmen und ist strikt gegen weitere Masseneinwanderungswellen. Unter anderem forderte er mehrfach den Erhalt einer „borealen Welt“ und eines Europas, das „vorherrschend weiß (ist) und kulturell so (ist) wie es ist.“ Von diesen Aussagen rückt er auch nicht ab. Von der politischen Linken ertete er deshalb Rassismusrückwürfe.

Diese Video von Bloomberg bietet einen guten Einstieg in das Interview. Es zeigt auf welchen Grundlagen die **fortschrittlichste Agrarproduktion Europas** funktioniert und wie es einem kleinen Land gelang zum **zweitgrößten Agrarexporteur der Welt** aufzusteigen.

Interview mit Thierry Baudet

RB: *Guten Abend und willkommen bei einer sehr speziellen Episode von Facts Matter, hier aus den Niederlanden! Wir sind in Amsterdam und berichten von den Bauernprotesten, die im ganzen Land aufgekommen sind. Die Landwirte kämpfen gegen die vom Parlament erlassenen Bestimmungen, die im Grunde genommen vielen von ihnen ins Knie schießen. Sie erzählten mir, daß zwischen **30 und 50 % der örtlichen Bauern** ihren Betrieb einstellen müßten. Daher ist es für sie sehr wichtig. Wir sind die letzten drei-vier Tage durch das Land gefahren und haben uns mit Bauern, Lastwagenfahrern und den Menschen, die sie unterstützen, mit den Wissenschaftlern, die uns erklärten worum es bei der ganzen Stickstoffdebatte geht. Wir konnten sogar mit einem Parlamentsmitglied sprechen, der Teil der Oppositionspartei ist, die gegen diese Auflagen kämpft. Wir werden diese Interviews nacheinander veröffentlichen in den nächsten Tagen und heute fangen wir an mit dem Parlamentarier Thierry Baudet.*

TB: Wie ist es möglich in einem Zeitalter, in dem alle über die **Gefahr von Lebensmittelmangel**, von gefährdeten Versorgungsketten sprechen, daß die niederländische Regierung diese Politik verfolgt, die zu noch größerer Abhängigkeit von internationalen Lieferketten und dadurch größere Unsicherheit für die niederländischen Verbraucher?

Die Antwort ist, daß sie, die Leute die dieses Land regieren, der **Anleitung der EU** folgen um das umzusetzen was sie den **Great Reset** nennen! Sie wollen uns abhängiger machen von **internationalen Lieferketten**, sie wollen die holländische Souveränität und Autonomie schwächen und außerdem wollen sie die **Massenmigration in die Niederlande** fortführen. Wenn man mehr Menschen in die Niederlande bringt, ein sehr kleines und dicht besiedeltes Land, dann muß man den **Bauern das Land wegnehmen** und kann dort Häuser hinstellen. Das ist die Agenda, die Niederlande sollen in eine **riesige Stadt** verwandelt werden, ohne eigene Produktionsmittel, ohne Autonomie in Bezug auf Souveränität und auch in Bezug auf die Nahrungsmittelproduktion. Man will die Menschen abhängig machen von den **internationalen Herrschern**, den Globalisten, die versuchen die **Macht zu übernehmen**.

RB: Das war eine Frage, die ich habe: der scheinbare Grund ist der Stickstoff um all diese Bauernhöfe zu schließen und die Lösung wäre dann so viele Betriebe zu schließen, die Nahrung in Milliardenwerten exportierten, oder? Ihr seid der 6. größte Exporteur der Welt. Für mich war es ein Schock: wie kann es die Lösung sein die Hälfte der Betriebe zu schließen? Viele der Leute mit denen ich gesprochen haben sagten, sie seien nicht einmal in die Gespräche eingebunden, sie werden nicht an den Verhandlungstisch geladen um eine Lösung auszuarbeiten. Sie sagen das liegt daran, daß die Politiker die Lage nicht beheben wollen, **sie wollen keine Lösung**, das ist bloß **die Ausrede** die sie benutzen um etwas anderes durchzusetzen.

TB: Genau. Ich gebe Ihnen eine schnelle, kurze Aktualisierung der Lage bezüglich der ganzen Stickstoffagenda und wie sie zustande kam. In den **1990ern** führte die **Europäische Union** die Natura, das heißt Natur, **Natur 2000 Richtlinien**. Das bedeutet, daß bestimmte Gebiete in Europa herausgesucht wurden für die Bewahrung bestimmter Vegetationsformen und wie es so kam wurden die Niederlande ausgesucht um **Moos, Klee, bestimmte Arten von Gras und andere Formen von Vegetation zu schützen** die unter ziemlich **nährstoffarmen Bedingungen** gedeihen, in denen es nicht viele Dinge für die pflanzliche Ernährung gibt. Stickstoff für sich genommen, mehr Stickstoffdioxid wäre für sich genommen **kein Problem** in den Niederlanden für die Natur.

Es wäre ein Problem die **spezifischen Vegetationsziele**, die festgelegt in den **Natura 2000 Richtlinien**. Die Politiker hier sind nicht bereit das allereinfachste zu tun, das jeder machen würde um die niederländischen nationalen Interessen zu schützen: einen Brief an die EU zu schreiben.

“Hallo EU, wir kümmern uns nicht mehr länger um diese **dummen Richtlinien**, es gibt genug Klee und Moos woanders in Europa, wir werden unseren Bauern schützen und wir werden mehr Bäume und andere Vegetationsformen haben, die eine Folge von etwas höheren Stickstoffdioxidwerten wäre.“



Das wäre die **logische Sache**, die man machen sollte. Sie machen es nicht, sie bleiben bei diesen bürokratischen Regeln, die vor 20 Jahren jemand festgelegt hat. Die Niederlande hätten einen gewissen prozentualen Anteil an Moos und Klee und Gräsern. Tatsächlich ist die wirkliche Agenda dahinter, daß sie **einen Knüppel** haben wollen, mit dem sie die **Bauern schlagen** können. Es geht nicht nur darum ständige Einwanderung zu ermöglichen, es geht auch um etwas tieferes, eine vielleicht **spirituelle Sache**, die dahinter steht. Bauern und generell Menschen, die auf dem Land leben und von und mit dem Land leben, sie haben eine **starke Verbindung zu der Geschichte**, sie sind stolz auf ihre Familienbetriebe, die seit etlichen **Generationen im Besitz** der Familie waren. Die sind also keine postmodernen, a-historischen, a-nationalen Menschen, sie sind **stolze Familienmenschen**, die ihren eigenen Betrieb haben, die von ihrem eigenen Land leben, die eine Verbindung zu der Geschichte, zu der Natur dieses Landes. Daher sind sie eine echte **Gefahr für die Globalisten** mit ihren a-territorialen, post – identitären Agenda. Es geht wirklich um den Great Reset, Masseneinwanderung, überstaatliche Regierung, darum müssen die Menschen atomisiert werden. Sie müssen ihre Verbindung zum Land verlieren, darum greifen sie die Bauern an.

Telegram, Klokkenluiders

RB: *Sie sagten vorhin, daß einer der Gründe warum sie diesen Plan umsetzen ist um mehr Bauprojekte für Wohnhäuser im ganzen Land für mehr Masseneinwanderung.*

TB: Genau.

RB: *Ist das ein offen zugegebenes Ziel? Oder ist das bloß die Folge und denken Sie, daß das ihre dahinterstehende Intention ist?*

TB: Es ist **kein** offen zugegebenes Ziel , das Teil derselben Regierungsagenda ist. Sie tun dies als wäre es ein isoliertes Phänomen, aber es ist ein offen dargelegtes Ziel dieser Regierung, die Massenmigration fortzusetzen und auch unser derzeitiger Minister für Wohnraumangelegenheiten wurde mit der Kamera im ganzen Land aufgenommen wie er auf Ackerland zeigte und sagte, dort werden wir vermutlich in der Zukunft Leute unterbringen. Zählt man ein und eins zusammen , ist es absolut offensichtlich, daß dies **Teil der Agenda** ist. Sie sagen aber nicht formell: **wir enteignen jetzt Bauern um Häuser bauen zu können**. Sie sind immerhin so klug es nicht so zu sagen. Jeder der aufgeweckt ist und die Verbindungen erkennen kann, wird sehen, daß dies der Plan ist.

RB: Sie sind ein Parlamentarier, Sie haben mit diesen Leuten zu tun, Sie verstehen ihr Denken. Denken die überhaupt an die Wirtschaft oder das Einkommen der Menschen, die davon betroffen sein werden? Es geht nicht nur um die Bauern. Wenn ein Bauer auf einmal die Hälfte seines Viehs verkauft und alle das tun müssen wird der Preis für Vieh zusammenbrechen. Wem soll man eine Kuh verkaufen, wenn jeder eine Kuh verkauft? Was ist mit den Käseherstellern, mit den Lastwagenfahrern? Alle Menschen die davon betroffen sein werden, wird das tatsächlich diskutiert in den Parlamentssälen?

TB: Nun, die Frage ist sehr gut, weil ich verwirrt war seitdem ich Parlamentarier wurde, das war 2017. Diese Menschen und ich glaube das trifft auf die meisten Politiker im Westen zu. Sie sind Mikromanager, das bedeutet, sie können nur über einen winzig kleinen Aspekt einer größeren Agenda nachdenken. Was im Parlament passiert ist, daß wir all diese Diskussionen haben und Debatten über eine Teilaspekt, beispielsweise das Stickstoff Thema, oder was für einen Preis die Landwirte erhalten werden wenn sie ihr Land aufgeben. Niemand spricht darüber was das langfristig bedeutet, haben wir noch die Möglichkeit unseren eigenen Käse zu haben, unser eigenes Fleisch im Supermarkt. Wenn wir wirklich

diese Massenmigration fortführen wollen und wenn unsere Bevölkerung wächst. Ich bin dagegen, aber das ist das was sie wollen. Wie wird das die Stickstoffemissionen generell betreffen. Das ist eine andere völlig unlogischer Aspekt ihrer Agenda. Sie sagen, daß sie den Stickstoffdioxid Emissionen reduzieren wollen . Aber wenn man 100.000 Menschen pro Jahr Netto hereinholt, dann werden die Stickstoffdioxid Emissionen sowieso steigen. Niemand macht diese größeren Analysen, was passiert langfristig mit der Wirtschaft? Wie passen unsere Politikansätze widerspruchsfrei zusammen? Das ist eine der großen Tragödien der **demokratischen Politik**, daß diese **sehr kleingeistigen und engstirnigen Menschen** ... und natürlich die größeren **Agenda der Globalisten**, dort gibt es Menschen, die darüber nachdenken und die sehen wie all diese Dinge sinnvoll und alle ineinandergreifen. Aber ich fürchte es sind **viele sehr dumme Leute** hier, die nicht verstehen können wie **desaströs ihre Politik** ist.

RB: Ihr letzter Kommentare war wirklich pessimistisch. Mit all den laufenden Protesten, die Bauern, denen sich die LKW Fahrer anschließen, zu denen die Fischer stoßen, Sie glauben nicht, daß sie eine -wirkung auf das Parlament erzielen werden?

TB: Es gibt eine Möglichkeit und ich habe das auch im Internet gesagt und in den Sozialen Medien: wenn sie streiken, **einen Generalstreik machen**, wenn sie uns keinen Fisch liefern, sie liefern uns kein Fleisch, keine Milch, sie verkaufen ihre Käse nicht mehr an die Supermärkte. Wenn sie ernsthaft sagen: **das ist genug, Schluß! Das ist unser Überlebenskampf, dann nach etwa 3 oder 4 Tagen, wird man es in den Supermärkten sehen.** Und die Menschen werden sagen: ich bin hungrig, wo kommt mein Essen her? Das kann aber nur dann passieren wenn die Bauern und die Fischer und all die Leute und vielleicht sogar international, eine Koalition bilden und davon nicht abweichen. Wir würden das unterstützen.

Ich fürchte, was passieren wird ist, daß es zu **aggressiven Demonstrationen** kommt und daß sich die öffentliche Meinung gegen sie wenden wird. Die Regierung wird einfach ihre Angebote etwas erhöhen, sie werden etwas mehr Geld zahlen, und einige Leute werden zustimmen und das wird die **Einigkeit der Protestierer zerbrechen**. Einige Leute werden sagen, ja ich nehme mir meinen Teil und probiere etwas anderes oder schicke meine Kinder auf die Uni oder was auch immer. Ich bin ziemlich pessimistisch, ich habe die Befürchtung, daß sie einerseits die öffentliche Unterstützung verlieren durch zu grobe Demonstrationen **statt einfach keine Nahrung mehr abzuliefern** und daß viele ihre **kurzfristigen Eigeninteressen** wählen werden anstelle der langfristigen Interessen des Landes als ganzes.

RB: Das letzte was ich Sie fragen will ist, daß eine Menge Leute in der Welt, ganz sicherlich in den Vereinigten Staaten, blicken auf einmal auf die Niederlande. Jeder richtet seine Aufmerksamkeit darauf. Jedes mal wenn ich meinen Newsfeed überprüfen, geht es um die Nahrungsmittelkrise in den Niederlanden. Und ich denke einer der Gründe, obwohl es ein lokaler Konflikt hier ist, es geht um dieses lokale Parlament, es werden in der ganzen Welt ähnliche Ziele in durchgesetzt. In den USA gibt es den **Green New Deal**, bei dem es auch um eine ganze Reihe von Emissionsstandards geht. Wie z.B. Kuhfürze dazugezählt werden, zumindest im ersten Entwurf. Was würden Sie den Menschen sagen, die dies in der ganzen Welt ansehen, in den verschiedenen Ländern, und sie sehen was passiert in den Niederlanden was würden sie denen sagen und worauf sollen sie achten in der Zukunft ?

TB: **Wir stehen gemeinsam in diesem Kampf!** Wir haben es durch den **Covid-Betrug** gesehen über zwei Jahre lang, **monströse politischen Entscheidungen** wurden allen unseren Nationen aufgedrückt. Wir haben es mit der Massenmigration gesehen. All unsere

Völker werden ausgedünnt durch das Hineinströmen von Menschen aus völlig anderem Ethnien und Kulturen und Religionen und so weiter aus Teilen der Welt. **Wir werden nur enterbt von unseren eigenen Erschaffenen**, von der **Herstellung unseres eigenen Essens** und von unserer **Verbindung zu unserem Land**. Auf allen Ebenen wird eine radikale Agenda angeschoben, die als nachhaltige Entwicklungsziele bezeichnet werden, als die Klimahysterie, die wissenschaftlich gesehen Unsinn ist. Es gibt **kein CO2 Problem**, aber sie erzeugen diesen Wahn deshalb. Letztlich wird man sehen, das eine sehr kleine Gruppe von Menschen, die beinahe alles besitzen werden reicher und reicher und üben immer mehr Kontrolle aus über unsere Leben, wir werden schwächer und vereinzelt und mehr atomisiert, ärmer, ohne Demokratie, ohne zielführende Wege auf denen wir uns ausdrücken können. All die Zensur die wir im Internet sehen und wenn man aus der Vogelperspektive hinsieht, erblickt man diesen Trend zur **bürokratischen Diktatur**, die uns allen aufgedrückt wird. Nur wenn wir uns vereinigen, wenn wir alle Unterschiede überwinden, die uns so lange getrennt haben, wenn wir **gemeinsam dagegen kämpfen**, **werden wir gewinnen**. Wir müssen das schaffen, es ist der **überlebenswichtigste Kampf in der ganzen Geschichte der Zivilisation**. Wir machen das jetzt und sie wollen 2030 fertig damit sein, das ist das Jahr wenn sie ihre Ziele erreicht haben wollen, eine globalistische Machtübernahme. Wir haben also acht Jahre um das zu bekämpfen, laßt uns das gemeinsam machen!

RB: *Thierry, vielen Dank!*

TB: Vielen Dank!

Das YouTube- Video des Interviews ist hier [verlinkt](#).

<https://www.youtube.com/watch?v=KHmZslgNBok>

Manufactured Food Crisis: Elite's "Great Reset" Plan to Take Farmer's Land, Convert it to Housing

208.126 Aufrufe

Premiere am 09.07.2022

26.166

Mag ich nicht

Teilen

Clip

Sp

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

B R D e u t s c h l a n d (Seiten E 118 – E 143) (Berlin und Brandenburg allein, siehe nächsten Abschnitt)

03) Hoffnungslos – Ukraine, Demokratie in der Welt



paperpress

seit 1976

Nr. 603-27

25. Juli 2022

47. Jahrgang



Hoffnungslos

Ist Ihnen aufgefallen, dass gestern kaum noch jemand darüber sprach, dass der russische Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die Ukraine genau vor fünf Monaten begann? Man hat sich dran gewöhnt.

Der frühere amerikanische Präsident **Ronald Reagan** ist 1983 dafür gescholten worden, die Sowjetunion als „*Reich des Bösen*“ bezeichnet zu haben. Die Entwicklung danach unter **Michail Gorbatschow** führte zum Zusammenbruch der Sowjetunion und zur Wiedervereinigung der als Folge des Zweiten Weltkriegs übriggebliebenen Ost- und Westteile Deutschlands. Eine Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen vor dem Zweiten Weltkrieg konnte es natürlich nicht geben.

Heute ist Russland das „*Reich des Bösen*“. Der Böse heißt **Wladimir Putin**, der den Zusammenbruch der Sowjetunion nie verwunden hat. Gern wird darüber gesprochen, dass Putin nicht Russland sei. Natürlich. Es gibt Millionen von Russen, die den Krieg gegen das Bruderland Ukraine verabscheuen. Getragen werden Putin und seine Mörderbande jedoch von einer immer größer werdenden Zustimmung aus der Bevölkerung. Ein Volksaufstand gegen das Putin-Regime ist nicht in Sicht. Man sieht sich in der Opferrolle. Für viele Russen sind die USA das „*Reich der Bösen*“, Westeuropa inklusive. Die Sanktionen schweißen die Menschen eher zusammen, als dass sie darüber klagen würden. Die McDonalds-Filialen in Moskau werden jetzt von den Russen selbst betrieben. Man braucht keine Amerikaner, um eine Boulette zu braten. Und auch für Coca-Cola gibt es Ersatz, notfalls mehr Wodka.

Der russische Außenminister **Sergei Lawrow** hat das bestätigt, was man, trotz gegenteiliger Propaganda-Aussagen aus dem Kreml, ohnehin wusste. Das Ziel, Präsident **Wolodymyr Selenskyj**, seine demokratisch gewählte Regierung und das Parlament, zu entfernen, hat Moskau nie aufgegeben. Russen und Ukrainer sollen künftig friedlich zusammenleben, unter Putins Dach, versteht sich, so wie die Menschen in Belarus. Russland und die Ukraine hätten ewig in friedlicher Koexistenz nebeneinander leben können, wenn Putin nicht 2014 die Krim annektiert und einen Krieg im Osten der Ukraine begonnen hätte. Über die Frage, wer der Aggressor ist, muss man nicht diskutieren. Das Geschwafel der Putin-Versteher zum Thema NATO-Osterweiterung und eine damit einhergehende Bedrohung Russlands, ist unerträglich.

Die Lage der Ukraine, fünf Monate nach dem Beginn des Krieges, ist hoffnungslos. Ob jemals Weizen den Hafen von Odessa verlassen wird, ist fraglich. Die Tinte unter Verträgen mit Putin ist noch nicht getrocknet, da spuckt er schon aufs Papier.

Lawrow und Putin sind unterwegs, um sich bei befreundeten Schurkenstaaten einzukaufen. Russland hat viel zu bieten: Gas, Öl, Kohle, Weizen, eigenen und erbeuteten. Und es gibt viele Abnehmer, nicht nur Schurkenstaaten. Und auch wir feiern es, dass wieder Gas durch Nord Stream 1 fließt und wir Putins Krieg weiterhin finanzieren können.

Das Gerede von **Olaf Scholz**, dass „*Wir keinen Diktatfrieden akzeptieren werden*“ ist schlimmer als das berühmte Pfeifen im Wald. Wer ist denn „*Wir*“? Wenn überhaupt, wird es einen Diktatfrieden geben, denn Russland wird am Ende den Krieg gewinnen. Dass Putin mit eingezogenem Schwanz aus der Ukraine verschwindet, so wie seine Vorgänger aus Afghanistan oder die USA aus Vietnam, ist eher unwahrscheinlich. Putin zieht das Ding durch. Er hat dazu die Mittel und die Möglichkeiten. Seine eigenen Soldaten sind für ihn nicht mehr als Kanonenfutter. Warum sollte jemand, der Kinder und Senioren ermordet, Empathie für die eigenen Leute haben.

Ist diese Diskussion um den Ringtausch von Panzern mit Polen nicht entwürdigend für Deutschland? Das klappt hinten und vorne nicht. In der jetzigen Situation gilt nur eines, nämlich die Ukraine permanent mit Waffen zu versorgen. Wenn das Land letztlich schon nicht den Krieg wird gewinnen können, so muss dem Gegner maximaler Schaden zugefügt werden. Putins Russland wird zwar geschwächt aus dem Krieg hervorgehen, aber letztlich siegen. An Handelspartnern, die Russland finanzieren, mangelt es nicht. Und auch wir werden noch sehr lange in die Röhre schauen und auf Gas aus Russland hoffen.

Dass Russland den Westen, die „*freie Welt*“ gegen sich hat, wird er verkraften können, denn der Rest der Welt ist größer an Fläche und Einwohnern. Und wer gehört schon noch zur freien Welt? Die Türkei, dessen Präsident mit den Diktatoren aus Russland und dem Iran auf Fotos posiert? Gehört Indien dazu, oder die afrikanischen Staaten, die ohne den Weizen verhungern würden. Gehört Ungar dazu, das gern bei Putin einkauft? Nein, die Sache ist hoffnungslos. Am 24. August begehen wir in einer Schweigeminute den halben Jahrestag des Krieges. Das Ende bestimmt allein Putin zu seinen Bedingungen, da kann Herr Scholz erzählen, was er will.

Ed Koch

04) Abgehoben einmal anders – Scholz entsorgt Regierungspapiere im Hausmüll

25. 07. 2022



"Sorgloser" Umgang mit geheimen Regierungsdokumenten im Hause Scholz

„Verschlussache, nur für den Dienstgebrauch“, dieser Verweis dürfte Kanzler Olaf Scholz (SPD) in seiner „Abgehobenheit“ anscheinend nicht im Geringsten tangieren. Im Haushaltsmüll des Ehepaares Scholz „entdeckten“ die Nachbarn vertrauliche Regierungspapiere.

Interna zu G7-Gipfel unter dem Hausmüll

Böse Zungen mögen meinen, der Kanzler sei selbst in seiner Nachbarschaft offenbar wenig beliebt. Warum sonst sollte sich die Nachbarschaft dazu veranlasst fühlen in dessen „Müll zu wühlen“?

Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Frau sollen laut einem [Spiegel-Bericht](#) nachlässig mit vertraulichen Dokumenten umgegangen sein. Nachbarn des Paares staunten demnach nicht schlecht, als sie im **gemeinsamen Hausmüll** unter anderem vertrauliche Papiere zum G7-Gipfel entdeckten.

Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Frau Britta Ernst entsorgten als Verschlussache gekennzeichnete Regierungsinterna also nonchalant im Hausmüll.

Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Frau Britta Ernst, Brandenburgs Bildungsministerin (SPD), sollen im Hausmüll vertrauliche Regierungsdokumente entsorgt haben, ohne diese vorher unkenntlich gemacht zu haben.



Teile der „entsorgten“ Unterlagen

Dies berichtete der *Spiegel* unter Berufung auf die, ihm vorliegenden Papiere. Unter den entsorgten Dokumenten hatten sich unter anderem auch Interna zum G7-Gipfel befunden.

Nachbarn übermittelten offenbar Dokumente an den *Spiegel*

Ich weiß nicht wie man nun als Leser über eine derartige Vorgehensweise „seiner Nachbarn“ denken mag, es dürfte jedoch nicht von einem sonderlich gutes Nachbarschaftsverhältnis Zeugnis ablegen, wenn man „Fundstücke“ aus dem Hausmüll an das „meistbietende“ Mainstream-Medium „verscherbelt“.

Unter den Dokumenten, die Nachbarn des Politiker-Paares im gemeinsamen Hausmüll entdeckten, befanden sich demnach auch Ausdrücke aus dem Terminkalender, E-Mail-Korrespondenzen sowie Redeentwürfe und Übersichten für eine potentielle Kleiderauswahl von Ernst.

Daneben fanden die Nachbarn zudem ein internes Dokument zum letzten G7-Gipfel, auf dem Fotos und „Kurzprofile der Partner“ der Staats- und Regierungschefs notiert waren.

Die gelisteten Informationen sind im Wesentlichen zwar öffentlich verfügbar, doch das Auswärtige Amt hatte das Papier als „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Und dafür gelten üblicher Weise strenge Regeln, die unter Umständen jedoch für die „fortschrittliche“ Ampel-Regierung, wie so Vieles ebenfalls bedeutungslos geworden sein könnten.

Demnach dürften solche Dokumente Dienstgebäude nur dann verlassen, wenn dies auch dienstlich notwendig sei.

„Verschlussachen des Geheimhaltungsgrades VS – nur für den Dienstgebrauch“ können außerhalb des Dienstgebäudes oder einer Liegenschaft nur auf Dienstreisen und zu Dienstbesprechungen mitgenommen werden, soweit dies dienstlich notwendig ist und sie angemessen gegen unbefugte Kenntnisnahme und unbefugten Zugriff gesichert werden“, heißt es in der Verwaltungsvorschrift des Bundes zum sogenannten „materiellen Geheimschutz“.

Derartige Verschlussachen seien so zu vernichten, „dass der Inhalt weder erkennbar ist noch erkennbar gemacht werden kann“.

Auf eine Anfrage des *Spiegel* reagierten sowohl das Kanzleramt als auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg wenig verwunderlich, bisher nicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Zu viele Probleme ...



paperpress

seit 1976



Nr. 603-26

23. Juli 2022

47. Jahrgang

Zu viele Probleme

Es ist immer wieder nicht zu glauben, wie arglos Leute mit ihrem Müll umgehen. Wie oft flattern einem personenbezogene Dokumente von Nachbarn entgegen, wenn man seinen eigenen Müll entsorgt. Kartons landen in Gänze im Papiercontainer, weil das Zusammenfalten zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Bedanken kann man sich direkt bei seinem Nachbarn, denn das Etikett mit der Empfängeradresse wurde nicht entfernt. Schon vor langer Zeit habe ich mir einen Papler-Schredder angeschafft, in dem jedes noch so unwichtige, aber mit persönlichen Angaben versehene nicht mehr benötigte Dokument landet, bis hin zum Kassenschein meines Lieblingsrestaurants. Die Nachbarn müssen nicht wissen, wie viel Biere ich am Abend getrunken habe.

Ganz anders verhält sich das Ehepaar Scholz aus Potsdam, wie die Morgenpost berichtet. Da landen alle personenbezogenen Dokumente im Hausmüll und die lieben Nachbarn schauen sich das an, sammeln es und übergeben es letztlich der Presse. Keinen Menschen würde das interessieren, wenn nicht Herr Scholz Bundeskanzler und Ehefrau Britta Ernst Bildungsministerin in Brandenburg wäre.

„Relevant sind die Unterlagen nicht, aufschlussreich schon. Sie verraten Persönliches über das Ehepaar, in erster Linie über Britta Ernst. Aus ihrem Terminkalender lässt sich entnehmen, dass sie ihr Englisch aufbessern will, wann Mitarbeiter in Urlaub gehen, welche Konzerte sie besucht, zum Beispiel des israelischen Jazzbassisten Avishai Cohen, und dass sie Buch führt über ihre Garderobe: Zur Stimmabgabe im Wahllokal in Blau, zum Auftritt in der SPD-Zentrale in Schwarz, alles fein abgestimmt, der Hugo Boss Anzug mit dem Shirt, Kette, Sneaker und Handtasche.“ berichtet die **Berliner Morgenpost**. Ich vergaß zu erwähnen, dass ich natürlich auch nach besuchten Konzerten die Tickets schreddere. Zur Familie Scholz fällt einem wirklich nichts mehr ein.

Zu Olaf Scholz schon. „You never walk alone“, verkündete er gestern und meinte hoffentlich „you never pay alone.“ Muss man das verstehen, dass sich der Bund, also wir, mit 30 Prozent an dem Gaskonzern Uniper beteiligt, dieser dann die Möglichkeit hat, Preissteigerungen an die Verbraucher, als uns, weiterzugeben. Und dafür bekommen wir dann Zuschüsse von Bund, also von uns. Tut mir leid, das ist mir einfach zu kompliziert. In einem Kommentar teilt uns die Berliner Morgenpost die Erkenntnis mit, dass wir uns in einem „Wirtschaftskrieg mit Putin“ be-

fänden. Lorient hätte gesagt: „Ach was!“ Wir schreiben das seit Wochen.

Längst nicht vorbei

Heute versammeln sich rund eine halbe Million Menschen zum **Christopher Street Day**. Dicht an dicht, Rumknutschen etc. nicht ausgeschlossen. Die Covid-Zahlen von heute: 709,7 7-Tage-Inzidenz Deutschland, Berlin 430,4. 92.009 Neuinfektionen Deutschland, 2.449 Berlin. 1.363 Menschen in Berlin mit Covid-19 auf Intensivstationen. **Karl Lauterbach** warnt vor dem Herbst, wenn es nicht nur kälter in den Wohnungen wird, sondern auch, welche Variante auch immer, uns niederstreckt. Von **Joe Biden** über **Robert Habeck** bis **Franziska Giffey**, niemand ist sicher vor Corona. Auch im Freundes- und Bekanntenkreis schlägt das Virus immer wieder zu und verhindert Zusammenkünfte und behindert die Arbeit. Es gibt derzeit einfach zu viele Probleme.

Und dann wird einem noch das Baden vermiest

Im Nachgang zu unserem Newsletter „Baden unter Polizeischutz“ möchten wir Sie auf eine Kolumne von **Ahmad Mansour** aufmerksam machen.

https://www.focus.de/politik/meinung/kolumne-von-ahmad-mansour-freibad-gewalt-niemand-muss-deutsche-klischees-erfuellen-aber-jeder-unsere-gesetze-achten_id_121209290.html

„Niemand muss deutsche Klischees erfüllen, aber jeder unsere Gesetze achten!“ „Es handelt sich dabei nicht um Einzelfälle. Die Gewalt ist ein Ausdruck von gescheiterter Integration.“

„Man nehme einmal Männlichkeitsvorstellungen, Aggressivität, testosterongesteuerte Maskulinität und patriarchalische Strukturen und mische sie mit Minderwertigkeitskomplexen durch kulturelle Erziehungsmethoden, die Schwäche unterdrücken, Individualität verhindern und Kinder zwingen, die verletzte Ehre zu verteidigen – wenn nötig auch mit Gewalt. Heraus kommt eine explosive Mischung, von der wir in Berliner Schwimmbädern regelmäßig eine Kostprobe bekommen. In Zukunft werden wir diese eher noch verstärkt zu spüren bekommen.“

Einerseits: „Integration ist in erster Linie eine Bringschuld der Zugewanderten.“ Andererseits: „Hätten wir nur halb so viel Energie investiert, nach Lösungen zu suchen, anstatt das Problem zu verschleiern, wären wir heute viel weiter...“

Ed Koch

1

06) Baerbock und Faeser – die Angst vor „Volksaufständen“

22. 07. 2022



Ministerinnen sorgen für Fall des "Volksaufstandes" vor *Bild: Queer.de*

Im anhaltenden Tauziehen um die Rückgabe einer gewarteten Siemens-Turbine für Nord Stream 1 durch Kanada, gerät die deutsche Ampel-Regierung zusehends unter Druck.

In einem Pressegespräch erklärte etwa Außenministerin Annalena Baerbock, man würde „Volksaufstände“ auf Grund eines bevorstehenden Gasmangels hierzulande, befürchten.

Nord Stream 1 „läuft wieder“

Der russische Energiekonzern Gazprom hatte Mitte Juni seine Gaslieferungen nach Deutschland durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 reduziert und auf Verzögerungen bei der Reparatur von Gasverdichtern verwiesen. Der Energietechnikkonzern Siemens Energy hatte daraufhin mitgeteilt, dass die in Kanada überholte Gasturbine derzeit wegen Sanktionen nicht aus Montréal zurückgeliefert werden könne.

Entgegen medial „hysterisch befürchteten“ und Putin unterstellten Prophezeiungen, dass die Pipeline nach den, von Russland durchgeführten Wartungsarbeiten nicht mehr in Betrieb genommen werden könnte, läuft diese wieder. Abermals hat Putin also die „Anti-Russland-Propaganda“ des Westens, Lügen gestraft.

Wäre dieser, vor allem medial „herbeigeredete Super Gau“ also eingetreten, hätte dies verheerende Konsequenzen für die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. So warnte auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck jüngst sogar vor einem „politischen Albtraum-Szenario“.

Wie ernst man in Berlin die Lage einschätzte und die wohl schwerwiegenden Folgen des Gasmangels für die Ökonomie des Landes, wie auch vor allem die daraus resultierenden innenpolitischen Auswirkungen fürchtete, geht nun aus den Aussagen von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hervor. Baerbock, bekannt durch undiplomatische und oft unüberlegte Statements, könnte da wohl aus dem Nähkästchen geplaudert haben.

Druck auf Ottawa aus Angst vor „Volksaufständen“?

Bei einem Pressegespräch mit dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND)* ließ die Grünen-Politikerin durchblicken, dass die Politik in Berlin mit „Volksaufständen“ rechnen würde. Sie räumte auch ein, dass man deshalb Druck auf die Regierung in Ottawa gemacht habe, um die gewartete Siemens-Turbine schließlich doch zurückbekommen müsse.

Trotz der, seitens Kanadas verhängten Sanktionen gegen Russlands Öl-, Gas- und Chemieindustrie, sei diese für die Pipeline Nord Stream 1 zurück zu „geben“.

Laut *RND* kam die Nachfrage, ob sie tatsächlich mit „Volksaufständen“ rechnen würde, worauf Baerbock dann ergänzte, dass dies „vielleicht etwas überspitzt“ ausgedrückt sei. Doch zugleich räumte sie ein, „dass wir Gas aus Russland weiter brauchen“.

Im Talkformat „RND vor Ort“ habe Baerbock (Grüne) demnach gesagt, „die Kanadier haben gesagt, wir haben viele Fragen, da haben wir gesagt, das können wir verstehen, aber wenn wir die Gasturbine nicht bekommen, dann bekommen wir kein Gas mehr, und dann können wir überhaupt keine Unterstützung für die Ukraine mehr leisten, weil wir dann mit Volksaufständen beschäftigt sind.“

Es geht also wie nicht anders zu erwarten war, Ministerin Baerbock, wie der gesamten Ampel-Riege, nicht um die Bevölkerung die ohne Gas frieren und hungern müsste, sondern einzig um die Millionenschwere Unterstützung der Ukraine. Denn in punkto „Volksaufstände“ hatte sich ja bereits Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) geoutet.

Anfang Juli hatte nun die Regierung in Ottawa, trotz verhängter Strafmaßnahmen gegen Moskau wegen der russischen Militäroperation in der Ukraine „eine zeitlich begrenzte und widerrufbare Erlaubnis“ für die Lieferung der Siemens-Turbine für die russische Pipeline zurück nach Deutschland erteilt.

Das Ersatzteil wurde in Kanada hergestellt und muss dorthin auch regelmäßig zur Wartung zurückgeschickt werden. Kanada begründete die Entscheidung damit, dass man eine, demnach von Moskau beabsichtigte „Spaltung unter den Verbündeten“ durch eine „Destabilisierung der europäischen Energiesicherheit“ verhindern wolle.

Faeser gegen „neue rechtsradikale Demokratieverächter“ gewappnet

Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes INSA zu Folge wäre im Falle einer Energie-Krise, jeder zweite Bundesbürger bereit zu demonstrieren. 44 Prozent aller Befragten erklärten laut dieser Umfrage, sie würden „sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen“. Faeser beeindruckt dies allerdings wenig, sie erklärte, „das Innenministerium sei vorbereitet.“

Zuvor hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor Protesten gewarnt und hatte diese schon einmal prophylaktisch im rechten Lager verortet. Gegenüber dem *Handelsblatt* stellte sie eine Verbindung zwischen kommenden Protesten, Corona-Demonstrationen und Rechtsextremen her, und erklärte, „natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Corona-Zeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen.“

Faeser kündigte weiterhin an, „wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Diktatoren leben länger – Worte zum 20. Juli 1944 / 2022



paperpress

seit 1976



Nr. 603-23

20. Juli 2022

47. Jahrgang

Diktatoren leben länger

Sieht man einmal von den frühen Jahren der christlichen Zeitrechnung ab, in der zwischen 44 v.Chr. und 392 n.Chr. fast jeder römische Kaiser durch ein Attentat vom Thron entfernt wurde, haben zwar insgesamt die Attentatsversuche auf Politiker nicht abgenommen, aber seit dem zwanzigsten Jahrhundert sind es vor allem Politiker aus Demokratien, die ermordet werden. Diktatoren leben länger, vermutlich weil sie sich besser schützen und den Kontakt zum Volk weitestgehend meiden. Wenn sich ein Umsturz in einer Diktatur anbahnt, sind die Herrschen ganz schnell weg, bevor sie gemeuchelt werden können. Und sie finden immer wieder Länder, die ihnen Asyl gewähren, anstatt sie gleich hinzurichten.

John F. Kennedy, Indira Gandhi, Olof Palme und Yitzhak Rabin sind traurige Beispiele für erfolgreiche Attentate an Demokraten. 1952 entging Bundeskanzler **Konrad Adenauer** einem Bombenattentat, weil die Bombe ihn gar nicht erreichte, sondern in einem Postamt explodierte und einen Beamten tötete. Bemerkenswert bei diesem Attentat ist der angebliche Auftraggeber, **Menachim Begin**, späterer Ministerpräsident von Israel und Friedensnobelpreisträger. 1990 überlebten **Oskar Lafontaine** und **Wolfgang Schäuble** Attentate.

Was geschah, als ein Attentat auf ein Mitglied der Nazi-Verbrecher erfolgreich war, kann man noch heute an dem mittelböhmischen Ort Lidice sehen. Als Vergeltung für das Attentat auf **Reinhard Heydrich** wurde das Dorf dem Erdboden gleichgemacht, seine Einwohner ermordet und verschleppt. 173 Männer und 81 Kinder wurden ermordet, 195 Frauen ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo 52 starben. Unfassbar, dass sechs schwangere Frauen zur Entbindung nach Prag gebracht, dort nach der Geburt von ihren Kindern getrennt und auch nach Ravensbrück verschleppt wurden. Das war blanker Staats-Terror.

Am 20. Juli 1944, heute vor 78 Jahren, scheiterte auch das letzte von insgesamt 21 Attentatsversuchen auf **Adolf Hitler**. Schon im Februar 1933 sollte Hitler mit einem vergifteten Brief getötet werden. Am 8. November 1939 versuchte der Schreiner **Georg Elser**, Hitler während einer Rede im Bürgerbräukeller durch ein Bombenattentat zu töten. Hierzu hatte Elser eine Säule hinter dem Rednerpult ausgehöhlt und darin eine Zeitbombe platziert. Das Attentat schlug jedoch fehl, da Hitler wetterbedingt nicht per Flugzeug, sondern mit der Eisenbahn nach Berlin zurückkehren musste und daher kürzer redete

als üblich. So verließ Hitler den Bürgerbräukeller 13 Minuten vor der Explosion, bei der acht Menschen starben und 63 teilweise schwer verletzt wurden.

Im Juli 1944 versuchte **Claus Schenk Graf von Stauffenberg** dreimal Hitler zu ermorden. Am 11. Juli hätte es klappen können, weil aber auch **Heinrich Himmler** gleich mitemordet werden sollte, dieser aber nicht kam, wurde das Attentat verschoben. Am 15. Juli sollte das nächste Attentat in der Wolfsschanze durchgeführt werden, aber wieder fehlte Himmler. Offenbar war die Angst zu groß, dass Himmler Hitler folgen könnte, wenn er überlebt. Am 20. Juli sollte es nun funktionieren, auch wenn Göring und Himmler wieder nicht anwesend waren. Wie das Drama ausging, wissen wir, Hitler überlebte nur leicht verletzt und posierte schon am selben Tage im zerstörten Führerhauptquartier mit seinem italienischen Faschisten-Freund **Benito Mussolini**, der in seinem Land drei Attentatsversuchen entgangen war.

1944 gab es kaum noch eine intakte Stadt und kein Dorf mehr in Deutschland, das Hitler als Rache auf das Attentat hätte zerstören können. So ermordete er die Attentäter und ihr Umfeld. Heute leben wir in Zeiten von Sprengstoffgürteln und Selbstmordattentätern. Man kann viel darüber diskutieren, ob sich Stauffenberg hätte opfern und bei seiner Aktentasche bleiben sollen. Insgesamt gesehen war das Attentat gut gemeint, aber schlecht gemacht.

Hätte durch ein gelungenes Attentat auf Hitler der Zweite Weltkrieg beendet werden können, wären Millionen Menschen am Leben geblieben, denn das letzte Kriegsjahr war das Schlimmste. Doch der Verlauf der Geschichte war ein anderer.

Der aktuell größte Kriegsverbrecher ist der russische Präsident **Wladimir Putin**, der inzwischen einen Diktatorenstatus erreicht hat und sich in eine Reihe mit **Xi Jinping** und **Kim Jong-un** stellen kann. Russland ist heute eine Pseudodemokratie mit einem Marionetten-Parlament, oder, wie es bei Wikipedia unter Regierungsform heißt: *semipräsidentielle föderale Republik (de facto defekte Demokratie mit autokratischen bis despotischen Zügen)*.

Immer wieder gibt es Gerüchte über Attentatsversuche auf Putin. Unsinn. Ein KGB-Agent lässt sich nicht ermorden. Putin überlebt alle, vermutlich auch **Wolodymyr Selenskyj** und erst recht **Joe Biden**, wenn auch vielleicht nicht physisch, so doch politisch. Diktatoren leben halt länger.

Ed Koch

08) AfD prangert Missbrauch des Verfassungsschutzes durch „Ampel“ an

20. 07. 2022



Die AfD steht unter Beobachtung des Bundesamt für Verfassungsschutz und wirft der Ampel-Regierung nun Missbrauch Selbiger vor.

„Verdachtsfall“ im Südwesten als Grund

Die AfD-Bundesspitze hat den Regierungsparteien vorgeworfen, den Verfassungsschutz politisch zu missbrauchen. Die AfD wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz und seit kurzem auch vom Verfassungsschutz im Südwesten als Verdachtsfall beobachtet.

Baden-Württembergs Verfassungsschützer hatten „hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte“ für verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD gesehen. Damit stellen sie den ganzen Landesverband unter Beobachtung.

Das verkündete der BW-Innenminister Thomas Strobl (CDU) am Donnerstag in Stuttgart bei der Vorlage des Verfassungsschutzberichts für 2021. Damit folgt der Geheimdienst in Baden-Württemberg der „Vorgabe“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Bislang waren im Südwesten bereits die AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative und der rechtsnationale „Flügel“ der Partei nachrichtendienstlich beobachtet worden.

Die Landesverbände der AfD werden von den jeweiligen Landesbehörden unterschiedlich beurteilt. Beispielsweise wird die Thüringer AfD als gesichert rechtsextremistische Bestrebung beobachtet. Die AfD als Gesamtpartei wird nunmehr seit März 2021 vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall im Bereich Rechtsextremismus eingestuft.

Gericht entschied gegen AfD

Das Kölner Verwaltungsgericht hatte im März dieses Jahres eine Klage der AfD gegen diese Einstufung, zugunsten des Verfassungsschutzes entschieden. Es gebe ausreichende

Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen innerhalb der Partei, hatte das Gericht wenig überraschend argumentiert. Die AfD hatte dann beim Oberverwaltungsgericht in Münster Berufung eingelegt.

Die AfD hat der Bundesregierung vorgeworfen, den Verfassungsschutz politisch zu missbrauchen, wobei die rechtsorientierte Partei Widerstand gegen die Beobachtung durch den Geheimdienst angekündigt hat.

„Wir lassen uns als Alternative nicht kaputtmachen“, erklärte Parteichef Tino Chrupalla letzten Samstag in Stuttgart auf dem Landesparteitag der AfD Baden-Württemberg. Es handle sich dabei um den Versuch, die AfD zu diskreditieren und zu zersetzen, sagte er gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (DPA).

Dies sei im demokratischen Europa ein absoluter Sonderweg.

Bei der Landtagswahl im vergangenen Jahr hatte die AfD im Südwesten herbe Verluste hinnehmen müssen. Sie landete damals bei 9,7 Prozent, einem Minus von 5,4 Punkten.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Zu heiß, um sich Sorgen zu machen



paperpress

seit 1976

Nr. 603-21

19. Juli 2022

47. Jahrgang



Zu heiß, um sich Sorgen zu machen

Wenn es zu viele Themen gibt, über die man sich Sorgen machen müsste, kommt irgendwann der Punkt, wo man abschaltet. Und dann noch diese Hitze. Meine Empfehlung: Gute klassische, aufmunternde und schwungvolle Musik anhören, viel Tee trinken und zwischendurch ein Scheibchen Baguette in gutes, wirklich gutes Olivenöl tunken, angereichert durch ein paar Priesen Himalaya Ur-Salz.

Dann sorgt man sich beispielsweise nicht darum, was in der Ukraine los ist. Ich meine nicht den Krieg, sondern die Entlassungswelle, die Präsident Selenskyj gerade veranstaltet. Enge Vertraute, wie die Generalstaatsanwältin und der Geheimdienst-Chef, müssen gehen. Offenbar laufen in den von Russland besetzten Ostgebieten Regierungsmitarbeiter über, aus Angst oder Opportunismus ist egal. Das ist Hochverrat, sicherlich. Kein klardenkender Mensch kann aber davon ausgehen, dass Putin sich auch nur einen Quadratmeter vom eroberten Land wieder abnehmen lässt. Die Menschen arrangieren sich.

Wenn ich sehe, dass **Joe Biden** in Saudi-Arabien um Öl bittet und sich deshalb mit dem „Kronprinzen“ **Mohammed bin Salman** an einen Tisch setzt, wird mir übel. Zur Erinnerung: bin Salman wird für die unglaublich dreiste Ermordung des Journalisten **Jamal Khashoggi** am 2. Oktober 2018 im saudi-arabischen Generalkonsulat in Istanbul verantwortlich gemacht. Eine Mörderbande reist in die Türkei, bringt einen Menschen um, zerstückt ihn und transportiert die Leichenteile in Diplomat-Koffern ab! So eine Geschichte hätten nicht einmal **Agatha Christie** oder **Donna Leon** in einem ihrer Kriminalromane zu Papier gebracht. Saudi-Arabien ist eine „absolute Monarchie“, das Gegenteil von dem, was wir am Leben zu erhalten suchen. Um aber am Leben zu bleiben, kaufen wir bei diesen Leuten ein.

„Um sich von Energielieferungen aus Russland zu lösen, will die EU künftig deutlich mehr Gas aus der Südkaukasus-Republik Aserbaidschan beziehen. EU-Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** und Aserbaidschans Präsident **Ilham Aliyev** unterzeichneten am Montag in Baku eine Absichtserklärung, wonach über den südlichen Gaskorridor innerhalb von fünf Jahren doppelt so viel Gas im Jahr geliefert werden soll wie bisher.“ Quelle: Der Tagesspiegel

Wikipedia: Aserbaidschan: Staats- und Regierungsform: präsidentielle Republik (de facto defekte

Demokratie mit autokratischen bis totalitären Zügen). „Defekte Demokratie“, den Begriff kannte ich noch nicht. Können wir wirklich nur überleben, wenn wir bei der Mafia Shoppen gehen?

Und was soll man davon halten? Die Präsidenten Russlands, der Türkei und des Iran, **Wladimir Putin**, **Recep Tayyip Erdogan** und **Ebrahim Raisi** treffen sich in Teheran. Drei ausgewiesene lupenreine Demokraten, die in Wahrheit die Demokratie noch mehr hassen als einen Kommentar in der New York Times. Drei Gangsterbosse der übelsten Sorte treffen sich, um worüber zu reden? Ukraine, Syrien, sicherlich.

Die Türkei ist NATO-Staat. Was würde geschehen, wenn der Verteidigungsfall ausgelöst werden müsste? Putin und Erdogan „haben im Laufe der Zeit ein Vertrauensverhältnis entwickelt, das es ihnen erlaubt, auch schwere Meinungsverschiedenheiten zu überwinden.“, lesen wir im Tagesspiegel. Und weiter: „Für den russischen Staatschef geht es in Teheran darum, die internationale Isolation Russlands zu durchbrechen und seinen Einfluss im Nahen Osten zu sichern. Das Treffen von Teheran findet wenige Tage nach der Nahost-Reise von US-Präsident Joe Biden statt, der das amerikanische Bündnis mit Saudi-Arabien – einem Rivalen Irans – stärken wollte.“

Fast schon kurios ist dabei, dass Erdogan Kampfdrohnen an die Ukraine liefert. An den Sanktionen gegen Russland beteiligt sich die Türkei freilich nicht, und der Iran hält sich vollkommen aus dem Konflikt raus.

Immerhin will man auch über Getreidelieferungen sprechen. Millionen Tonnen Getreide sitzen am Schwarzen Meer fest, während Millionen Menschen hungern. In Gesprächen mit den Vereinten Nationen haben sich angeblich „Umriss einer Einigung zwischen Russland, der Ukraine, der Türkei und der UNO abgezeichnet.“ Statt Weizenlieferungen zu ermöglichen, würde Putin lieber Drohnen aus der Türkei und dem Iran geliefert bekommen. Und Erdogan würde gern „Grünes Licht“ von seinem Kumpel für eine „neue türkische Militärintervention im Norden Syriens“ bekommen. „Dort will die türkische Armee die kurdische Miliz YPG aus dem Grenzgebiet vertreiben.“

Das Treffen der drei Despoten hat die Qualität einer Skatrunde mit **Al Capone**, **Charles Luciano** und **Meyer Lansky**. Kein Grund also, sich Sorgen zu machen, heute sowieso nicht...

Ed Koch

10) Wann frieren wir?



paperpress

seit 1976



Nr. 603-17

17. Juli 2022

47. Jahrgang

Wann frieren wir?

Es sind nicht allein die Politiker, die uns klirre machen, wenn wir an den Herbst und Winter denken. Von Wärmestuben für Senioren bis zur Warmwasserezuteilung und Herabdrehen der Zimmertemperaturen wird fast jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Und die Treiber sind vor allem die Medien. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Push-Meldungen mein Smartphone aufleuchten lässt und neue Horrorszenarien beschrieben werden. Soll man etwa Selbstmord aus Angst vor dem Erfrieren machen?

Dieter Blümmel, Herausgeber der Zeitschrift „Das Grundeigentum“ hat sich in der Nummer 13/2022 des Themas sachlich, unaufgeregt und erklärend angenommen. Sein Kommentar ist überschrieben mit „Frostige Zeiten“.

Zuerst ruft uns Blümmel ins Gedächtnis, wie es um unsere innere Temperatur bestellt ist. 36,5 Grad müssen wir halten. „Mit jedem Grad weniger nimmt die Leistungsfähigkeit ab, bei 32 Grad fallen wir ins Koma, bei 28 Grad kommt Gevatter Tod.“ Beruhigend aber, dass wir, „situationsangemessen gekleidet“, auch Temperaturen von minus 40 oder 50 Grad aushalten. „Große Schlanke frieren eher als kleine Dicke“, lernen wir. Und was ist mit mir als großen Dicken?

Wieviel Grad in unserer Wohnung halten wir aus? Energieminister **Robert Habeck** hat eine Absenkung von den üblichen 20 bis 22 Grad auf 16 bis 18 ins Spiel gebracht. Gestern sah ich in irgendeiner Nachrichtensendung einen Energieberater, der dringend davon abriet, die Warmwasserspeicher auf 40 Grad einzustellen. 60 Grad wären gut, um die Bildung von Legionellen zu vermeiden. Außerdem sei kräftiges Durchlüften auch bei niedrigeren Zimmertemperaturen notwendig. Bilde sich an den Fensterinnenflächen Wasser, weil es in der Wohnung zu kalt ist, könnte dies Schimmelbildung zur Folge haben. Auch sollte die Wohnung gleichermaßen warm sein. Es nütze also wenig, wenn in der Küche die Heizung abgestellt wird. In einem Innenbadezimmer so und so nicht, da sollte es wohl warm sein, nicht nur, weil man sich den Hintern nicht abfrieren möchte, sondern weil sich vor allem hier Schimmel bilden kann, was zuerst auf dem Duschvorhang sichtbar wird.

Jedes Grad weniger spare sechs Prozent Energiekosten. Jeder muss aber auch selbst herausfinden, ab welcher Temperatur er es noch in seiner Wohnung aushält. **Dieter Blümmel** setzt sich schon seit vielen Jahren aus Gründen der Ressourcenschonung und

Energieeinsparung für eine Absenkung der Heiztemperaturen auf 18 Grad ein. „Dass die Grünen“, schreibt er, „solche naheliegenden Gedanken erst aufgreifen, als Putin sie zum Jagen getragen hat, stellt ihnen kein gutes Zeugnis aus.“

Die Diskussion ist also in vollem Gange. Ich weiß nicht, wie es sich in meiner Wohnung anfühlt, wenn 18 Grad herrschen. Ich werde mir zuerst ein paar Innen-Thermometer anschaffen, um das festzustellen. Wie es umgesetzt werden könnte, eine Höchsttemperatur gesetzlich vorzuschreiben, weiß ich nicht. Für meine 60 Quadratmeter große Wohnung, wovon 50 qm als beheizbare Wohnfläche gelten, zahle ich rund 1.000 Euro jährlich für Heizung und Warmwasser. Ob das viel oder wenig ist, wird mir **Dieter Blümmel**, der paperpress ebenso gern liest wie ich seine Kommentare, sicherlich mitteilen. Ich reiche die Info dann nach. „Physiologen sagen“, schreibt Blümmel, „dass wir alles als unangenehm empfinden, was unter 15 Grad liegt.“ Das kann sicherlich so pauschal nicht gesagt werden, denken Sie an die kleinen Dicken und großen Dünken.

Dass **Dieter Blümmel** für die Absenkung auf 18 Grad ist, wissen wir. Mit denen, die anderer Meinung sind, geht er hart ins Gericht. „Für den Deutschen Mieterbund ist ‚Energiesparen das Gebot der Stunde, und zwar für alle, eine gesetzlich vorgeschriebene Drosselung der Heiztemperatur für den Wohnbereich nicht nur der völlig falsche Weg, sondern eine ‚Schnapsidee‘.“ Blümmel: „Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an!“ „Unterstützung“, so Blümmel, „für diese Ohnemichel-Haltung kam von Bundesbauministerin **Klara Geywitz** (SPD), die ‚gesetzlich verordnetes Frieren für unsinnig‘ hält und offenbar auch über genügend medizinische (und physikalische) Kompetenz verfügt, um die Behauptung aufzustellen, ‚alles unter 20 Grad könne sogar gesundheitsgefährdend sein‘ und sei auch ‚gebäudetechnisch zu kurz gedacht‘.“

Warten wir also ab, wie hoch der Druck wird, am Thermostat drehen zu müssen. Von einer Priorisierung, also, wer sich zuerst zu beschränken hat und wer es weiterhin warm haben darf, halte ich nichts. Die Industrie als wichtige Grundlage unseres Wohlstands, darf nicht zum Erliegen kommen. Lieber sitze ich im Wollpullover und dicken Strümpfen vor dem Fernseher. **Aktuelle Meldung:** „Der Chef der Bundesnetzagentur, Müller, sieht Hinweise darauf, dass die Gaspreise nicht weiter steigen werden, und warnt vor Panik.“ Quelle: tagesschau / BILD

Ed Koch

1

11) Deutsche Innenministerin Faeser warnt vor „demokratiefeindlichen Energiepreisdemonstranten“

18. 07. 2022



Deutschlands linksradikale Innenministerin Nancy Faeser (SPD) scheint ihre milliardenschwerer „Kampf gegen Rechts“ und alles andere regierungskritische bisher nicht weit genug zu gehen. Nachdem Demonstranten gegen die Corona-Diktatur von Beginn an dämonisiert wurden, mahnt man jetzt vor kritischen Bürgern, die ihren Unmut über steigende Energie- und Lebensmittelpreise äußern.

Warnung vor „radikalen Protesten“ und „Rechtsextremen“

Die Innenministerin warnt nicht etwa vor fehlgeleiteter Politik und Kriegshetze, die zur nächsten schweren gesellschaftlichen Krise nach der Corona-P(II)andemie führen, sondern vor den einfachen Bürgern, die ihre Existenz vernichtet sehen. Im Handelsblatt warnte sie daher vor „radikalen Protesten“ aus der Mitte der Gesellschaft, sollten, wie erwartet, die Preise für Energie und auch Lebensmittel weiter anziehen.

Und dabei scheut Faeser natürlich auch nicht zurück, diese akut armutsgefährdeten Menschen als „Rechtsextreme“ zu diffamieren, die angeblich schon bei den Corona-Demos ihre „Verachtung gegen die Demokratie“ zeigten:

„Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Coronazeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen.“

Frei nach dem Motto: Wir der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem.

Behörden sollen eingreifen

Und es wäre nicht der deutsche DDR 2.0 Polizeistaat, wenn nicht auch der Ruf nach einem behördlichen Eingreifen sofort mitschwingt. Neben den neuen Meldestellen für „Rassismus und Queerfeindlichkeit“, sollen sich die Behörden auch um diese Art von „Populisten und

Extremisten“ kümmern. Und wie schon bei den Corona-Demonstranten, wahrscheinlich mit äußerster Brutalität und Härte.

Die Sicherheitsbehörden hätten die extremistischen Szenen aber sehr genau im Blick. „Wir sind vorbereitet, auch auf mögliche neue Protestgeschehen“, so die deutsche Innenministerin.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) CDU-Vorsitzender Merz beklagt „deutsche Kriegsmüdigkeit“ und „Verrat an der Ukraine“

16. 07. 2022



Die Kriegstreiber der Transatlantiker haben mit Deutschlands Politikern mehr als willfährige Erfüllungsgehilfen für ihre Agenda gefunden. Denn nicht nur die Ampel-Regierung setzt aktuell alles daran, einen militärischen Konflikt mit Russland zu provozieren, auch die Opposition in Form der CDU und ihres Vorsitzenden Friedrich Merz ist fleißig mit dabei, wenn es um laute Rufe nach Krieg geht.

Merz geht Krieg nicht schnell genug

So stimmte Merz via Twitter ganz auf NATO-Linie in die Kriegshetze ein. Er bemängelte in einem Kommentar die „Kriegsmüdigkeit“ der Deutschen, mit der die Regierung offenbar rechnet und die sich abzeichnet, und warnte im gleichen Atemzug vor einem „Verrat an der Ukraine“ und „unserer Freiheit und Demokratie“:

„Rechnet die Bundesregierung mit einer zunehmenden Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung? Wenn das so ist, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt hin zum Verrat an der Ukraine. Wer aber die Ukraine verrät, der verrät auch unsere Freiheit und unsere Demokratie.“

Schon in der Vergangenheit ließ Merz mit ähnlichen Aussagen aufhorchen. Er forderte etwa einen [unverzüglichen EU-Kandidatenstatus der Ukraine](#) und mehr deutsche Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Hamburg: Ukraine-Flüchtlinge werde in Luxus-Appartements mit exorbitanten Mieten untergebracht (Video)

16. 07. 2022



Mundsburg Tower | <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hh-mundsburg-hochh.jpg> (CC BY-SA 3.0)

Während Rentner in Deutschland vielfach mit ein paar hundert Euro im Monat abgespeist werden und sich jetzt schon vor dem kalten Winter fürchten, plagen derartige Sorgen ukrainische „Flüchtlinge“ in Hamburg nicht.

Damit sie sich auch richtig, in dem Land, das pausenlos von ukrainischer Seite angepöbelt wird, wohlfühlen, werden den „Schutzsuchenden“ Appartements zur Verfügung gestellt, von denen man nur träumen kann.

Dazu schreibt das „Hamburger Abendblatt“ in seiner Printausgabe, dass über die 100 Meter hohen Wohntürme des „Mundsburg Tower“ – im Stadtteil Bezirk Nord – „jetzt zum Grab deutscher Steuergelder werden“. Schlanke 6,2 Mio. Euro müssen bis Ende Juni 2023 alleine an Kosten für die Ukrainer in den Munsburger Wohnungen aufgebracht werden. Kein Wunder, denn die Mieten seien dort „gigantisch“ so die genannte Zeitung weiter. Welche Kosten die Herrschaften sonst noch verursachen, kann man sich unschwer ausmalen.

Im Maximalfall kassiert die Immobilienfirma 5.400 Euro für eine 65 Quadratmeter Wohnung. Bescheidene 3.600 Euro Miete für eine Wohnung, die 30 Quadratmeter groß ist, [24hamburg.de](https://www.24hamburg.de).

Dass der Preis für derartige Wohnungen nicht überhöht ist, geht aus dem Video hier hervor, dass das uns zeigt, dass schöner wohnen und gleichzeitig Schutz suchen, sich keineswegs ausschließen müssen.

<https://www.youtube.com/watch?v=EUyupxv7b14&t=3s>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) DDR 2.0: CDU-Parteiausschlussverfahren gegen Bürgerrechtlerin Angelika Barbe

15. 07. 2022



Angelika Barbe | Foto: David Berger

Was unterscheidet die einstige „Insel der Freiheit im Meer der Gewalt“ (Horkheimer) denn noch von einstigen kommunistischen Diktaturen? fragt Angelika Barbe am Ende ihrer Stellungnahme zu ihrem Parteiausschluss verfahren mit falschen Tatsachenbehauptungen ohne Anhörung. Von einer CDU, die in unseliger Erinnerung auch Blockpartei genannt werden sollte.

Wir dokumentieren hier die Stellungnahme von Angelika Barbe:

So, das habe ich nun davon. Nach 26-jähriger Parteizugehörigkeit beschloss der „weise“ Rat (oder sollte ich besser schreiben „Rat der alten weißen Männer“) der CDU Neukölln, mir, der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin ein Parteiausschlussverfahren anzuhängen. Eine Anhörung ist nicht vorgesehen. Entweder ich bereue, oder

Was sind meine „Übeltaten“?

1. Ich habe mehrere Majestätsverbrechen auf dem Kerbholz: habe in den letzten beiden Jahren verschiedentlich die Regierungsmaßnahmen gegen Corona kritisiert, Maskenpflicht und Impfpflicht abgelehnt, für die Einhaltung der Grundrechte immer und immer wieder – schon bei Pegida in Dresden – demonstriert und in jüngster Zeit noch die Haltung des Westens gegenüber Russland und der Ukraine für falsch befunden – dabei für einen Verhandlungsfrieden plädiert – wie mein großen Vorbild Klaus von Dohnanyi, und die Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner „Die Waffen nieder!“ zitiert. Und – ich kritisiere den politischen Islam, der mit seiner Frauenfeindlichkeit eine rassistische Ideologie ist, wie mir Islamwissenschaftler Prof. Aladin El-Mafaalani in Dresden vor einem 130-köpfigen Publikum bestätigte. Darüber muss man diskutieren dürfen. Doch hier wird nicht diskutiert, hier wird diskussionslos ausgegrenzt.

2. Ich habe das Grundgesetz ernst genommen, mich für die Einhaltung der Grundrechte durch die Politik engagiert und wurde von aggressiven Polizeischergen des SED/SPD-Innensenators Geisel widerrechtlich und mit Gewalt abgeführt (obwohl ich – per Video-Beweis – darum bat, wegen meiner Knie-OP allein laufen zu dürfen. [UNSER-MITTELEUROPA berichtet ausführlich](https://unser-mitteuropa.com/47097-2/) über die brutale Verhaftung, als Barbe in Berlin am Alexanderplatz einkaufen war.)

<https://unser-mitteuropa.com/47097-2/>

Das wurde mit der falschen Tatsachenbehauptung in der Schmähschrift unterstrichen:



“Ein Mitglied der CDU, das von der Polizei abgeführt wird und sich bei der Festnahme wehrt, widerspricht allen rechtsstaatlichen Grundsätzen und der Werteordnung der CDU.“

Ein Verfahren gegen mich gab es nicht, Widerstand habe ich als Demokratin und Schöffin nicht geleistet – das weiß die CDU längst, versucht aber nachträglich eine Delegitimierung und Rufschädigung meiner Person.

3. Ich hatte – im Gegensatz zu den meisten Mitbürgern – die Gelegenheit, ein paar wissenschaftliche und politische Argumente in die Diskussionsrunde einzubringen, die nicht nur nicht diskutiert werden, nein, sie hätten nach Ansicht der „alten weißen CDU-Männer“ erst gar nicht in die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Gemeinsam mit der Ärztin Frau Dr. Austenat habe ich die Internet-Initiative „Evidenz der Vernunft“ gegründet, um den Bürgern mit Antikörpertests eine Alternative zur „Gen-Impfung“ zu bieten und sie zur Stärkung des eigenen Immunsystems anzuregen. Das genügt, um die intellektuelle Redlichkeit einer **Ex-**

Bürgerrechtlerin und Biologin, die weiß, wovon sie spricht, in den Schmutz zu ziehen. So etwas wie Meinungsverschiedenheit scheint in ideologisch vernebelten Köpfchen nicht mehr zu existieren. Vor allem überrascht die Feigheit der Protagonisten, überhaupt mit der Geächteten zu sprechen.

4. Ganz besonders anstößig scheint mein Vortrag anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution 2019 zum Thema **“Wieviel DDR steckt in der Bundesrepublik?”** vor der AFD-Fraktion in NRW zu sein. Man zitiert aus dem Zusammenhang, ohne zu erwähnen, daß ich mich schon damals auf massiv eingeschränkte Meinungsfreiheit, fehlenden Rechtsstaat „Das Ende der Gerechtigkeit (Jens Gnisa), ausgegrenzte Opposition im Bundestag, die Verzerrung der Wirklichkeit durch „zwangsgebührenfinanzierte Staatsmedien (Matthias Döpfner) beziehe:

„Das ist jetzt schon wie DDR- also diesen SED-Verbrechern – und der heutigen Regierung!“

5. Mir wird vorgeworfen, für das Kuratorium des deutschen Instituts für Menschenrechte – ehrenvoll vorgeschlagen von der AFD – kandidiert zu haben und „dankbar dafür zu sein, daß es die AFD gibt, denn die CDU macht gemeinsame Sache mit der SED/Linke“. Zitat aus dem Pamphlet:

„Mit dieser Aussage diskreditiert Frau Barbe die CDU und stellt sie in ein völlig falsches Bild, was als Geschichtsklitterung zu verstehen ist...“

Die CDU merkt dabei selbst, dass sie gegen eigene Standards verstößt, handelt aber nach dem Prinzip aller Täter und verunglimpft sowohl Kritiker als auch Opfer der SED-Diktatur mit dieser Handlungsweise. Der italienische Philosoph Noberto Bobbio, bezeichnete den Wechsel zwischen links-gerichteten und rechts-gerichteten Regierungen in westlichen Demokratien, wenn sie durch freie unmittelbare Wahlen zustande kommen, als normalen demokratischen Vorgang. Eine Grenze sah er darin, Antidemokraten zur Macht zu verhelfen. Für viele Wähler in Deutschland besteht die Grenze in der politischen Zusammenarbeit mit den Antidemokraten der SED/Linken, die für ihre Verbrechen in der DDR nie zur Verantwortung gezogen wurden. Die sich unter der Tarnkappe „Linke“ versteckende SED ist verantwortlich für 250.000 unschuldig politisch Inhaftierte, mehr als 33.000 per Kopfgeld an den Westen verkaufte politische Häftlinge, mehr als 1000 Grenztote, 3,5 Mill. Flüchtlinge, 500.000 gequälte Kinder in DDR Kinderheimen. Unzählige Opfer des „real existierenden Sozialismus“ leiden noch heute unter den Nachwirkungen des Regimes. Ausgerechnet SED-Antidemokraten werden seit 1994 als Koalitionäre oder Dulder an der Macht beteiligt, stellen Minister, Staatssekretäre Abgeordnete und tun so, als hätten sie mit dem Honecker-Krenz-Modrowschen-Verbrechersystem nichts zu tun. Dabei sitzt Modrow ganz selbstverständlich im Ältestenrat der Partei, die sich vor dem Landgericht Berlin bekannte, die rechtsidentische alte SED zu sein, die sich nie auflöste und sich unter dem Label „Linke“ tarnt.

Diese Sichtweise teilte damals die gesamte CDU. Heute wird dieses demokratische Wertefundament nur noch in der Werte-Union vertreten.

Denn Merkel zerstörte mithilfe gefügiger Medien, einem „Skelettjournalismus“ und „hündisch kriechender Intellektueller“ (Gottfried Benn) den jahrzehntelang währenden antitotalitären Konsens, nie mit Linksextremisten oder Rechtsextremisten gemeinsame Sache zu machen. Entsetzten befällt den Beobachter, der sich beklommen fragt, warum so viele CDU-Funktionäre so lange der „Patin“ (Gertrud Höhler) die Füße küssten.

Wer hält denn den SED-Ministerpräsidenten in Thüringen an der Macht und verhindert damit längst überfällige und versprochene Neuwahlen? Die AfD ist es jedenfalls nicht.

Alle „Kartellparteien“(Meir/Katz) haben den antitotalitären Konsens der Demokraten längst aufgekündigt. Laschet, Merz, Wüst, Günther, Esken, Scholz, Habeck verharmlosten Gefährlichkeit und Machtanspruch der kommunistischen SED (Tarnname „Linke“). Als Diktaturverschonte fallen sie auf Lügen Ramelows und Co. herein und finden deren bürgerfeindliche Appeasementpolitik besonders clever. Sie unterwerfen sich damit in doppelter Weise beiden gefährlichsten Ideologien dieses Jahrhunderts. Ihre Aufgabe wäre die gnadenlose Ächtung und Aufarbeitung der Verbrechen von Kommunismus und politischem Islam, so-wie der Nationalsozialismus zu Recht geächtet ist.

Bereits nach der Friedlichen Revolution erklärte die umbenannte SED, nur eine Schlacht verloren zu haben. Früher hätte ich nicht geglaubt, daß sie den Westen schon damals so tief unterwandert hatten, um jetzt den Sieg auf ganzer Linie verkünden zu können.

6. Es wird erwähnt, dass ich gelegentlich bei „verschwörungstheoretischen“ Portalen (von M. Gärtner, M. Mros, V. Lengsfeld, [D. Berger](#), P. Weber oder RT-Deutsch) aufgetreten und Mitglied im parteiübergreifenden Kuratorium der Desiderius-Erasmus-Stiftung bin. In verschiedenen Interviews hätte ich Lügen verbreitet. Da Inquisitoren die Wahrheit für sich gepachtet haben, müssen sie nichts erläutern. Es genügt, Zeitungs-Enten der „taz“ zu wiederholen. Die CDU übernahm dabei ungeprüfte taz-Verleumdungen. Falsche Tatsachenbehauptungen wurden wortwörtlich in die Schmähschrift übertragen, die Betroffene allerdings nicht gehört. Die CDU schloss sich einer Vorverurteilung an, die nichts anderes ist, als gesetzlich untersagte Verdachtsberichterstattung. Die Ehrverletzungen sind durch nichts belegt. Man kann sagen, die CDU benutzt die „taz“ als Nachrichtenquelle ungefragt wird nachgedruckt!

Die CDU hat den Anspruch verwirkt, eine christliche Partei zu sein

Eine CDU, welche ihre Partei-Programme vom Anfang der 2000-er Jahre von ihrer Web-Seite nimmt, muss sich fragen lassen warum, denn es waren auch die Merkels. Schämt sie sich ihrer Aussagen? Oder will sie direkte Programm-Vergleiche mit der AfD erschweren bzw. verhindern? Übrigens hat auch Christoph Schwennicke, Cicero-Chef, vor einem Jahr in einer Phoenix- Runde diese Frage gestellt.

Es ist nicht christlich, zu lügen (Verstoß gegen das achte Gebot: „Du sollst nicht falsches Zeugnis reden wider Deinen Nächsten“) Sowohl MP Kretschmer, als auch Ex-Gesundheitsminister Spahn versprochen vor den Wahlen, dass es keine Impfpflicht geben würde. Nach den Wahlen war das Versprechen keinen Cent wert. Es ist nicht christlich, Mitmenschen wegen ihrer Meinung zu diffamieren und zu verfolgen. Es ist nicht christlich, den christlichen Glauben zu verleugnen und andere Götter (Bsp. Allah) an seine Stelle zu setzen (Verstoß gegen das 1. Gebot: „Ich bin der Herr, dein Gott, du sollst nicht andere Götter haben neben mir“). Es ist nicht christlich, Frauen aufgrund ihres Geschlechts ungleich zu behandeln, wie es der Koran befiehlt (Rassismus ist ein Überlegenheitsanspruch aufgrund biologischer Merkmale). Es ist nicht christlich, Menschen gegen ihren Willen mit einer notzugelassenen genmanipulierten Substanz zu impfen und ihren Tod in Kauf zu nehmen (Verstoß gegen das 5. Gebot: „Du sollst nicht töten“).

Der CDU rate ich in ihrer Entscheidung zu bedenken, dass ich mich gegen falsche Tatsachenbehauptungen strafrechtlich wehre und mich eine Erkenntnis Hannah Arendts prägte, die ich als freier Mensch allen Unterwerfungs-Anweisungen einer Blockpartei vorziehe:

„In politischen und moralischen Angelegenheiten gibt es keinen Gehorsam!“ (H. Arendt)

Verschwörungstheorien bewahrheiten sich – Kritiker sind rehabilitiert

Was gestern noch als Verschwörungstheorie galt, wird jetzt offiziell im Evaluierungsbericht korrigiert: „Wer alternative...Denkansätze vorschlug, wurde nicht selten ohne ausreichenden Diskurs ins Abseits gestellt. Dabei ist eine erfolgreiche Pandemiebewältigung ohne den offenen Umgang mit Meinungsverschiedenheiten...nur schwer denkbar.“ Damit erfolgte meine offizielle Rehabilitierung am 1.Juli. Wann kommt die Entschuldigung von der CDU bei mir und all denen, die Opfer von Ausgrenzung, Rufmord, Denunziation und Diffamierung wurden?

Der Bericht ist entlarvend, die Maßnahmen seien überzogen gewesen, ohne erkennbaren Effekt, die Grundrechtseinschränkungen nicht verhältnismäßig, ein vernichtendes Ergebnis für eine Regierung, die sich anmaßt, Menschen zu entrechten, wie in jeder beliebigen Diktatur und dabei das Wort „Demokratie“ wie eine Monstranz vor sich her trägt. Jeder Kritiker kann dieses Gutachten jetzt zur Rehabilitierung anführen. Das Ausschalten von Kritikern ist aber noch immer Teil der Coronapolitik.

Ich erinnere mich schmerzlich an das SED-Regime mit seiner Maxime „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns und wer gegen uns ist, ist gegen den Weltfrieden!“ Diese – als unumstößliche Wahrheit – verkündete Propagandaparole fiel 1989.

Das Verbot der Coronamaßnahmenkritik fiel jetzt erst nach zwei Jahren mit dem Gutachten, das das Fehlverhalten der Regierungen enthüllt. Endlich sind die Cancelmaßnahmen öffentlich diskreditiert. Wahrheit und Wirklichkeit brechen sich Bahn.

Zur Maskenpflicht – Freiwillig immer, verpflichtend nimmer:

Maske – Nein danke! Das Unterwerfungsattribut nützt nur der Gehorsamkeitsstrategie nicht legitimer Grünrotgelber!

Als Naturwissenschaftlerin bin ich es gewohnt, wissenschaftlich zu arbeiten. Deshalb habe ich bereits im Mai 2020 in WHO-Veröffentlichungen nachgeschaut und fand in deren Datensätzen randomisierte Studien, die die höchste Form wissenschaftlicher Evidenz darstellen, und besagten, dass Masken bei Virusinfekten nichts bringen. Es gibt keinen Nachweis dafür, dass Masken schützen – weder mich noch andere. Nicht nur das, es gibt sogar Studien, die zeigen, dass sie gefährlich sind. Es sind bei Obduktionen entsprechende Fasern in Lungen der Menschen, die Masken trugen, gefunden worden. Dr. Webers hat zwei angrenzende Bezirke in den USA untersucht. In einem bestand Maskenpflicht, im anderen nicht. Ergebnis: **Die Todesrate war 1,4-fach höher im County mit Maskenpflicht.**

Auch Justizminister Buschmann (FDP) hält inzwischen den Sinn einer Maskenpflicht nicht für ausreichend wissenschaftlich erwiesen. Dennoch wird man in abfälliger Weise als „Querdenker- oder auch als «Corona-Leugner»“ bezeichnet, in den Medien und der CDU.

Das gehört zu Propagandatechniken des Framing mit dem Ziel auszugrenzen, zu diffamieren, herabzuwürdigen und eine sachliche Diskussion zu verhindern. Ich habe mir im Laufe der Zeit fast alle Framings „verdient“: bin die berüchtigte Bürgerrechtlerin, die sich schon den Kommunisten nicht unterwerfen wollte, ich bin Nazi, ich bin natürlich

Verschörungstheoretiker, Corona-Leugner, Impfgegner. Das sind Begriffe, die jeder Sachlichkeit entbehren. Ich gehe nicht darauf ein. Ich habe alles wohl überlegt und überlege sie seit zwei Jahren. Lauterbach bei Lanz:

„Wir haben draußen Masken getragen, was unnötig war!“

Zahlreiche Demos wurden aufgelöst, Bürger mit Bußgeldern bestraft, vor allem Frauen von gewalttätigen Polizisten in den Dreck geworfen und geknebelt, weil sie auf ihrem Grundrecht auf körperliche Selbstbestimmung bestanden... Und jetzt stellt sich der dafür Verantwortliche hin und sagt lapidar, das sei doch nicht nötig gewesen! Der Weg in den totalitären Staat ist mit solchen Aussagen gepflastert und wird von denen getragen, die sich sklavisches den bössartigen Anordnungen von Despoten unterwerfen!

Seit 2,5 Jahren befinden sich Krankenhäuser in historischer Unterauslastung und damit sparen die Krankenkassen immens. Warum will Lauterbach dann die KK-Beiträge erhöhen?

2021 starben 85 Menschen direkt nach der „Impfung“ mit Biontech – öffentlich gemeldet an das PEI. Die Behörde reagierte – nicht! Weder wurden die Toten obduziert, noch weitere „Impfungen“ gestoppt oder gar Biontech-Chef Sahin verhaftet. Nichts!!!

Wenn man die Testlügen auseinandernimmt, wie in Dänemark, Spanien oder Großbritannien, bleibt nur falscher Lauterbach-Alarm, der angeblich „fehlende Daten“ für Dauertests und „politische Quarantäne“ missbraucht. Das hat Krankenhauschef Jens Scholz, der kleine Bruder unseres amerikahörigen Bundeskanzlers, öffentlich beklagt, weil symptomfreie gesunde Mitarbeiter wegen falsch-positiver Tests zu Hause bleiben müssen und nicht arbeiten dürfen.

Man muss wissen, dass die verordnete Impfung eigentlich keine Impfung ist, sondern eine Therapie mit einer genmanipulierenden Substanz und dass die Anwendung eines solchen genetically modified organism, kurz GMO, bei Pflanzen und Tieren in Europa **verboten** und nur bei Impfungen erlaubt ist. Das hat so vor einigen Jahren seinen Weg ins Europarecht gefunden.

Ausgerechnet der ÖVP-Verfassungsministerin Karoline Edtstadler rutschte ein vielsagender Freud'scher-Versprecher der Sonderklasse heraus. Vollmundig erklärte sie, dass sich viele Experten darüber einig wären, die „Impfpflicht“ sei der einzige Weg aus der Demokratie.

Im Land der Dichter und Denker, pardon der „Datenvernichter und Datenverrenker“ wird Wissenschaft zur Hure der Politik herabgewürdigt.

Wissenschaft kommt von Wissen, und nicht von Moral. Sonst würde sie Moritat heißen.

Die sogenannten „Ministerpräsidentenrunden“ unter Merkel, die ich kritisierte, weil sie im GG nicht vorgesehen sind, waren verfassungswidrig sie haben das föderale Prinzip ausgehebelt und damit den Machtbereich einer Zentralregierung (wie in der DDR) verkörpert. Das sollte vertuscht werden. Nun muss das Kanzleramt Protokolle zu Corona-Beratungen unter Merkel an den „Tagesspiegel“ herausgeben, entschied das Berliner Verwaltungsgericht.

Das Missverständnis des gesetzten Rechts:

Es ist leider ein Missverständnis, niedergeschriebenes Recht automatisch einem Rechtsstaat zuzuordnen. Wichtig dagegen ist, was im Rechtstext steht, und ob er tatsächlich

umgesetzt wird. Es war für – zumindest die meisten – Ostdeutschen, die den Rechtsstaat erkämpft hatten, eine Enttäuschung, dass 2020 fast alle Regierungen der westlichen Welt geschriebenes Recht ignorierten und sogar Justizinstitutionen (Richter) demütigten, indem sie Urteile nicht akzeptierten und ignorierten. Aber Juristen, die nicht urteilen sind wie Ärzte, die nicht behandeln.

Diktatur zeigt sich im Umgang mit ihren Kritikern:

Das Kriterium für Demokratie kann nur sein, wie man mit Menschen anderer Meinung umgeht und mit Strömungen, die ungerechtfertigte Macht und Machtmissbrauch bekämpfen. Vor allem, muss man erkennen, ob der Souverän, also die Bevölkerung, in allen Belangen das Sagen hat. Oder ob Schichten und Einfluss-Kräfte sich Macht anmaßen, die sich gegen die Interessen der Bevölkerung stellen und damit Macht ausüben. Die Beurteilung nach diesen Kriterien, in welchem System wir leben, ist leider ernüchternd. Wer die freie Meinungsäußerung unterbindet, wie Antidemokrat Kretschmer, muss sich über schlechte Wahlergebnisse nicht beklagen! Zensur ist das zuverlässigste Anzeichen von Hilflosigkeit und Existenzangst staatlicher Herrschaft.

Ausgrenzung Andersdenkender:

In Deutschland, dem einstigen „Bollwerk der Demokratie“ (R. Köppel) werden Andersdenkende ausgegrenzt. Das war vor dreißig Jahren unvorstellbar, als wir Ostdeutschen die selbst-erkämpfte „Deutsche Einheit“ und den Rechtsstaat mit dem ersten Geburtstag feierten. Ostdeutsche erfuhren im Laufe der kommunistischen Diktatur auf bitterste Weise, dass ein auf Dauer angelegtes Unterordnungsverhältnis der Bürger verhindert werden muss. Nur ein funktionierendes Rechtssystem kann das gewährleisten. Totaler Machtanspruch kann und soll durch rechtliche Kontrollen der Macht begrenzt werden. Um Auswüchse zu kontrollieren und zu begrenzen, muss Pluralität organisiert werden, damit sich nicht eine Herrscherclique dauerhaft einrichtet. Ziel der revolutionären Bürger war deshalb der Rechtsstaat, der uns Bürger vor dem totalen Zugriff des diktatorischen Staates schützen sollte.

Selbst das letzte Relikt ehemals vorhandener Demokratie – freie Wahlen – werden auf dem ideologischen Altar geopfert. Sie wurden vorsätzlich in Berlin von Innensenator Geisel gefälscht (Luthe, Vosgerau). Auf versprochene Neuwahlen warten wir seit 10 Monaten vergeblich.

Was bleibt vom einstigen deutschen Vorzeigestaat der Freiheit im Jahr 2022?

1. Waffenlieferungen in Krisengebiete und verordnete Kriegsbegeisterung!
2. Wahlfälschung wie in der DDR und damit eine nicht legitimierte Regierung
3. gnadenlose Verfolgung der Kritiker

Was unterscheidet die einstige „Insel der Freiheit im Meer der Gewalt“ (Horckheimer) denn noch von einstigen kommunistischen Diktaturen?

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Die Stimmung im Lande



paperpress

seit 1976

Nr. 603-15

15. Juli 2022

47. Jahrgang



Die Stimmung im Land

Die **Forschungsgruppe Wahlen** hat für das **ZDF** die Stimmung im Land ermittelt. Das **Politbarometer** befasst sich zuerst mit der Frage, ob die Deutschen weiterhin dafür sind, die Ukraine zu unterstützen, obwohl gerade die Energiepreise durch die Decke fliegen.

Aktuell fließt wegen Wartungsarbeiten kein Gas von Russland über die Pipeline Nord Stream 1 nach Deutschland. Es gibt Befürchtungen, dass Russland auch nach Abschluss der Wartungsarbeiten kein Gas mehr liefert. Laut ZDF-Politbarometer meinen dies 44 Prozent aller Befragten, während 48 Prozent davon ausgehen, dass danach die Lieferung wieder aufgenommen wird.

Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen gegenüber Russland haben zu einer spürbaren Erhöhung der Energiepreise nicht nur bei Gas geführt. Dennoch wollen 70 Prozent aller Befragten die Ukraine weiterhin unterstützen, auch wenn das bei uns mit hohen Energiepreisen verbunden ist. 22 Prozent sind dafür, die Ukraine nicht mehr zu unterstützen mit dem Ziel, wieder zu niedrigeren Energiepreisen zu kommen.

Trotz dieses starken Rückhalts für eine weitere Unterstützung der Ukraine fordern jetzt weniger Befragte (35 Prozent) als Anfang Juli (44 Prozent) eine Verstärkung der militärischen Unterstützung der Ukraine.

Die Bundesregierung beruhigt uns gegenwärtig mit allen möglichen **Entlastungen**, wie dem 9-Euro-Ticket oder einem Tankrabatt, der kaum in den Taschen der Autofahrer landet. Und was die Energiepreispause betrifft, so landen die 300 Euro nicht in Gänze beim Bürger, denn das Finanzamt holt sich seinen Teil zurück. Klassischer Fall von Mogelpackung. Vermutlich deshalb **hält eine klare Mehrheit von 76 Prozent diese Maßnahmen nicht für ausreichend**.

Auch wenn wenig aussagekräftig, so ist doch ein Blick auf die Beliebtheit unseres politischen Spitzenspersonals immer wieder interessant. An der Spitze steht nach wie vor **Robert Habeck**, gefolgt von **Annalena Baerbock**, **Hubertus Heil**, **Olaf Scholz**, **Cem Özdemir** und **Karl Lauterbach**. Alle befinden sich im Plusbereich, ihre Werte sind aber im Gegensatz zur Umfrage Anfang Juli gesunken.

Den Minusbereich führt **Markus Söder** an, dessen Wert sich auch verschlechtert hat, ebenso wie der von **Christian Lindner**, der von der Pluszone ins

Minus gerutscht ist, wo er auf **Friedrich Merz** und **Sahra Wagenknecht** trifft. Es war vielleicht doch nicht so eine gute Idee, eine glamouröse Hochzeit auf Sylt zu feiern. Etwas bescheidener wäre ja vielleicht auch möglich gewesen. Und dass Merz protzig im Privat-Jet auf die Insel geflogen ist, kam auch nicht so gut an.

Und wie würden wir wählen, wenn wir am Sonntag wählen könnten?

Die SPD käme auf 21 Prozent (unverändert) und die CDU/CSU auf 26 Prozent (minus eins). Die Grünen könnten weiterhin mit 25 Prozent rechnen, die FDP mit sechs Prozent (unverändert), die AfD mit elf Prozent (plus eins) und die Linke unverändert mit fünf Prozent.

Und Corona?

Seit Mai steigt die Zahl der Befragten wieder an, die ihre Gesundheit durch das Coronavirus gefährdet sehen: Jetzt fürchten 40 Prozent (Mai: 30 Prozent, Juni: 34 Prozent) eine persönliche Gefährdung (keine: 50 Prozent; Mai: 63 Prozent, Juni: 59 Prozent). Die aktuelle Corona-Lage wird von elf Prozent als sehr problematisch und von 49 Prozent als problematisch angesehen, 30 Prozent sagen "nicht so problematisch" und neun Prozent "unproblematisch".

Dass es trotz deutlich gestiegener Corona-Fallzahlen aktuell kaum Corona-Beschränkungen gibt, ist umstritten: 51 Prozent finden das gut 47 Prozent finden das schlecht.

Klimakrise durch Energiekrise abgelöst.

Dass zur Energiesicherheit jetzt klimaschädliche Kohlekraftwerke stärker genutzt werden sollen, finden 68 Prozent aller Befragten richtig. Diese Vorgehensweise findet eine mehrheitliche Zustimmung in allen Parteianhängergruppen, selbst bei den Anhängern der Grünen sprechen sich 57 Prozent dafür aus.

Immerhin glauben 67 Prozent der Bürgerinnen und Bürgern, dass die hohen Temperaturen und die geringen Niederschläge die Folgen des Klimawandels sind. 30 Prozent sehen „*darin lediglich normale Wertschwankungen*.“ *Quelle: ZDF*

Der frühere und vielleicht künftige US-Präsident **Donald Trump** sieht die Klimakrise gewohnt gelassen. Mit Blick auf den ansteigenden Meeresspiegel sagte er: „*Wir werden ein bisschen mehr Grundstücke am Strand haben, was nicht das Schlechteste auf der Welt ist.*“ *Quelle: BILD*

Ed Koch

16) Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff – die BR Deutschland ist keine Bananenrepublik (BR)



paperpress

seit 1976



Nr. 603-13

13. Juli 2022

47. Jahrgang

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff

Natürlich leben wir in keiner Bananenrepublik, nur weil zwei Abgeordnete ihre Beziehungen spielen ließen und von an uns verkauften Corona-Schutzmasken schöne Provisionen kassierten. Der Bundesgerichtshof hält diese Geschäfte für völlig in Ordnung, weil Moral kein juristisches Kriterium zu sein scheint. Immerhin haben die beiden CSUler ihre Parteiämter verloren. Was für eine harte Strafe.

Wir werden für unser Engagement für die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland von Putin mit dem Energieentzug bestraft. In Russland gibt es übrigens Leute, die darüber nachdenken, Putin nicht mehr Präsidenten, sondern „Pravitel“ zu nennen, was „Herrscher“ bedeutet. Warum nicht gleich Zar, besser noch Führer, denn seit dem Duce und Hitler gab es bislang keinen größeren Faschisten als Putin. Noch besser wäre ein Griff in die Titelliste des rumänischen Diktators Nicolae Ceaușescu, der sich „Großer Kommandant“, „Titan der Titanen“ oder „Sohn der Sonne“ nennen ließ.

Apropos Sonne. Wenn es jetzt wieder heiß werden sollte, klagen Sie nicht, denn Sie werden die Erinnerung an diese Wärme im Winter benötigen. Für den Kolumnisten **Jan Fleischhauer** ist der Notfallplan beim ausbleibenden Gas ganz klar priorisiert: „Zuerst in Merkels Wohnung das Gas abdrehen, dann in Schloss Bellevue.“ Nicht vergessen werden darf das Haus von **Gerhard Schröder** in Hannover.

Robert Habeck ist Wirtschaftsminister und nicht **Wärmestubenbeauftragter**. Somit sorgt er sich um die deutsche Industrie. Und wenn das Gas knapp wird, muss natürlich die Grundlage unseres Wohlstandes zuallererst am Laufen gehalten werden. Das bedeutet dann eben Einschränkungen im Energieverbrauch. Erinnern wir uns daran, was unsere Eltern oder Großeltern erzählt haben, wie sie durch die Berlin-Blockade gekommen sind. Zuteilung des Stroms auf bestimmte Zeiten am Tage und in der Nacht. Man kann sich auch mit kaltem Wasser die Hände waschen. Und wenn warmduschen nur zu bestimmten Zeiten möglich ist, muss man sich darauf einrichten. Wir werden von unserer Wohlstandspalme, von der aus wir gönnerisch über die Welt blicken, runterkommen müssen. Die zu großen Teilen verweichlichte junge Generation wird sich arrangieren müssen. Vielleicht hilft das all jenen, die schon mit 28 Jahren ihren ersten Burn-Out feiern. In einer kalten Woh-

nung zu sitzen, könnte vielleicht die Selbstfindungsphase beschleunigen.

Vorerst sind wir damit beschäftigt, unsere Luxusprobleme zu bearbeiten. Die Links-Koalitionen im Land und den Bezirken veranstalten einen Feldzug gegen die Autofahrer. Das Selbstbestimmungsrecht auf freie Mobilitätswahl wird eingeschränkt.

Im Kreuzberger Graefekiez wird ein Großversuch gestartet, den sich die „Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung beim Wissenschaftszentrum Berlin“ vermutlich gut bezahlen lässt. Geleitet wird das Projekt vom Schrecken aller Autofahrer, **Prof. Dr. Andreas Knie**, dessen Welt manchmal nicht von dieser ist.

„Ab Frühling 2023 sollen die 20.000 Bewohner des Kreuzberger Graefekiezes für ein halbes Jahr nicht mehr die 2.000 Parkplätze im Viertel nutzen dürfen.“ Derzeit gäbe es „zu viele Autos in Berlin.“, sagt Knie in einem Interview mit der **Morgenpost**. „In Berlin stieg 2021 laut Kraftfahrt-Bundesamt die Zahl neu zugelassener Pkw mit alternativen Antrieben gegenüber dem Vorjahr um 48,3 Prozent an. Insgesamt wurden 60.376 Pkw neu zugelassen.“ In Berlin gibt es 1.233.625 Autos, Stand März 2022.

Sinn und Zweck der Graefe-Aktion ist offenkundig, den Autofahrenden das Nutzen ihrer Fahrzeuge zu vermiesen. Professor Knie glaubt, „dass schon während des Versuchs die Hälfte der Autos abgeschafft wird.“ Wenn er sich da mal nicht irrt.

Ein Hebel, den Autofahrenden das Leben zu erschweren, sind die breiten mit Pollern geschützten Radwege und selbst dort Tempo-30-Zonen einzurichten, wo es wenig Sinn macht. Ein weiterer ist das Immer teurer werdende Parken. Autofahrende werden im Gegensatz zu Fahrradfahrenden durch die KFZ-Steuer schon kräftig zur Kasse gebeten. Die Biker zahlen nichts. Fast zehn Milliarden Euro spülen die Autofahrenden mit der KFZ-Steuer in die Staatskasse und werden aus Dank dafür noch weiter abgezockt. Die Drahteselnutzer grinsen sich in die Speichen.

Warum sollte man in Berlin angesichts des Zustands des ÖPNV auf sein Auto verzichten? Autofahren dauert länger als mit der U-Bahn unterwegs zu sein, vor allem, wenn sich mit hoher krimineller Energie Menschen auf den Fahrbahnen festkleben. Dennoch ist das Auto-Abenteuer erträglicher, als in einer U-Bahn durch die Stadt zu fahren. Professor Knie hat übrigens schon weitere Kieze im Blick: den Kollwitzplatz und die „Rote Insel“ in Schöneberg. Gute Reise.

Ed Koch

1

Berlin und Brandenburg allein (Seiten E 118)

17) Berlin: Polizisten (m,w,d?) singen auf CSD-Bühne „We are queer“ (Video)

25. 07. 2022



Bilder: screenshots twitter

Nachdem man uns seit relativ kurzer Zeit krampfhaft einzutrichtern versucht, dass die beiden herkömmlichen Geschlechter „irgendwie“ nicht mehr zeitgemäß sind und dass in uns in Wirklichkeit eine Unzahl anderer Geschlechter innewohnen könnte, wird diese neue Erkenntnis nun massiv „beworben“.

Es gilt jetzt dafür zu sorgen, dass Leute die nicht so genau wissen, ob sie ein Männchen oder Weibchen sind und ihr Geschlecht dann eben je nach „Bedarf“ und Lust wechseln können (angeblich einmal pro Jahr soll das dann möglich sein), oder überhaupt zu keinem Geschlecht sich zugehörig fühlen wollen, nicht zu diskriminieren. Das hat mit der Akzeptanz von Homosexuellen gar nichts zu tun, denn schwule Männer wie Guido Westerwelle oder Klaus Wowereit wurden nie ob ihrer Veranlagung angegriffen. Sie präsentierten sich einfach nicht tuntig – und genau das ist der Punkt: Jetzt will man das Tuntentum als neue Normalität darstellen und das beginnt schon in den Kindergärten, wenn man dort aufgedonnerte Drug Queens antanzen lässt.

Nun stellen wir fest, dass wir den Werbeaktivitäten für diesen gesellschaftlichen Wandel täglich vorgesetzt bekommen, die Regenbogenfahne ist allgegenwärtig und es ist schick „queer“ zu sein. Wer da nicht mitmachen will, ist homophob, hat somit eine Phobie, also einen psychischen Defekt. Und viele Leute wollen nicht als „rückständig“ oder geisteskrank eingestuft werden, beispielweise Berliner Polizist*Innen, die am Christopher Street Day (CDS) auf einer Bühne mit voller Inbrunst „We are queer“ trällerten.

https://twitter.com/Hartes_Geld/status/1550844182184529921?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1550844182184529921%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Funser-mittleuropa.com%2Fberlin-polizisten-mwd-singen-auf-csd-buehne-we-are-queer-video%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Berlin: „Mann“ stößt Frau gegen einfahrende S-Bahn, nach Einvernahme wieder frei!

24. 07. 2022



Einfahrende S-Bahn in Berlin (Symbolfoto) | flickr/ (CC BY-NC-ND 2.0)

BERLIN – Während in Deutschland bereits [Meldestellen](#) eingerichtet werden, wo man in Blockwartmanier Personen denunzieren soll, die noch „unter der Strafbarkeitsgrenze“ verbal „auffällig“ werden, ist das immer mehr in Mode kommende Stoßen von Frauen in oder vor einfahrenden Zügen offensichtlich mittlerweile ein Kavaliersdelikt. Anders ist nicht zu erklären, dass so ein S-Bahn-Schubser nach der polizeilichen Einvernahme gleich wieder „seine Wege gehen“ kann, wie die [Berliner Zeitung](#) berichtete.

Der „Mann“ schubste auf dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen am Freitag eine Frau gegen eine einfahrende S-Bahn. Zuvor sagte sie dem „mutmaßlichen“ Täter, dass sie kein Interesse an ihm habe. Das hätte sie besser nicht sagen sollen, speziell wenn so ein

„Mutmaßlicher“ dem gebenedeiten Kreis der Bereicherer angehört. Das hört so einer nicht gern, wenn Frauen so mit ihm reden. Da hat man schon Verständnis aufzubringen, wenn die Polizei kultursensibel reagiert und solche Leute mit Glacéhandschuhen anfasst. Und gleich wieder laufen lässt – wie gerade in Berlin.

Der „Mann“ der die 22-Jährige auf dem Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen seitlich gegen eine Waggon einer einfahrende S-Bahn gestoßen hat, konnte nach einer Personenbeschreibung des Opfers, das glücklicherweise unverletzt blieb, „vorläufig in Gewahrsam“ werden. Zuvor habe der Täter noch „volksverhetzende Sprüche“ von sich gegeben. Man kann davon ausgehen, dass es kein Deutscher war, der „volksverhetzende Sprüche“ in Kombination mit Gewalttätigkeiten von sich gab. So einer wäre rasch für mehrere Jahre im Gefängnis gelandet und mit Sicherheit nicht sofort wieder auf freiem Fuß.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Unbegreiflich Naivität der Regierenden Bürgermeisterin



paperpress

seit 1976



Nr. 602-30

25. Juni 2022

47. Jahrgang

Unbegreifliche Naivität



Foto: NDR

Wie lange würde es wohl dauern, ehe **Franziska Giffey** merkt, dass sie nicht mit **Donald Trump**, sondern dem Kabarettisten **Max Giermann** telefoniert?



Foto: privat via Tagesspiegel

Ein Double des Kiewer Bürgermeisters **Vitali Klitschko** hat es immerhin auf eine halbe Stunde geschafft.

Am Freitagabend telefonierte die Regierende Bürgermeisterin mit ihrem Amtskollegen in Kiew, dachte sie. Telefonate kommen normaler Weise über die Büros der betreffenden Personen zustande. Die Nummern sind im Display ersichtlich und wenn es Zweifel gibt, ist das Rathaus in Kiew zum Glück noch erreichbar. Man hätte also vorher nachfragen können.

„An der Person habe nichts, weder Aussehen und Gestik, darauf schließen lassen, dass es sich nicht um **Vitali Klitschko** handeln könne“, so Senatssprecherin **Frerichs** gegenüber der Berliner Morgenpost. „Die Person habe Russisch gesprochen und ihre Aussagen seien übersetzt worden. „Darum war mit Rücksicht auf andere Zuhörer im Vorfeld gebeten worden.“ Wie bitte? Jeder weiß, dass die Klitschkos perfekt deutsch sprechen. Und wenn sich Vitali, aus welchen Gründen auch immer, in einer anderen Sprache

unterhalten möchte, dann mit Sicherheit nicht in Russisch, sondern wohl Ukrainisch. Wie naiv muss man sein, um auf so einen Schwindel hereinzufallen?

Der echte **Vitali Klitschko** hat dann auch via BILD mitgeteilt: „Liebe **Franziska Giffey**, ich habe gerade erfahren, dass es bei Ihnen einen Fake-Anruf gab. Jemand hat sich als **Vitali Klitschko** ausgegeben – ich war es aber nicht.“ Klitschko sagte weiter: „Ich hoffe, dass wir bald über meine offiziellen Kanäle telefonieren können. Ich brauche dann auch keinen Übersetzer ...“

Das ist wirklich peinlich. „Zunächst ging es in dem Gespräch um allgemeine Fragen wie den Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine“, so die Sprecherin des Senats. „Die Person fragte, wie viele Menschen Berlin aufgenommen habe, wie viel Geld die Unterstützung koste, ob die Stadt mit der Herausforderung klarkomme – erwartbare Fragen also.“, schreibt die Morgenpost.

Nach etwa 15 Minuten hätten weiteren Fragen des vermeintlichen Kiewer Bürgermeisters die Zuhörer jedoch stutzig gemacht. So habe dieser sich erkundigt, „ob wir in Berlin erlebt hätten, dass sich viele Ukrainer hier Sozialleistungen erschleichen wollten“, so **Frerichs**. Eine andere Frage habe den Verdacht verdichtet. „Er fragte, ob Berlin darauf einwirken könne, dass ukrainische Männer aus Deutschland in die Heimat zurückkehren könnten, um dort zu kämpfen.“ Dann kam der Höhepunkt: Das letzte Thema sei dann noch auffälliger gewesen: „Er hat gefragt, ob wir Kiew beratend unterstützen könnten, eine Art CSD (Christopher Street Day) auszurichten. Das war angesichts des Krieges schon mehr als seltsam.“ Der Kommentar von **Giffey** ist unglaublich: „Gehört leider zur Realität, dass der Krieg mit allen Mitteln geführt wird – auch im Netz, um mit digitalen Methoden das Vertrauen zu untergraben und Partner und Verbündeten der Ukraine zu diskreditieren“.

„Deep fakes“ nennt man das, vor denen man sich schützen kann, wenn man vorher alle Telefonleitungen kontrolliert und beim Original nachfragt, bevor man mit dem Double spricht. Zur Erheiterung trägt es natürlich immer bei, wenn Politiker verscheißert werden. Telefonscherze dieser Art mussten schon viele ertragen. Richtig lustig ist, was eine Künstlergruppe technisch möglich gemacht hat, nämlich dass zwei russische Führungskräfte telefonisch verbunden werden, ohne dass sie sich tatsächlich anrufen wollten. Der Verursache kann zwar nicht in das Telefonat eingreifen, aber zuhören. Reagieren Sie vor allem nicht auf Anrufe mit unterdrückter Nummer.

Ed Koch

1

20) Baden unter Polizeischutz



paperpress

seit 1976



Nr. 603-25

21. Juli 2022

47. Jahrgang

Baden unter Polizeischutz

Wenn etwas Außergewöhnliches geschieht, sprechen Polizei und Betroffene von einer „neuen Qualität.“ Diese „neue Qualität“ hat sich am Dienstagabend zugetragen. „Bei einer Auseinandersetzung zwischen Badegästen und Badangestellten im Columbiabad in Neukölln sind elf Menschen verletzt worden. Drei von ihnen wurden zur Beobachtung ins Krankenhaus gebracht, wie die Polizei mitteilte. Drei Männer (19, 23 und 24 Jahre) wurden vorläufig festgenommen.“, berichtet die **Berliner Morgenpost**.

Die drei später festgenommenen und weitere junge Männer wurden wegen einer Schlägerei des Bades verwiesen. „Die Betroffenen seien der Aufforderung zwar erst einmal nachgekommen, aber über Zäune oder durch den Haupteingang zurückgekehrt. Danach gingen sie gezielt auf Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes los. Dabei setzten sie auch Reizgas ein.“ „Drei Sicherheits-Mitarbeiter flüchteten in den Aussichtsturm des Freibades und schlossen hinter sich ab. Daraufhin versuchten die Tatverdächtigen vergeblich, die Tür einzuschlagen. Bei dem Geschehen wurden insgesamt elf Personen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren verletzt – sechs Badegäste, vier Sicherheitsmitarbeiter und ein Mitarbeiter des Rettungsdienstes. Zwei Männer sagten aus, dass ihnen ins Gesicht geschlagen worden wäre.“ Nun findet das Badevergnügen unter Polizeischutz statt.

Es ist nicht der erste Vorfall in einem Sommerbad. Immer wieder gab es in letzter Zeit ähnliche Auseinandersetzungen, die nur durch den Einsatz der Polizei beendet werden konnten. Nichts, aber auch gar nichts, selbst hohe Temperaturen, rechtfertigt die Anwendung von Gewalt gegenüber anderen Menschen. Egal, welchen ethnischen Hintergrund Gewalttäter haben, sie leiden unter einem starken Defizit an Toleranz und Empathie.

Der Psychologe **Kazim Erdogan** erklärte gestern in der **rbb-Abendschau**, dass die jungen Männer „keine gefestigte Identität hätten“, sie „wollen zeigen, dass sie da sind, wenn sie nicht positiv auffallen können.“ Erdogan nennt das einen „Hilfeschrei!“. Wo kämen wir hin, wenn jeder, der um Hilfe schreit, demjenigen, der ihm helfen soll, aufs Maul haut?

Möglichkeiten, positiv auf sich aufmerksam zu machen, gibt es mehr als genug in unserer Gesellschaft. Wie wäre es denn beispielsweise damit, kleinen Kindern beim Schwimmenlernen zu helfen? Oder älteren Besuchern des Bades ein kühles Getränk vorbeizubringen? Es gibt zu wenig Rettungsschwimmer. Die

DLRG würde sich über Verstärkung freuen. Wie sieht es denn mit einem Einsatz beim Technischen Hilfswerk aus, wenn es mal wieder gilt, eine Flut zu bekämpfen? Es gibt hunderte von Möglichkeiten, positiv aufzufallen. Daran besteht aber kein Interesse.

Schlägereien entwickeln sich nicht einfach so, nur weil jemand mit einer Wasserpistole bespritzt wird. Nein, die jungen Männer gehen mit dem Vorsatz in ein Bad, Spaß nach ihren Vorstellungen haben zu wollen, und das heißt, andere zu verprügeln. Da reicht häufig schon ein falscher Blick aus, um die Eskalation auszulösen.

Wo nun liegt das Problem? Die Schulen kann man leicht verantwortlich machen, sind sie doch ohnehin schuld an allem Elend der Jugend. Wenn Neuköllns Vize-Bürgermeister **Jochen Biedermann** sagt, es gäbe zu wenig Jugendeinrichtungen in seinem Bezirk und Schuld trage das „Spardiktat vergangener Zeiten“, hat er sicherlich recht. Auf dieser Schuldzuweisung kann man sich aber nicht ewig ausruhen.

Für mich stehen die Schuldigen am Verhalten der jungen Männer fest, die Eltern! Das Fundament jeder guten Erziehung wird im Elternhaus gelegt. Findet eine liebevolle, empathische und tolerante Erziehung statt, ist die Gefahr, dass der Nachwuchs auf andere einprügelt, sehr gering. Natürlich kann ein Jugendlicher durch falsche Freunde immer noch auf die falsche Bahn geraten, eine Grundimmunität wäre aber schon einmal von Hause aus vorhanden.

Wenn ein männlicher Jugendlicher jedoch vom Vater als Prinz behandelt wird, der sich innerhalb der Familien und auch außerhalb so verhalten darf, ist der Weg zum ersten Fausthieb nicht weit. Den Söhnen wird beigebracht, dass sie sich zu wehren haben, wenn erforderlich, mit Gewalt. Friedliche verbale Auseinandersetzungen sind viel zu anstrengend, zu schnell gehen einem die Argumente aus. Da ist es einfacher, die Diskussion durch einen Schlag ins Gesicht des Gegenübers zu beenden.

Wie lösen wir das Problem? Erziehungseinrichtungen, Bootcamps? Wohl kaum. So lange Eltern nicht bereit sind, sich so um ihren Nachwuchs zu kümmern, wie es erforderlich wäre, passiert gar nichts. Jugendämter und Schulen sind keine pädagogischen Reparationswerkstätten. Und so lange Jugendliche auf die Frage, was sie einmal werden wollen, mit Hartz IV antworten, weil sie morgens früher aufstehen müssen als ihre Eltern, kommen wir keinen Schritt voran. Und das in einer Zeit des Arbeitskräftemangels, wo jeder in einem Beruf positiv auf sich aufmerksam machen könnte.

Ed Koch

21) Mobilitätswende in Berlin

Der Koalition aus SPD, Grünen und Linken gelingt bislang nicht der gerechte Ausgleich zwischen den Verkehrsteilnehmenden. Der Kampf gegen die Autofahrer hat Kfz-Neuanmeldungen zur Folge.

Berliner Morgenpost: *Mobilitätssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) hält deshalb an dem Ziel fest, die **Zahl der Kraftfahrzeuge auf den Straßen zu verringern**. „Die Mobilitätswende funktioniert nur mit **deutlich weniger Autos** und vor allem: mit deutlich weniger Platz, der von parkenden oder fahrenden Autos oder Lastern verbraucht wird“, sagte Jarasch der Berliner Morgenpost. „Die **Zahlen der Neuzulassungen müssen runter**, weil auch der Raum für Autos kleiner wird.“ Sie werde weiter Auto-Fahrspuren zu Radwegen und Busspuren umwidmen, Parkplätze zu Lieferzonen, Stellplätzen für Sharing-Mobilität oder zu grünen Oasen umwandeln. „**Berlin braucht weniger Verkehr und mehr Mobilität, das meine ich ernst und da mache ich ernst.**“*

<https://www.morgenpost.de/berlin/article235918799/Zahl-der-Fahrzeuge-in-Berlin-steigt-auf-1-5-Millionen.html>

<https://www.morgenpost.de/meinung/article235919213/Die-Mobilitaetswende-kommt-schleichend-Aber-sie-kommt.html>

Tagesspiegel Checkpoint vom 18.07.2022:

Beinahe hat's gekracht in Paris. Franziska Giffey wäre bei ihrem ersten Auslandsbesuch als **Regierende Bürgermeisterin fast von einem E-Bike erwischt worden**. Das sagte sie bei einem Abendessen mit Vertretern der Berliner Wirtschaft. Das Private wurde so (noch vor dem ersten Gang) politisch: **Der schnelle Ausbau der Radwege in Paris habe zu neuen Konflikten geführt, aber dabei wenig erreicht, sagte Giffey**: Das Auto sei weiterhin das wichtigste Fortbewegungsmittel in Paris. Ihr Fazit: Sie wolle die Verkehrswende in Berlin auch **künftig langsamer angehen als ihre französische Amtskollegin und Parteifreundin Anne Hidalgo**. Muss man sich so den berühmten Schmetterlingseffekt vorstellen? Irgendwo in Paris steigt jemand auf sein E-Rad, **fährt Croissants holen, schaut verträumt einem Spatzen hinterher** und bringt so in Berlin die Verkehrswende zum Erlahmen?

Nehmen wir den Gedanken ernst: **Nicht das politische Projekt Verkehrswende ist verantwortlich für Konflikte auf den Straßen**. Mehr Radfahrer, mehr E-Bikes oder E-Roller und – ja, immer noch – mehr Autos in einem dafür nicht ausgelegten Stadtraum führen dazu. **Unfälle und Beinahe-Crashes entstehen durch für Fußgänger unpassierbare Kreuzungen**, durch Radwege, die im Nirgendwo enden, solche ohne Schutz zur Straße oder völlig fehlende Fahrradstreifen. Sie entstehen **durch zugeparkte Straßen, fehlende Tempolimits, Lkw ohne Abbiegeassistenten**, zu schmale Fußwege, fehlende Zebrastreifen, unaufmerksame oder unverantwortliche Auto- und Radfahrer ohne Sorge vor Strafzetteln. **67 Prozent der Unfälle in Berlin wurden 2021 von Pkw**

verursacht, 14 Prozent von Lkw und 4 Prozent von Radfahrern. Die Konflikte entstehen durch den Verkehr ohne die Wende. Und nur selten durch Radfahrer, die verträumt auf Spatzen starren.

Die Aufgabe für Giffey und ihren Senat: **Verkehr sortieren, sicherer machen und möglichst sauber**. Das verstehen auch Autofahrer: Der seit Jahren zunehmende Radverkehr macht auch ihre Fahrten in Berlin wegen fehlender Radwege zur Mutprobe, wollen sie niemandem auf dem Gewissen haben. **Gratis herumstehende Autos blockieren die Parkplätze derer, die sie wirklich brauchen**. 65 Stunden im Jahr steht ein Berliner im Stau. Es geht also nicht um „Radfahrer gegen den Rest“. **Es geht nicht um „Bullerbü“**. **Es geht um vernetzte Mobilität für eine Weltmetropole**. Das mag sich ein bisschen nach Kundenmagazin der Deutschen Bahn anhören, ist aber inklusiver gedacht **als die dörfliche Pflastersteinerlebniswelt auf Plakaten der Berliner Verkehrsverwaltung**. Übrigens: Die Hälfte aller in Deutschland verkauften Fahrräder sind inzwischen E-Bikes. Wäre doch super, Berliner und Bürgermeisterinnen müssten sich künftig nicht den Fußweg mit ihnen teilen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern.

Mit freundlichen Grüßen

18.07.2022

paperpress
seit 1976

Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin

Textarchiv: www.paperpress.org

Newsletter-Archiv: www.paperpress-newsletter.de

Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)

Träger: Paper Press e.V.

Vorstand: Ed Koch – Mathias Kraft

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr zugesandt haben möchten, senden Sie bitte diese Mail mit dem entsprechenden Hinweis „Abbestellung“ zurück.

22) Das ist Irrsinn – aus Berlin-Pankow geliefert vom ZDF-Länderspiegel



paperpress

seit 1976

Nr. 603-16

17. Juli 2022

47. Jahrgang

Das ist Irrsinn

„Der Hammer der Woche“ ist eine Rubrik im ZDF-Magazin „Länderspiegel“. Jeden Samstag sitzt man fassungslos vor dem Fernseher und schaut sich an, was Politikerinnen und Politiker landauf landab für einen Irrsinn produzieren. Manchmal hat man den Eindruck, dass mit der Mandatsübernahme eines Politikers sein Gehirn ausgeschaltet wird. Das trifft natürlich nicht auf jede und jeden zu, es bleiben aber genügend übrig, die dem „Länderspiegel“ Woche für Woche Futter liefern.

Für die Sendung am 16. Juli entsandte das ZDF ein Kamerteam in die Garibaldistraße im Pankower Ortsteil Wilhelmsruh.



Noch hat der autofeindliche Verkehrswahn der Berliner Linkskoalition die Garibaldistraße nicht ganz erreicht, die Anwohner können also nach wie vor hier parken. Die Straße ist jedoch relativ eng, beispielsweise für Müllfahrzeuge.



Eine geradezu geniale Idee löste das Problem, indem auf einer Fahrbahnseite das halbseitige Parken auf dem Gehweg erlaubt wurde. Kosten dieser Maßnahme knapp 50.000 Euro. Während andernorts jede Baumaßnahme sofort die Gründung einer Bürgerinitiative nach sich zieht, sind die Anwohnenden

in der nach dem italienischen Freiheitskämpfer und Revolutionär **Giuseppe Garibaldi** (1807-1882) benannten Straße mit dem neuen Zustand äußerst zufrieden.

Aber, die Glücklichen können ihr Glück nicht genießen, wenn es dem Heer der Amtsschimmelreiter nicht befällt. Und diese Armee, die Recht und Ordnung, koste es, was es wolle, durchzusetzen in der Lage ist, sitzt in der Bezirksverordnetenversammlung des Rathauses Pankow.

Die Berliner Morgenpost hat am 15. Juni die tragische Geschichte ausführlich geschildert.

<https://www.morgenpost.de/berlin/pankow/article235629653/Posse-in-Pankow-Anwohner-loben-unerwünschten-Auto-Gehweg.html>

Grüne und Linke in Pankow sehen in der von CDU-Stadträtin **Manuela Anders-Granitzki**, verantwortlich für die Straßen im Bezirk, durchgeführten Maßnahme „einen Bruch des Berliner Mobilitätsgesetzes und eine Benachteiligung von Fußgängern.“ Befragt haben sie die Fußgänger, um die sie sich sorgen, offenbar nicht, denn die vertreten eine ganz andere Meinung. Dennoch haben sich Grüne und Linke in der BVV eine Mehrheit verschafft, die den Rückbau fordert.

Gegen die Stadträtin wurde sogar eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht. „Nach Morgenpost-Informationen hat Bezirksbürgermeister **Sören Benn** (Linke) die Dienstaufsichtsbeschwerde inzwischen fallen gelassen. Da die Gehwegbreite trotz Einfügung der Parkplätze nicht geschrumpft ist. Den Belangen der zu Fuß Gehenden wird nach Ansicht der Straßenverkehrsbehörde ausreichend Rechnung getragen, weil – bei genauerer Betrachtung – die Gehwegbreite nicht verringert wurde“, schreibt Benn in einer Stellungnahme.“

Der Beschluss der BVV-Mehrheit wurde „gegen den erklärten Willen der Anwohner“ getroffen, „die vergeblich für einen Erhalt einer ‚paradiesischen Straße‘ plädiert hatten. Paradiesisch, weil man parken und flanieren kann. Noch.“ Die Anwohner wollen nun klagen.

Natürlich sind Grüne und Linke, unterstützt von der SPD, auf der Seite des Rechts. Wenn dieses aber keine Möglichkeiten zulässt, Bürgerinteressen zu berücksichtigen, dann ist es kein gutes Gesetz. Es geht allein um das Durchsetzen einer ideologisch kontaminierten Verkehrspolitik. Stellen wir uns lieber nicht vor, wie **Giuseppe Garibaldi**, wäre er Anwohner dieser Straße, den Konflikt gelöst hätte.

Ed Koch

1

23) Jetzt kommt Heinz (ein Elektro-Auto!)



paperpress

seit 1976

Nr. 603-14

14. Juli 2022

47. Jahrgang



Jetzt kommt Heinz



Sie ist das Highlight jeder Führung über den EUREF-Campus. Die Ladestationen für Elektroautos Modell „Heinz“ von **ubitricity**. Das Unternehmen gewann im März eine Ausschreibung der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität und Klimaschutz zur Errichtung von 200 Laternenladepunkten in Berlin.

Gestern startete das Pilotprojekt „ElMobileBerlin“ mit der Inbetriebnahme der ersten Laternen in Biesdorf. Damit hat die Installation der ersten von 200 neuen Laternenladepunkten in Marzahn-Hellersdorf und Steglitz-Zehlendorf begonnen. In den kommenden Wochen folgen in beiden Bezirken sukzessiv weitere Lichtmasten, die mit Ladeeinrichtungen ausgerüstet werden. Zum Einsatz kommt hierbei der von Ubitricity und Ebee Bender Solutions entwickelte Laternenladepunkt „Heinz“ mit einer Ladeleistung von 3,7 kW und einer Typ-2-Steckverbindung. Die Nutzerinnen und Nutzer können die Laternenladepunkte mit ihren Ladekabeln und den gewohnten Tarifen ihres eigenen Mobility Service Providers (vertragsbasiertes Laden) oder über einen QR-Code auf den Ladeeinrichtungen zum spontanen Laden (ohne Vertrag) nutzen. Mit dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Projekt werden insgesamt bis zu 1.000 Laternenladepunkte in Berlin installiert, wobei bewusst ein Schwerpunkt auf den Ausbau des Angebots in den Außenbezirken gelegt wurde. Quelle: Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Klimaschutz

Keine Chance für Heinz in Kreuzberg

Denn, wie wir gestern berichteten, sollen dort die Kieze von Autos freigeräumt werden. Wo keine Autos sind, braucht man auch keine Ladesäulen. Das Ziel der Berliner Links-Koalition ist offenbar, die Innenstadt vom Auto zu befreien. Wer sein Auto behalten und vielleicht mit Strom aufladen möchte, sollte also möglichst schnell in die Randbezirke umziehen, damit die Biker in der Innenstadt freie Fahrt haben. Private und gewerbliche Autofahrer werden nicht nur durch die „allerletzte Sekundenkleber-Generation“

behindert, sondern zunehmend durch so genannte **Kiez-Blocks**. Was wie eine Demonstration schwarz gekleideter Chaoten klingt, ist ein Durchfahrtsverbot für Autos in bestimmten Kiezen. „In Friedrichshain-Kreuzberg haben Anwohner jetzt für den Bereich Großbeerenstraße ein Durchfahrtsverbot durchgesetzt. Und es ist nicht die einzige erfolgreiche Verkehrsinitiative, die vonseiten genervter Bürger kommt. Was unter dem Schlagwort Kiezblock firmiert, überzieht zunehmend den Bezirk.“, berichtet die **Berliner Morgenpost**. „Genervte Bürger“?



Wer in einer Großstadt lebt, sollte damit rechnen, dass auf den Straßen nicht, wie in der gleichnamigen Kindersendung, Löwenzahn durch den Asphalt dringt. Wer lärmempfindlich ist, sollte aufs Land ziehen, oder dorthin, wo Heinz auf Elektroautos wartet.

Als Argument für autofreie Zonen wird gern der Schutz von Kinder angeführt. So sagte Mobilitätsexperte **Professor Knie** der Morgenpost, dass „Kinder wegen geparkter Autos nicht die Fahrbahn überschauen können.“ Wie wäre es denn mit einer pädagogischen Maßnahme der Eltern, ihren Kindern beizubringen, nicht irgendwo die Straße zwischen geparkten Autos zu überqueren, sondern dort, wo sich Ampeln befinden. Auf Kreuzungen ist nämlich das Parken verboten.

Daran, dass bald überall Tempo 30 vorgeschrieben sein wird, hat man sich inzwischen gewöhnt. „Hinzu kommt (in den Kreuzberger Kiez-Blocks) die Installation von Bremsschwellen und Fahrbahnkissen, die dazu dienen, den Verkehr zu verlangsamen.“

Der Verkehr soll aus den Neben- auf die Hauptstraßen verlagert werden, wo natürlich – wie am Tempelhofer Damm wegen der Fahrradbahnen – das Parken verboten ist. Kreuzberg sei inzwischen ein „Durchfahrts-Stadtteil“, wird beklagt. Die Zeiten, als in Kreuzberg die freie Welt zu Ende war, sind vorbei. Wer sich in der Mitte einer Stadt befindet, muss damit rechnen, dass die Leute, aus allen Himmelsrichtungen kommend, da durchwollen. Es wird eine flächendeckende Verkehrsberuhigung angestrebt, was nicht einmal auf einem Dorf möglich ist. Fragen Sie mal die Bewohner von Kloster Zinna, wo die B 101 mitten durch den Ort läuft.

Ed Koch

Österreich (Seiten E 144 – E 155)

24) Migrationsdruck an Österreichs Grenzen eskaliert - Österreich nähert sich Ungarn an

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

22. 07. 2022



Orban auf Staatsbesuch in Wien – Ungarischer Außenminister traf burgenländischen Landeshauptmann

Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer wird kommenden Donnerstag Ministerpräsident Viktor Orbán zu einem offiziellen Besuch in Wien empfangen. Das bilaterale Treffen ist diesbezüglich interessant, weil es sich thematisch mit (innerhalb der EU gegenüber Ungarn) kontroversiellen Themen auseinandersetzt: „Energiekrise in Europa, russisch-ukrainischer Krieg sowie der gemeinsame Kampf gegen illegale Migration.“ Außerdem „werden auch die EU-Perspektive der Westbalkanregion und aktuelle Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Wiederaufbaufonds diskutiert.“ ([444.hu](https://www.444.hu)) – wie es in der Pressemitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten heißt. Aufhorchen ließ auch die Verlautbarung der österreichischen Kanzlers Nehammer: In welcher er eine enge Zusammenarbeit mit Ungarn zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung in den Vordergrund stellte.

Nehammer betont „Gute bilaterale Beziehungen“

Die laut dem österreichischen Bundeskanzler Nehammer betont „guten bilateralen Beziehungen“ mit Ungarn, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der illegalen Migration, sind eine weitere Annäherung an Ungarn. Und werden wohl von der EU als Affront aufgefasst werden: „Diese bilateralen Kooperationen sind notwendig, weil das europäische Asylsystem nicht mehr funktioniert. Es braucht endlich einen starken Schutz der EU-Außengrenzen und effektive Rückführungen, um den Zustrom nach Europa zu reduzieren und für mehr Sicherheit zu sorgen“, so Nehammer. (Krone)

Hatte doch Ungarn hatte im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 Grenzzäune an seinen Südgrenzen zu Serbien und Kroatien errichtet und vertritt seitdem eine harte Anti-migrationspolitik. Diesbezüglich hatte dann der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Land bereits mehrmals wegen seiner Asylpolitik verurteilt.

Burgenländischer Landeshauptmann Doskozil traf ungarischen Außenminister Heute Freitag haben auch Landeshauptmann Hans Peter Doskozil (SPÖ) und der ungarische Außenminister Peter Szijjarto eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die Kooperation bei Energie und Klima zu intensivieren. Das betrifft etwa die geplante Wasserzuleitung aus der Moson-Donau in den Neusiedler See, der von Austrocknung bedroht ist. ([ORF](#))

Österreich liebäugelt mit „Pushbacks“ – Ohne Orban geht gar nichts

Aufgrund der derzeit hohen Flüchtlings-Aufgriffen gibt es innerhalb der zuständigen österreichischen Grenzschutz-Behörden „heftige Diskussionen“ ([oe24](#)). Zwar bestätigte mittlerweile sogar das Innenministerium die „angespannte Situation“.

Aufgrund der Tatenlosigkeit ist man aber im östlichsten Bundesland, dem Burgenland, nur mehr „frustriert“: „Die Exekutive vor Ort kommt einfach nicht mehr nach. Die Aufgegriffenen werden in den Zug gesetzt und planlos weggeschickt“ – wie ein Insider gegenüber oe24 berichtete.

Illegale Pushbacks einzige Lösung

Geradezu niedlich werden diese folgendermaßen umschrieben: „Für Verteilung braucht es Abkommen mit Orban“ (oe24) Blöder geht's wohl nicht mehr: Soll ein ungarischer Ministerpräsident nun auch noch die Flüchtlingsverteilung in Österreich übernehmen? In Wirklichkeit scheuen sich die feigen österreichischen Behörden: 1.) den Ernst der Lage einzugestehen 2.) ein effektives Grenzsicherungssystem nach ungarischem Vorbild einzurichten (Grenzzaun, Anhaltezentren in extraterritorialem Gebiet, Rückführungen, Straftatbestand „Illegaler Grenzübertritt“)

Österreichischer Refugee-Welcome-Service

Wie die Realität beweist: „Bisher wurden die Flüchtlinge bei ihrem Weg über die Grenze abgefangen – und daraufhin in Flüchtlingszentren nach Traiskirchen oder Thalgau gebracht.“ (oe24.at) Allerdings funktioniert diese Zuteilung mit vollklimatisierten Bussen wie damals 2015 (noch) nicht mehr: Nun sollen die in Österreich An-Gelandeten eine beöhrliche „Ladung in die Hand gedrückt“ bekommen. Um sich danach bei „bei den Behörden zu melden“ – wie undichte Stellen in der burgenländischen Landesregierung ventilierten.

Diese sinnlos geplante Maßnahme hat aber einen aufschiebenden Effekt: Weil wohl keiner der Neo-EU-Bürger mit dem „Ladungs“-Zettel etwas anfangen kann und will, werden somit nur die Asyl-Antragszahlen geschönt, wie österreichische Föderal-Behörden vermuten. – Die Flüchtlinge aller gestrandeten Länder machen dann eben das gesamte Land (un)kontrolliert unsicher...

Landeshauptmann Doskozil will Welcome-Service ausbauen

Die Mainstreampresse installiert dann den burgenländischen Landeshauptmann Doskozil als starken Mann: „Im Doskozil-Lager nimmt man Innenminister Karner in die Pflicht: Es brauche mehr Polizei an den Grenzen.“ (oe24.at) Nachsatz: „Und endlich ein bilaterales Abkommen mit Ungarn.“ Im Kartext: Die unfähigen österreichischen Grenz-„Schutz“-Behörden möchten, dass Orban für sie die (von der EU verteufelten „illegalen“) Pushbacks durchführt. – Immerhin eine Einsicht ist den Burgenländern aber gekommen: „Seit Jahren ist nichts passiert“, wie man frustriert herumjammert.

Doskozils Karriere zum Landeshauptmann begann als „Refugee-Welcomer“

Denn der österreichische Ex-Verteidigungsminister (2016–2020) Doskozil war einer der politischen „Profiteure der Flüchtlingskrise 2015“: Das tragische [Parndorfer Flüchtlingsdrama](#) (Syrische Flüchtlinge waren im August vor dem Parndorfer Outlet-Shopping-Center in einem Kühlwagen [erstickt](#). – Ungarn machte [kurzen Prozess](#) mit den Schleppern.) sollte seinen „kometenhaften Aufstieg“ ([Profil](#)) bewirkt haben (beginnend vom einfachen Mitarbeiter der burgenländischen Sicherheitsdirektion, 2003).

Doskozil als „Bulle von Parndorf“ – Ein tragisch österreichischer Polit-„Wappler“

Als der ungarische Ministerpräsident Orban im [September 2015](#) genervt von der gegen sein Land entfesselten westlichen Lügen-Hass-Kampagne („[FAKE-NEWS und Flüchtlings-Krise](#): Wie die LÜGENPRESSE GEGEN UNGARN mobil machte und scheiterte“) alle Flüchtlinge nach Österreich ausreisen lässt, „organisiert Doskozil 40 Reisebusse mit einem knappen Einsatzbefehl: ‚Humanität ist oberste Einsatzdevise,‘. (Profil)

Was ist ein „Wappler“ ?

Umgangssprachlich wird damit ein „ungeschickter, unfähiger oder begrenzter Mensch“ bezeichnet. Außerdem sind damit Person gemeint, „die vorgeben, kompetent und fähig zu sein, in Wirklichkeit aber völlig unfähig sind“. ([wiki](#))

Flüchtlingskrise außer Kontrolle: Österreichische Regierung völlig überfordert

Die feige Hilf- und Tatenlosigkeit der offiziellen österreichischen Flüchtlingspolitik lässt sich an den Mainstream-Meldungen ablesen: „Direkt aus Ungarn: Pro Tag 250 Flüchtlinge aufgegriffen.“ ([oe24](#))

Wird doch damit suggeriert, dass das Problem in Ungarn liege. – Der ÖVP-Innenminister Gerhard Karner müsste sich nur mal die Frage stellen, wie katastrophal die Lage wäre, wenn es keinen ungarischen Grenzzaun gäbe. Warum unterstützt Österreich den Ausbau des ungarischen Grenzzauns nicht finanziell und materiell? Nur mittels Entsendung von einer Handvoll österreichischer Grenzbeamten nach Ungarn wird sich kaum etwas ändern. Das österreichische Bundesheer mit seinen Maturanten-Azubi-Grenzschützern gleicht eher einem Pfadfinder-Zelt-Camp als Undercover-Welcome-Service.

Linke slowenische Regierung baut Grenzzaun ab

Außerdem müsste Karner ja mittlerweile mitbekommen haben, dass die linke slowenische Koalitionsregierung ihren Grenzzaun abbaut. ([UM](#) berichtete) Und dass Slowenien an Österreich grenzt... Karners immer wiederkehrende Abstimmungstreffen mit den ungarischen Polizeibehörden gleichen einer sinnlosen Voodoo-Beschwörung: „Genutzt hat es bisher offenbar wenig: Die Situation sei 'angespannt'.“ (oe24) Mittlerweile muss das Innenministerium also die Transportkapazitäten in die Asylquartiere verstärken. Außerdem gibt es Berichte, dass „Flüchtlinge einfach auf die Straße gestellt“ würden“, was natürlich „ein Ministeriumssprecher gestern dementieren“ (musste).

31.000 Asylanträge bis Mitte 2021

Bald wird die Zahl von 2016 (42.000) übertroffen werden. Wohlgemerkt: In dieser Zahl sind aber die Ukraine-Vertriebenen nicht einmal enthalten.

Karners Krokodilstränen

„Was Karner besonders ärgert: Zunehmend kommen nicht nur Syrer und Afghanen zu uns, sondern auch Migranten aus Marokko, Tunesien oder Indien.“ (oe24.at)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

25) Dr. Norbert van Handel – Heulen und Zähneknirschen

21. 07. 2022



Besonders besorgt zeigte sich kürzlich die EU-Kommission über die zu erwartende Rezession in der zweiten Jahreshälfte und da besonders um die Energieversorgung.

1. Man darf sich, höflich gesagt, wundern. Nachdem die Laienspieltruppe in Brüssel eine Unzahl von Sanktionen gegen Russland verfügt hat, gibt man sich nunmehr erstaunt, dass Russland die Erdöl- und Erdgasversorgung Westeuropas sukzessive schließt. Ja was hat man sich denn eigentlich erwartet? Wenn man sich in einen mehr als bedauerlichen Krieg zwischen zwei Ländern, die weder der EU noch der Nato angehören, in dieser Art und Weise einmischt, wie es die EU und vor allem die sie dominierende Nato bzw. die USA verlangen, darf man sich nicht wundern, wenn Russland die Energieversorgung, vor allem mit Öl und Gas, sukzessive stoppt.
2. Auch die europarechtliche Situation scheint überlegenswert zu sein. Jawohl, die EU kann Sanktionen verhängen, jedoch muss ihr Einsatz gezielt sein und sollen alle negativen humanitären Auswirkungen und alle unbeabsichtigten Folgen für Personen, gegen die sie sich nicht richten oder auch Nachbarländer, so gering wie möglich sein. (Rat der Europäischen Union vom 7. Juni 2004) Wenn aber 27 Mitgliedsländer, die bedauerlicherweise den Sanktionen zugestimmt haben – es gilt das Einstimmigkeitsprinzip – dramatisch unter diesen leiden, so entspricht das mit Sicherheit nicht den Grundprinzipien für den Einsatz von Sanktionen. Es entspricht auch kaum dem Sinn und Zweck der EU als Instrument der Verarmung ihrer Mitgliedsländer zu agieren. Bei so schweren Verwerfungen wäre es geboten gewesen, die Bevölkerungen der einzelnen Mitglieder zu fragen, ob sie damit

einverstanden sind. Stattdessen will man sogar neue Sanktionen betreffend des Goldverkehrs der Russischen Föderation machen, ohne anscheinend zu wissen, dass das Goldgeschäft überwiegend in Indien und China stattfindet und jeden Manipulationen der Zentralbanken ausgesetzt ist.

3. Die Nomenklatura in Brüssel will nun Ungarn verklagen, wegen seines Gesetzes zur Einschränkung von Informationen über Homosexualität und Transsexualität, die vor allem dazu dienen, Kinder in ihrer Entwicklung zu behindern. Man feiert direkt die Homosexualität (die uns im Privaten nicht interessiert) ab, garniert mit der Forderung, dass die Abtreibung ein Recht für alle sein sollte. **Wollen wir diese EU wirklich noch?**
4. Die Austrittsüberlegungen aus der EU werden steigen. Ein besonders negatives Beispiel ist dabei das neutrale Österreich, dem es ohne weiteres möglich gewesen wäre, gegen die Sanktionen zu stimmen und seine mühsam aufgebauten wirtschaftlichen, vor allem energiepolitischen, Beziehungen zu Russland nicht zu zerstören. Wenn die EU in dieser Form überhaupt zu halten ist, wird es dringender denn je notwendig sein, eine starke mitteleuropäische Gruppe zu bilden, um der liberalistischen Position Deutschlands, Frankreichs und seiner Epigonen Paroli bieten zu können.
5. Wieder hat Ungarn gerade für Mitteleuropa einen starken Akzent gesetzt, indem es sich für Bosnien-Herzegowina einsetzt. Sogar der österreichische Außenminister, dem man bedauerlicherweise keineswegs das Format eines Spitzendiplomaten neutraler Prägung zumessen darf, tritt dafür ein, endlich dem Westbalkan die Zutrittsmöglichkeiten zu Europa zu ermöglichen, so wie es der Ukraine, einem der korruptesten Staaten überhaupt, angeboten wurde.
6. Auch die Stärkung des österreichischen Bundesheeres wird auf der Strecke bleiben, wenn nicht bald etwas geschieht: während Deutschland 100 Milliarden für seine Verteidigung in die Hand nimmt, redet Österreich nur und vermeidet es die notwendigen Mittel zu budgetieren, um endlich die Landesverteidigung auf jenen Stand zu bringen den die Verfassung von ihm verlangt: Artikel 9 a Bundesverfassung, „Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung, ihre Aufgabe ist es die Unabhängigkeit nach außen, sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität etc.“ Hier befindet sich die Republik in einem ständigen Verfassungsbruch, der niemanden zu interessieren scheint. Unabhängig von einer rein militärischen Dimension, deren historische Qualität durchaus ein Streitpunkt ist, stellte der legendäre Bundeskanzler Leopold Figl schon 1947 eine einseitige Orientierung Österreichs nach Westen in Abrede und weist jedes Abhängigkeitsverhältnis des Landes zu den USA zurück. Ähnlich wird auch im Moskauer Memorandum festgehalten, dass die österreichische Neutralität, die Grundlage für den Staatsvertrag war, „nach Schweizer Muster“ ausgestattet sein soll. Der Gipfel des Zynismus ist es aber, immer mehr westliche Waffen an die Ukraine zu liefern und gleichzeitig „das Leid der Zivilbevölkerung“ scheinheilig zu beklagen.
7. Für uns stellt sich das politische Schema „rechts oder links“ nicht. Es müsste heißen, richtig oder falsch, gut oder böse. So kann man durchaus Sahara Wagenknecht zustimmen, die meint, dass der Wirtschaftskrieg mit Russland sich mehr und mehr zum Albtraum entwickelt und weiter, „Sollten die Gaslieferungen tatsächlich eingestellt werden, droht uns eine Katastrophe, wie wir sie seit der Weltwirtschaftskrise zu Zeiten der Weimarer Republik nicht mehr erlebt haben.“
8. Wenn man sich die politischen Umfragen, was immer man davon halten mag, vor Augen führt, dann wird bei den nächsten Wahlen Heulen und Zähneknirschen herrschen. So genannte staatstragende Parteien werden abgewählt werden und für die wirklich heimatverbundenen Parteien sollte es einen neuen Frühling geben. Bei

den nächsten Bundespräsidentenwahlen hat der Bundesparteibeamte der FPÖ, Herbert Kickl, den Volksanwalt Dr. Walter Rosenkranz, eine patriotische Alternative zum Systemkandidaten Alexander Van der Bellen präsentiert. Rosenkranz wird sicherlich ein achtbares Ergebnis erzielen. Aber auch der dritte Präsident des Nationalrats, Norbert Hofer, arbeitet auf der Energieebene mit hochinteressanten Ideen. So könnte eine echte Trendwende in der Energieversorgung durch die Entwicklung von Flüssigsalzreaktoren eingeleitet werden. Mit einem sehr kleinen Reaktor, in der Größe eines kleinen Zimmers, könnte Strom im Megawatt Bereich ohne CO₂ und ohne die Gefahr eines Gaus erzeugt werden. China hat dazu bereits den ersten Prototypen gebaut.

9. Heulen und Zähneknirschen wird es geben, wenn endlich auch breite Kreise der Bevölkerung verstehen werden, dass die österreichische Politik nicht heißen darf, einer völlig fehlgeleiteten EU nachzulaufen, sondern zu verstehen, dass die Politiker des eigenen Landes den Interessen der Bevölkerung, nicht aber denen der USA und der in ihrer Gefolgschaft reisenden EU nachzulaufen. Österreichs Außenpolitik hat wahrscheinlich für längere Zeit der Neutralität des Landes schwerstens geschadet. Wir dürfen uns bei der Bundesregierung und insbesondere dem Außenminister, Alexander von Schallenberg, bestens bedanken.

In erster Linie muss jedes Land die eigenen Interessen vertreten und nicht die einer Kamarilla in Brüssel, die ihre Mitgliedsländer konsequent verarmen lässt.

Kürzlich hörten wir aus Deutschland den Spruch: „Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem.“ Mehr ist dazu nicht zu sagen!

Dr. Norbert van Handel

19.07.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

E. h) Ostmitteleuropa

Seiten E 156– E 171

Baltikum (Seiten E 156 – E 159)

Nördliches Ostpreußen/Königsberg [Kaliningrad]
(Seiten E xxx – E xxx)

01) Kaliningrad: Das [ehemalige] Königsberg als Brücke zwischen Ost und West

17. 07. 2022



Keinerlei Auswirkungen der "Blockade" in Kaliningrad *Bild: Privat*

Kaliningrad das ehemalige (deutsche) Königsberg, das momentan einer West-NATO hörigen, durch Litauen verhängten, sanktionsbegründeten Blockade unterliegt, ist zweifelsfrei alleine historisch betrachtet, als Brücke zwischen Ost und West zu verstehen.

Historisches „deutsches Erbe“

Kaliningrad als Hauptstadt der gleichnamigen russischen Provinz, die sich an der Ostsee zwischen Polen und Litauen befindet, ist in vielerlei Hinsicht als Brücke zwischen den „Kulturen“ des Westens und Ostens, zu betrachten.

Die Stadt hieß, während der jahrhundertelangen preußischen Herrschaft, Königsberg und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg, von russischer Seite, weitgehend wiederaufgebaut.

Die Stadt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nach Michail Iwanowitsch Kalinin dem formellen Staatsoberhaupt Sowjetrusslands von März 1919 bis Dezember 1922, benannt.

Spuren des deutschen Erbes sind am unversehrten Brandenburger Tor und dem Fischerdorf am Fluss mit Restaurants und Geschäften in nachgebauten mittelalterlichen Gebäuden zu finden.

Die deutsche Kultur und Lebensweise ist bis heute erkennbar und wird, trotz willkürlicher Sanktionen Deutschlands im Verbund mit Europa und dem transatlantischen Westen, hochgeschätzt.



Unser Russland-Experte Patrick Poppel hatte sich vor kurzem persönlich ein Bild von der Situation in Kaliningrad machen können und uns seine Eindrücke, wie auch aktuelles Bildmaterial übermittelt.



„Blockade“ durch Litauen nicht spürbar

Litauen hatte, in „Übererfüllung“ der West-Sanktionen, [wir hatten berichtet](#), im Juni diesen Jahres eine Blockade von Gütern über Kaliningrad verhängt, diese wurde nun, scheinbar auf Grund der völligen „Wirkungslosigkeit“ vor 3 Tagen wieder aufgehoben und in „eingeschränkte Handelsbeziehungen umgewandelt“. Offenbar um das „litauisch-westliche“ Gesicht nicht ganz zu verlieren.

Im öffentlichen Leben, der Grundversorgung, selbst im augenblicklich, auch auf Grund der Strände wie auch der Urlaubssaison, boomenden Tourismus, waren keinerlei Auswirkungen dieser „Blockade“ zu spüren, wie auch Patrick Poppel zu berichten wusste. Hotels sind nahezu ausgebucht, das Leben vor allem in der „blitzsauberen“, touristenfreundlichen Stadt geht seinen normalen Gang.

Zukünftige Rolle im Deutsch-Russischen Dialog

Kaliningrad (Königsberg) ist für die Deutschen nicht nur historisch interessant, sondern könnte auch in Zukunft eine wichtige Rolle für den Deutsch-Russischen Dialog spielen.

Dieser Teil der Russischen Föderation unterliegt momentan einer positiven ökonomischen und demografischen Entwicklung und bietet somit viele Möglichkeiten für Investitionen und Business.

Der Russlandexperte Patrick Poppel versuchte sich daher bei seinem Besuch ein objektives Bild von der Lage vor Ort machen. Kaliningrad ist sowohl von Deutschland als auch von Österreich aus, auf dem Landweg gut erreichbar und Deutsche (wie auch Österreicher) sind hier immer willkommen, davon konnte sich P. Poppel persönlich überzeugen.

Nach den Treffen mit der Handelskammer, den Vertretern des Außenministeriums der Russischen Föderation und der regionalen Regierung steht fest, dass diese Region großes wirtschaftliches Potenzial hat.



„Wir arbeiten nun an einem Projekt, dass es Menschen aus Deutschland und Österreich erleichtern soll, diese Region besser kennen zu lernen. Die Region Kaliningrad ist an Investitionen und Ansiedlung von Betrieben sehr interessiert.“ so Poppel.

Es ist also diese Region nicht nur einen „touristischen Besuch“ wert, sondern könnte, im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen, durchaus auch als „Wirtschaftsstandort“ von Interesse für deutsche oder österreichische Unternehmungen, werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Litauen (Seiten E 156 – E 159)

02) Die Invasion der Migranten blockieren: das Beispiel Litauen.

VON Francis GRUZELLE

23. 07. 2022



Agnė Bilotaitė, die litauische Innenministerin, sagt "Stopp" zur Migrationsinvasion und den Wahnvorstellungen der Richter des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Das Aussehen eines Wikingers, die Rede einer Kämpferin, Agnė Bilotaitė, die litauische Innenministerin, weist heute darauf hin, dass „ihr Land nicht einen einzigen Migranten ins Land lassen wird“. Um die nordische Bevölkerung dieses kleinen baltischen Landes zu bewahren. In diesem Zivilisationskampf, den ihr Land seit mehreren Jahren führt, bekräftigt sie am 13. Juli 2022:

„Litauen wird die Anordnungen der EU ignorieren und weiterhin alle Migranten zurückweisen, ihnen Asyl verweigern und sie festhalten, wenn sie die Grenze überqueren....“.

Die Rede ist klar, deutlich und präzise, denn Agnė Bilotaitė will im Gegensatz zu ihren Amtskollegen in den anderen europäischen Ländern den Kampf gegen die Migrationsinvasion gewinnen.

Sein hartes Eingreifen folgt auf einen weiteren Ausrutscher der Europäischen Union und auf eine Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, der Litauen gerade verurteilt hat. Das Gericht „rügte“ die litauische Gesetzgebung und kam zu dem Schluss, dass „das litauische Gesetz, das es erlaubt, einer Person, die um internationalen Schutz ersucht, das Asylrecht zu verweigern und sie automatisch in Haft zu nehmen, nur weil sie die Grenze illegal überschritten hat, nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist“.

Durch ihre Innenministerin Agnė Bilotaitė betont die litauische Regierung, dass Litauen seine Einwanderungspolitik trotz der Abweichungen vom EU-Recht nicht ändern wird.

„Litauen muss sich verteidigen und wird seine Politik in Bezug auf Migranten und Asylsuchende nicht zurücknehmen“, fügt die Innenministerin nach dem jüngsten Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), das von Vilnius als Provokation betrachtet wird, hinzu.

Bilotaitė ist fest und kategorisch:

„Litauen hat alle wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, um seine nationale Sicherheit und die Außengrenze der Europäischen Union zu schützen, und derzeit sehen wir nicht, dass sich die Situation so wesentlich ändert, dass wir unsere Entscheidungen rückgängig machen könnten. Litauen wird sich sicherlich verteidigen, wenn solche Bedrohungen fortbestehen“.

Litauen erlebte im vergangenen Sommer eine Migrationskrise, als mehrere Tausend Migranten, hauptsächlich aus dem Nahen Osten und Afrika, illegal von Weißrussland aus das Land durchquerten.

Ein freiheitshungriges nordisches Volk, das seine Kultur und Identität bewahren möchte.

Nur wenige Europäer erinnern sich daran, dass Litauen, das 1940 von der UdSSR annektiert wurde, als erste Sowjetrepublik am 11. März 1986, zwei Jahre vor dem Untergang der UdSSR, seine Unabhängigkeit erklärte. Am 20. April 1990 verhängten die Sowjets als Vergeltung eine Wirtschaftsblockade, indem sie die Lieferung von Rohstoffen (hauptsächlich Erdöl) an Litauen einstellten.

Nach und nach wurden die Wirtschaftsbeziehungen anschließend wieder aufgenommen. Im Januar 1991 verschlechterten sich die Beziehungen jedoch erneut. Es kam zu Putschversuchen durch die sowjetischen Streitkräfte sowie den KGB. Die russischen Machthaber glaubten, dass die schlechte wirtschaftliche Lage des Landes ein günstiges Umfeld für den Erfolg dieser Versuche darstellte und dass sie eine echte Unterstützung in der Bevölkerung erhalten würden.

Menschen aus ganz Litauen strömten nach Vilnius, um den Obersten Rat der Republik Litauen und die Unabhängigkeit zu verteidigen.

Das heißt, dass ein Volk, das sich der mächtigen Roten Armee und dem KGB widersetzt hat, nicht vorhat, sich von ein paar Tausend Migranten und einer Handvoll europäischer Richter, die im Sold des „großen Austausches“ stehen, „ärgern“ zu lassen. Agnė Bilotaitė ist da, um uns an ein dekadentes und selbstmörderisches Europa zu erinnern.

LesObservateurs.ch

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [LES OBSERVATEURS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Polen (Seiten E xxx – E xxx)

03) Euro-Einführung in Polen – Deutschland macht massiven Druck

13. 07. 2022



Deutscher Druck auf Polen für Einführung des Euro

Der Chef der polnischen Zentralbank, Adam Glapiński, erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin *Bloomberg*, dass [Deutschland massiven Druck auf Polen](#) ausübe, den Euro einzuführen. Er kündigte daher an, dies, solange er für die Geldpolitik des Landes zuständig sei, verhindern zu wollen.

Das sind dann wohl die „Geister die man rief“, indem man sich seitens Polens „bedenkenlos“ vor den Karren der West/EU- Sanktionäre und „Kriegshetzer“ spannen ließ.

Hilfe bei Aufbau des „EU-Superstaates erzwungen“

Der Präsident der Polnischen Nationalbank, Adam Glapiński, erklärte am Freitag 8.7.2022, Deutschland setze sein Land unter Druck, die Euro-Währung einführen zu müssen.

Glapiński erläuterte klar, dass solange er für die Geldpolitik zuständig sei, werde er dies zu verhindern wissen. Ebenfalls wird kolportiert, dass Glapiński von Polens Oppositionsführer Donald Tusk für die höchste Inflation seit einem Vierteljahrhundert kritisiert worden sei.

Glapiński spielte die Angriffe daraufhin herunter und behauptete, sie kämen wahrscheinlich von Leuten, die Polen zwingen wollten, den Złoty für den Euro aufzugeben.

„Einer unserer Nachbarn übt enormen Druck auf Polen aus, den Euro einzuführen und beim Aufbau eines europäischen Superstaates mit zu helfen“, sagte Glapiński auf einer Pressekonferenz in Warschau.

Unabhängigkeit Polens bewahren?

Von Seiten Polens heißt es, seit Beitritt zur EU 2004, man wolle sich seine Unabhängigkeit und Souveränität mit der „Beibehaltung“ der nationalen Währung Złoty, bewahren.

Dieses Ansinnen dürfte jedoch spätestens mit der „übereifrigen“ Unterstützung der EU-Sanktionen gegen Russland, wie auch der Beteiligung an „Russland-Hetze“ und westlicher Kriegspropaganda, ad absurdum geführt sein.

Polen trat der Europäischen Union im Jahr 2004 bei, schloss sich aber nicht dem Euro als Gemeinschaftswährung an.

Ein Beitrittsvertrag mit der EU sieht jedoch vor, dass alle neuen Mitgliedstaaten ab dem Datum des Beitritts an der Wirtschafts- und grundsätzlich auch der Währungsunion teilnehmen müssen, sobald sie die, im EG-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfüllen.

Das bedeutet also, dass Polen verpflichtet ist, seine Währung, den Złoty, schlussendlich durch den Euro zu ersetzen. Einen ähnlich gelagerten Fall gibt es in Tschechien, wo man ebenfalls noch an der „eigenen“ Währung, der tschechischen Krone, festhält.

Allerdings ist man auch hier felsenfest auf „West-Propaganda-Kurs“ unterwegs, es könnte gut möglich sein, dass man hier seitens der EU, als nächstes die „Daumen (Währungs)-Schrauben anziehen“ wird.

Die derzeitige polnische Regierung hat sich allerdings wiederholt gegen einen Beitritt zur Euro-Zone in absehbarer Zeit ausgesprochen.

„Es geht darum, dass Polen seine Unabhängigkeit und Souveränität bewahrt“, betonte der polnische Zentralbank-Chef Glapinski.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ungarn (Seiten E 160 – E 171)

04) Orbán-Rede auf der Sommeruniversität: „Die Strategie des Westens ist gescheitert“

Geschrieben von Rainer Ackermann

24. 07. 2022



Ministerpräsident Viktor Orbán (M.) sprach am Samstag auf der 31. Sommeruniversität Siebenbürgens. Foto: Ministerpräsidentenamt/ Vivien Cher Benkő

„Wenn der US-Präsident in der entscheidenden Stunde Donald Trump heißt, dann wäre der Krieg in der Ukraine nicht ausgebrochen.“

Das war einer der bemerkenswertesten Sätze in der Rede von Ministerpräsident Viktor Orbán, die dieser nach einer zweijährigen Corona-Zwangspause am Samstag auf der 31. Tuszvanyos-Sommeruniversität in Siebenbürgen hielt. Zumal er neben Trump noch die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel als Friedensgarant benannte, hätte sie bloß „weitergemacht“.

„Die Welt hat sich seit 2019 mächtig gewandelt“, begann der Ministerpräsident seinen Vortrag. Die westliche Zivilisation suchten gleich drei Erschütterungen heim, die Corona-Pandemie, ein Krieg in Europa und die drohende Rückkehr des Kalten Krieges. Der westlichen Zivilisation gehen Kraft und Leistung, Ansehen und Handlungsfähigkeit verloren, weshalb uns ein „Winter der schlechten Laune“ bevorstehe. Als besonders schmerzlich bezeichnete es Orbán, dass der Westen die Kontrolle über die Energieträger verloren habe.

Mitteleuropa hält noch stand

Für Ungarn bleibe die Demographie die größte Herausforderung, „denn es gibt immer noch weitaus mehr Beerdigungen, als Taufen“. Ohne demographische Wende drohe Ungarn und dem Karpatenbecken „früher oder später“ ein Bevölkerungsaustausch. Die Migration habe

Europa und den Westen längst gespalten. In der einen Hälfte lebten europäische und außereuropäische Völker zusammen: „Diese Länder sind nicht länger Nationen.“ Mitteleuropa halte noch dem Versuch des Westens stand, genauso zu werden. Die Ausbreitung der islamischen Zivilisation nach Europa müsse nicht nur an der Südgrenze, sondern auch von Westen her gestoppt werden, um den von dort flüchtenden Christen eine neue Heimat bieten zu können. Neben Demographie und Migration bilde der Gender-Wahn das dritte Schlachtfeld der historischen Auseinandersetzung zwischen Konservativen und Linken.

„Wir Ungarn geben unser Blut“

Zum Ukraine-Krieg merkte er an: „Uns wollen Länder erzählen, die weit weg sind, wir würden uns nicht ausreichend für die Ukrainer engagieren. Dabei geben sie bestenfalls Finanzhilfen oder Waffen.“ In Anspielung auf bislang 86 gefallene Soldaten und zivile Opfer der ungarischen Minderheit Transkarpatiens sagte Orbán: „Wir Ungarn geben unser Blut, die uns kritisieren, tun dies nicht.“ Deshalb habe Ungarn als Nachbarland das Recht, den Frieden als einzige Lösung zu bezeichnen, um Menschenleben zu bewahren.

Die Strategie des Westens im Ukraine-Krieg sei in allen vier Punkten gescheitert, denn man glaubte, die Ukraine könne den Krieg mit westlichen Waffen gewinnen, die Sanktionen würden die Moskauer Führung destabilisieren, der Westen könne mit den Nebenwirkungen der Sanktionspolitik fertig werden und die Welt werde zur Ukraine halten. „Nun sitzen wir in einem Auto, bei dem alle vier Reifen gleichzeitig einen Platten haben.“

Im Krieg diktiere der Stärkere, die EU habe aber nun die Aufgabe, sich nicht auf die eine oder andere Seite zu schlagen, sondern zwischen die Kriegsparteien zu stellen. „Solange es keine russisch-amerikanischen Verhandlungen gibt, gibt es auch keinen Frieden“, hielt der Ministerpräsident fest. Die Europäer hätten ihre Chancen der Einflussnahme 2014 verspielt, als sie die Amerikaner aus dem Friedensformat von Minsk heraushielten und nicht dessen Umsetzung erzwingen konnten. „Kein Wunder, dass die Russen nicht mehr mit uns verhandeln wollen, sondern allein mit jenen, die durchsetzen können, dass sich die Ukraine an die getroffenen Vereinbarungen hält.“

Eine „lokale Ausnahme“ in Zeiten der Rezession

Ungarn habe alle Krisen der jüngeren Zeit gestärkt überstanden, 2010 ebenso wie 2020, wechselte der Redner zu Wirtschaftsfragen. Jetzt gehe es darum, neue Vereinbarungen mit der EU, den Russen, China und den USA zu knüpfen – mit letzteren sei das vermutlich erst nach den Präsidentschaftswahlen 2024 machbar. Sollte das unter Wahrung der nationalen Interessen gelingen, könne Ungarn 2024 auf die angestammte Wachstumsbahn zurückkehren. Orbán traut Ungarn zu, eine „lokale Ausnahme“ in Zeiten der anstehenden globalen Rezession zu sein, als Transitland, das offen ist für Kapital aus Ost und West und das sich jeder Blockbildung widersetzt.

Zur Politik der gesenkten Wohnnebenkosten resümierte er, diese hätte zehn Jahre lang gut funktioniert. Die infolge des Krieges ausufernden Energiepreise hätten dieses Modell jedoch erschüttert. Musste der Staat im vergangenen Jahr 300 Mrd. Forint zuschießen, wären es in diesem Jahr mehr als 2.000 Mrd. Forint geworden, weshalb die subventionierten Preise künftig nur für den Durchschnittsverbrauch von Strom und Gas gelten sollen. Das Land müsse seinen Energieverbrauch nun von Gas auf Strom und Biomasse umstellen.

„Wer zahlt, bestellt die Musik“

Bis 2030 werden sich nach seiner Voraussage die Probleme des Westens vervielfachen, mit einer Wirtschaftskrise in den USA und Spannungen in der Eurozone. Innerhalb der EU würden sich neue politische Kräfteverhältnisse herausbilden, weil die Mitteleuropäer zu Nettoeinzahlern des Gemeinschaftsbudgets werden. „Und wer zahlt, der bestellt die Musik“, hielt Orbán fest.

Seinen mehr als einstündigen Vortrag schloss er mit den Worten von der größten Ambition der Ungarn: „Wir haben der Welt ständig mehr gegeben, als wir bekamen, man hat uns mehr genommen, als man uns gab. Wir haben offene Rechnungen, und wir sind besser, fleißiger und talentierter, als es unser jetziges Leben widerspiegelt. Die Welt ist in unserer Schuld, und wir werden diese Schuld eintreiben!“

BUDAPESTER ZEITUNG

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BUDAPESTER ZEITUNG](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Österreich nähert sich Ungarn an

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

22. 07. 2022



+++ UPDATE v. 22.07.2022 +++

Orban auf Staatsbesuch in Wien – Ungarischer Außenminister traf burgenländischen Landeshauptmann

Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer wird kommenden Donnerstag Ministerpräsident Viktor Orban zu einem offiziellen Besuch in Wien empfangen. Das bilaterale Treffen ist diesbezüglich interessant, weil es sich thematisch mit (innerhalb der EU gegenüber Ungarn) kontroversiellen Themen auseinandersetzt: „Energiekrise in Europa, russisch-ukrainischer Krieg sowie der gemeinsame Kampf gegen illegale Migration.“ Außerdem „werden auch die EU-Perspektive der Westbalkanregion und aktuelle Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Wiederaufbaufonds diskutiert.“ ([444.hu](https://www.444.hu)) – wie es in der Pressemitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten heißt. Aufhorchen ließ auch die Verlautbarung der österreichischen Kanzlers Nehammer: In welcher er eine enge Zusammenarbeit mit Ungarn zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung in den Vordergrund stellte.

Nehammer betont „Gute bilaterale Beziehungen“

Die laut dem österreichischen Bundeskanzler Nehammer betont „guten bilateralen Beziehungen“ mit Ungarn, insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung der illegalen Migration, sind eine weitere Annäherung an Ungarn. Und werden wohl von der EU als Affront aufgefasst werden: „Diese bilateralen Kooperationen sind notwendig, weil das europäische Asylsystem nicht mehr funktioniert. Es braucht endlich einen starken Schutz der EU-Außengrenzen und effektive Rückführungen, um den Zustrom nach Europa zu reduzieren und für mehr Sicherheit zu sorgen“, so Nehammer. (Krone)

Hatte doch Ungarn hatte im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 Grenzzäune an seinen Südgrenzen zu Serbien und Kroatien errichtet und vertritt seitdem eine harte Anti-migrationspolitik. Diesbezüglich hatte dann der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Land bereits mehrmals wegen seiner Asylpolitik verurteilt.

Burgenländischer Landeshauptmann Dokošil traf ungarischen Außenminister Heute Freitag haben auch Landeshauptmann Hans Peter Dokošil (SPÖ) und der ungarische Außenminister Peter Szijjarto eine Absichtserklärung unterzeichnet, um die Kooperation bei Energie und Klima zu intensivieren. Das betrifft etwa die geplante Wasserzuleitung aus der Moson-Donau in den Neusiedler See, der von Austrocknung bedroht ist. ([ORF](https://www.orf.at))

+++ 22.07.2022 +++

Österreich liebäugelt mit „Pushbacks“ – Ohne Orban geht gar nichts

Aufgrund der derzeit hohen Flüchtlings-Aufgriffen gibt es innerhalb der zuständigen österreichischen Grenzschutz-Behörden „heftige Diskussionen“ ([oe24](https://www.oe24.at)). Zwar bestätigte mittlerweile sogar das Innenministerium die „angespannte Situation“.

Aufgrund der Tatenlosigkeit ist man aber im östlichsten Bundesland, dem Burgenland, nur mehr „frustriert“: „Die Exekutive vor Ort kommt einfach nicht mehr nach. Die Aufgegriffenen werden in den Zug gesetzt und planlos weggeschickt“ – wie ein Insider gegenüber oe24 berichtete.

Illegale Pushbacks einzige Lösung

Geradezu niedlich werden diese folgendermaßen umschrieben: „Für Verteilung braucht es Abkommen mit Orban“ (oe24) Blöder geht's wohl nicht mehr: Soll ein ungarischer Ministerpräsident nun auch noch die Flüchtlingsverteilung in Österreich übernehmen? In

Wirklichkeit scheuen sich die feigen österreichischen Behörden: 1.) den Ernst der Lage einzugestehen 2.) ein effektives Grenzsicherungssystem nach ungarischem Vorbild einzurichten (Grenzzaun, Anhaltezentren in extraterritorialem Gebiet, Rückführungen, Straftatbestand „Illegaler Grenzübertritt“)

Österreichischer Refugee-Welcome-Service

Wie die Realität beweist: „Bisher wurden die Flüchtlinge bei ihrem Weg über die Grenze abgefangen – und daraufhin in Flüchtlingszentren nach Traiskirchen oder Thalgau gebracht.“ (oe24.at) Allerdings funktioniert diese Zuteilung mit vollklimatisierten Bussen wie damals 2015 (noch) nicht mehr: Nun sollen die in Österreich An-Gelandeten eine beördliche „Ladung in die Hand gedrückt“ bekommen. Um sich danach bei „bei den Behörden zu melden“ – wie undichte Stellen in der burgenländischen Landesregierung ventilierten.

Diese sinnlos geplante Maßnahme hat aber einen aufschiebenden Effekt: Weil wohl keiner der Neo-EU-Bürger mit dem „Ladungs“-Zettel etwas anfangen kann und will, werden somit nur die Asyl-Antragszahlen geschönt, wie österreichische Föderal-Behörden vermuten. – Die Flüchtlinge aller gestrandeten Länder machen dann eben das gesamte Land (un)kontrolliert unsicher...

Landeshauptmann Doskozil will Welcome-Service ausbauen

Die Mainstreampresse installiert dann den burgenländischen Landeshauptmann Doskozil als starken Mann: „Im Doskozil-Lager nimmt man Innenminister Karner in die Pflicht: Es brauche mehr Polizei an den Grenzen.“ (oe24.at) Nachsatz: „Und endlich ein bilaterales Abkommen mit Ungarn.“ Im Kartext: Die unfähigen österreichischen Grenz-„Schutz“-Behörden möchten, dass Orban für sie die (von der EU verteufelten „illegalen“) Pushbacks durchführt. – Immerhin eine Einsicht ist den Burgenländern aber gekommen: „Seit Jahren ist nichts passiert“, wie man frustriert herumjammert.

Doskozils Karriere zum Landeshauptmann begann als „Refugee-Welcomer“

Denn der österreichische Ex-Verteidigungsminister (2016–2020) Doskozil war einer der politischen „Profiteure der Flüchtlingskrise 2015“: Das tragische [Parndorfer Flüchtlingsdrama](#) (Syrische Flüchtlinge waren im August vor dem Parndorfer Outlet-Shopping-Center in einem Kühlwagen [erstickt](#). – Ungarn machte [kurzen Prozess](#) mit den Schleppern.) sollte seinen „kometenhaften Aufstieg“ ([Profil](#)) bewirkt haben (beginnend vom einfachen Mitarbeiter der burgenländischen Sicherheitsdirektion, 2003).

Doskozil als „Bulle von Parndorf“ – Ein tragisch österreichischer Polit-„Wappler“

Als der ungarische Ministerpräsident Orban im [September 2015](#) genervt von der gegen sein Land entfesselten westlichen Lügen-Hass-Kampagne („[FAKE-NEWS und Flüchtlings-Krise](#): Wie die LÜGENPRESSE GEGEN UNGARN mobil machte und scheiterte“) alle Flüchtlinge nach Österreich ausreisen lässt, „organisiert Doskozil 40 Reisebusse mit einem knappen Einsatzbefehl: „Humanität ist oberste Einsatzdevise,“. (Profil)

Was ist ein „Wappler“ ?

Umgangssprachlich wird damit ein „ungeschickter, unfähiger oder begrenzter Mensch“ bezeichnet. Außerdem sind damit Person gemeint, „die vorgeben, kompetent und fähig zu sein, in Wirklichkeit aber völlig unfähig sind“. ([wiki](#))

+++ UPDATE v. 21.07.2022 +++

Flüchtlingskrise außer Kontrolle: Österreichische Regierung völlig überfordert

Die feige Hilf- und Tatenlosigkeit der offiziellen österreichischen Flüchtlingspolitik lässt sich an den Mainstream-Meldungen ablesen: „Direkt aus Ungarn: Pro Tag 250 Flüchtlinge aufgegriffen.“ ([oe24](#))

Wird doch damit suggeriert, dass das Problem in Ungarn liege. – Der ÖVP-Innenminister Gerhard Karner müsste sich nur mal die Frage stellen, wie katastrophal die Lage wäre, wenn es keinen ungarischen Grenzzaun gäbe. Warum unterstützt Österreich den Ausbau des ungarischen Grenzzauns nicht finanziell und materiell? Nur mittels Entsendung von einer Handvoll österreichischer Grenzbeamten nach Ungarn wird sich kaum etwas ändern. Das österreichische Bundesheer mit seinen Mauranten-Azubi-Grenzschützern gleicht eher einem Pfadfinder-Zelt-Camp als Undercover-Welcome-Service.

Linke slowenische Regierung baut Grenzzaun ab

Außerdem müsste Karner ja mittlerweile mitbekommen haben, dass die linke slowenische Koalitionsregierung ihren Grenzzaun abbaut. ([UM](#) berichtete) Und dass Slowenien an Österreich grenzt... Karners immer wiederkehrende Abstimmungstreffen mit den ungarischen Polizeibehörden gleichen einer sinnlosen Voodoo-Beschwörung: „Genutzt hat es bisher offenbar wenig: Die Situation sei 'angespannt'.“ ([oe24](#)) Mittlerweile muss das Innenministerium also die Transportkapazitäten in die Asylquartiere verstärken. Außerdem gibt es Berichte, dass „Flüchtlinge einfach auf die Straße gestellt“ würden“, was natürlich „ein Ministeriumssprecher gestern dementieren“ (musste).

31.000 Asylanträge bis Mitte 2021

Bald wird die Zahl von 2016 (42.000) übertroffen werden. Wohlgemerkt: In dieser Zahl sind aber die Ukraine-Vertriebenen nicht einmal enthalten.

Karners Krokodilstränen

„Was Karner besonders ärgert: Zunehmend kommen nicht nur Syrer und Afghanen zu uns, sondern auch Migranten aus Marokko, Tunesien oder Indien.“ ([oe24.at](#))

+++ Erstbericht v. 17.07.2022 +++

Ungarische Regierung verstärkt Grenzschutzanlagen

Um den starken Migrationsdruck abzufangen, wird die ungarische Regierung einen neuen Grenzzaun an der Kreuzung des serbisch-kroatischen Abschnitts sowie im Donau-Drau-Nationalpark errichten. Weiters wird der Zaun um einen Meter erhöht. Dafür werden Finanzmittel in Höhe von 19,5 Milliarden Forint (ca. 47,5 Mio. Euro) bereit gestellt.

+++ 02.07.2022 +++

Erstmals Einsatz von Schusswaffen

Migranten schießen an ungarischem Grenzzaun aufeinander – Tote

Was befürchtet, ist mittlerweile eingetreten...: Heute Samstag, in den frühen Morgenstunden, griffen sich zwei verfeindete Migranten-Clans mit Waffen an, und zwar in einem Wald nahe der serbischen Ortschaft Subotica nahe der ungarischen Grenze.

Energisches militärischen Vorgehen der Grenzschutzeinheiten

Um 3:00 Uhr morgens erhielt die Polizei in Subotica (Serbien) Kunde von Schüssen aus einem Wald nahe der serbisch-ungarischen Grenze. Spezialeinheiten der Polizei rückten mit kugelsicheren Westen vor. Der Wald, inklusive Zugangsstraßen, wurden abgeriegelt.

Tote und Verletzte

Lokale Informationsquellen berichten von mehreren Verletzten, die in Krankenwagen abtransportiert wurden. Inoffizielle Quellen sprechen von mindestens zwei Getöteten.

6000 illegale Migranten auf serbischer Seite

Sie kommen aus Afrika und dem Nahen Osten und werden allein durch den ungarischen Grenzzaun vom Eintritt in die EU abgehalten.

Droht neue Flüchtlingswelle wie 2015 ?

Wie auf UM (siehe unten) bereits berichtet, nimmt der Druck (sowohl zahlenmäßig als auch waffentechnisch) auf den ungarischen Grenzzaun in letzter Zeit stetig zu. Informierte Quellen befürchten bereits eine neue Flüchtlingskrise wie 2015. An Österreichs Grenzen steigt nämlich die Zahl der aufgegriffenen Flüchtlingen aktuell rasant an. Insgesamt 41.612 Migranten wurden vergangenes Jahr 2021 in Österreich aufgegriffen. Man werde derzeit „regelrecht überrannt“, wie zuständige österreichische Grenzbehörden anmerken. Auch Burgenlands Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil spricht von „wöchentlich rund 1000 Aufgriffen, manchmal sogar 500 an einem Tag“. Die Situation erinnere ihn an die Flüchtlingskrise 2015: „Es war auch damals so, dass man bereits im Frühsommer begonnen hat, die Menschen mithilfe des Roten Kreuzes zu versorgen, weil Exekutive und Bundesheer einfach nicht mehr zurande gekommen sind“, sagte er. ([Krone](#))

Der große Unterschied zu Österreichs Grenz„schutz“: In Ungarn ist illegaler Grenzübertritt ein Straftatbestand, in Österreich ist er Eintrittsticket in den Welcome-Integrations-Service.

100.000 vereitelte illegale Grenzübertritte dieses Jahr

Laut Fidesz-Politiker Máté Kocsis hätten allein in diesem Jahr mehr als 100.000 Menschen versucht illegal auf ungarisches Territorium vorzudringen, durch Tunnel, auf Leitern, und unter Einsatz von Gewalt mit Steinen und Waffen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Ungarischer Parlamentspräsident: „Im Westen breitet sich die Kultur des Todes aus. Europa begeht Selbstmord.“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten ELMAR FORSTER

16. 07. 2022



„Wohlstand, Demokratie und Nationalstaaten sind bedroht“

Anlässlich einer Jubiläumsfeier in der Stadt Zalakaros warnte der ungarische Parlamentspräsident Kövér vor dem Untergang Europas, wie wir es seit dem Ende des 2. Weltkrieges kennen: „An Ungarn können wir auch die europäische Erfolgsgeschichte erkennen, die nach den höllischen Leiden des Zweiten Weltkriegs Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand auf der Grundlage der demokratischen Zusammenarbeit der europäischen Nationalstaaten geschaffen hat. All dies ist heute in großer Gefahr. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Erfolge in Ungarn oder Europa ruiniert werden.“

Ukrainekrieg bedroht Rohstoffversorgung und verursacht Inflation

Kövér sprach von einem bevorstehenden „Weihnachtsfest des Krieges in ganz Europa, das es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt hat: kalte Häuser, unsagbare Teuerungen, stillgelegte Fabriken, sozialer Niedergang und – daraus resultierend: Unruhen und Umwälzungen, die alle europäischen Gesellschaften bedrohen.“



„Kultur des Todes, gottlose Ideologie“

Kövérs Analyse ist desillusionierend: „Im Westen tobt ein ideologischer Krieg, eine gottlose Ideologie. Und eine Kultur des Todes breitet sich aus. Europas Selbstmord findet vor unseren Augen statt.

Doch hat alles einen Urheber: „Brüsseler Bürokraten wollen die Europäische Union in ein diktatorisches Imperium verwandeln, das freie Nationen, die stolz auf ihre christliche Identität sind, abschaffen will.“ Und zwar mit einem dystopischen Ziel: „Um alle 27 Mitgliedstaaten der EU und ihre 447 Millionen Bürger politisch zu unterwerfen, kulturell zu demütigen und wirtschaftlich zu berauben.“ ([vadhajtasok](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Links-Grüne-EU-Parlamentarierin bereitet offenbar Putsch gegen Ungarn vor

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

13. 07. 2022



Gwendoline Delbos-Corfield

Die ultra-links-grüne, französische EU-Parlamentarierin Gwendoline Delbos-Corfield (GDC), schwört das EU-Parlament anscheinend auf einen Putsch gegen die rechtmäßig und demokratisch legitimierte ungarische Regierung ein. Und zwar mit einer geradezu infamen Vorgangsweise: GDC leitet den sogenannten „EU-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit in Ungarn“ und gab nun dem Fernsehsender [rtl.hu](https://www.rtl.hu) ein skandalöses Interview, in dem sie „die Legitimität des Mandats der ungarischen Regierung in Frage“ stellt.

Verleumdungs-Narrativ: Medien, Justiz, Korruption

Dabei werden die ewigen Verleumdungen gegen das souveräne Ungarn zum x-ten Male aufgeköchelt: Die Lage der Medien, die Unabhängigkeit der Justiz, sowie die Korruption im Lande wären „die größten Probleme beim Funktionieren der ungarischen Demokratie“. Geradezu absurd bleiben die Vorwürfe in Richtung nicht funktionierender Medienfreiheit, dass etwa einige unabhängige Journalisten, von den regierungsfreundlichen Medien verleumdet würden. – insofern absurd, weil ja gerade das Interview von GDC im äußerst regierungsfeindlichen ungarischen RTL das Gegenteil beweist. Außerdem verwechselt GDC „Verleumdung“ mit legitimer „Kritik“ von konservativen Journalisten an linken Verleumdungsjournalisten. (Hier meine Analyse zur „[Medienhasskampagne gegen Ungarn](#)“)

Weiters versucht sich die GDC-Verleumdungsstrategie an folgendem Muster, das bisher in Ungarn versagt hat: Wäre doch die ungarische Mediensituation ähnlich der von Russland. Dann folgt eine Attacke auf die ungarische Justizministerin Judit Varga und Innenminister Sándor Pintér: Weil sie die verleumderischen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit zurückwiesen. – Ein offen totalitäres Argument...

Die Realität: Medienpluralismus in Ungarn

In Ungarn gibt es 393 TV-Sender, 234 terrestrische und Internetradios, 6731 Druck- und 3540 Internetzeitungen: 85% der Medien sind dem konservativen und 83 % dem linken Lager zuzurechnen. ([Medienanalyse](#)) Der linke Mediensektor ist seit Orbans Regierungsantritt (2012–20) sogar um 45% gewachsen.

Links-totalitaristisches Narrativ

Auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit (der zum vierten Male) demokratisch legitimierten Regierung Orbán folgt eine geradezu totalitäre Bekenntnis, welches das Selbstbestimmungsrecht eines souveränen Staates in Frage stellt: „Selbst wenn Viktor Orbán die Wahl in einer wunderbaren Demokratie mit einem florierenden Medienumfeld gewinnen würde, hätte er nicht die Macht, Maßnahmen zu ergreifen, die gegen europäische Werte und Gesetze verstoßen.“ (GDC)

Das fadenscheinige Verleumdungsnarrativ der GDC lautet: Die ungarische Demokratie „funktioniert eigentlich nicht“, „nur auf dem Papier“ nämlich wäre „alles in Ordnung.“- Ein unverhohlenen ostrassistisch-neo-kolonialistisches Argument.

Offene Vorbereitung für einen Putsch von außen

Delbos-Corfields „starke Zweifel“ daran, ob die ungarische Demokratie in der richtigen Verfassung sei, deren Regierungsmandat legitim auszuführen, sind nichts anderes als ein totalitaristische Vorbereitung auf einen Putsch von außen im Sinne der US-Doktrin der sogenannten „colour revolutions“. (Hier meine [Analyse](#) zur subversiven Polit-Demagogie der ungarischen Soros-Linken).

Was die westeuropäische Linke nie verschmerzen konnte...: Dass die colour revolutions in Ungarn nie funktioniert haben... (Hier meine Analyse: „[Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn ?](#)“)

Der absurde Zirkelschluss der GDC: Zwar glaube auch sie nicht an Wahlmanipulation, aber an: „Mediale Desinformation, die es den Ungarn unmöglich gemacht hätte, bewusste und informierte Entscheidungen zu treffen. – Ein offensichtlich ostrassistisches Argument voller Ungarnhass, gegen ein anscheinend politisch unfähiges Volk.

Hat GDC nie von der offiziell bestätigten Medienmanipulation zugunsten der (von den deutschen Eliten) propagierten Pro-Flüchtlingsberichterstattung gehört. (siehe [FAZ](#)) Denn mittlerweile hat „die Mehrheit der Deutschen das Gefühl, von den Medien belogen zu werden.“ (U. [Ulfkotte](#): „Gekaufte Journalisten“) – Während der Flüchtlingskrise-2015 hatte „die Presse großteils die Perspektive der politischen Elite übernommen“ ([nzz](#)) – Die Silvester-Vergewaltigungen-2015/16 Hunderter Frauen durch nordafrikanische Männer-Gangs wurden tagelang verschwiegen – „aus Angst vor der Wahrheit“ ([Zeit](#)).

Hass-feministische Verleumdungskampagne der niederländischen Transgender-Aktivistin Sargentini



GDC versucht nun den (vor vier Jahren im EU-Parlament auf Druck der Links-Grünen angenommenen) ostrassistischen Ungarn-Hass-Sargentini-Bericht aufzukochen. Auch deshalb, weil er nicht die gewünschte antiungarische Wirkung gezeitigt hat. Dann folgt noch ein unverhohlene Ausgrenzungs-Diffamierung: „Es ist jetzt überall klar, dass die ungarische Regierung anders ist als die anderen, und deshalb wurde sie in gewisser Weise an den Rand gedrängt.“ (GDC)

Der Sargentini-Lügenbericht ist in höchstem Maße radikal-linksideologisch motiviert: Die mittlerweile pensionierte Politfunktionärs-Radikal-Emanze Sargentini war nämlich Mitglied der holländischen groen-links-Partei, ein Zusammenschluss von Kommunisten, Pazifisten, Radikalen und linken Sektierer-Evangelen.

So lautete etwa ein völlig vager Vorwurf, im ungarischen Wahlkampf 2018 habe ein „*ungünstiges Klima*“ geherrscht. Geradezu grotesk auch die Inkrimination, Ungarn habe direkte Demokratie (nämlich Brüssel- und Soros-feindliche Volksbefragungen) abgehalten. Im Mittelalter hatte man Hexentänze unter Todesstrafe gestellt. Grotesker kaum mehr möglich: Die Verurteilung von Ungarns immigrations-skeptischer Haltung, weil u.a. „*Parallelen zwischen Terrorismus und Migration gezogen*“ worden wären. Selbst das deutsche [Bundeskriminalamt](#) hat diesen Zusammenhang von „*Kriminalität im Kontext von Zuwanderung*“ hergestellt. Unterstellt wird zudem racial-profiling von Zigeunern. Im Umkehrschluss würde das bedeuten, dass Angehörige der Roma-Minderheit nicht mehr von der Polizei kontrolliert werden dürften. Alle Attentate auf die Roma-Minderheit (März 2008 – August 09) fanden zur Zeit der sozialistisch-liberalen Gyurcsány-Regierung statt. (siehe [Spiegel](#)) Die für Orbán im Straßburger Parlament sitzende Roma-Politikerin und stellvertretende Parlamentspräsidentin Jaroka Livia verteidigte die ungarische Regierung vehement: „*Alles, was sie hier gegen die Regierung Orbán von sich geben, sind Lügen – was die Lage der Minderheiten in Ungarn betrifft.*“ ([Redebeitrag](#) ab 1:55:34)

Dass Transgender-Aktivistin Sargentini jegliche positive Wertschätzung von Familie [verteufelt](#), ist zwar aufgrund ihres links-radikalen Lebenswandels folgerichtig, deren Begründungen lesen sich aber wie postmodern-feministischer Hexenwahn: In Hass-Kampf-Rhetorik wird da von „*negative(n) Geschlechterstereotype(n) über die Rolle der Frau*“ geschwafelt. Oder davon, „*dass durch die durchgängige Berücksichtigung der Bedürfnisse von Familien*“ erreicht werden solle, „*dass die Bevölkerung wächst*“. Die Diktatur des Transgender-Regenbogens in Rein-Sumpfkultur... Wie soll denn eine gesunde Bevölkerungspyramide sonst entstehen als durch heterosexuelle Fortpflanzung? Selbst die herein gewunkenen Testosteron-Refjutschies machen das nämlich auch noch auf diese altmodische Weise so...

Neue mediale-politische Hass-Kampagne gegen Ungarn angelaufen

Nicht umsonst mehren sich auch auf anderen Kanälen die Antiungarn-Kampagnen: Etwa die einseitige Aussetzung des 43 Jahre alten bilateralen Steuerabkommens mit Ungarn durch die USA. Der Grund: Ungarn verweigert als souveräner Staat die Einführung einer von der EU geplanten globalen Mindeststeuer von 15% als wirtschaftsschädlich. ([vadhajtasok](#))

Und dann noch der letzte Schrei der westlichen Systempresse im Stile plumper Anti-AKW-Propaganda aus den späten siebziger Jahren, gemischt mit Ostrassismen vom bösen Kriegstreiben aus dem dunklen Russland: „Gefahr für Europa – Ungarns Atomkraftwerk-Projekt: Milliarden für Putins Kriegskasse“ ([Krone](#))

Orbans Antwort auf die Hasskampagne: Nationale Identität

In der Siegesrede vom 3. April erklärte der ungarische Ministerpräsident: „Wir alle... Wenn wir zusammenhalten, können wir durch auch durch die dickste Wand gehen. Schützen wir außerdem die Familie, schützen wir Ungarn und schützen wir Ungarns Friede und Sicherheit.

Wir haben einen riesigen Sieg eingefahren... Wir werden alles tun, um uns das Vertrauen zu verdienen, das wir heute Abend von Ihnen bekommen haben.“ (Viktor Orban)

<https://unser-mitteuropa.com/links-gruene-eu-parlamentarierin-bereitet-offenbar-putsch-gegen-ungarn-vor/>

Ungarn bleibt: der letzte Verteidiger des europäischen Christentums

<https://unser-mitteuropa.com/links-gruene-eu-parlamentarierin-bereitet-offenbar-putsch-gegen-ungarn-vor/>



Unser Ungarn-Korrespondent **Elmar Forster**, seit 1992 Auslandsösterreicher in Ungarn, hat ein Buch geschrieben, welches Ungarn gegen die westliche Verleumdungskampagne verteidigt. Der **amazon-Bestseller** ist für UM-Leser zum **Preis von 17,80.-** (inklusive Postzustellung und **persönlicher Widmung**) beim Autor bestellbar unter [<ungarn_buch@yahoo.com>](mailto:ungarn_buch@yahoo.com)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten E xxx – E xxx)

08) Neue Linksregierung in Slowenien baut Grenzzaun ab – Revival des Soros-Plans

Von unserem Osteuropa-Korrespondenten ELMAR FORSTER

15. 07. 2022



+++ UPDATE v. 15.07.2022 +++

„Die Migration wird nicht aufhören. Stacheldraht ist unverhältnismäßig.“

Die slowakische Innenministerin Tatjana Bobnar sagte zum Auftakt des Abrisses: „Der Zaun kann Migration nicht stoppen. Aber er hat viele Tragödien verursacht, als die Flüchtlinge versuchten, ihn zu umgehen. Und viele starben im Kolpa-Fluss.“



Bobnar bekräftigte damit Sloweniens Kehrtwende in der Migrationspolitik hin zu mehr Solidarität mit Migranten. Der Zaun wäre nur eine Übergangslösung gewesen und nunmehr inakzeptabel, ein fester Bestandteil des Grenzschutzes des Landes zu werden.

2015 als Schutz gegen Flüchtlingsmassen

Der Zaun sollte 2015 als Reaktion auf die Flüchtlingskrise verhindern, dass illegale Einwanderer aus Kroatien nach Slowenien gelangten. Der 51 km lange Teil des Zauns wird nun von der slowenischen Armee demontiert, während die restlichen 143 km von einer Privatfirma abgebaut werden.

„Schwerer Fehler“

Die rechte Opposition sieht darin einen schweren Fehler: Wäre doch der Entscheidung weder eine Analyse der Sicherheitslage noch eine Bewertung durch Experten vorausgegangen.

Österreichs Grenzschutz bedroht



Allein ein kurzer Überblick über die Grenzsituation zeigt, dass sich durch den Abriss vor allem der Migrationsdruck auf Österreichs Grenzen massiv verstärken wird.

Serbische Polizei geschlagnahmt Waffen von Flüchtlingen

Und alles zu einer Zeit, wo etwa die serbische Polizei am Donnerstag im Rahmen einer groß angelegten Operation große Mengen an Waffen, Munition und Messern von Migranten beschlagnahmt hatte – wie das serbische Innenministerium mitteilte. ([vadhajtasok](#)) Insgesamt wurden drei Maschinengewehre, ein Gewehr, vier Pistolen, 12 verschiedene Messer sowie Macheten, Äxte, Boxer und 182 Schuss verschiedener Kaliber konfisziert. Weiters Drogen und sechs gefälschte Ausweise.

Der serbische Innenminister Aleksandar Vulin kündigte ein entschiedenes polizeiliches Vorgehen an:

„Serbien wird nicht zulassen, dass Kriminelle aus Asien auf seinem Territorium operieren. Serbien ist kein Parkplatz für Migranten und wird nicht zulassen, dass unser Leben in irgendeiner Weise von Kriminellen bedroht wird, die mit dem Elend der Menschen handeln.“

Nach offiziellen Angaben halten sich derzeit etwa 6.000 illegale Einwanderer in Serbien auf. Diese werden nun versuchen, die EU über Österreich zu erreichen – unter Umgehung Ungarns, das für seine massiven Grenzschutz bei den illegalen Migranten gefürchtet ist.

Ungarn verstärkt Grenzregime

Ungarn errichtete als erstes Land 2015 einen Grenzzaun zu Serbien und Kroatien. Laut Ministerpräsident Viktor Orbán belagern weiters Hunderttausende von Migranten die ungarische Grenze. Und das Land sieht sich zur Selbsthilfe ermächtigt:

„Da die Europäische Union uns weiterhin nicht hilft, muss Ungarn allein seine Südgrenze schützen. Die Regierung hat somit beschlossen, eine Grenzjagdruppe bis September einzurichten.“

Erst-Artikel vom 14.07.2022

„Migration ist Teil moderner Gesellschaften“

Die Retro-Flüchtlingspolitik der neuen links-liberalen slowenischen Koalitions-Regierung (grün-liberale Freiheitsbewegung, Sozialdemokraten und Linke) klingt wie die Neuauflage des Soros-Flüchtlingsplans (siehe [Welt](#)): „Migration ist Teil moderner Gesellschaften, daher besteht die effektivste Migrationspolitik darin, eine sichere und legale Migration zu gewährleisten“, wie die slowenische Innenministerin Tatjana Bobnar es ausdrückte. ([hvg](#))

Slowenische Armee beginnt mit Abbau des Grenzzauns

Nächste Woche wird die slowenische Armee mit dem Abriss des Zauns an der Grenze zu Kroatien beginnen. Der 176 km lange Grenzzaun wurde zum Höhepunkt der Flüchtlingskrise-2015 errichtet. Er bestand zuletzt aus einem 135 km Rasierdraht- und 60 km Panelzaun.

Soros-Agenda

Der Abbau des Grenzzauns war von Anfang an eine der Hauptagenden der neuen slowenischen Regierung unter Ministerpräsident Robert Golob: So wurde auf Initiative von Innenministerin Bobnar ein neuer Beirat eingerichtet mit folgenden Forderungen: Schaffung sichererer Migrationsrouten, effektiverer Zugang zu Asylverfahren und Aufenthaltsgenehmigungen sowie die Erleichterung der Bedingungen für internationalen Schutz und soziale Integration. Die slowenische Polizei hat bereits Anweisung erhalten, dem Schutz schutzbedürftiger Gruppen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ebenfalls soll die individuelle Behandlung von Personen, die internationalen Schutz beantragen, sichergestellt und festgestellt werden, dass sie über ihre Rechte informiert wurden – wie die Innenministerin betonte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Ukraine (Seiten E 172 – E 190)

01) Patrick Poppel über die Lage in den russisch-sprachigen Gebieten der Ostukraine

24. 07. 2022



Bild: Wikipedia/Kremlin.ru Lizenz: CC-BY 4.0 _

Der Ukrainekrieg dauert jetzt schon viereinhalb Monate: Hat Putin seine Ziele erreicht?

Patrick Poppel: Ich vermute, dass es zu einem Strategiewechsel kam und dass die neuen Ziele, die gesetzt wurden, im Großen und Ganzen erreicht wurden. Also die Kontrolle über die Gebiete, welche von den Volksrepubliken Donezk und Lugansk beansprucht werden, eine Landverbindung vom Donbass zur Krim und die Kontrolle über das Asowsche Meer. Wenn Sie die Volksrepubliken Donezk und Lugansk ansprechen, dann gab es dort trotz des Minsker Abkommens seit 2014 immer wieder Aufflackern von militärischer Gewalt. Sie waren ja auch schon dort und können Sie mehr dazu sagen?



Patrick Poppel

Poppel: Es war ein ständig schwelender Konflikt mit Artilleriebeschuss in die Großstädte der Volksrepubliken vonseiten der Ukrainer und es gab regelmäßige kleinere Gefechte an der Frontlinie, aber keine großen Gebietsgewinne von der einen oder anderen Seite. Aber das große Problem war der ständige Artilleriebeschuss von zivilen Gebieten und eindeutig nicht-militärischen Zielen in Donezk und Lugansk. Und das war mit ein Grund, warum es zu dieser russischen Militäroperation kam, weil die Situation für die dortige Zivilbevölkerung auf Dauer nicht erträglich war.

Welche Rolle spielten da sogenannte Freiwilligenverbände wie das Asow-Bataillon?

Poppel: Entscheidend ist, dass diese Strukturen schon auf dem Maidan geschaffen wurden, also als prowestliche Gruppen, die aber ideologisch doch sehr nationalistische und teilweise sogar kriminelle Gruppen sind. Später wurden diese Gruppen als Teil in die ukrainische Nationalgarde und scheinbar sogar in die ukrainische Armee integriert. Diese Gruppen haben auch dazu geführt, dass dieser Konflikt überhaupt ausgebrochen ist, denn man darf nicht vergessen, dass der Großteil der ukrainischen Soldaten ja gar nicht bereit war, diese sogenannte Antiterroroperation gegen die Volksrepubliken durchzuführen. Daher handelte es sich de facto um einen Bürgerkrieg zwischen dem Osten und dem Westen des Landes.

Kann man es auch so sehen, dass diese Elemente den Separatismus in der Ostukraine befeuert haben?

Poppel: Natürlich, denn es wurden auch viele Verbrechen verübt, angefangen mit dem Niederbrennen des Gewerkschaftshauses in Odessa am 2. Mai 2014. Es fanden Gewaltexzesse gegen die russischsprachige Bevölkerung, gegen Gewerkschaftler statt, und auf dem Boden der Volksrepubliken wurden vonseiten dieser Freiwilligenverbände verschiedene Kriegsverbrechen verübt. Das hat dazu geführt, dass die Wehrbereitschaft im Osten stärker wurde, weil man sich gegen diese Leute einfach zur Wehr setzen musste. Man unterscheidet in den Volksrepubliken, wenn man Kriegsgefangene macht, ganz genau, ob der Betreffende ein regulärer ukrainischer Soldat ist, der „seine Arbeit macht“, oder ein Angehöriger dieser Verbände ist, der dort mit einer durchaus kriminellen Energie zur Waffe greift.

Inwieweit hat der Staatsstreich am Maidan 2014 einen Stimmungsumschwung in der Ostukraine ausgelöst? Was der Maidan der Auslöser für Sezessionsbestrebungen oder gab es diese schon früher?

Poppel: Soweit mir das bekannt ist, waren der Staatsstreich und verschiedene Äußerungen diverser Politiker bis hin zum Verbot der russischen Sprache oder der Diskriminierung gewisser Minderheiten massiv dazu beigetragen hat, dass es zu diesen Aufständen kam. Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, dass das nicht nur Donezk und Lugansk betraf, sondern auch Odessa, das im Südwesten und nicht im typischen Ostteil der Ukraine liegt. Diese Sezessionsbestrebungen gab es auch in Odessa, in Charkow, in Mariupol, aber diese Gebiete konnten sich nicht von der Ukraine lösen, weil diese Aufstände sehr schnell unter anderem von diesen Radikalenverbänden unterdrückt wurden. Die Aufstände waren nur in Donezk und Lugansk mit einer teilweisen Sezession erfolgreich sowie natürlich auf der Krim, wo es unblutig abgelaufen ist. Es betrifft also rund die Hälfte der Ukraine, wo ebenfalls Volksrepubliken ausgerufen wurden, die sich aber nicht organisieren konnten. Es hat sich also durch die Veränderungen, die nach dem Maidan geschehen sind, rund die Hälfte der Ukraine benachteiligt gefühlt, und das Ganze war auch verbunden mit Gewaltexzessen. Es gab auch Angriffe auf Anti-Maidan-Anhänger, die nach Kiew gefahren sind, um gegen den Maidan zu protestieren. Eine Buskolonne, die auf dem Rückweg zur Krim war, wurde von diesen radikalen Kräften überfallen – es gab bürgerkriegsähnliche Zustände bereits kurz nach dem Maidan und bevor es zu diesen Abspaltungen gekommen ist.

Und das neue Sprachengesetz, das die Verwendung des Russischen als Amtssprache erheblich einschränkt, dürfte auch kein kluger Schritt der Kiewer Regierung gewesen sein.

Poppel: Es gibt eine im seit Jahren dauernden Bürgerkrieg begründete starke antirussische Stimmung. Aber hier muss man aufpassen: Es gibt auch Ukrainer, die aufseiten der Volksrepubliken Dienst tun. Ich kenne persönlich Menschen, vor allem in Lugansk, die sich selbst als Ukrainer bezeichnen, aber mit Kiew nichts mehr zu tun haben wollen. Also zu sagen, das sind alles Russen oder die russische Minderheit oder Volksgruppe stimmt so nicht. Es geht nicht so sehr ums Pro-Russentum, sondern in erster Linie um die Idee, nicht in den Westsektor hinüberzugehen und wie früher in der Sowjetunion ein Teil der russischen Welt zu sein. Es gibt Menschen, die sich als Ukrainer sehen und die mit Russland zusammenleben wollen, und es gibt in Lugansk übrigens bis heute ein funktionierendes ukrainisches Theater. Aber ich weiß nicht, ob es heute noch in Kiew oder in Lemberg ein russisches Theater gibt.

Sezessionsbestrebungen in der Hälfte der Ukraine, nicht nur im Donbass

Der ukrainische Präsident Selenski hat wiederholt erklärt, dass man die verlorenen Gebiete zurückholen, zurückerobern wolle. Ist das realistisch oder reines Wunschdenken?

Poppel: Diese Ankündigungen gab es (in Bezug auf die Krim., Anm. d. Red.) schon vor Beginn der russischen Militäroperation im Februar. Über den ganzen Winter gab es Vorbereitungen der ukrainischen Armee, es wurden massiv Truppen zusammengezogen, um die Krim, aber auch die Volksrepubliken zu überfallen. Das heißt, man kann den überhasteten und teilweise nicht erfolgreichen Angriff der russischen Streitkräfte auf eine sehr schnelle Planung zurückzuführen und ich vermute, dass Russland das eher als Präventivschlag sieht. Dass die Ukraine die verlorenen Gebiete tatsächlich zurückholt, ist aber nicht sehr realistisch, weil sich die dortige Bevölkerung zu großen Teilen für Russland entschieden hat, wie verschiedene Wahlen zeigen. Zudem kann man davon ausgehen, dass die Bevölkerung eine entsprechende Wehrbereitschaft hat, sich ukrainischen Eingliederungsversuchen zu widersetzen. Das ist der entscheidende Punkt, dass ein Zurückgeben dieser Gebiete an die Ukraine gar nicht mehr möglich ist, selbst wenn Putin das wollte, weil sich die Bevölkerung gegen die Ukraine entschieden hat.

Das Gespräch führte **Bernhard Tomaschitz** von ZURZEIT, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Anmerkung: Unser Russland-Experte Patrick Poppel hatte sich vor kurzem persönlich ein Bild von der Situation in Kaliningrad machen können und uns seine Eindrücke, wie auch aktuelles Bildmaterial übermittelt. Link dazu [hier](#).

<https://unser-mitteuropa.com/kaliningrad-das-ehemalige-koenigsberg-als-bruecke-zwischen-ost-und-west/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) „Kollaborateure“ entlassen: Wird es eng für Selenskyj?

23. 07. 2022



Selenskyi entlässt nun schon langjährige Weggefährten *Bild: screenshot*

Der ukrainische Präsident hat ganz klar zumindestens ein akutes Problem. Nach der Entlassung der Generalstaatsanwältin sowie des Geheimdienstchefs feuert Wolodymyr Selenskyj nun weitere 28 Offiziere des Nachrichtendienstes.

Von Seiten der Kreml-Insider wird über einen bevorstehenden Sturz Selenskyjs wild spekuliert.

„Kollaborateure“ entlassen

Dem Präsidenten zufolge sind die hochrangigen Mitarbeiter mitverantwortlich für Kollaboration in den besetzten Gebieten. Die Infiltration wirft allerdings „ernsthafte Fragen“ auf.

Mehr als 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ukrainischen Sicherheitsapparat sollen in den russisch besetzten Gebieten die Seiten gewechselt und mit Russland kollaboriert haben. Der ukrainische Präsident entließ deswegen Iwan Bakanow, den Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU. Auch Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa muss ihren Posten räumen.



M.P.Cato der Jüngere
@JungereCato · [Follow](#)



Offenbar hat der ukrainische Präsident ein akutes Problem. Nach der Entlassung der Generalstaatsanwältin u. des Geheimdienstchefs feuert Wolodymyr Selenskyj (44) nun weitere 28 Offiziere des Nachrichtendienstes. Kreml-Insider spekulieren über einen bevorstehenden Sturz Selenskyjs.



4:06 PM · Jul 19, 2022



♡ 1.8K 💬 Reply ↗ Share

[Read 341 replies](#)

Es sind die hochrangigsten Rauswürfe seit Beginn des Ukraine-Kriegs. Das Präsidialamt in Kiew veröffentlichte Erlasse, mit denen beide ihrer Ämter enthoben wurden.

Es würden derzeit von den ukrainischen **Behörden mehr als 651 Fälle möglichen Verrats** durch lokale Verantwortliche untersucht, erklärte Selenskyj. Die Verdächtigen befänden sich vor allem in Gebieten, die von russischen Soldaten oder prorussischen Kämpfern besetzt sind.

Eine derart große Anzahl von „Verbrechen gegen die Grundlagen unserer nationalen Sicherheit“ und „Verbindungen zwischen ukrainischen Strafverfolgungsbeamten und russischen Sonderdiensten“, werfe „ernsthafte Fragen“ an deren Vorgesetzten auf. „Jede dieser Fragen wird beantwortet werden“, fügte Selenskyj beinahe trotzig hinzu.

Selbst enger Weggefährte aus „Selenskijs Komödianten-Zeit“ gefeuert

Iwan Bakanow beispielsweise war ein enger Weggefährte Selenskyjs aus dessen Zeiten als „Fernsehkomiiker“ und leitete den Geheimdienst seit 2019. Wenediktowa war für die Verfolgung „russischer Kriegsverbrechen“ in der Ukraine zuständig, sie leitete insbesondere die Ermittlungen zu mutmaßlichen russischen Kriegsverbrechen in der Stadt Butscha. Für Bakanow wurde noch kein Nachfolger genannt. Die Generalstaatsanwaltschaft soll vorübergehend von Oleksij Symonenko geleitet werden.

Die hohe Zahl von Strafverfahren wegen Hochverrats und Kollaboration von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaften, Ermittlungsbehörden und anderer Strafverfolgungsbehörden mache deutlich, wie groß die Herausforderung der russischen Infiltration für die Ukraine sei, erklärte daraufhin Selenskyj.

Angesichts von, in sozialen Medien aufgetauchten Videos, die schier endlose Menschenglangen vor den Ausgabestellen russischer Pässe und Dokumente zeigen, scheint es beinahe so, dass die Bevölkerung und offenbar auch Verwaltungsbeamte und hochrangige Staatsdiener, dem ukrainischen Regime bewusst den Rücken kehren.



Menschenansammlungen bei der russischen Passausgabe in Melitopol

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Selenskijs „unsichtbare Millionenarmee“ – Hintergründe einer angeblichen „Südoffensive“

21. 07. 2022



Zelenskijs Fokus nun im friedlichen Süden? Bild: VOL.AT

Russische Experten kommentieren und analysieren Kiews Behauptungen einer „Millionenarmee“ für eine „Gegenoffensive im Süden“. Tatsächlich bündelt die Ukraine große Kräfte, vor allem in Nikolajew und um die Region Cherson.

Doch für wie realistisch halten diese Experten die Pläne?

Ukrainische Rakete auf humanitäres Zentrum

Die ukrainische Seite hatte bewusst eine Rakete auf das humanitäre Zentrum in Cherson abgefeuert. Diese konnte jedoch vom russischen Luftabwehrsystemen abgefangen werden. Das teilte der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung der Region, Wladimir Saldo, dem Fernsehsender *Rossija 24* mit.

„Eine der Raketen war auf ein humanitäres Zentrum im Stadt-Zentrum von Cherson gerichtet, in dem sich viele Menschen aufgehalten hatten. Eine zynische Ziel Wahl“, erklärte Saldo. Er gab an, dass zwei der Opfer leichte Splitterwunden hatten. „Die Betroffenen sind außer Gefahr“, fügte Saldo hinzu.

Auch die *TASS* hatte von russischen Luftabwehrsystemen am Himmel über Cherson berichtet, vier Explosionen wären zu hören gewesen, und Rauch wär in der Perekopskaja-

Straße im Stadtzentrum zu sehen gewesen. Ein Haus, in dem eine Familie mit einem Kind gelebt hatte, wurde zerstört, und zwei Personen wurden verletzt.

„Dekupation“ mit Waffengewalt angekündigt

Besagter Vorfall ereignete sich just zwei Tage, nachdem die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine Irina Wereschtschuk die Bewohner der Regionen Cherson und Saporoschje aufgefordert hatte, diese so schnell wie möglich zu verlassen.

Sie begründete ihren Aufruf damit, dass „die Artillerie arbeiten müsse“ und die sogenannte Dekupation, die die ukrainischen Streitkräfte durchführen wollen, „die Anwendung von Waffengewalt beinhalten würde“.

Ins „gleiche Horn“ stieß der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow und erklärte, dass die Truppen den Befehl von Präsident Wladimir Selenskij erhalten hätten, den Süden des Landes zurückzuerobern.

Nach Angaben Resnikows umfasst die Zahl der ukrainischen Streitkräfte „etwa 700.000 Personen“, und Kiew könnte insgesamt „etwa eine Million Menschen zusammen mit der ukrainischen Nationalgarde, der Polizei und dem Grenzschutz“ aufs Schlachtfeld bringen.

Westliche Rüstungsgüter sollten den ukrainischen Streitkräften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen, erklärte der Minister und forderte die NATO-Länder wieder einmal auf, ihre Lieferungen zu erhöhen. Er fügte hinzu, dass zwei Brigaden des ukrainischen Militärs derzeit eine Ausbildung in Großbritannien absolvieren würden.

„Millionenarmee“ als Köder für weitere Waffenlieferungen

Experten weisen dabei auf Widersprüche in den Worten des ukrainischen Ministers hin und halten sein „Versprechen“, eine Millionenarmee zu formieren, für nicht realisierbar.

„Erst behauptet Resnikow, dass die Ukraine kolossale Verluste auf dem Schlachtfeld erleiden würde, doch dann berichtet er von einer Million Soldaten. Wer wird unter dieser Million sein? Menschen, die zwangsweise mobilisiert wurden? Diejenigen, die noch nie eine Waffe in der Hand hatten? Soldaten, die sich bereits zurückgezogen hatten und erkennen würden, dass dies fast die einzige Möglichkeit sei, am Leben zu bleiben? Oder Frauen?“, fragte sich Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der zivil-militärischen Verwaltung der Region Saporoschje.

„Selenskij und sein Büro versuchen irgendwie, die Moral des Militärs zu verbessern, die nicht nur zu wünschen übrig lässt, sondern mittlerweile gleich null ist.“

Mit diesen „Ankündigungen“ könnten sie das Ganze noch über einige Monate hinziehen und von einem schnellen Sieg sprechen. Am Ende werden die ukrainischen Streitkräfte dennoch unterliegen“.

„Selenskij übersieht völlig die Tatsache, dass es Den russischen Streitkräften gelingt, jeden Tag einen bewohnten Ort nach dem anderen einzunehmen“, erklärte Rogow gegenüber der Zeitung *Wsgljad*.

Ukrainische Strategie der Einschüchterung

Die Hauptstrategie Kiews heute sei eine Politik der Einschüchterung. „Sie nutzen aktiv terroristische Anschläge in ihrem „Arsenal“. Wir sehen sie immer wieder in den befreiten Gebieten. So wurde vor kurzem ein Anschlag auf den Leiter des Bezirks Melitopol, Andrei Siguta, verübt. Es gelingt jedoch nicht, die Bevölkerung mit solchen Aktionen zu verschrecken“, so Rogow.

„Man sollte die Worte Kiews über die „Rückeroberung des Südens“ nicht herablassend auffassen oder als Bluff betrachten. Soweit ich weiß, konzentriert die Ukraine jetzt große Kräfte in Nikolajew und an die Region Cherson angrenzenden Bezirkszentren. Nikolajew ist überfüllt mit Militärpersonal, ausländischen Söldnern und einer riesigen Menge an gepanzerter Ausrüstung, Panzer, Mehrfachraketenwerfer, Artillerie usw. dies hat alles seinen Grund“, erklärte Larissa Schesler, Vorsitzende der Union der politischen Emigranten und politischen Gefangenen der Ukraine.

„Ich glaube nicht, dass eine solche Offensive für die Ukraine von Erfolg gekrönt sein wird, aber sie wird die soziale und wirtschaftliche Situation im Süden mit Sicherheit verschlechtern“, warnt die Menschenrechtsaktivistin.

„Friedlicher Alltag“ im Süden soll zerstört werden

„Das größte Problem für die Kiewer Behörden besteht darin, dass im Süden der Ukraine eine Oase entstanden ist, wenn man so will, verglichen mit dem Rest des Landes. Die Menschen dort leben und arbeiten in friedlichen Städten, die nicht zerstört wurden. Sie beginnen, russische Pässe, Zulagen und Renten zu erhalten. Russische Banken haben geöffnet. Natürlich will Kiew diese Errungenschaften zerstören, aber die ukrainischen Streitkräfte können die Städte nicht im Sturm erobern“, so Schesler.

„Selenskij will die Etablierung eines friedlichen Lebens in dieser Region verhindern, weil dies in starkem Gegensatz zu dem steht, was in Charkow, Nikolajew und anderen ukrainischen Städten geschieht, wo Nationalisten auf den Straßen marschieren, Menschen allein für ihre Ansichten bestraft werden. Repressionen wüten wie nie zuvor und die Armee benutzt die Zivilisten als Schutzschild“, so die Expertin abschließend.

Gleichzeitig glauben die Militäranalysten, dass die Drohungen Wereschtschuks und Resnikows nicht für bare Münze genommen werden sollten.

„Klarere Fall“ von Kriegsstrategie

„Man sollte solchen Versprechungen gegenüber kritisch sein, insbesondere, wenn sie vom Verteidigungsminister gemacht werden. Im Krieg ist es nicht üblich, seine wahren Pläne zu offenbaren. Wahrscheinlich hofften diejenigen, die sich das ausgedacht haben, unsere Offensive im Donbass aufzuhalten, damit wir jetzt alle unsere Kräfte von dort nach Süden verlagern“, analysiert Alexander Perengiew, außerordentlicher Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an der Russischen Wirtschaftsuniversität Plechanow.

„Dies bedeutet jedoch nicht, dass es im Süden keine Anschläge geben wird. Es ist möglich, dass ukrainische Streitkräfte die Lage sondieren werden, um zu sehen, wie stark die Präsenz unserer Armee dort ist. Auch eine andere Option ist durchaus denkbar, Russland wird vom Süden aus zuschlagen, um die ukrainischen Einheiten vom Donbass wegzulocken“, meint der Politologe.

„Es ist kein Zufall, dass die ukrainischen Streitkräfte Cherson auf die gleiche Weise wie Donezk beschossen haben. Ihre Wut verlagert sich von den Bewohnern des Donbass auf die Bewohner der südlichen Regionen der Ukraine, die sich entgegen den Erwartungen Kiews als prorussisch erweisen“, so der Experte.

„Selenskijs Wunsch, den Süden zurückzuerobern, wird schwere Verluste aufseiten der ukrainischen Truppen mit sich bringen. Jetzt verfügen sie über eine ausreichend große Menge an Waffen, aber selbst damit werden sie nicht in der Lage sein, eine solche Aufgabe zu bewältigen“, erklärt Konstantin Siwkow, Doktor der Militärwissenschaften.

„Um das Ziel zu erreichen, muss die Ukraine den Westen bitten, die Waffenlieferungen zu erhöhen. Sie benötigen möglicherweise 500 bis 600 Panzer, etwa 1.500 Geschütze und 200 bis 300 Flugabwehrraketensysteme“, so der Experte.

„Aber heute wird alles in Stückzahlen geliefert, bestenfalls in Dutzenden von Teilen. Das heißt, das Volumen der Lieferungen sollte um das 20- bis 100-fache erhöht werden. Dies sind sehr große Zahlen. Das ist kaum möglich“, meint Siwkow.

US-Analyse russischer Offensiven

Bemerkenswert ist, dass die Drohungen aus Kiew vor dem Hintergrund einer mutmaßlichen Operationspause der russischen Armee erfolgten, über die das US-amerikanische Institute for the Study of War (ISW) zuvor geschrieben hatte.

Nach Ansicht der Analysten des Instituts müssten die russischen Streitkräfte „die Voraussetzungen für größere Offensivoperationen schaffen und die für die Umsetzung des Plans erforderliche Kampfkraft wiederherstellen“. Nach den Erkenntnissen des ISW rücken die russischen Streitkräfte weiter nach Westen in Richtung Sewersk vor und bereiten eine Offensive gegen Artjomowsk (Bachmut) vor (beide Orte liegen im ukrainischen besetzten Teil der Volksrepublik Donezk).

Anfang Juli zeigte sich der russische Botschafter im Vereinigten Königreich Andrei Kelin zuversichtlich, dass die russische Armee die ukrainischen Streitkräfte im Donbass besiegen und im Süden des Landes bleiben werde.

„Wir werden den gesamten Donbass befreien“, erklärte der Diplomat. „Wenn unsere Truppen abgezogen würden, käme es in der Südukraine zu Provokationen und Erschießungen, sodass ein solcher Abzug aus den besetzten Gebieten schwer vorstellbar ist“, so Kelin weiter.

Unterdessen vermied Selenskij selbst, kurz nach Verkündung der Pläne zur Rückeroberung, aus irgendeinem Grund eine öffentliche Diskussion über die Drohungen des Verteidigungsministeriums. Bei einem allgemeinen Briefing mit dem niederländischen Premierminister Mark Rutte sagte Selenskij, er habe Resnikows Rede „nicht gelesen“ und lehne es ab, seine militärischen Pläne zu kommentieren.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Kiew lehnt Überwachung von Waffenlieferungen durch US-Kongress ab

19. 07. 2022



Waffen- und Hilfslieferungen an Ukraine "dürfen" nicht kontrolliert werden *Bild: Youtube*

Vergangene Woche hatte die, in der Ukraine geborene US-Abgeordnete Victoria Spartz gefordert, dass die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine ausreichend überwacht werden müssten.

Kiew reagierte, wie immer empört und behauptete, dass jeder Versuch der Überwachung nur Moskau in die Hände spielen würde.

Transparenz der Waffenlieferung würde Russland „unterstützen“

Kiew hatte also mit Verärgerung auf die Forderung von Victoria Spartz, einer republikanischen US-Kongressabgeordneten aus Indiana, reagiert, wonach die Waffen- und Hilfslieferungen an die Ukraine „angemessen überwacht werden müssten“.

Ihr Vorschlag laufe auf einen Versuch hinaus, bestehende Mechanismen zur Bereitstellung von Hilfe für die Ukraine inmitten des anhaltenden Konflikts mit Russland zu „untergraben“, erklärte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolenko am vergangenen Samstag.

Angesichts der ukrainischen Wurzeln der Kongressabgeordneten sei die Haltung von Spartz „besonders zynisch“, schrieb Nikolenko in einem Facebook-Post.

„Untergraben“ bestehender Mechanismen der US-Militärhilfe

„Die Kongressabgeordnete sollte aufhören, die bestehenden Mechanismen der US-Militärhilfe für die Ukraine zu untergraben“, so Nikolenko.

„Die ukrainische Seite interagiere mit den amerikanischen Partnern mit maximaler Offenheit und stellt umfassende Informationen über den Einsatz von Waffentechnologie zur

Verfügung“, behauptete Nikolenko und weiter „würde eine „weitere Bürokratisierung“ des Prozesses lediglich Moskau in die Hände spielen.

Die Kongressabgeordnete Spartz verschickte Anfang vergangener Woche sowohl an den US-Präsidenten Joe Biden als auch an dessen ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij eine deutliche Botschaft und forderte darin beide auf, mindestens „drei dringende Maßnahmen“ zu ergreifen, von denen sie glaubt, dass sie helfen würden, „die Situation unter Kontrolle zu bringen“.

Laut Spartz müsse Biden endlich „damit aufhören, Politik zu spielen, eine klare Strategie zeigen und die militärischen Hilfen an die Ukraine an dieser Strategie ausrichten“.

Zweitens sollte Selenskij „aufhören, Politik und Theater zu spielen“ und stattdessen „anfangen zu regieren, um sein Militär wie seine regionalen Regierungen besser zu unterstützen“.

Die dritte Maßnahme jedoch, die sich auf die Einrichtung eines „Kontrollsystems“ für die Waffenlieferungen bezieht, scheint Kiew offenbar am meisten verärgert zu haben.

Nachdem die Ukraine vor allem in Person ihres Präsidenten Selenskij im „Forderungen“ stellen, die oftmals bereits das Ausmaß von „Erpressung“ und Beleidigung spendender Nationen, erreicht hatten, ist man von Kontrollen empfangener „Geschenke“ offenbar nicht sonderlich angetan. So gar nicht nachvollziehbar erscheint dies auch vor dem Hintergrund der, bereits durch das ukrainische Büro für wirtschaftliche Sicherheit, eingestandenen „Veruntreuung“ westlicher Hilfgelder, [wie wir berichtet hatten](#).

„Der US-Kongress muss eine angemessene Aufsicht über kritische Infrastruktur und über die Lieferung von Waffen und Hilfsgütern einrichten“, erklärte Spartz.

Die Einrichtung eines Kontrollmechanismus darüber, wie Hilfgelder tatsächlich ausgegeben werden, war zuvor von weiteren US-Politikern gefordert worden.

Frühere „Hilfgelder“ ebenfalls ohne Kontrolle

Zum Beispiel verzögerte der republikanische Senator aus Kentucky Rand Paul bereits im **vergangenen Mai** die Verabschiedung eines gigantischen **40 Milliarden US-Dollar schweren Pakets für die Ukraine** und drängte auf die Schaffung eines Kontrollmechanismus. Diese Hilfgelder solle man besser zu Hause ausgeben, argumentierte Paul damals.

„Mein Amtseid gilt der US-Verfassung, nicht irgendeiner fremden Nation, und egal wie wohlwollend die Sache ist, mein Amtseid gilt der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten von Amerika. **Wir können die Ukraine nicht retten, indem wir die US-Wirtschaft den Bach runterschicken**“, so der Senator.

Nachdem Ende Februar der anhaltende Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausgebrochen war, wurde Washington mit Abstand zum wichtigsten Waffenlieferanten Kiews.

Nach aktuellen Zahlen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) haben die USA bisher rund 6,37 Milliarden Euro Militärhilfe zugesagt. Laut Statistiken des Instituts wurde bisher allerdings weniger als die Hälfte dieser Summe, etwa 2,44 Milliarden Euro, tatsächlich an Militärhilfe geleistet.

„Musterschüler“ bei Waffenlieferungen ist Polen

Diese Zahlen enthalten jedoch nur die „offengelegten Lieferungen“. Der tatsächliche Umfang der gelieferten Waffen könnte durchaus größer sein, wenn man bedenkt, dass einige Lieferungen möglicherweise heimlich „getätigt“ wurden. Gemäß den Zahlen des IfW hat **Polen** in Bezug auf das Einbringen von Waffen in die Ukraine bisher die „**beste Leistung**“ gezeigt. Das Land habe alle zugesagten Waffen im Wert von 1,8 Milliarden Euro vollständig geliefert.

Moskau hat den Westen wiederholt aufgefordert, Kiew nicht mit noch mehr Waffen zu beliefern, da dies den Konflikt nur verlängern würde und zu langfristigen negativen Folgen für die Ukraine führen würde.

Letzte Woche erklärte Russlands Chef-Diplomat Sergei Lawrow, dass ein weiteres „Aufpumpen“ der Ukraine mit Waffen Russland nur dazu veranlassen werde, mehr Einsätze vor Ort durchzuführen“.

Dass die Ukraine trotz massiver Unterstützung der USA und ihrer europäischen „Verbündeten“, diesen Krieg nicht gewinnen kann, war von Anbeginn an klar, dass Präsident Selenskij in seiner Funktion als „Erfüllungsgehilfe“ der USA, sein eigenes Volk opfert ist dagegen in keinster Weise entschuldbar.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Krieg der Religionen in der Ukraine. Staat, Orthodoxe Kirche und Klima

Von Gerd Klöwer

Haben die Invasion Russlands in die Ukraine und der andauernde Krieg auch einen religiös-kulturellen bzw. orthodox-christlichen Hintergrund?

Die weltweit mehr als 300 Millionen orthodoxen Christen bilden nach Katholiken und Protestanten die drittgrößte christliche Konfession. Von ihnen gehören rund 150 Millionen zum Moskauer Patriarchat. Seit 2009 herrscht dort Kyrill I., Wladimir Michailowitsch Gundjajew. Er kommt aus Wladimir Putins Heimatstadt St. Petersburg und war früher aktiver Offizier des KGB.

Die russisch-orthodoxe Kirche versucht schon länger, die Macht innerhalb der 14 orthodoxen Kirchen zwischen Alexandria, Moskau und Tiflis (Georgien) zu übernehmen. Von Kritikern wird Kyrill deshalb „Religionsoligarch“ genannt.

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat im Vordergrund (geo-) politische, strategische, ökonomische, militärische, globale und andere Dimensionen. Die religiöse Dimension ist mit der jahrhundertealten orthodox-christlichen Tradition Osteuropas verbunden. Zwar gab die Orthodoxie sicherlich nicht den Anlass für die jetzige Invasion, doch ihre Bedeutung im Hintergrund des Konflikts darf nicht übersehen werden. Reaktionen und Sanktionen der NATO und der EU um Energiefragen, um die Rolle der russischen Oligarchen im Westen oder um einen möglichen Atomkrieg übersehen die immense Rolle der mächtigen Orthodoxen Kirche Russlands. Welche Rolle spielt die Kirche in postsowjetischer Zeit im öffentlichen Leben? Wie bestimmt sie die russische Innen- und Außenpolitik?

Der Zusammenbruch des Kommunismus führte in den Jahren nach 1989 zu einem ideologischen Vakuum. Die erste postsowjetische Dekade war eine Übergangsphase für Russland. Viele Akteure und Beobachter (insbesondere in der westlichen Welt) prognostizierten eine zunehmende Annäherung Russlands an den Westen. Zu jener Zeit war es hauptsächlich die neu erstarkte Russische Orthodoxe Kirche, die Widerstand gegen solche pro-westlichen Pläne leistete.

Mit dem Ende der Sowjetunion kehrte die orthodoxe Kirche zurück in den Alltag der Russen. Religiöse Gefühle sind heute ein heiliges Gut.

- Es gibt eine zunehmende „Sakralisierung der Politik“. Auch in der Politik spielt die Kirche seit Putins Machtantritt eine Rolle. Er demonstriert oft seine Nähe zum orthodoxen Patriarchen.
- Die Gesellschaft wird faktisch, mental und emotional „militarisiert“ durch extremen Patriotismus pur. Der Schulterschluss von Politik und Kirche ist Teil eines neuen (quasi faschistischen) Patriotismusverständnisses, das auf militärische Stärke und traditionelle Werte setzt. Auch der Duktus, in dem die russische Führung über die (angeblich faschistische) Ukraine spricht, trägt selbst faschistoide Züge.

Uneingeschränkt treu ist der Patriarch dem Präsidenten – noch – nicht. Der neue, seit Ende des Weltkrieges 1945 unveränderte Militarismus geht vom Kreml aus, nicht von der Kirche. Einen entscheidenden Wendepunkt markierte die Wahl des neuen Patriarchen Kirill als

Oberhaupt der Russischen Kirche im Jahr 2009. Dies führte zu einer noch engeren Verbindung zwischen Staat und Kirche, bedeutsam für die Zukunft Russlands und seine Abgrenzung zum Westen. Daraus entstand eine offene „Sakralisierung“ der Politik, teilweise nach byzantinischem und zaristischem Vorbild. Die gemeinsamen öffentlichen Auftritte von Putin und Kyrill, die ihre enge und innige Beziehung symbolisierten, waren keine Seltenheit. In diesem Rahmen wurde die Ideologie der 'Russischen Welt' (Ruzkoj mir) verfestigt, die entscheidend die Zukunft Russlands prägen sollte. Es gibt seit 2007 eine gleichnamige Stiftung, vom Kreml gegründet und offiziell finanziert, zur Förderung der russischen Sprache und Kultur im Ausland – wie etwa das Goethe-Institut. Jedoch gibt es ein damit verbundenes, breiteres Verständnis der 'Russischen Welt' als geopolitische Ideologie, die unter anderem von der Russischen Kirche stark propagiert wird. Hierbei geht es hauptsächlich um die länderübergreifende, geschichtlich begründete spirituelle Einheit insbesondere von Russland, Ukraine und Belarus, aber auch der russischsprachigen Völkergruppen aus den ex-sowjetischen Republiken oder in anderen Teilen der Welt. Diese 'Russische Welt' sollte idealerweise ein gemeinsames politisches Hauptzentrum, eine Kirche und eine Kultur haben. Darüber hinaus wurde eine deutliche Grenze zwischen der 'Russischen Welt' und dem Westen gezogen. Das Wertesystem der 'Russischen Welt' wird unter anderem dem 'korrupten, säkularen und dekadenten Wertesystem' des Westens entgegengesetzt, das für seine 'Sitten-widrigkeit und seinen moralisch gefährlichen Niedergang' von der politischen und kirchlichen Führung Russlands wiederholt angeprangert wird. Es ist deshalb kein Zufall, dass die Russische Kirche international als die prominenteste Vertreterin von 'traditionellen Werten' auftritt und entsprechende transnationale und transreligiöse Allianzen zu schmieden versucht. In diesem Rahmen wird die Orthodoxie sowohl als geopolitische Waffe als auch als Instrument von 'soft power' benutzt. Die Machtansprüche des Moskauer Patriarchats um eine Führungsrolle in der Welt der Orthodoxie zeugen von solchen geopolitischen Ambitionen, die der traditionellen panorthodoxen Rolle des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel entgegen stehen.

Aus diesem Grund lässt sich gut erklären, warum die pro-westliche Orientierung der Ukraine (insbesondere nach dem Euromaidan, 2013-14) dem russischen Staat und der Kirche nicht gefiel. Präsident Putin betonte in seiner Fernsehansprache vom 21. Februar 2022 an die russische Nation, die Ukraine sei für Russland kein bloßes Nachbarland, sondern unveräußerlicher Teil der eigenen Geschichte, der Kultur und des geistigen Raums. Die Orthodoxie wurde dabei als ein verbindendes Element erachtet, das auf die Christianisierung der Kiewer Rus' zurückgeht. Dieselbe religiöse Metaphorik hatte Putin auch in seiner Rede vor der russischen Duma im März 2014 nach der Krim-Annexion sowie in seinem Aufsatz vom 12. Juli 2021 'Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern' benutzt. Dies belege schließlich, dass die 'Russische Welt' nicht nur innerhalb der Grenzen der Russischen Föderation existierte, sondern auch viele Millionen Menschen einschließe, die außerhalb Russlands leben, nicht zuletzt in der Ukraine. Dasselbe behauptet auch die Russische Kirche, die ihre Verantwortung jenseits der Grenzen der Russischen Föderation bei Völkern sieht, die die russische spirituelle und kulturelle Tradition als Grundlage ihrer nationalen Identität akzeptieren. Kiew ist insofern keine randständige Stadt, obwohl das Wort „Ukraine im Russischen „das Land am Rand“ bedeutet. Kiew sei vielmehr 'die Mutter der russischen Städte', eine Art russisches 'Jerusalem' (so Patriarch Kirill 2019). Das ganze Thema bekommt dementsprechend eine starke sakrale Legitimation in der russischen religiösen Vorstellungs- und Geschichtswelt. So kann man gut verstehen, warum das Moskauer Patriarchat die 2019 von Istanbul (Konstantinopel) erklärte Autokephalie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche am schärfsten kritisierte und seine Beziehungen zu Konstantinopel abbrach. Das Patriarchat von Konstantinopel sei – so die Argumentation – ein Instrument der US Außenpolitik bereits in der Zeit des Kalten Krieges, aber auch in postkommunistischer Zeit geworden. Es ist kein Zufall, dass die Außenminister Sergej

Lawrow auch diese Meinung teilt und die russischen kirchlichen Interessen öffentlich unterstützte. Andererseits verwundert es nicht, dass Patriarch Kyrill die Invasion in die Ukraine nicht verurteilte und Putins Aktionen unterstützt, auch wenn er gleichzeitig für den Frieden betet. Sein Diskurs bezog sich hier auf die 'bösen Kräfte', die die Einheit der Rus' und der Kirche gefährden und die für den Konflikt verantwortlich sind. Es ist nicht schwer zu erahnen, wer dahinter zu verstehen ist: der „ungläubige, korrupte, homophile“ Westen.

Was sind die strategischen Pläne Russlands nach der Invasion in die Ukraine? Er will nicht die Sowjetunion wiederherstellen, wie es in vielen westlichen Medien bis zum Überdruß wiederholt wird. Er beklagte den Untergang der UdSSR, aber er ist kein Nostalgiker des Bolschewismus. Er versteht sich hauptsächlich als Autokrat, ein Selbstherrscher mit einer religiös untermauerten Ideologie. Die Autokratie in Russland blickt auf eine jahrhundertealte Tradition zurück und hat auch einen klaren byzantinischen und zaristischen Hintergrund. Die ganze Symbolik seiner jüngsten Fernsehansprachen, so etwa mit dem doppelköpfigen Adler auf dem Banner, deuten auf solche kaiserlichen Verbindungen unmissverständlich hin. Prinzipiell will Putin ein neues 'Russisches Reich' gemäß der Ideologie der 'Russischen Welt' schaffen. Vielleicht mag dies dem Westen als eine romantische Vision erscheinen, doch sicherlich will er ein neues 'Großrussland' schaffen, das vom Westen abgegrenzt ist und eine selbstständige, souveräne und stolze Politik auf der Weltbühne betreibt, immer mit Respekt für die eigene Geschichte, Kultur und orthodoxen Werte. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass er es nicht bei der Ukraine belassen wird, denn es gibt eine beträchtliche Zahl von Russischsprachigen in unmittelbarer Nähe (z.B. in den Baltischen Staaten). Seine Handlungsweise ist insofern nicht diejenige eines säkularen politischen Akteurs. Religiöse Motive und Überzeugungen, auch wenn in anscheinend diffuser Form, spielen eine wichtige Rolle in seiner Denkwelt. Die Stadt Kiew und andere Städte im Süden der Ukraine, wie Cherson, verbunden mit der Taufe der Kiewer Rus' im Jahr 988, haben daher eine herausragende symbolische Bedeutung für ihn (und auch für die Kirche und das russische kollektive Gedächtnis). Die Invasion in die Ukraine, zusammen mit der Eroberung solcher Städte, könnte daher als einerseits militärische, zerstörerische, tödliche Aktion, andererseits aber auch eine Art 'spirituelle' Rückeroberung der Quellen der russischen Geschichte, Orthodoxie und Kultur gedeutet werden. Nicht umsonst spricht Patriarch Kyrill von einem „heiligen Krieg“.

Putins antiwestliche, religiös bedingte Vorgehensweise ist auch jenseits der Grenzen Russlands in unterschiedlichen Kontexten beliebt. Die Russische Kirche in ihrem Engagement für die weltweite Verteidigung traditioneller Werte ist nicht nur in mehrheitlich orthodoxen Ländern beliebt wie etwa Serbien, wo erhebliche antiwestliche Strömungen präsent sind, z.B. wegen der Kriegserinnerungen aus den 1990er-Jahren. Es gibt traditionalistische und konservative Akteure und Organisationen in westlichen Ländern selbst (auch in den USA), die Putin und das orthodoxe Russland als ideales Beispiel erachten und zwar für die Bekämpfung der eigenen Dekadenz und des moralischen Verfalls des Westens (z.B. wegen des exzessiven Liberalismus, Individualismus, Pluralismus, Relativismus, Konsumismus und Säkularismus sowie der Freizügigkeit und der Genderrevolution). Viele dieser Akteure sind westliche Konvertiten zur Orthodoxie, die ein radikalisiertes Verständnis von ihr vertreten und verbreiten, oftmals in einem anti-modernen, apokalyptischen und sektiererischen Rahmen. In dieser Ära von neuen Kulturkämpfen werden autoritäre Führer wie Putin beliebter und als Hoffnung für die Rettung von uralten, wahren Werten und den geistigen Grundlagen der menschlichen Existenz erachtet. In seiner Fernsehansprache vom 24. Februar 2022 mit der Kriegserklärung gegen die Ukraine hatte Putin übrigens die sich aggressiv verbreitenden westlichen 'Pseudowerte' erneut scharf kritisiert, die zur Entartung der menschlichen Natur führen und die (angeblich) die russischen traditionellen Werte ernsthaft bedrohten. Auch wenn er wegen der Invasion in

die Ukraine international massiv kritisiert wird, wird er gleichzeitig – zusammen mit der russischen Orthodoxie – von solchen Sympathisanten im Westen (z.B. dem ungarischen Präsidenten Orban) nicht als Feind, sondern als Hoffnungsträger für eine mögliche Rettung der angeblich verfallenden westlichen Zivilisation gepriesen."

DIE ORTHODOXEN KIRCHEN UND DER KLIMAWANDEL

Der oströmische Metropolit und Patriarch Bartholomäus I., das Ehrenoberhaupt der Weltorthodoxie, hat in seinem Hirtenbrief zum Schöpfungstag (1. September) eindringlich zum Schutz der Umwelt und des Weltklimas aufgerufen.

Allen christlichen Konfessionen gemeinsam ist der Glaube, dass die Erde und alles Leben auf ihr von Gott erschaffen und den Menschen zum verantwortungsvollen und sorgfältigen Umgang anvertraut ist. Dieser Glaube verpflichtet Christinnen und Christen dazu, mit der Erde als Geschenk Gottes respektvoll umzugehen. Aus diesem Glauben heraus setzen sich Kirchen aller Konfessionen seit den Anfängen der Umweltbewegung für den Umweltschutz ein.

KLIMAWANDEL UND ARTENSCHUTZ

Jede vierte aller erfassten Tier- und Pflanzenarten ist vom Aussterben bedroht. Das derzeitige Artensterben schreitet zehn- bis hundertfach schneller voran als in den zurückliegenden zehn Millionen Jahren. Man kann es tragisch finden, wenn süße Eisbären oder Schuppentiere aussterben, wenn der letzte Panda seine Heimat verliert oder das letzte Spitzmaulnashorn geschossen wird. Entscheidender ist aber, dass das Verschwinden einer einzelnen Art eine Kettenreaktion auslösen kann, die das gesamte Ökosystem durchzieht. Tiere und Pflanzen sind, in ihrer gesamten biologischen Vielfalt, Bestandteil eines Netzwerkes – sie liefern Nahrung und Lebensgrundlagen für weitere Arten. Und die betreffen irgendwann auch den Menschen.

Die Bienen sind dafür das beste Beispiel. Sie gehören zu den Bestäubern, die dafür sorgen, dass Obstbäume und weitere Kulturpflanzen jedes Jahr blühen und Früchte tragen. Sterben sie, dann wirkt sich das unmittelbar auf unser Nahrungsspektrum aus: Ohne Bienen keine Äpfel. In Deutschland hängen 2,5 Prozent der Erträge von der Existenz der Bestäuber ab, weltweit sind es mit 25 Prozent weit mehr.

Die biblische Schöpfungsgeschichte im Alten Testament ist keine historische Schilderung. Dem Menschen kommt keine überlegene oder übergeordnete Bedeutung zu, keine Vormachtstellung, die es ihm erlaubt, die Erde auszubeuten und sie auf der Suche nach dem eigenen Profit zu zerstören. Die biblische Schöpfungsgeschichte erzählt vielmehr vom Bezug Gottes zur Welt und den Geschöpfen: Schöpfung ist ein Teil des Beziehungsgeschehens zwischen Gott und der Welt. In dieser Sichtweise ist der Mensch nicht Mittelpunkt und Ziel der Schöpfung, sondern Teil von ihr – als Mitgeschöpf. Er ist eingebunden in ein Netzwerk aus Leben, welches die Wesen miteinander und mit Gott verbindet. Die Welt als Schöpfung zu verstehen, heißt, sie in das Licht ihrer Zukunft, ihrer göttlichen Vollendung zum Reich Gottes zu rücken. Es handelt sich nicht um eine genaue Darstellung der Welt, sondern um eine Deutung aus der Perspektive des Glaubens. Diese Sichtweise hat sich allerdings erst allmählich und im Lichte der ökologischen Krise entwickelt. Und sie hat sich noch längst nicht überall durchgesetzt.

PAPST FRANZISKUS - EIN ÖKOLOGI-SCHER REFORMATOR?

Schon 2015 veröffentlichte der katholische Papst die Enzyklika 'Laudato si', mit dem Untertitel „Sorge für das gemeinsame Haus“, in dem er sich hinter die Wissenschaft stellt und vor dem menschengemachten Klimawandel warnt. Franziskus beklagt in seiner Enzyklika „Laudato Si“ (LS) auch die Umweltkrise. Unter hohen Schadstoffen in der Luft, unter Müllbergen und unter der Abholzung des Regenwaldes habe die ganze Welt zu leiden, vor allem die Armen. „Die Verschmutzung des Wassers trifft besonders die Ärmsten, die keine Möglichkeit haben, abgefülltes Wasser zu kaufen“ (LS 48), die ohnehin schon leiden: Die Ärmsten der Armen.

Eine katholische Enzyklika wird immer nach ihren Anfangsworten benannt. „Laudato si“ sind zugleich die ersten Worte der Enzyklika von Papst Franziskus wie auch des Sonnengesangs von Franz von Assisi. In diesem Gesang lobt der Gründer des Franziskanerordens die Welt als Schöpfung Gottes. Dabei benutzt er familiäre Bilder: Sonne und Mond sind ihm Bruder und Schwester, ebenso Wasser und Feuer, sogar der Tod wird als Teil der Familie bezeichnet. An diesen Lobgesang seines Namensvetters will auch Papst Franziskus mit seiner Enzyklika anknüpfen. Die Umweltkrise sei eine Folge menschlichen Fehlverhaltens. Wenn die Menschheit sich nicht um menschliches Leben Sorge – wie könnte sie dann den Wert der Schöpfung erkennen? „Wenn man schon in der eigenen Wirklichkeit den Wert eines Armen, eines menschlichen Embryos, einer Person mit Behinderung nicht erkennt, wird man schwerlich die Schreie der Natur selbst hören.“ (LS 117)

„Wenn es weder objektive Wahrheiten noch feste Grundsätze gibt außer Befriedigung der eigenen Pläne und der unmittelbaren Bedürfnisse – („Konsum und Bedürfnisbefriedigung“, eine historische Fortsetzung der altrömischen Politik „Brot und Spiele“ ?), wie können wir dann die Übel unserer Zeit bekämpfen?“ „Menschenhandel, die organisierte Kriminalität, den Rauschgifthandel, den Handel mit Blutdiamanten und Fellen von Tieren, die aussterben?“ (LS 123). So fordert der Papst eine gemeinsame globale Umweltpolitik: Man „kann nicht mit jedem Regierungswechsel die mit dem Klimawandel und dem Umweltschutz verbundene Politik ändern.“ (LS 181) Eine Kurzsichtigkeit der Macht könne die Umwelt nicht retten.

Die Enzyklika von Papst Franziskus liest sich wie ein grünes Parteiprogramm. Um die Umwelt nachhaltig zu achten, müssten sich auch die Menschen ändern. Dazu gehöre es, einen anderen Lebensstil zu führen und Druck auf die Mächtigen aufzubauen: „Verbraucherbewegungen können durch den Boykott gewisser Produkte das Verhalten der Unternehmen ändern“ (LS 206). Mit kleinen Schritten könne der Umwelt geholfen werden. Schwierig sei es, dass auch in der Kirche die Umweltsorge nicht immer auf offene Ohren treffe: „Einige engagierte und betende Christen spotten unter dem Vorwand von Realismus und Pragmatismus über die Umweltsorgen.“

Seine Sorge für die Umwelt begründet das Oberhaupt der Katholischen Kirche durch den Glauben: Gott als Schöpfer habe die Welt wohl eingerichtet und dem Menschen die Sorge für seine Umwelt aufgetragen. Obwohl nicht alle Geschöpfe gleich sind, sind sie eben doch alle von Gott geschaffen.

In allen Gesellschaften ist das Ziel allen Wirtschaftens der Konsum bzw. die Bedarfsdeckung. Zuviel Konsum einer zu großen Zahl von Menschen zerstört jedoch die

Welt und besonders das Klima. Wachsende Güter-Produktion produziert eben nicht nur Wohlstand bei Wenigen, sondern auch weitere Müllberge und Plastikberge, die Ozeane und Lebensräume verschmutzen.

FÜRSORGE FÜR DIE SCHÖPFUNG ALS NATÜRLICHE FOLGE DES GLAUBENS

Im sakramentalen und liturgischen Leben der Kirche „wird die eucharistische Wahrnehmung, Sinngebung und Nutznießung der Schöpfung erfahren und zum Ausdruck gebracht“, schreibt Bartholomäus: „Die eucharistische Erfahrung sensibilisiert und motiviert den Gläubigen für eine die natürliche Umwelt liebende Lebensweise.“

Der Patriarch spricht auch von einem „angeborenen ökologischen Bewusstsein der Kirche“. Jede Art von Missbrauch der Schöpfung und ihre Umwandlung in einen Gegenstand der Ausbeutung bedeute deshalb auch eine Perversion des Geistes des Evangeliums, betont der Patriarch. Er ruft dazu auf, Initiativen und koordinierte Aktionen sowie ökologisch sensibler zu werden und Tagungen und Vorträge zu veranstalten, „damit die Gläubigen erkennen, dass der Schutz der natürlichen Umwelt eine geistliche Aufgabe für jeden von uns ist“.

Der 1. September wird in der orthodoxen Kirche seit fast 30 Jahren als „Tag der Bewahrung der Schöpfung“ begangen. Zugleich beginnt mit dem 1. September auch das orthodoxe Kirchenjahr.

Seit 2015 ist der bereits davor ökumenisch begangene „Schöpfungstag“ am 1. September auch offiziell durch Papst Franziskus als „Weltgebetstag für die Schöpfung“ im katholischen Kalender eingetragen.

**"AUF DEN AUFSCHREI DER ERDE HÖREN" UND DAS EIGENE TUN ÜBERDENKEN:
DER PAPST, DER ORTHODOXE PATRIARCH UND DER ANGLIKANISCHE PRIMAS
RUFEN GEMEINSAM ZU MEHR KLIMASCHUTZ AUF.**

Dies ist das erste Mal, dass drei Kirchenfürsten gemeinsam die Dringlichkeit der ökologischen Nachhaltigkeit ansprechen. Das bisherige Handeln habe zum Verlust der Biodiversität, Umweltverschmutzung und zum Klimawandel geführt, kritisieren die Kirchenführer.

Die Kirchenführer fordern ein Opfer für die "gottgegebene Erde." Jeder Einzelne solle - unabhängig von Glaube und Weltanschauung - auf den "Aufschrei der Erde und der Armen" hören, das eigene Tun überdenken und sinnvolle Opfer für die gottgegebene Erde bringen. "Die extremen Wetter- und Natur-katastrophen zeigen uns, dass der Klimawandel nicht eine zukünftige Herausforderung, sondern eine unmittelbare und dringende Frage des Überlebens ist."

DIE OSTKIRCHE UND DER NEW GREEN DEAL

Wenn drei Kirchenfürsten sich gezwungen sehen, gemeinsam die Dringlichkeit der ökologischen Nachhaltigkeit anzusprechen, dann sollten wir diesen Appell ernst nehmen. Das bisherige Wirtschaftsmodell des kapitalistischen Produzierens und schnellen Verbrauchens mit hohem Ressourcenverbrauch und großen Umweltschäden habe zum Verlust der Biodiversität, Umweltverschmutzung und zum Klimawandel geführt, kritisieren die Kirchenführer. Diese Botschaft wird jedoch nicht von allen geglaubt. Zweifler und Kritiker der ökologischen Bewegung wollen weiter am Wachstumsmodell festhalten.

Die einflussreichsten Politiker und Wirtschaftslenker der Welt haben jedoch längst beschlossen, wie die neue Welt-wirtschaftsordnung aussehen soll. Wie die Eliten der Welt eine neue Wirtschaftsordnung planen, hat im Jahr 2021 das Weltwirtschaftsforum in Davos unter dem Titel „The Great Reset“ („Der Große Neustart“) verkündet.

Das Weltwirtschaftsforum hat weltweit führende Persönlichkeiten aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Stakeholder aus der ganzen Welt in einer einzigartigen Konfiguration zusammengebracht. Es soll um die Menschen-würde und soziale Gerechtigkeit gehen, in dem der gesellschaftliche Fortschritt nicht hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt.

Wir müssen ausgeglichene, integrativere und nachhaltigere Volkswirtschaften und Gesellschaften aufbauen, die angesichts von Pandemien, Klimawandel, Kriegen und den vielen anderen globalen Veränderungen, widerstandsfähiger sind, so António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York.

Ein „Great Reset“ ist nach Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, notwendig, um einen neuen Gesellschaftsvertrag ins Leben zu rufen, der die Würde jedes Menschen ehre. „Die globale Gesundheitskrise hat die fehlende Nachhaltigkeit unseres alten Systems in Bezug auf den sozialen Zusammenhalt, den Mangel an Chancen-gleichheit und Inklusivität offengelegt. Auch können wir den Missständen von Rassismus und Diskriminierung nicht den Rücken kehren. Wir müssen in diesen neuen Gesellschaftsvertrag unsere generationenübergreifende Verantwortung einbauen, um sicherzustellen, dass wir den Erwartungen der jungen Menschen gerecht werden“, so Schwab.

Die Mitglieder des Weltwirtschaftsforums planen im Rahmen ihrer Great Reset-Initiative eine Verschmelzung von Kapitalismus und Sozialismus mit dem Ziel und im Sinne des Wohlstands für alle Menschen.

Seit 2021 sind die allgemeinen Grundsätze des Plans klar: Die Welt braucht massive neue Regierungsprogramme und weitreichende Maßnahmen, die mit den Programmen vergleichbar sind, die von amerikanischen Sozialisten wie Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in ihrem Green New Deal Plan ausgearbeitet wurden. Wir brauchen eine neue Form des modernen „Sozialismus“, eine grün-konservative soziale Marktwirtschaft, meint Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Prof. Frank Bösch, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam erklärt das neue Interesse am Konservativen:

Zum einen ist der Konservatismus immer eine Gegenbewegung gewesen gegen liberale Reformen. Das ist das, was eben von einigen als Bedrohung angesehen wird. Das zweite ist die Debatte um die Migration. Der Konservatismus, der von der Überlegenheit der eigenen Gruppe ausgeht – das sind Grundwerte, mit denen auch die AfD jetzt mobilisiert, die durchaus eine längere Tradition im Konservatismus haben.

Drei Elemente charakterisieren den neuen grünen Konservatismus: „Das ist erstens der Glaube an eine religiös geprägte Ordnung und die Begründung von Staats- und Gesellschaftsvorstellung im Verweis auf religiöse Traditionen. Das ist zweitens der Glaube, dass die Menschen nicht chancen-)gleich sind. Und drittens, der Glaube an eine eher elitär geführte Staatsordnung, die auf der Vorstellung der Unvollkommenheit der Menschen beruht.“

Zu den prominenten Unterstützern des „Great Reset“ gehören Prominente wie Marc Zuckerberg, Elon Musk, Prinz Charles, Sohn der Queen, Ursula von der Leyen, sowie als Geschäftsführer Professor Klaus Schwab. Klaus Schwab sieht die Globalisierung mittlerweile kritisch: „Die Globalisierer haben es übertrieben“. „Wir hätten den sozialen Faktoren und der Umwelt mehr Gewicht geben müssen.“

ES GIBT ABER AUCH KRITISCHE STIMMEN: DER GREEN DEAL IST KEINE LÖSUNG, DIE EU VERSCHIEBT PROBLEME INS AUSLAND. Der „Green Deal“ ist gut für Europa, aber möglicherweise schlecht für den Planeten. Statt wie geplant, die Emissionen Europas auf null zu senken, wird man lediglich die Emissionen in Europa reduzieren. Zunehmender Import, um den Wegfall einheimischer Produktion auszugleichen, verlagert die Probleme ins Ausland. Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Das hat die EU mit dem „Green Deal“ Ende 2019 angekündigt. Ziel ist, die Kohlenstoffemissionen zu verringern sowie Wälder, Landwirtschaft, umweltfreundlichen Verkehr, Recycling und erneuerbare Energien zu fördern. In der Zeitschrift „Nature“ zeigen Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), dass der „Green Deal“ ein schlechter Deal für den Planeten sein könnte. Mit steigendem Import von Agrargütern verlagere die EU ihre Umweltschäden lediglich nach außen. Zugleich entwickelten die Wissenschaftler Maßnahmen, wie der „Green Deal“ die globale Nachhaltigkeit doch fördern könnte.

Der „Green Deal“ soll die europäische Landwirtschaft in den nächsten Jahren stark verändern und dazu beitragen, dass Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent wird. Bis 2030 soll ein Viertel der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch bewirtschaftet und der Einsatz von Düngemitteln um 20 und der von Pestiziden um 50 Prozent reduziert werden. Welche Wirtschafts- und Industriepolitik brauchen wir, um bis 2050 in der EU Klimaneutralität zu erreichen? Wie muss ein Green New Deal tatsächlich aussehen?

Der Kampf gegen den Klimawandel und der Kampf für soziale Gerechtigkeit sind miteinander verbunden - d.h. gute Arbeit, Zugang zu Wohnraum, öffentlichem Nahverkehr und bezahlbarer Energie müssen durch einen wirklichen Green New Deal sichergestellt werden. Die dreifachen Krisen der politischen Legitimität, der sozio-ökonomischen Ungleichheit und des Klimawandels können durch einen Green New Deal, der hunderttausende von Jobs schaffen wird, angegangen werden. Da jedoch eine drastische und rasche Reduktion der Treibhausgase in den nächsten Jahren erforderlich ist, können wir uns nicht weiterhin auf marktbasierte Reformen (also des Kapitalismus als Treiber unserer Wirtschafts-systeme) verlassen – vielmehr brauchen wir eine neue soziale Ordnung, die auf mehr Solidarität, Demokratie und Gleichberechtigung aufbaut, und eben nicht auf dem Geiz und Profitstreben einzelner. Fraglich ist, ob ein Green New Deal als globale Vision für den gesamten Planeten die Muster von Kolonialismus und Ausbeutung überwinden kann. Die Europäische Kommission zeigte sich mit diesem Ansatz ganz und gar nicht einverstanden und unterstrich, dass Anreize über den Markt gesetzt werden müssen, um eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 zu erreichen. Zu diesem Zweck werde die europäische Kommission eine europäische Industriestrategie vorlegen, die die gesamten Wertschöpfungsketten in den Blick nimmt: zum Beispiel im Falle von Elektromobilität die Herstellung und das Recycling von Batterien sowie die Gewinnung der notwendigen Rohstoffe. Ein integrierter Ansatz sei notwendig: z.B. könne die Digitalisierung hilfreich sein bei der Erreichung der Klimaneutralität. Letztendlich seien es jedoch die Mitgliedstaaten, die den europäischen Green Deal umsetzen müssen – die europäische Kommission könne nur den Rahmen setzen.

LITERATUR

Hubert Seipel, Putins Macht, Hoffmann und Campe, Hamburg 2022.

Nino Haratischwili: „Das mangelnde Licht“, Frankfurter Verlags-Anstalt.

Katerina Poladjan: „Zukunftsmusik“, Fischer Verlag.

Juri Andruchowysch: „Radio Nacht“, Suhrkamp Verlag, erscheint im Herbst 2022.

Jan Fleischhauer: Kirche des ökologischen Glaubens. Spiegel Online, 12. März 2012.
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/s-p-o-n-der-schwarze-kanal-kirche-des-oekologischen-glaubens-a-820751.html> (Zugriff 14. Oktober 2020).

Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, Kindler, München 1992.

Constantin Katsakioris, Der Leninismus und die nationale Frage in Afrika, Kulturtransfer in der kolonialen und postkolonialen Welt in: JHK 2019, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Seite 209-222.

Naomi Klein: The Shock Doctrine, London: Penguin, 2007.

„Kirchenführer im Krieg“, Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.04.22, S.10.

Gerd Klöwer, Globalisierung, Klimarettung und ökologische Religion - vom Aralsee bis Andalusien – Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach den Grenzen des Wachstums eine neue Religion wird, S. 47 – 78 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021.

Dr. Gerd Klöwer hat 45 Jahre in Osteuropa und Nah-Ost gearbeitet, Indien und Afrika, zuletzt 2008-2011 im Finanzministerium in Kiew, Ukraine.

Dr. phil. Gerd Klöwer ist Diplom-Volkswirt. Promotion in Philosophie und Politik. Er hat den syrisch-libanesischen Krieg in Beirut 1977 und die Tulpenrevolution in Kirgyzstan 2005 erlebt. Dr. Klöwer war Hochschuldozent für Internationale Finanzwirtschaft und Interkulturelle Kommunikation in Magdeburg.

Weißrussland (Seiten E 191 – E 193)

R u s s l a n d (Seite E 194 – E 197)

06) In Russland könnte Totalverbot für LGBTQ-Werbung kommen

20. 07. 2022



LGBT-Flagge, Symbolbild · Bildquelle: Flickr / Tony Webster / CC BY-SA 2.0

Familien sind Russland wichtiger als sexuelle Minderheiten

Bereits jetzt ist in Russland LGBTQ-„Propaganda“ verboten, wenn sie sich an Kinder richtet. Geht es nach einem in der Duma, dem russischen Parlament, eingebrachten Gesetzesentwurf, dann soll künftig Werbung für Homo-, Bi-, Transsexualität und dergleichen gänzlich verboten sein. Auf der Internetseite der Duma wird ein Gesetzesentwurf angekündigt, der eine Ausweitung des 2013 erlassenen Verbots der „Förderung nichttraditioneller sexueller Beziehungen“ für Minderjährige vorsieht, das allgemein als „Schwulenpropaganda-Gesetz“ bezeichnet wird, berichtet die Nachrichtenagentur AP.

Eingebracht wurde er von einer parteiübergreifenden Gruppe von sechs kommunistischen und sozialkonservativen Abgeordneten. Sollte er Gesetzeskraft erlangen, wären öffentliche Diskussionen über LGBTQ-Beziehungen oder LGBTQ-Inhalte in Kinos verboten.

Das verschärfte Vorgehen gegen Werbung für Homosexualität und dergleichen ist auch im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg zu sehen. Russland sieht diesen Krieg – nicht zu Unrecht -auch als einen Kampf gegen die sogenannten „westlichen Werte“, wozu Moskau auch die Verherrlichung nichttraditioneller sexueller Beziehungen sieht.

Anders als der Westen betont Russland den Wert der Familie: „Familie, Mutterschaft und Kindheit in ihrem traditionellen, von den Vorfahren übernommenen Verständnis sind die

Werte, die den kontinuierlichen Wechsel der Generationen gewährleisten“, heißt es in dem Gesetzesentwurf, der auch im Zusammenhang mit dem Austritt Russlands aus dem Europarat zu sehen ist. Denn damit ist Russland auch nicht mehr der Rechtsprechung des sogenannten Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte unterworfen, der immer häufiger die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) auf fragwürdige Weise auslegt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Griechenland (Seiten E xxx – E xxx)

01) Jedes Jahr wieder: „Flüchtlinge“ legen Waldbrände in Griechenland

23. 07. 2022



Nein, nicht der angebliche Klimawandel ist Schuld an diversen Waldbränden, die Europa nahezu jeden Sommer seit geraumer Zeit heimsuchen. Fast immer sind es nämlich Brandstiftungen, die diese verursachen. Denn: bei Temperaturen zwischen 30 und 40 Grad kann sich keine Vegetation selbst entzünden, dafür würde e. Denn och wollen uns Mainstream-Medien genau das suggerieren. Wer hinter den Brandstiftungen steckt, ist in Griechenland immer öfter nachvollziehbar.

Migranten legen Waldbrände

Es sind meist illegale Migranten aus dem Nahen Osten, die als Flüchtlinge getarnt, nicht nur ihre Flüchtlingslager in Brand stecken (Moria, etc.), sondern auch Wälder. [Schon im vergangenen Jahr](#) wurde einige Migranten aus Afghanistan dabei erwischt. Auch zerstörten sie hunderte Jahre alte Olivenhaine. So auch heuer wieder.

Sechs mutmaßliche syrische „Flüchtlinge“, die sich in Evros, der nördlichen Region von Griechenland aufgehalten haben, wurden beim Entzünden mehrerer Waldbrände erwischt. Die griechische Polizei nahm die Migranten fest, sie warten nun auf einen Prozess, bis zu 10 Jahre Haft könnten drohen.

Erst kürzlich legten Illegale auch an der serbisch-ungarischen Grenze einen Waldbrand, [wir berichteten](#).

<https://unser-mitteuropa.com/migranten-legen-waldbraende-an-der-serbisch-ungarischen-grenze/>

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Italien (Seiten E 200 – E 201)

01) Draghi: der Untergang

VON Daniele Scalea

22. 07. 2022



Mario Draghi · Bildquelle: MPI

Mario Draghi ist (erneut) als Ministerpräsident zurückgetreten, nachdem er im Senat eine wackelige Vertrauensabstimmung erhalten hat, hinter der sich der faktische Rückzug der Mehrheit von Forza Italia, Lega und Movimento 5 Stelle verbirgt. Aller Voraussicht nach wird der Präsident der Republik nun die Kammern auflösen und im September oder Anfang Oktober (*Anmk. d. Redaktion: am 25. September*) vorgezogene Neuwahlen ansetzen müssen, wobei die Regierung Draghi nur noch zur Bewältigung der laufenden Geschäfte im Amt sein wird.

Haushalt im Minus

Als Präsident Mattarella vor eineinhalb Jahren Draghi mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte, war das Centro Studi Machiavelli vorsichtig offen für diese Hypothese. Vorsichtig auch wegen der Koexistenz sehr unterschiedlicher Meinungen. In einer von uns angeregten Debatte mit zwei Mitgliedern des wissenschaftlichen Rates am 5. Februar 2021 prallten beispielsweise die von Corrado Ocone vertretene Pro-Draghi-Linie und die von Marco Gervasoni verkörperte radikale Gegnerschaft zum ehemaligen EZB-Präsidenten aufeinander.

Unsere Offenheit hing nicht davon ab, dass wir vergaßen, wer Mario Draghi war. Großer Kommissar, der in umstrittene Privatisierungen verwickelt war, Gouverneur der Bankitalia,

der die damalige Mitte-Rechts-Regierung mit stilistischen Bemerkungen nicht verschonte, EZB-Präsident, der in den Sturz von Berlusconi 2011 verwickelt war, begeisterter Euro-Unionist und Globalist. Der Kontext erforderte jedoch Offenheit. Ein angesehener und maßgeblicher Wirtschaftswissenschaftler wie Draghi, der bereit war, Mitte-Rechts in eine Regierung der nationalen Einheit einzubinden, sollte die unselige Regierung Conte ersetzen, die eindeutig links orientiert und für die freiheitsfeindliche Politik der Abriegelung sowie für einen offenen Krieg gegen die KMU und die Selbstständigen verantwortlich war. Es ging darum, Giuseppe Conte zu begraben, den Parvenü, der unter Ausnutzung der gesundheitlichen Notlage die Ganglien der Macht – von den Medien über die Geheimdienste bis hin zu den Kommissionsstrukturen – fest im Griff hatte.

Wir waren enttäuscht. Die geforderte Diskontinuität in der Anti-Covid-Politik war nicht gegeben: Im Gegenteil, Draghi bestätigte Speranza und alle Einschränkungen der persönlichen Freiheiten und fügte die schwere Last des berüchtigten Grünen Passes hinzu. Draghi hat sich auch die ideologische und extremistische Umweltpolitik zu eigen gemacht, die in der EU gefördert wird, und sich ohne zu zögern in eine antirussische Kampagne gestürzt, die durch die Aggression gegen die Ukraine motiviert ist, aber objektive Probleme wie die Abhängigkeit Italiens von russischem Gas außer Acht lässt. Mit anderen Worten: Er hat die derzeitige Energiekrise nicht verursacht, sondern durch seine Entscheidungen verschärft.

Schließlich ist es offensichtlich, dass Draghi seit Beginn seiner Amtszeit immer eine klare Präferenz für den linken Flügel seiner Mehrheit und insbesondere für die PD gezeigt hat. Von der Auswahl der Minister bis zu den politischen Entscheidungen, von der Kommunikation mit der Presse bis zu den persönlichen Beziehungen zu den Staats- und Regierungschefs schien Draghi die Mitte-Rechts-Regierung eher zu „tolerieren“, als sie in den Plan der nationalen Einheit einzubinden und zu sublimieren.

Die letzte Hybris

Dies spielte eine wichtige Rolle bei seinem unerwarteten Sturz. In den letzten Wochen hat sich Draghi jeder Konfrontation und Vermittlung verschlossen gezeigt. Er hat (ironischerweise) die Haltungen und Entscheidungen wiederholt, die schon Conte die Regierung gekostet haben: Er hat sich in der guten Presse und sogar in einer gewissen Zustimmung der Bevölkerung gesonnt, dabei aber vergessen, dass er vor allem die Mehrheit des Parlaments braucht.

Die Krise begann mit einem Tauziehen mit Giuseppe Conte und der M5S: ein Tauziehen, das letztere wahrscheinlich nicht auf die Spitze treiben wollte. Mit seiner charakteristischen Unnachgiebigkeit und – seien wir ehrlich – Arroganz verwandelte Draghi eine M5S-Nichtabstimmung in eine Gelegenheit zum Rücktritt. Aber ein solcher Rücktritt könnte nur zu zwei Wegen führen: entweder zum endgültigen Ende der Regierung oder zu einer neuen Mehrheit ohne den M5S. Das ist die Forderung der Mitte-Rechts-Regierung.

Draghi entschied sich jedoch unbewusst für einen dritten Weg. Er versuchte, die derzeitige Mehrheit und die derzeitige Regierung ohne Änderungen zu bestätigen. Wenn dies jedoch das Ziel wäre, hätte der Premierminister den vorherigen Bruch mit der M5S vermeiden müssen: entweder indem er nicht auf das Beihilfegesetz vertraute oder indem er das „Nicht-Votum“ der Fünf Sterne beschönigte, die ihn – wohlgemerkt – nie offen in Frage gestellt haben.

Als ob das nicht schon genug wäre, hielt Draghi am Mittwoch im Senat auch noch eine harte und hochmütige Rede. In demagogischen Tönen rühmte er sich einer „beispiellosen [...]

Mobilisierung“ der Italiener zu seinen Gunsten (wirklich? Ein paar Plätze mit ein paar hundert Menschen?!). Er verwies wiederholt auf die Unterstützung für die Ukraine und die Unterstützung Zelenskys für ihn und spielte auf eine angebliche „nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit dem Feind“ derjenigen Parteien an, die ihm keine Blankovollmacht erteilen wollten. Er forderte nämlich volle Befugnisse: Die Parteien müssten für ihn stimmen und von nun an über alles abstimmen, was er vorschlägt, ohne einen Pieps zu sagen. Nehmen Sie es oder lassen Sie es.

Und sie gingen. Die M5S, die ebenfalls eine Vertrauensabstimmung anstrebte, kochte über. Forza Italia und Lega wurden von Draghi so gedemütigt, dass sie ihn nicht mehr unterstützen konnten. Tagelang ignorierte Draghi ihre Forderung nach einer neuen Regierung ohne den M5S. Am Dienstag ignorierte er die entsprechende Entschließung des Parlaments und stellte die Vertrauensfrage über eine Entschließung des Parlamentspräsidenten, die ihm einen Freibrief für alles gab. Am Tag zuvor hatte er sich mit dem PD-Sekretär Enrico Letta getroffen, um sich mit ihm und nur mit ihm über die zu verfolgende Linie zu verständigen, was eine noch nie dagewesene Entscheidung war. Erst angesichts der Proteste der Mitte-Rechts-Regierung hatte er schließlich auch deren Chefs eine Audienz gewährt.

Kurz gesagt, Draghi hat alles getan, um nicht Regierungschef zu bleiben. Entweder wurde er mit vollen Befugnissen ausgestattet – für ihn und, über Mittelsmänner, für Letta und Mattarella, d.h. die PD – oder es war ein Pik. Pik waren sie.

Was passiert jetzt?

Unter den derzeitigen Bedingungen ist es für den Präsidenten der Republik sehr schwierig, ein neues Kaninchen aus dem Hut zu zaubern, um die Wahlen noch länger hinauszuzögern. Es ist unschwer zu erkennen, dass Conte und Draghi der rechten Mitte ein großartiges Geschenk gemacht haben, und das zu einer Zeit, in der sie von Machtkämpfen heimgesucht und vom abnehmenden Enthusiasmus ihrer Referenzwählerschaft geplatzt wurde.

Plötzlich sieht sich die rechte Mitte durch das Ende der Draghi-Regierung wieder kompaktiert. Die M5S hingegen ist nach der Abspaltung von Di Maio, der zwar viele Anhänger im Parlament, aber nur sehr wenige im Land hat, zerrüttet. Was von der (unverdienten) Aura des „Staatsmannes“ Conte übrig geblieben ist, wurde durch das ungeschickte Management dieser Konjunktur verbrannt. Die Kluft, die mit der Polizei entstanden ist, ist offensichtlich. Die Linke kann nur hoffen, mit einem sehr breiten Feld zu gewinnen, das die Stimmen des Zentrums auf sich zieht. Die Forza Italia hat sich jedoch endlich mit der Liga und den Fratelli d'Italia zusammengetan, wenn auch um den bescheidenen Preis des Ausscheidens unliebsamer Persönlichkeiten wie Brunetta und Gelmini. Vielleicht wird die Rechte Toti und Co. verlieren, aber es ist zweifelhaft, dass sie entscheidende Stimmen darstellen werden. Auch deshalb, weil der einzige populäre Führer im Zentrum Carlo Calenda ist, der jedoch ein erbitterter Feind von allem ist, was nach M5S riecht: also von Conte und auch von Di Maio. Es ist unwahrscheinlich, dass ein Quadrat gefunden wird, und selbst wenn es auf der Ebene der Parteisekretariate gefunden würde, könnte es in der Wählerschaft nicht funktionieren.

Kurzum: Es gibt nur wenige Szenarien, in denen Mitte-Rechts keine Mehrheit erhält. Trotz aller Einschränkungen und Mängel scheint es, als wollten die Wähler ihr nach elf Jahren der Abstinenz wieder die Regierung übertragen. Dann aber wird es darum gehen, würdig zu sein. Und das wird angesichts des sozioökonomischen Sturms, der sich im nächsten Winter zusammenbraut, nicht einfach sein.

Zum Autor Daniele Scalea: Gründer und Präsident des Centro Studi Machiavelli. Er hat einen Abschluss in Geschichtswissenschaften (Universität Mailand) und einen Dokortitel in Politikwissenschaften (Universität Sapienza) und ist Professor für „Geschichte und Doktrin des Dschihadismus“ und „Geopolitik des Nahen Ostens“ an der Universität Cusano. Von 2018 bis 2019 war er Sonderberater für Einwanderung und Terrorismus des Unterstaatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Guglielmo Picchi. Sein neuestes Buch (als Herausgeber) ist „Aktualität des Souveränismus. Zwischen Pandemie und Krieg.“



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten E 202 – E 203)

02) Fast tägliche Messerattacken: Frankreich auf dem Weg zum Staatsbankrott?

22. 07. 2022



Bild: Shutterstock

Es gibt nicht nur die Hitzewelle. Innerhalb von sieben Tagen erfasste eine Welle von Messerangriffen Frankreich auf sehr brutale Weise. Angers, Metz und Rennes letzte Woche, dann Rouen gestern, wo ein armer Mann in einem Restaurant unter den schockierten Blicken der Gäste niedergestochen wurde. Wird dieser Sommer 2022 nicht nur von einem Hitzerekord geprägt sein, sondern auch von diesem traurigen Rekord? Innenminister Gérald Darmanin hält sich jedoch bedeckt. Diese Messerangriffe treffen mittlerweile jeden: den unglücklichen Nichtraucher, der dem Schläger, der ihn um eine Zigarette bittet, keine geben kann; den Passanten, der einen als zu stark empfundenen Blick mit seinem Leben bezahlt; den mutigen Rugbyspieler, der versucht, eine Frau zu verteidigen, die Opfer sexueller Belästigung geworden ist, wie in Angers. Die immer wiederkehrenden Messerangriffe in den Städten des Landes sind ein starkes Symbol für die zunehmende Dritte Welt in Frankreich und zeigen etwas anderes: das offensichtliche Versagen des Staates, seine Bevölkerung zu schützen.

Eine gescheiterte Justiz

Die Justiz ist die dritte hoheitliche Funktion des Staates und soll eine steinerne Mauer gegen die Kriminalität bilden. Für Pierre-Marie Sève, Direktor des Instituts für Justiz, der telefonisch erreichbar war, ist diese Aufgabe nicht mehr gewährleistet. „Die Justiz macht ihre Arbeit aus zwei Gründen nicht mehr: erstens aus ideologischen Gründen und zweitens aus Mangel an Mitteln“, sagt er. „Derzeit gehen Kleinkriminelle nicht mehr ins Gefängnis. Zum einen, weil

es keinen Platz mehr gibt, zum anderen aber auch, weil viele Richter unter ideologischen Verzerrungen leiden, die sie glauben lassen, dass eine Inhaftierung keine angemessene Lösung ist. Das schafft Raum für eine viel zu lasche Justizinstitution!“

Die jüngsten Fälle von Messerstechereien deuten auch darauf hin, dass Migranten bei diesen Angriffen überrepräsentiert sind. Nicht ganz so justiziabel wie andere, scheinen Migranten aus Ländern, in denen eine Kultur der Gewalt herrscht, die französische Justiz weder zu fürchten noch zu verstehen. Pierre-Marie Sève bestätigt dies: „Die Justiz in Frankreich ist das Erbe einer Kultur. Menschen aus Ländern wie Afghanistan, in denen eine Ehebrecherin gesteinigt wird und Dieben die Hände abgehackt werden, fühlen sich völlig ungestraft, wenn sie in Frankreich wegen einer Körperverletzung kaum zu einer Bewährungsstrafe verurteilt werden! Die französische Justiz kann mit diesen Leuten nicht umgehen“.

Die französische Justiz leidet unter einem geringeren Budget als ihre italienischen, spanischen, belgischen und deutschen Nachbarn, aber sie wird auch von einer laxen Politik untergraben, die von Magistraten angewandt wird, die oft mit dem Kult des „Täter-Opfer-Verhältnisses“ vertraut sind.

Ist der Schutz der Franzosen noch eine Priorität für den Staat?

Diese Frage stellt sich. 1988 schätzte das Innenministerium die Zahl der Angriffe (vorsätzliche Körperverletzung) auf 40.000 pro Jahr. Im Jahr 2021 zählte das gleiche Ministerium 350.000 im Zeitraum von Januar bis Juni. Der Alltag der Franzosen, insbesondere der Stadtbewohner, ist in eine Spirale der Gewalt geraten, die einen echten Rückschritt bedeutet. Bei nicht weniger als 120 Messerstechereien pro Tag ist es mehr als legitim, die Fähigkeit des französischen Staates, Sicherheit zu gewährleisten, in Frage zu stellen, obwohl es sich um eine hoheitliche Aufgabe handelt.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturell-räumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

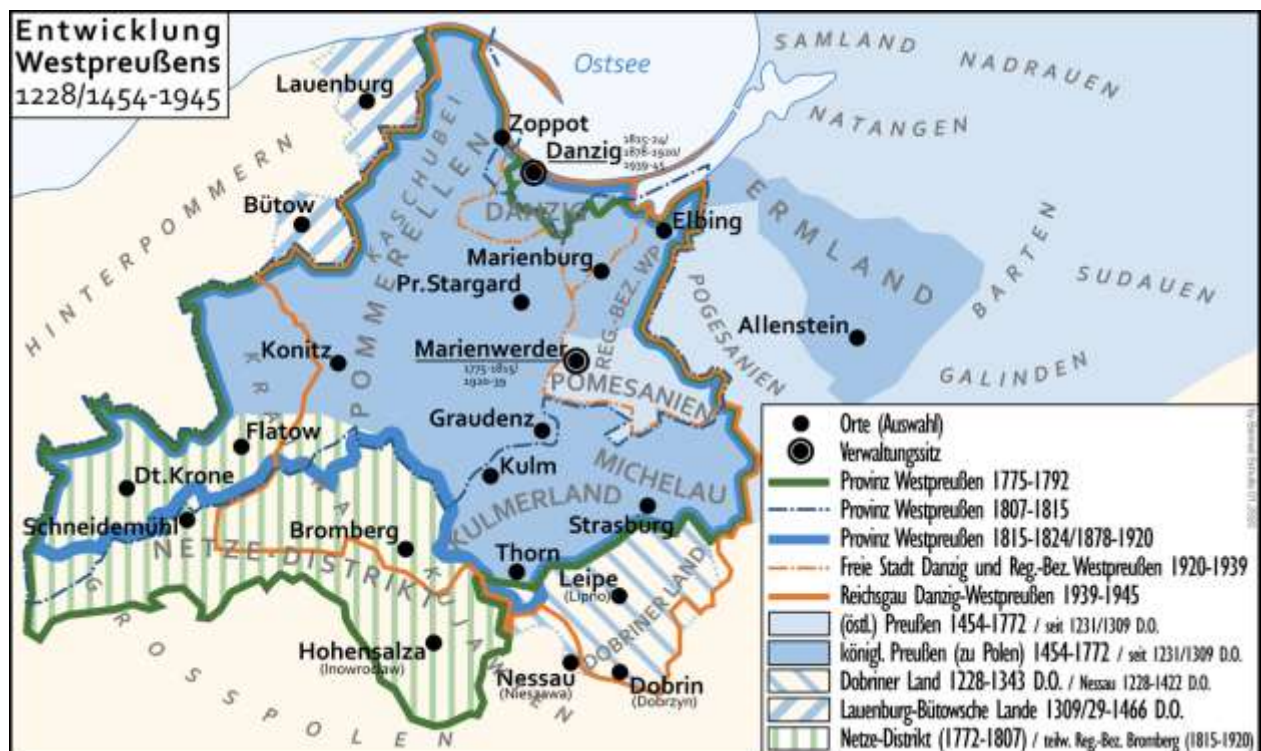
s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC% A0Westpreussen.png>



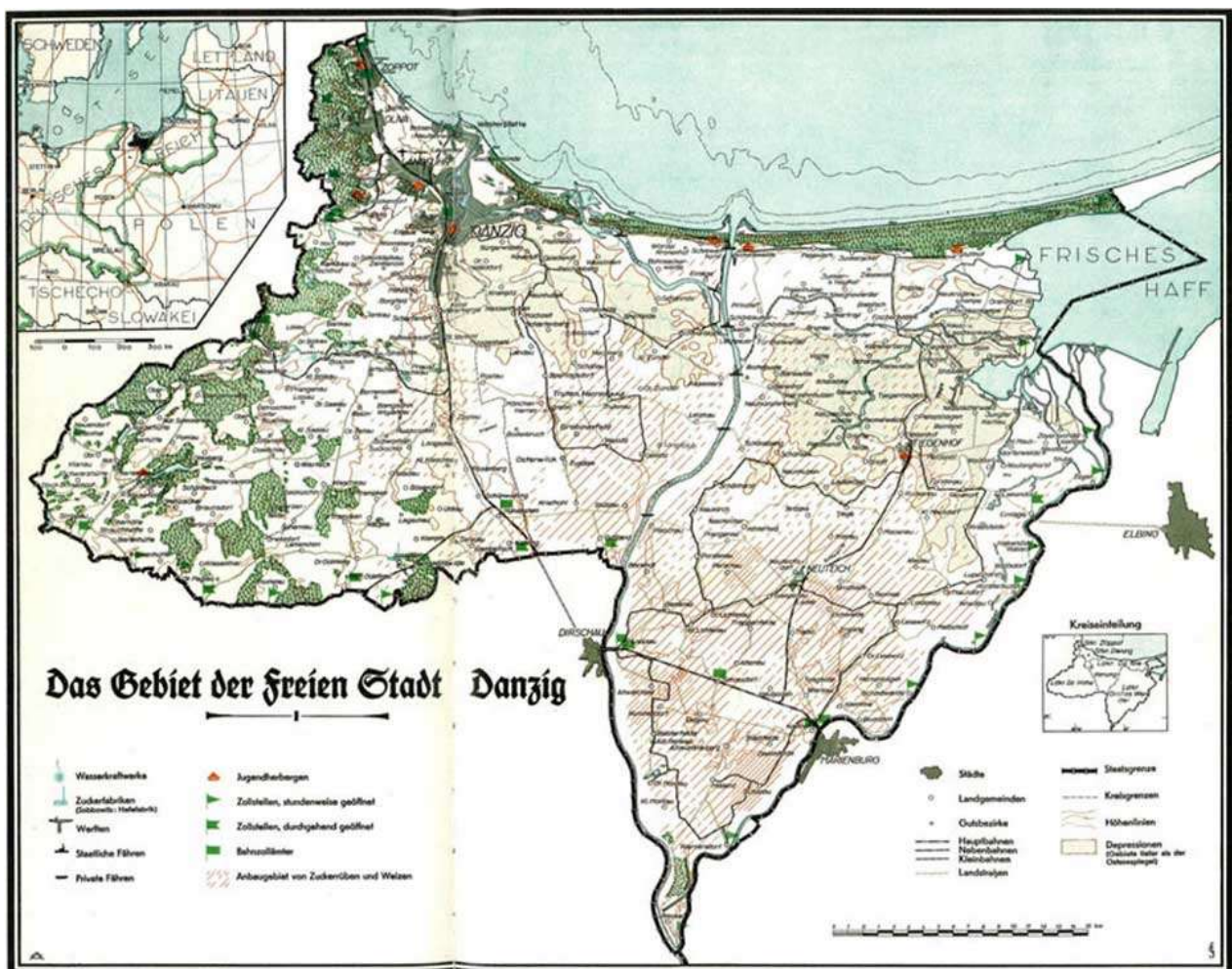
Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945

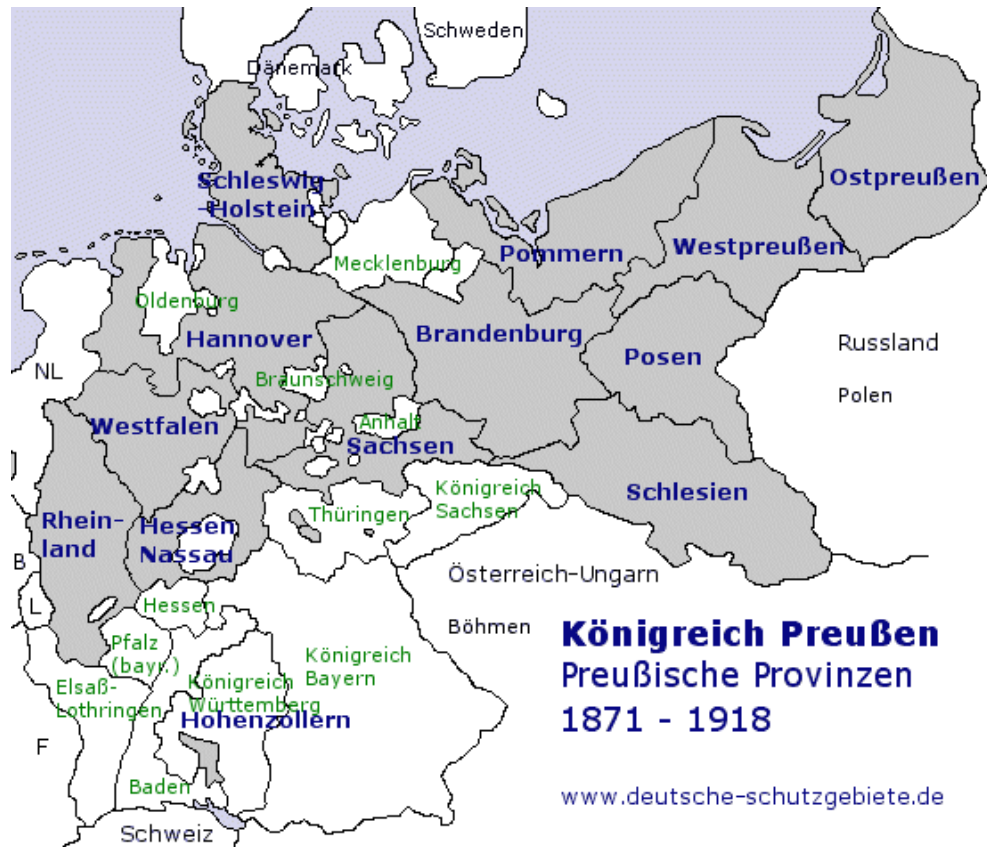




Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.
Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.
<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz.
Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!



Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 820 vom 28.07.2022:
26.07.2022, 12:00 Uhr (vereinzelt auch später)

Der nächste Rundbrief Nr. 821 erscheint) voraussichtlich, am
11.08.2022.

Redaktionsschluss für AWR-821: Dienstag, 09.08
.2022, 12:00 Uhr

